

**Oldenburger Beiträge zur  
DDR- und DEFA-Forschung**

**Band 3**

Die Schriftenreihe soll ein Forum für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den politisch-kulturellen Hinterlassenschaften der SED-Diktatur bieten. Dabei werden die Filme der DEFA im Mittelpunkt stehen. Dieses Filmerbe, das mit Gründung der DEFA-Stiftung im Januar 1999 in Berlin den Rang eines „nationalen Kulturerbes“ erhalten hat, stellt für politik- und kulturwissenschaftliche Forschungen einen außerordentlich bedeutsamen Quellenbestand dar. In der Mediathek der Universitätsbibliothek Oldenburg steht ein umfangreicher Bestand an Spiel- und Dokumentarfilmen der DEFA sowie weiteres Quellenmaterial zur Filmgeschichte der DDR für Lehre und Forschung zur Verfügung.

Worin besteht die Bedeutsamkeit dieses Erbes? Was zeigen die Bilder des Staatsmediums? Bilden sie die ideologischen Fiktionen eines totalitären Herrschaftssystems in seinen unterschiedlichen Erscheinungsweisen ab oder können sie Einblicke gewähren in die Lebenswelt der sozialistischen Gesellschaft? Darin ist die ganze Spannweite möglicher Fragen enthalten. Auf sie Antworten zu geben, wird Anliegen dieser Schriftenreihe sein. Sie steht Wissenschaftlern, Publizisten, Zeitzeugen, Studierenden und allen Interessierten offen.

Die Herausgeber

# **Oldenburger Beiträge zur DDR- und DEFA-Forschung**

Eine Schriftenreihe der Arbeitsstelle  
„DEFA-Filme als Quellen zur Politik und Kultur der DDR“  
und des Bibliotheks- und Informationssystems  
der Universität Oldenburg

Herausgegeben von:  
Klaus Finke, Helmut Freiwald,  
Gebhard Moldenhauer, Hans-Joachim Wätjen



**Klaus Finke (Hrsg.)**

**in Verbindung mit Helmut Freiwald und Gebhard Moldenhauer**

# **Erinnerung an einen Aufstand**

**Der 17. Juni 1953 in der DDR**



**Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg  
2003**

Verlag / Druck /  
Vertrieb: Bibliotheks- und Informationssystem  
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg  
(BIS) – Verlag –  
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg  
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040  
e-mail: [verlag@bis.uni-oldenburg.de](mailto:verlag@bis.uni-oldenburg.de)

ISBN 3-8142-0882-X

## Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	9
<i>Klaus Finke</i> Die Krise des SED-Sozialismus und der Juni-Aufstand 1953	13
<i>Karl-Ludwig Sommer</i> Freiheit und Einheit in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts	49
<i>Hermann Weber</i> Die Krise der SED-Diktatur und der 17. Juni 1953 in der deutschen Arbeiterbewegung	83
<i>Stefan Woll</i> Der Juni-Aufstand in der DDR – Deutung und Rezeption	97
<i>Jörg Roesler</i> Aufstand gegen die Norm? Die Arbeiter in der DDR und der 17. Juni 1953	115
<i>Andreas Malycha</i> Die Intellektuellen und der 17. Juni 1953	137
<i>Dirk Lange</i> Der „17. Juni 1953“ als Gegenstand der historisch-politischen Bildung. Lernchancen einer demokratischen Geschichtskultur	165

*Sven Rößler*

Der 17. Juni 1953. Literaturbericht und Problemaufriss 177

*Helmut Freiwald*

Epilog: „Dett gloobt Ihr?!“

Erinnerung an einen Arbeiter auf Berlins Friedrichstraße  
am 16. Juni 1953 gegen 6.00 Uhr abends 199

*Die Autoren* 209

## Vorwort

Den 50. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR hat die Arbeitsstelle „DEFA-Filme als Quellen zur Politik und Kultur der DDR“ am Institut für Politikwissenschaft der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Hannover und der Konrad-Adenauer-Stiftung Oldenburg zum Anlass genommen, zwei ganztägige Tagungen am 12. Mai und am 17. Juni 2003 zur Information und Diskussion über die kontroversen Deutungen und die Bedeutung des 17. Juni 1953 in der Gegenwart durchzuführen.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 symbolisiert die erste sichtbare Krise der SED-Diktatur im Kontext der forcierten und im „Aufbau des Sozialismus“ kulminierenden Stalinisierung von Partei, Staat und Gesellschaft. Die Streiks und Demonstrationen von mehr als einer Millionen Menschen in allen Teilen der DDR brachten die SED-Herrschaft an den Rand des Zusammenbruchs; nur der Einsatz sowjetischer Panzer konnte das SED-Regime retten. Die in den kommunistischen „Volksdemokratien“ behauptete Einheit von Partei und Volk hatte sich damit vor den Augen der Welt demaskiert als das, was sie stets war: eine ideologische Fiktion.

Die unter dem Titel „Freiheit und Einheit als Aufgabe“ stehende Tagung am 12. Mai war in erster Linie gerichtet an Lehrer und Multiplikatoren der politischen Bildung; darüber hinaus auch an die interessierte universitäre Öffentlichkeit. Den Hauptteil bildeten drei Vorträge, die aus unterschiedlichen Perspektiven das Tagungsthema behandelten.

Klaus Finke (Oldenburg) gab in seinem Vortrag einen systematischen Überblick über Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des Juni-Aufstandes; den Schwerpunkt bildete aber die kantianisch orientierte Frage nach den Möglichkeitsbedingungen der SED-Deutung des 17. Juni als „faschistischer Putsch“. Als Schlüssel zum Verstehen dieser kontrafaktischen Vernunftwahrheit erwies sich dabei das zugrundeliegende Weltbild des Marxismus-Leninismus. Karl-Ludwig Sommer (Oldenburg) stellte die historische Semantik der Begriffe Freiheit und Einheit in einem Durchgang durch die deutsche Geschichte und ihre markanten Revolutionsdaten von 1848 bis 1989 vor. Seine Darstellung kulminierte in der Kritik der Durchsetzung der

deutschen Einheit 1990, bei der die Kopplung beider Begriffe wieder zur Dominanz der Einheitsvorstellung vor der der Freiheit geführt habe.

Hermann Weber (Mannheim) betonte in seinem Vortrag den von Anfang an diktatorischen Charakter der politisch-sozialen Entwicklung in der SBZ/DDR; die SED habe keineswegs die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung repräsentiert, ihre Politik habe vielmehr auf die Zerschlagung einer autonomen Arbeiterbewegung gezielt. Der Aufstand vom 17. Juni zeigte allerdings, dass ihr dies nicht vollständig gelungen war. Hermann Weber bestimmte den 17. Juni 1953 als Teil der deutschen Freiheitsgeschichte und auch als Vorläufer der friedlichen Revolution von 1989, eine Traditionslinie, auf die Deutsche stolz sein könnten. Dirk Lange (Oldenburg) trug das Konzept einer Didaktik des historischen Lernens vor, dessen Tragfähigkeit an ausgewählten Beispielen eines Schülerwettbewerbs zum 17. Juni ausführlich diskutiert werden konnte.

„Erinnerung an einen Aufstand“, so der Tagungstitel am 17. Juni, machte eine breite universitäre und außeruniversitäre Öffentlichkeit zunächst mit den dramatischen Ereignissen aus jenen Tagen im Juni vor fünfzig Jahren mit Hilfe zeitgenössischer filmischer Zeugnisse bekannt; dabei unterzogen die Mitglieder der „DEFA-Arbeitsstelle“, Klaus Finke, Helmut Freiwald und Gebhard Moldenhauer, die Selbstdarstellung der SED einer eingehenden wissenschaftlichen Kritik.

Im zweiten Teil der Tagung nahmen drei Referenten, die alle wissenschaftlich und politisch in der DDR sozialisiert worden sind, zum Thema Stellung. Stefan Wolle (Berlin), einer der Akteure der DDR-Bürgerrechtsbewegung und einer der Autoren, die maßgeblich am Fortschritt der Forschung zum 17. Juni nach Öffnung der DDR-Archive mitgewirkt haben, zeichnete ein differenziertes Bild der Probleme der historischen Forschung und der dabei erscheinenden Deutungsmuster des Juni-Aufstands. Sein Vortrag schloss mit dem Appell, den 17. Juni politisch wieder zu einem nationalen Gedenktag aufzuwerten.

Andreas Malycha (Berlin), einer der besten und intimsten Kenner der Geschichte der Stalinisierung der SED in den Jahren von 1946 bis 1953, behandelte in seinem Vortrag die Haltung der Intelligenz zum Aufstand und stellte dabei die heterogene Zusammensetzung jener Schicht als Leitfaden der jeweiligen politischen Reaktion heraus.

Die Bedeutung der Normen als Grund für die Proteste der Angehörigen der Arbeiterklasse thematisierte Jörg Roesler (Berlin) in seinem Vortrag. Dabei

zog er eine Linie vom Abwehrkampf der Arbeiter gegen die „kapitalistische Schweißauspressung“ bis zur Problematik der Festsetzung der Normenhöhe in der DDR.

In einem eigens für diesen Band geschriebenen Beitrag gibt Sven Rößler (Oldenburg) in einem kritischen Gang durch die neuere Literatur zum 17. Juni einen Überblick über den Stand der Diskussion und deren Probleme. Im Epilog schildert ein Zeitzeuge, Helmut Freiwald, seine Erinnerung an eine konkrete Situation in Ostberlin am 16. Juni 1953.

Der 17. Juni ist Geschichte; dies eröffnet die Möglichkeit, ihn jenseits ideologischer Instrumentalisierungen zu untersuchen. Das heißt aber nicht, ihn aus den wissenschaftlichen Kontroversen herauszunehmen. Die vorliegenden Beiträge erweisen noch einmal diese Selbstverständlichkeit; sie bieten vielfältige Gelegenheit, offene Fragen und grundlegende Probleme erneut zu diskutieren.

Der Juni-Aufstand 1953 gehört ebenso wie die friedliche Revolution des Jahres 1989 zu den zentralen Bezugspunkten der Erinnerungskultur einer demokratisch verfassten Gesellschaft; beide Daten symbolisieren eine in der deutschen politischen Kultur eher marginalisierte Traditionslinie: die des Widerstandes gegen ein totalitäres Unrechtsregime. Für die Erinnerungskultur im vereinten Deutschland wird die Rückbesinnung auf diese Tradition von großer Bedeutung sein; die politische Bildung muss dabei der Aufgabe gerecht werden, Erringung, Verteidigung und Gebrauch von Freiheit als permanenten Prozess kenntlich zu machen.

Wir danken den Autoren für die Überarbeitung ihrer Vorträge für die Veröffentlichung in diesem Band. Wir danken an dieser Stelle auch ausdrücklich den Förderern unserer Tagungen und dieser Publikation: der EWE-Stiftung Oldenburg und dem DGB Kreis Oldenburg. Dank gilt auch der Carl von Ossietzky-Universität und der Mediathek der Universitätsbibliothek für die Unterstützung bei der Realisierung der Tagungen.

Oldenburg, im September 2003

Klaus Finke



**Klaus Finke**

## **Die Krise des SED-Sozialismus und der Juni-Aufstand 1953**

### **I. Der Systemkonflikt: Demokratie gegen Diktatur**

Die deutsche Einheit war ein Sieg der Freiheit, nicht der Triumph eines wieder erwachten Nationalismus. Jeden Zweifel daran hatte die desillusionierte und auch desinteressierte Haltung weiter Teile in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik zur Frage einer Wiedervereinigung ausgeräumt; der Propagandatopos der SED vom „westdeutschen Revanchismus“ war seit vielen Jahren praktisch widerlegt. Dieser Einsicht verdankt sich auch wesentlich die Zustimmung der vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges zur raschen Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Die friedliche Revolution in der DDR selber hatte entscheidende Bedeutung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit, indem sie die auf der Straße erkämpfte Selbstbestimmung in Freiheit mit der Frage der Einheit eng verknüpfte.

Die Einsicht in die politische Bedeutung des Begriffs der Freiheit kann auch als Leitfaden dienen für den Blick zurück auf jene dramatischen Tage im Juni vor 50 Jahren in der DDR, als ein Volksaufstand die SED-Herrschaft in eine tiefe Krise trieb und in ihrem Bestand gefährdete. Wie dramatisch die Lage tatsächlich war, wird deutlich in einer Bemerkung von Wladimir Semjonow, dem sowjetischen Hohen Kommissar in Deutschland, an den Chefredakteur des Neuen Deutschlands Rudolf Herrnstadt. Als Semjonow am 10. Juni 1953 von Herrnstadt hörte, dass Ulbricht und andere Genossen sich noch bei der Umsetzung des von Moskau diktierten „Neuen Kurses“ zierten, kommentierte er dieses Zögern mit den Worten: „In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben.“<sup>1</sup> Am 17. Juni war auch der SED-Führung klar, dass die Machtfrage auf der Tagesordnung stand: „Die Lage

---

1 zit. nach Herrnstadt, Rudolf: Das Herrnstadt-Dokument, hrsg., eingeleitet u. bearbeitet v. Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbeck 1990, S. 74

ist außerordentlich ernst. Es geht jetzt darum, wir oder sie“, erklärte Wilhelm Zaisser, der Minister für Staatssicherheit.<sup>2</sup>

Hans Rothfels' klassisch gewordene Definition des Begriffs der Zeitgeschichte als „Epoche der Mitlebenden“, die er im Januar 1953 im ersten Heft der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“ gegeben hatte, erlaubt den Hinweis darauf, dass den „Mitlebenden“, jener Ereignisse, die die SED-Herrschaft erschütterten, die *politische* Dimension des Volksaufstandes vom Juni klar vor Augen stand; das politische Bewusstsein für die normative Unverträglichkeit des geplanten Aufbaus des Sozialismus und der damit verbundenen Schaffung einer „Gesellschaft sowjetischen Typs“ (S. Meuschel), mit den Prinzipien einer demokratischen, rechtsstaatlichen und pluralistischen Ordnung war wegen der Nähe der totalitären Erfahrung des Nationalsozialismus noch hochentwickelt. Den „Mitlebenden“ erschien der Juni-Aufstand als das, was er war: die erste Revolte der Freiheit im sowjetischen Imperium.

Zwar hatte es auch schon vorher Proteste gegeben, so führte etwa eine Währungsreform Anfang Juni in Pilsen zu größeren Streiks und Demonstrationen; die Arbeiter der Lenin-Werke, früher Skoda, waren in die Innenstadt gezogen und hatten „die Einrichtung des Rathauses“ demoliert; es kam zum „Polizeieinsatz und Arbeiterblut wurde vergossen.“<sup>3</sup>

Aber erst der Juni-Aufstand in der DDR, die massenhafte Beteiligung von Arbeitern an den Streiks, die aktive Teilnahme weiter Teile der Bevölkerung, vom Bauern und Handwerker bis zum Schüler, erst die landesweiten Demonstrationen von mehr als einer Million Menschen gegen das SED-Regime<sup>4</sup>, bewirkte die erste bestandsgefährdende Krise einer kommunistischen Herrschaft. Die Streikbewegung und die Demonstrationen kulminierten im „offenen Widerstand“ (A. Mitter) gegen die SED-Diktatur.

Darüber lassen die zentralen Forderungen der Demonstranten keinen Zweifel; im Gegenteil sie unterstreichen dies durch die Verbindung ökonomischer

---

2 zit. nach Kowalczyk, Ilko-Sascha, Armin Mitter: „Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt“. Die Arbeiterschaft während der Krise 1952:53, in: Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953*, Berlin 1995, S. 31-74, hier S. 57

3 Wilke, Manfred, Tobias Voigt: „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953, in: Hegedüs, Andras B.; Wilke, Manfred (Hrsg.), *Satelliten nach Stalins Tod*, Berlin 2000, S. 79

4 „An den Demonstrationen und Protesten nahmen 1 bis 1,5 Millionen Menschen teil.“ – Kowalczyk, Ilko-Sascha, Stefan Wolle: „Roter Stern über Deutschland“, *Sowjetische Truppen in der DDR*, Berlin 2001, S. 167 ff

Forderungen – vor allem Rücknahme der von der Regierung per Gesetz verfühten Normerhöhung, die unter den Bedingungen der SED-Diktatur eo ipso politische Qualität hatte – mit explizit politischen: der Forderung nach Rücktritt der Regierung, der Forderung nach freien und geheimen Wahlen und der Freilassung der politischen Gefangenen.

Der Widerstand machte erkennbar, was unter dem hermetischen Schleier der ubiquitären Propaganda einer vermeintlichen Einheit von Partei und Arbeiterklasse bzw. Volk verborgen bleiben sollte: dass dies eine ideologische Fiktion war, die nur deshalb wirklichkeitsgestaltende Macht hatte, weil sie von der Gewalt der sowjetischen Panzer gestützt wurde.

Aus der historischen Perspektive können wir heute die sichtbaren Krisen des sozialistischen Systems mit den Daten 1953, 1956, 1968, 1970, 1980 und 1989 benennen; Revolten an der Peripherie des sowjetischen Imperiums, die, aus durchaus unterschiedlichen Gründen begonnen und auf Unterschiedliches zielend, schließlich jene Konstellation beseitigten, gegen die sie gerichtet waren. Es sind die Stationen der Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur.

## **II. Erinnerungspolitik und der Begriff der Freiheit**

Das Tier lebt, mit einem Wort Nietzsches, unhistorisch, „kurz angebunden ... an den Pflock des Augenblicks“<sup>5</sup>, der Mensch dagegen lebt in der Erinnerung. Wir leben heute in einer Zeit, in der sie unter dem Titel Erinnerungskultur einen prominenten Platz im öffentlichen Leben eingenommen hat. Eines der paradoxen Resultate der Erinnerungspolitik ist das Vergessen; dies trifft für unseren Gegenstand in besonderer Weise zu; der 17. Juni ist zu einem fast vernachlässigten Datum geworden. Zum weitgehenden Verlust der allgemeinen Erinnerung an den Juni-Aufstand überhaupt kommt ein zweites, ein ganz spezifisches Vergessen: dass der Aufstand nämlich keineswegs, wie es das kollektive Gedächtnis gespeichert hat, ein Kampf nur gegen Normerhöhungen war, sondern dass er vielmehr ein Kampf um politische Freiheit war.

---

5 Nietzsche, Friedrich, Unzeitgemäße Betrachtungen. Zweites Stück: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, KSA Bd. 1, hrsg. v. Giorgio Colli u. Mazzino Montinari, München 1999, S. 248

Zu den wichtigsten Aufgaben der Politischen Bildung muss daher gehören, einer selektiven Erinnerungspolitik entgegenzuarbeiten und zumal den Begriff Freiheit in seiner zentralen Bedeutung für die Demokratie kenntlich zu machen. Damit ist auch der übergreifende Problemhorizont unserer Auseinandersetzung mit dem 17. Juni thematisiert: die Frage nach der Einordnung der Juni-Aufstands in die deutsche Erinnerungskultur. Dies impliziert die Frage, wie es zum Verlust dessen kommen konnte, was den „Mitlebenden“ – in Ost wie in West – so evident war, nämlich die Dimension eines Aufstandes für Freiheit. Es wären dabei viele Faktoren zu nennen. Ein Faktor liegt aber im Begriff der Freiheit selbst, er bereitet gewisse Schwierigkeiten in der Bestimmung; das hat zu seiner Abdrängung in den Bereich der Rhetorik politischer Sonntagsreden geführt; kurz: zur Verwendung des Begriffs *Freiheit als Floskel und als Phrase*.

Natürlich hat auch die ideologische Systemkonkurrenz Anteil an der Desavouierung des Freiheitsbegriffs; der kommunistische Angriff auf die „bürgerliche Demokratie“ als nur formaler war auch ein Angriff auf die Freiheitsrechte des Individuums und die Einhegung der staatlichen Gewalt durch die Herrschaft des Gesetzes. Statt Freiheit der Person und Gewaltenteilung als wesentlicher Kennzeichen freiheitlich-demokratischer Gesellschaften, sollte im Sozialismus das Kollektivsubjekt Arbeiterklasse, angeführt von der mit dem Staat fusionierten Partei, die Gesellschaft ins Reich jener Freiheit fortschreiten lassen, die die Partei normativ ausformuliert hatte. Programmatisch hat diese Zielvorstellung bereits Marx formuliert: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat, als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist, und was es diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.“<sup>6</sup> Diesem historischen Determinismus steht eine Konzeption von Freiheit entgegen, die gerade die Indeterminiertheit des Menschen als Ausgangspunkt setzt.

Diese Fundierung nimmt die Aufklärung vor mit der Idee der Menschenwürde, als dessen Kern die Freiheit gilt. Kant hatte seinen theoretischen Freiheitsbegriff als „Vermögen, einen Zustand von selbst anzufangen“ bestimmt und ihn verknüpft mit dem praktischen Begriff, der negativ als „Unabhängigkeit der Willkür von der Nötigung durch Antriebe der Sinnlichkeit“ bestimmt war, positiv als „Vermögen der reinen Vernunft für sich selbst praktisch zu sein“. Kants politischer Freiheitsbegriff hängt eng mit seiner Idee

---

6 Marx, Karl, Die heilige Familie, MEW, Bd. 2, Berlin 1970, S. 38

sittlicher Selbstbestimmung zusammen; in diesem Sinn ist Freiheit „die Befugnis keinen äußeren Gesetzen zu gehorchen, als zu denen ich meine Beistimmung habe geben können“. In der Republik als der „Selbstregierung des Volkes“ ist jeder ein freier Bürger; dem Anspruch von Ideenlehren, „die meine eigene Glückseligkeit nach anderen als meinen Begriffen zu fördern beabsichtigen“<sup>7</sup>, kann und muss jeder widersprechen.

Ein mit dem Anspruch auftretender Staat, das Glück aller Menschen realisieren zu wollen und zu können, verletzt das Freiheitsprinzip fundamental: „Niemand kann mich zwingen, auf seine Art (wie er sich das Wohlsein anderer Menschen denkt) glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit anderer, einem ähnlichen Zweck nachzustreben ... nicht Abbruch tut.“<sup>8</sup>

Ein mit diesem Anspruch auftretender Staat ist überdies ein despotischer Staat: „Eine Regierung, die auf dem Prinzip des Wohlwollens gegen das Volk als eines Vaters gegen seine Kinder errichtet wäre, d. i. eine väterliche Regierung (*imperium paternale*), wo also die Untertanen als unmündige Kinder, die nicht unterscheiden können, was ihnen wahrhaftig nützlich oder schädlich ist, sich bloß passiv zu verhalten genötigt sind, um, wie sie glücklich sein sollen, bloß von dem Urteile des Staatsoberhaupts, und, daß dieser es auch wolle, bloß von seiner Gütigkeit zu erwarten: ist der größte denkbare Despotismus (Verfassung, die alle Freiheit der Untertanen, die alsdann gar keine Rechte haben, aufhebt).“<sup>9</sup>

Zu dieser theoretischen Bestimmung gehört immer die praktische Dimension des Begriffs. Zu akzentuieren ist dabei die im Plural der Grundrechte formulierte Gebrauchsform der Freiheit; ihre Bewahrung und Verteidigung sichert den Raum des Politischen, in dem freie Subjekte erst handeln können. Von Bedeutung ist daher in diesem Kontext auch der Begriff des demokratischen Rechtsstaats, der sich in seiner Grundbedeutung auf die Begrenzung und Eingrenzung staatlicher Macht und Herrschaft im Interesse der Freiheit des Einzelnen richtet. Die Entwicklung des Rechtsstaats und die damit einher

---

7 Spaemann, Robert; Lemma: Freiheit, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 2, hrsg. v. Joachim Ritter, Darmstadt 1972, Sp. 1092

8 Kant, I.: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, in: Kant Werkausgabe, hrsg. v. W. Weischedel, Bd. XI, Frankfurt/M. 1996, S. 145

9 Kant, a. a. O., S. 145 f

gehende Entwicklung der Menschenrechte als Sicherheitsgarantien *vor* dem Staat, dieser Aspekt ist gerade angesichts der totalitären Erfahrung des 20. Jahrhunderts als einer Geschichte der Unfreiheit von ausschlaggebender Bedeutung, in eine Formel gebracht: Freiheit ist Freiheit vor dem Staat.

Zusammengefasst: „Der Sinn von Politik ist Freiheit“<sup>10</sup> – auf diese explikative Formel hat Hannah Arendt, an Kant anknüpfend, die Bedeutung des Begriffs der Freiheit gebracht. Daran hat auch Rainer Eppelmann am 16. Juni 1993 erinnert, als er die 42. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ eröffnete, die den „Volksaufstand am 17. Juni 1953“ zum Gegenstand hatte. Eppelmann zitierte eine Losung der Ost-Berliner Demonstranten: „Kommt, Berliner, reiht euch ein, wir wollen keine Sklaven sein!“ und er fügte hinzu: „Das ist das Ziel eigentlich aller richtig verstandener Politik. Das bleibt das alle Demokraten verbindende Vermächtnis des 17. Juni 1953. Laßt uns daran auch in Zukunft festhalten.“<sup>11</sup>

### III. Die Juni-Krise: Vorgeschichte, Verlauf und Folgen

Der 17. Juni 1953 ist Geschichte. Darin liegt auch die Möglichkeit, ihn jenseits politisch-ideologischer Instrumentalisierungen zu betrachten. Das bedeutet aber nicht, ihn aus wissenschaftlichen Kontroversen herauslösen zu können oder zu wollen. Jenseits aller Deutungsdifferenzen, deren Thesen wissenschaftlicher Nachprüfung standhalten müssen, gibt es allerdings eine grundlegende Gemeinsamkeit, die Hannah Arendt mit folgender Anekdote illustriert hat: „Ende der zwanziger Jahre, so wird berichtet, wurde Clemenceau von einem Vertreter der Weimarer Republik gefragt, was künftige Historiker wohl über die damals sehr aktuelle und strittige Kriegsschuldfrage denken werden. ›Das weiß ich nicht‹, soll Clemenceau geantwortet haben, ›aber eine Sache ist sicher, sie werden nicht sagen, Belgien fiel in Deutschland ein‹.“<sup>12</sup>

---

10 Arendt, Hannah, Freiheit und Politik, in: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, München 1994, S. 201-226, hier: S. 203

11 Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission ›Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur‹, Bd. II. 1, Protokoll Nr. 42 der öffentlichen Anhörung vom 16. Juni 1993: 40 Jahre Volksaufstand am 17. Juni 1953, S. 758

12 Arendt, Hannah, Wahrheit und Politik, in: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, München 1994, S. 327-370, hier: S. 339

Die Frage für unser Thema kann also lauten: Welches ist für den Fall „17. Juni“ diese eine „sichere Sache“ und gibt es sie überhaupt? Wir können diese Frage für unseren Gegenstand modifizieren und weiter differenzieren; dabei ergibt sich als Aufgabe der Analyse die Einbeziehung des Kontextes des Juni-Aufstandes, d. h. ein Blick in das politische Koordinatensystem der frühen 50er Jahre sowohl in Hinsicht auf die bipolare Weltordnung als auch in Hinsicht auf die Binnenverhältnisse der DDR. Methodisch gewendet bedeutet dies die Einbeziehung von Vorgeschichte (1), Verlauf (2) und Folgen (3) der Krise der SED-Herrschaft. Diese drei Bereiche sollen nun skizziert werden.

### **ad 1) Vorgeschichte: Aufbau des Sozialismus oder die gewaltsame Transformation der alten in die „Neue Gesellschaft“**

Der Aufbau des Sozialismus kann als Revolution von oben bezeichnet werden. Die Übertragung des sowjetischen Modells in Politik, Ökonomie und Kultur auf die SBZ/DDR erfolgte dabei nach den Maßstäben der leninistischen Revolutionstheorie. Deren Kernelemente sind zum Verständnis des Transformationsprozesses, den die SED betrieb, kurz zu darzustellen:

Nach der politischen Machtergreifung in der Revolution *erschafft* die kommunistische Partei in einem langen Prozess der vollständigen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, in der sozialistische Kulturrevolution, eine Neue Gesellschaft und den Neuen Menschen. Aufbau einer Neuen Gesellschaft heißt vor allem eines: Zerstörung der alten. Nach der politischen beginnt die soziale Revolution; nach der Eroberung der politischen Macht beginnt die soziale Neuordnung der Gesellschaft, vor allem heißt dies Aufhebung der alten Klassenstruktur.

Das Mittel dafür ist die Diktatur des Proletariats: sie „ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft. Die Macht der Gewohnheit von Millionen und aber Millionen ist die fürchterlichste Macht.“<sup>13</sup>

Was bedeutet der Kampf gegen die alte Gesellschaft? Das, was Lenin oft und mit warnendem Akzent betont hat: die Existenz von Menschen mit bestimmten, tief verwurzelten Eigenschaften, mit tiefsitzenden, lebensweltlich fun-

---

13 Lenin, W. I., Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, (1920), in: ders. AW, Bd. III, Berlin 1970, S. 415

dierten Strukturen personaler Identität. Diese Menschen sind Feinde, objektive Feinde; sie repräsentieren etwas, was aus Lenins Perspektive nur negativ, als retardierender Faktor gefasst werden kann: „Gewohnheit“, „Trägheit“ und „Egoismus“; dies alles sind vom „Kapitalismus“ determinierte Bewusstseinsformen, die sich fest an das „Alte“ klammern und sich dem „Neuen“ entgegenstellen und daher, als objektive feindliche Elemente, solange es sie gibt, den Sieg der Revolution immer wieder gefährden.

Wie ist der Sieg über dieses Erbe zu erringen? Über seine Liquidierung. Über die Zerstörung all jener hindernden Bindungen an die alte Gesellschaft, an denen die Menschen noch hängen. Der Sieg der Revolution wird erst nach Eliminierung dieses Erbes gesichert und irreversibel.<sup>14</sup>

In der DDR ist dieser Prozess bis zum Juni-Aufstand 1953 in zwei Schritten begonnen worden. Der erste Schritt weist folgende Merkmale auf:

1) Eroberung des politischen Machtmonopols durch die kommunistische Partei, die der SED, im Schatten der sowjetischen Besatzungsmacht, Umsetzung des Machtmonopols in staatliche und verbandsmäßige Organisation mit der Folge der Aus- bzw. Gleichschaltung aller autonomen gesellschaftlichen Verbände (Sozialdemokratie, Gewerkschaften); 2) Eroberung der „Kommandohöhen der Wirtschaft“ durch die kommunistische Partei, d. h. sie bringt die Grundstoff- und Schwerindustrie, das Finanz- und Bankwesen durch Verstaatlichung unter ihre Kontrolle. Im Agrarsektor werden die Großgrundbesitzer enteignet und vertrieben; das Land wird im Zuge einer „Bodenreform“ an Neubauern verteilt; 3) gleichzeitig wird ein staatlicher und genossenschaftlicher Verteilungsapparat aufgebaut, der als Parallelorganisation zum kleinbürgerlich Handel auftritt; durch diese Konkurrenz soll dem Privathandel die ökonomische Basis entzogen werden, zugleich wird er sozial isoliert; 4) eine radikale Reform des Ausbildungssystems hat die Schaffung einer neuen Intelligenz zum Ziel; die alte wird weitgehend geschont – allerdings bei gesellschaftlicher Isolierung und unter ständiger Kontrolle; 5) zugleich beginnt der groß angelegte Versuch, die Gesamtbevölkerung mit Hilfe des Monopols an den Massenmedien im Geist des Sozialismus umzuformen

---

14 vgl. dazu Finke, Klaus, Figuren der Ganzheit. Heroismus im totalitären Mythos und seine Nachbildungen im DEFA-Film, in: ders.: Politik und Mythos. Kader, Arbeiter und Aktivisten im DEFA-Film, Oldenburg 2002, S. 61 ff

Der zweite Schritt umfasst folgende Merkmale:

1) die endgültige Herauslösung der kleinbürgerlichen Schichten aus ihrem ökonomischen und sozialen Status; Handwerk und Handel werden dominiert von kollektiver staatlicher Arbeitsorganisation; 2) zentral im Revolutionsprozess ist allerdings die Vernichtung des Bauerntums; damit soll die ökonomisch und bewusstseinsmäßig widerstandsfähigste Gruppe ausgeschaltet werden. An die Stelle des Kleinbürgertums und der Bauernschaft treten neue, hierarchisch und funktional gegliederte Schichten: So wird aus dem Bauern: der Tierzüchter, der Agronom, der Feldbau-Brigadier, der Schweinemeister, der Hauptbuchhalter, der Genossenschaftsvorsitzende usw.; 3) schließlich: die neue sozialistische Intelligenz beginnt zunehmend die alte bürgerliche zu ersetzen.<sup>15</sup>

Ihr Programm einer radikalen Zerstörung der „alten“ Gesellschaft und den „Aufbau des Sozialismus“ realisierte die SED in einem Prozess gewalttätiger Politik, in dessen Verlauf allein in den Jahren 1952 183 000 und 1953 330 000 Menschen aus der DDR fliehen bzw. vertrieben werden. Zudem werden alle begehrenden Formen von Widerstand und Opposition rigoros unterdrückt.

Von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung einer Krisenlage erweist sich nun die 2. Parteikonferenz der SED vom 9.-12. Juli 1952 mit ihrem Beschluss zum forcierten „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“. Dieses Programm verfolgte zwei Ziele: verstärkter Ausbau der Schwerindustrie – vor allem auch um die Bedürfnisse der beginnenden Militarisierung zu befriedigen, dies ging zu Lasten der Konsumgüterproduktion; es diente in zweiter Linie der Liquidierung von Teilen der Mittelschichten, vor allem der Bauern, der Handwerker und Gewerbetreibenden<sup>16</sup> durch zunehmende Kollektivierung der Landwirtschaft und einen verstärkten Steuer- und Abgabendruck. Diese Kampfansage der SED an die Mittelschichten durch verschärfte politische und ökonomische Repression führte zu dem bekannten Phänomen der Massenflucht. Dies alles zusammengenommen markiert den Beginn einer „gesellschaftliche(n) Krise in der DDR“ (A. Mitter)

---

15 die Merkmale sind zitiert bzw. paraphrasiert worden nach Hartmut Zimmermann, Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 12. Jg. 1961, H. 4, S. 200 f und nach Finke, Klaus, Figuren der Ganzheit, a. a. O., S. 61 ff

16 vgl. Mitter, A., Der ›Tag X‹ und die ›Innere Staatsgründung der DDR‹, in: Ilko-Sascha Kowalczyk, Der Tag X – 17. Juni 1953, Berlin 1995, S. 9-30, hier S. 19

Schon mit dem 5-Jahr-Plan, den der III. Parteitag der SED im Juli 1950 beschlossen hatte, waren für die Jahre 1951-55 ehrgeizige Ziele gesteckt worden, der Beschluss vom Juli 1952 verschärfte nun noch die Probleme, denn es war klar, dass die zentrale Forderung nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht zu erreichen war. In diese zugespitzte innenpolitische Lage fällt die Entscheidung der SED vom 28. Mai 1953, nun mit Gewalt eine Normerhöhung durchzusetzen, d. h. sie per Gesetz zu dekretieren. Im Juni wird dann die SED diesen Vorgang – vermeintlich selbstkritisch – als „administrative Durchsetzung“ und damit als Fehler bezeichnen.

## **ad 2) Verlauf und Umfang der Krise**

Im Licht der neueren Forschungsergebnisse wird deutlich, „daß eigentlich das Datum 17. Juni falsch ist, es ist zu eng. Es hat viel früher begonnen, und es hat sehr viel später aufgehört“<sup>17</sup>, so das Resümee von Alexander Fischer in der erwähnten Sitzung der Enquete-Kommission.

Es lassen sich, der Darstellung A. Mitters folgend, in dem mit der 2. Parteikonferenz beginnenden krisenhaften Prozess zwei Entwicklungsstadien unterscheiden:

- 1) Die einzelnen spontanen, unkoordinierten Streiks und Demonstrationen in verschiedenen Orten der DDR als Ausdruck der vorhandenen Missstimmung der Bevölkerung in der Zeit vor der Normerhöhung vom 28. Mai spitzen sich zu nach der als „Bankrotterklärung“<sup>18</sup> der SED aufgefassten Verkündung des „Neuen Kurses“ vom 9. Juni 1953. Sie kulminieren in den Tagen vom 16. bis zum 21. Juni in einen „offenen Widerstand gegen das SED-Regime“<sup>19</sup>
- 2) Mitte Juli setzt eine erneute große Streikwelle ein, die sich trotz der verschärften Repression vor allem im Industriegebiet Mitteldeutschlands ausbreitet und ihre Höhepunkte am 10. Juli in Jena und vom 15.-17. Juli in Buna, Tschkopau, hat.

Die gängige zeitliche Eingrenzung auf den 16./17. Juni hat sich als unzutreffend erwiesen; das gleiche gilt auch für die örtliche Eingrenzung. Der Fokussierung des Blicks auf die Ereignisse in Ostberlin ist dabei die Dimension einer landesweiten Streik- und Protestbewegung entgangen. Die tatsächliche

---

17 Deutscher Bundestag, a. a. O., Bd. II, 1, S. 801

18 Mitter, A., ›Der Tag X‹ und die ›Innere Staatsgründung der DDR‹, in: Der Tag X – 17. Juni 1953, a. a. O., S. 10

19 ebd.

Ausdehnung des Protestes ergibt sich daraus, dass es „in mehr als 560 Orten“ zu Aktionen der Bevölkerung kam<sup>20</sup>; sie ergibt sich auch aus der Reaktion der sowjetischen Militärführung; am 17. Juni verhängte sie „über 167 der 217 Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand, der in Berlin und Leipzig am längsten, nämlich bis zum 9. Juli 1953 anhielt.“<sup>21</sup> Als Zentren der Streiks und Proteste sind zu nennen Magdeburg, Bitterfeld, Halle, Leipzig, Jena und vor allem Görlitz; dort gelang für mehrere Tage die Besetzung des Rathauses, die Absetzung des Polizeipräsidenten und die Befreiung der politischen Gefangenen.

### **ad 3) die Folgen**

Dabei sind drei Aspekte zu unterscheiden: 1) die Verfolgung der Akteure, 2) die Stabilisierung der SED-Herrschaft, 3) die politische Bedeutung

#### *1) Verfolgung und Repression*

Der Aufstand in Ostberlin und der DDR konnte nur durch den Einsatz sowjetischer Panzer und die Verhängung des Ausnahmezustandes niedergeschlagen werden. Der Niederschlagung folgte die Verfolgung; die „Rache der Sieger war unerbittlich.“<sup>22</sup> Bereits am 18. Juni meldete der Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte nach Moskau, dass „sechs aktive Provokateure gefasst und von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt worden seien – je einer in Berlin und Jena, je zwei in Magdeburg und Görlitz.“<sup>23</sup> Die Urteile wurden sofort vollstreckt, außerdem hatten sowjetische Soldaten bereits sechs „vermeintliche Rebellen“ während der „Unruhen“ des Vortages nach ihrer Festnahme erschossen.<sup>24</sup> „Bis zum 22. Juni wurden 19 Todesurteile verkündet und mit einer Ausnahme auch exekutiert.“<sup>25</sup>

Am 17. Juni nahmen die Sowjets „700 Auführer“ fest, davon 300 in Berlin; am nächsten Morgen hatte sich die Zahl der Inhaftierten auf 3 351 erhöht, davon 2 414 allein in Ostberlin; am 20. Juni waren „insgesamt 8 029 Provokateure, Rebellen und Personen, die sich verdächtig gemacht“ hatten, inhaf-

---

20 ebd.

21 Kowalczyk, Ilko-Sascha, Stefan Wolle: „Roter Stern über Deutschland“, Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 167 ff

22 Knabe, Hubertus, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003, S. 348

23 ebd.

24 ebd.

25 ebd.

tiert worden.<sup>26</sup> Von dem Ministerium für Staatssicherheit wurden bis zum 27. Juni „DDR-weit 2 775 Festnahmen“ vorgenommen, bis zum 8. Juli hatte sich „die Zahl auf 4 493 erhöht.“<sup>27</sup> Die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei registrierte bis zum 22. Juni „insgesamt 6 057 Festnahmen, wobei die Verhaftungswelle zu diesem Zeitpunkt noch in vollem Gang war. Insgesamt wurden von den ostdeutschen Sicherheitsorganen bis zum 1. August etwa 13 000 Verhaftungen gezählt.“<sup>28</sup>

Zur Gesamtzahl müssen noch die von den sowjetischen Behörden Verhafteten hinzugezählt werden, es ergibt sich damit die Zahl von mehr als 21 000 inhaftierten Aufständischen.<sup>29</sup> Zu beachten ist allerdings, dass bis heute „die genaue Zahl der Inhaftierten“ nicht bekannt ist.<sup>30</sup>

## 2) Die Stabilisierung der SED-Herrschaft

Die SED-Führung war angesichts des Aufstandes in ein Dilemma geraten: einerseits hatte sich das Volk als kollektiver Konterrevolutionär demaskiert, andererseits musste sie sich als Vollstreckungsorgan des historischen Fortschritts auf eben dieses Volk, bzw. dessen fortschrittlichste Kräfte, positiv beziehen. Daher versuchte sie bereits während des Aufstandes durch eine Reihe von Zugeständnissen eine Beruhigung einzuleiten. Nach der informellen Rücknahme der Normerhöhung vom 16. Juni folgte die formelle am 21. Juni durch einen Beschluss des Zentralkomitees der SED.

Die „wichtigste Schlussfolgerung“<sup>31</sup> bestand allerdings darin, „den Macht- und Disziplinierungsapparat massiv auszubauen“<sup>32</sup>; dies richtete sich einmal nach innen, gegen die eigenen Genossen, und nach außen, gegen das Volk, den potentiellen Feind. Zudem setzte die SED-Führung auch gegen die „Blockparteien und Massenorganisationen“ Disziplinierungsmaßnahmen in Gang. Parallel dazu wurden „Aufgaben und die personelle Stärke des Sicherheitsapparates“, also des Ministeriums für Staatssicherheit, vergrößert, das Netz der „Geheimen Informanten, den späteren Inoffiziellen Mitarbeitern“ wurde massiv ausgebaut; auch „die Zahl der KVP-Angehörigen wurde kräf-

---

26 Knabe, a. a. O., S. 347

27 Knabe, a. a. O., S. 357

28 ebd.

29 vgl. dazu: Im Juni und Juli kam es „zu schätzungsweise 13 000 Verhaftungen“ A. Mitter, in: Deutscher Bundestag, a. a. O., Bd. II. 1, S. 765

30 Knabe, a. a. O., S. 357

31 Mitter, A., Deutscher Bundestag, a. a. O., Bd. II. 1., S. 766

32 ebd.

tig erhöht“<sup>33</sup>; das Ziel war die präventive Bekämpfung potentieller Feinde im eigenen Volk.

Eine weitere Schlussfolgerung bestand für die sowjetische Führung darin, „dass sie ihre ostdeutschen Statthalter mit mehr Kompetenzen ausstatten müsste“, d. h. ihnen einen größeren innen- und außenpolitischen Spielraum einräumen müsste<sup>34</sup>: „Es galt daher“, wie Gerhard Wettig<sup>35</sup> es pointiert formuliert hat, „die DDR nicht länger als 16. Sowjetrepublik zu behandeln, sondern sie auf eigene Füße zu stellen.“

Im August 1953 verkündete sie daher in diesem Sinn verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen, so die Einstellung der Reparationszahlungen und die Rückgabe „der letzten noch existierenden SAG-Betriebe – mit Ausnahme der Wismut – an die DDR“, darunter die Leuna-Werke, die Chemischen Werke Buna, die drei Magdeburger Maschinenbaubetriebe und die Filmfabrik Agfa Wolfen.<sup>36</sup>

### 3) Die politische Bedeutung

Der Aufstand gegen die SED-Herrschaft hatte ihren illegitimen Charakter deutlich hervortreten lassen. In den Worten von Hermann Weber: „Der Grunddefekt des SED-Regimes war von Anfang bis Ende das Fehlen jeder demokratischen Legitimation.“<sup>37</sup>

Es handelte sich weder um die „Selbstregierung des Volkes“, Kants Bestimmung der demokratischen Republik, noch um eine als „Diktatur des Proletariats“ ausgegebene Herrschaft der Arbeiterklasse.

Die Niederschlagung des Aufstandes durch sowjetische Truppen bedeutete vielmehr folgendes: „Hinter der ›formalen Macht der SED‹ (K. W. Fricke) war damit die reale Macht der Sowjetunion sichtbar geworden, von der die DDR bis zu ihrem Ende abhängig blieb.“<sup>38</sup> Damit hat sich aber nicht nur der

33 Mitter, a. a. O., S. 767

34 Kowalczyk, Ilko-Sascha, Stefan Wolle: „Roter Stern über Deutschland“, Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 167 ff

35 Wettig, Gerhard, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955, München 1995, S. 262

36 Ilko-Sascha, Stefan Kowalczyk, Wolle: „Roter Stern über Deutschland“, Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 167 ff

37 Weber, H., Geschichte der DDR, Neuausgabe, München 1999, S. 16

38 Fischer, Alexander, Deutscher Bundestag, a. a. O., Bd. II. 1., S. 770. Auch der sowjetische Ministerpräsident Georgi Malenkow konnte 1953 nicht umhin, „nüchtern der Wahrheit ins Auge zu sehen und anzuerkennen, daß das bestehende Regime in der DDR ohne die Anwe-

illegitime Charakter der SED-Herrschaft gezeigt – dafür hätte es eines Beweises in dieser schrecklichen Form kaum bedurft, denn für jeden, der nicht einen naiven Blick auf die Errichtung der SED-Diktatur richtete, war dies auch schon vorher klar. Vor allem hat sich in der Niederschlagung des Aufstandes durch sowjetische Truppen die Abhängigkeit der „Deutschen Frage“ von der Konstellation einer bipolaren Weltordnung erwiesen. Im Juni-Aufstand ging es, in den Worten von Manfred Wilke, „um Demokratie und Diktatur und um nationale Einheit. Auf dieser Ebene der Forderungen greift dann die sowjetische Besatzungsmacht ein und stellt klar, daß über das Schicksal der SED nicht allein die Deutschen entscheiden, die zu diesem Zeitpunkt immer noch unter Besatzungsrecht leben.“<sup>39</sup>

Deutlich wurde also vor allem die Abhängigkeit der vom Aufstand thematisierten Frage der Einheit Deutschlands vom Stand der Systemauseinandersetzung zwischen freiheitlicher Demokratie des Westens und totalitärer Diktatur des Ostens. Die sich angesichts des Verlaufs des Aufstandes und der folgenden Reaktionen auf östlicher wie westlicher Seite durchsetzende Ohnmachtserfahrung gründet in dieser Einsicht. Für 80 % der Deutschen auf beiden Seiten ist in jener Zeit die Einheit eine fraglose Selbstverständlichkeit. Die neue Erfahrung des Jahres 1953 bildet gleichermaßen den Hintergrund für Resignation und Enttäuschung in der DDR wie für die allmähliche Verfertigung einer Separatidentität im schönen Schatten des Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik. Die Wiederholung dieser kollektiven Erfahrung acht Jahre später trägt zur Verfestigung des status quo der Teilung bei.

#### **IV. Die Krise der SED-Herrschaft und ihre Deutungen**

Wir werden für die Antwort auf die Leitfrage nach der einen „sicheren Sache“ zwei Seiten betrachten müssen, die Seite der DDR, also der SED und der mit ihr assoziierten Wissenschaftler und Künstler, und die Seite der Bundesrepublik.

---

senheit sowjetischer Truppen nicht zu halten ist.“ zit. v. A. Fischer, a. a. O., Bd. II. 1., S. 771

39 Wilke, Manfred; Tobias Voigt, ›Neuer Kurs‹ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR, in: Andras B. Hegedüs; Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod, Berlin 2000, S. 80

## IV.1 Die Selbstdeutung der SED: Überblick

Zunächst also die Seite der SED. Wie versteht und deutet die SED die Juni-Ereignisse?

Öffentlich dominierte ausschließlich die SED-Darstellung vom „faschistischen Putsch“. Dies blieb die gültige Linie bis zum Ende der DDR. Bereits am 18. Juni wurde sie im Neuen Deutschland vorgetragen und am 21. Juni in einer ZK-Erklärung ausgeweitet. Im Herbst 1953 erschien eine umfangreiche Propaganda-Broschüre, herausgegeben vom „Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“, mit dem Titel: „Der Tag X – Wer zog die Drähte?“, in der die SED-Version dokumentarisch belegt werden sollte. Variationen des immer gleichen Themas stellen dann die entsprechenden Passagen in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ dar, also des verbindlichen Werks der DDR-Geschichtsschreibung. Letztmalig erscheint der Topos vom Putsch, in der Variante konterrevolutionärer Putsch, im Dietz-Geschichtskalender 1988 in der Darstellung von Peter Hübner.<sup>40</sup> Grundsätzlich aber gilt: In der DDR war der 17. Juni ein Tabuthema. Die Thematisierung des 17. Juni in der Kunst blieb daher natürlich auch außerordentlich spärlich; am bekanntesten dürften dabei zwei Romane und ein Gedicht sein. Einmal Stefan Heyms Werk „Fünf Tage im Juni“, auf dessen Veröffentlichung in der DDR Heym 1959 „freiwillig-gezwungen“ verzichtete und der dann 1974 in der Bundesrepublik erschien, obwohl er die SED-These vom Putsch vertritt.

Zum zweiten Hermann Kants Roman „Das Impressum“, der 1972 erschien. Dieser Parteidichter ist Exponent jener „kritischen“ Künstler, die die SED-Diktatur gern verbessern helfen wollten. Kant argumentierte mit dem klassischen Rechtfertigungsschema für die Mängel der Diktatur, die deshalb noch bestehen, weil der gute Sozialismus in einer Welt von Feinden lebt.<sup>41</sup> Für die angestrebte Reformarbeit setzte er daher vor allem auf die Zeit, d. h. die Zukunft, in der die „Bedingungen“ für den „wahren“ Sozialismus besser geworden sind, in der die „Feinde“ von innen und von außen nicht mehr störend eingreifen etc. Solange aber die Verhältnisse so prekär sind, ist der Verweis auf den „Feind“ das auch von Kant in diesem Roman am Fall 17. Juni eingesetzte Mittel zur Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse: „Seit 1949 ist das die klassische Form, die Diktatur in der DDR zu legitimieren. auf gleiche

---

40 vgl. Mitter, A., Der Tag X, a. a. O., S. 11

41 vgl. Finke, Klaus, Figuren der Ganzheit, a. a. O., S. 24 ff

Weise war immer der Stalinismus entlastet worden: Seit 1917 sei die UdSSR umzingelt und habe den inneren Feind kontrollieren müssen.“<sup>42</sup>

Zum dritten Brecht und sein in der DDR selbstverständlich nicht veröffentlichtes Gedicht „Die Lösung“, in dem er, angesichts der Tatsache, dass das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe, ironisch fragt: „Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein neues?“ Weniger bekannt und zitiert wird hingegen Brechts öffentlicher Kotau vor der SED wenige Monate später, als er – wegen „ihrer historischen Errungenschaften“ – seine Verbundenheit mit der Partei erklärte: „... und ich fühlte mich ihr verbunden, als sie ... von faschistischem und kriegstreiberischem Gesindel angegriffen wurde. Im Kampf gegen Krieg und Faschismus stand und stehe ich an ihrer Seite.“<sup>43</sup>

Brechts Gedicht war u. a. auch eine Reaktion auf ein Langgedicht von Kurt Bartels, genannt Kuba, des größten Parteidichters und Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes der DDR. Unter dem Titel „Wie ich mich schäme“ war es bereits am 20. Juni 1953 im „Neuen Deutschland“ erschienen. Kuba spricht die Arbeiterklasse der DDR direkt an:

„*Maurer – Maler – Zimmerleute*“ und beschreibt sie so: „*Sonnengebräunte Gesichter unter weißleinenen Mützen, muskulöse Arme, Nacken – gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt, man konnte es sehen.*“ Diesem heimtückischen Lob folgt aber auf dem Fuß die erste Rüge: „*Bis zum Alex waren es die Normen – richtig.*“ – „*Dazu hattet ihr euer gutes, durch Gesetze festgelegtes Recht auf freie Meinungsäußerung.*“ Aber: „*Hättet ihr nur gleich zu Beginn jenem stinkfeinen amerikanischen Omnibus mehr Beachtung geschenkt.*“ - „*Ihr zogt in schlechter Gesellschaft durch die Stadt*“ – nämlich „*Gesindel*“, *gedungen* „*von den großen Weltbrandstiftern.*“ Da die Arbeiterklasse sich als nicht wachsam erwiesen hatte, folgt ein massiver Vorwurf: „*Große Kriege haben oft scheinbar kleine Ursachen. Freilich ihr sagt, ihr hättet das nicht gewußt. Nach dem zweiten Weltkrieg sagten auch viele, sie hätten es nicht gewußt. Aber diesmal hättet ihr es wissen können.*“ – „*Es gibt keine Ausrede!*“ Obwohl der „*Tischler Walter Ulbricht*“ alle „*berechtigten Ursachen zum Zorn am Abend vorher beseitigt*“ hatte, „*folgtet ihr einem anderen*“ – „*Ein Sargmacher führte euch – ein*

---

42 Domdey, Horst, Die DDR als Droge. Wie kritisch war DDR-Literatur?, in: Deutschland – Archiv, 26. Jg. 1993, H. 2, S. 166

43 zit. n. Eppelmann, Rainer, in: Deutscher Bundestag, a. a. O., Bd. II. 1., 752

*Totengräber.*“ Aber es gibt wachsame Freunde: „*Als wenn man mit der flachen Hand ein wenig Staub vom Jackett putzt, fegte die Sowjetarmee die Straße rein.*“ – „*Ihr aber dürft wie gute Kinder um neun Uhr abends schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der Deutschen Volkspolizei. Schämt ihr euch auch so, wie ich mich schäme. Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern und künftig sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird. Zerstörte Häuser reparieren, das ist leicht. Zerstörtes Vertrauen wieder aufrichten, ist aber sehr, sehr schwer.*“

Soweit der Arbeiterschriftsteller Kuba. Aber das Problem liegt tiefer; auch namhafte, parteilose Intellektuelle ergriffen das Wort, so etwa der Literaturwissenschaftler Hans Mayer, der einige Jahre später, wie auch Ernst Bloch, die DDR verließ und in der Bundesrepublik eine der einflussreichsten öffentlichen Stimmen wurde. Mayer erklärte seinen DDR-Lesern klipp und klar, worum es ging: „Es ging bei uns am 17. Juni in Wahrheit um Faschismus oder Antifaschismus. Es ist sinnlos, sich in dieser Grundfrage irgend etwas vorzumachen.“<sup>44</sup> Nach einem Vergleich mit nazistischen Progromen, wirft er die Frage auf: „Was wäre geschehen, wenn ›das da‹ gesiegt hätte? Auch hier hat es gar keinen Sinn, sich etwas vorzumachen. Dann wäre Deutschland zu Korea geworden. Dann hätten wir Bürgerkrieg und Krieg“ und bald „den dritten Weltkrieg“. Mayers Resümee: „Kein Zweifel: am 17. Juni 1953 hat die Sowjetunion bei uns von neuem die Gefahr des Faschismus gebannt.“<sup>45</sup>

## **IV.2 Zur Selbstausslegung der SED: Der Putsch**

### **Wie versteht und deutet die SED die Juni-Ereignisse?**

Die SED sieht sie nicht als Krise; ihre Deutung unterscheidet sich diametral vom westlichen Verständnis, das die Ereignisse *sofort* als *innere* Krise der SED-Herrschaft klassifiziert. Die Deutung der SED ist die Negation der Krise. Sie sieht *sofort* einen Putsch, für den zwei Merkmale konstitutiv sind: es ist ein von *außen* und von *fremden* Kräften inszenierter Putsch. Diese Deutung ist die Adaption der Zwei-Lager-Theorie von A. Schdanow – dem Schlüsseldokument der Epoche des kalten Krieges. Diese „Theorie“ bildet sozusagen den Urtext der sowjetkommunistischen Politik, alle wesentlichen

---

44 zit. n. Mitter, Armin, Stefan Wolle, Untergang auf Raten, München 1993, S. 112

45 Mitter, Wolle, a. a. O., S. 113

politischen Äußerungen der SED-Führung erscheinen als deren Anwendung auf die je aktuelle Situation. Dies gilt u. a. auch für Ulbrichts Rede auf der 2. Parteikonferenz im Juni 1952, in der er zu Beginn die Hauptelemente dieser Theorie paraphrasiert und als Leitfaden für den „Aufbau des Sozialismus“ nimmt. Auch für die gesamte Kampagne der SED – so etwa in der DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge“ – zum Korea-Krieg gilt dieses Schema, mit dessen Hilfe die „Verbrechen der Wall Street in Korea“ breit ausgemalt werden. Dies gilt auch für die Reaktion der SED-Führung auf die Ereignisse im Juni. Diese Theorie soll daher kurz vorgestellt werden.

### Die „Zwei-Lager- Theorie“ und ihre Anwendungen

Im September 1947 formulierte Andrej Schdanow, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, in Warschau bei der Gründung des Kommunistisches Informationsbüros (Kominform) jenes als „Zwei-Lager-Theorie“<sup>46</sup> berühmte gewordene Paradigma der bipolaren Weltordnung in der Epoche des Kalten Krieges. Aus der Perspektive dieses Paradigmas führte das Sozialistische Lager den Kalten Krieg unter dem Titel „Friedenskampf“ gegen den „Kriegskurs des imperialistischen Lagers“.

Schdanows Theorie ist „vorbildlich“ in zweifacher Hinsicht: einmal wegen des entwickelten „richtigen“ Leitfadens für den politischen Kampf; vorbildlich ist sie aber auch insofern, als sie ein Exempel formal korrekter stalinistischer Theoriebildung, die Anwendung eines metaphysischen Deduktionsschemas nämlich, darstellt, in dem bekanntlich die Welt *aus* dem Begriff gemacht (H. Blumenberg), aus der Denkmöglichkeit, der Essenz, die Existenz abgeleitet wird. Der Erkenntnisgewinn dieser zirkulären Theorie ist beträchtlich: sie ist immer und überall im Besitz der Einsicht über „die Bedingungen, den Gang und die Resultate“<sup>47</sup> des Klassenkampfes. Diese Theorie und ihre Emanationen sind verkörpert in der Kommunistischen Partei; sie ist deren Offenbarungsorgan und zugleich Handlungsinstantz der solchermaßen „wissenschaftlich“ begründeten Politik.

Schdanow wendet in seiner Rede das Theorieschema klassisch an; seine Deduktionen sind klar und eingängig; diese Vorzüge führen zu ihrer ubiquitären Anwendung, zur eins-zu-eins-Umsetzung ihrer Grundzüge in alle poli-

---

46 zit nach Keesting's Archiv der Gegenwart vom 1. Oktober 1947, XVI. u. XVII. Jg. 1946 u. 1947, Frauenfeld, Sp. 1210-1213

47 Marx, K., F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/ Engels Werke, Bd. 4, S. 474

tischen Verlautbarungen kommunistischer Parteien in der Hochphase des Kalten Krieges.

Im ersten Schritt nimmt Schdanow eine pseudohistorische Fundierung seiner Theorie vor – in Form einer *petitio principii*: er behandelt eine willkürliche Behauptung als bewiesene, die wiederum eine Folgerung begründen soll. Die Hervorhebung der „entscheidenden“ Rolle der Sowjetunion „im Sieg über die faschistischen Aggressoren“ und der damit verknüpfte Verweis auf den erreichten Stand des internationalen Klassenkampfes, dienen als Beweis der These vom veränderten „Kräfteverhältnis zwischen den beiden Systemen – dem sozialistischen und dem kapitalistischen“, das sich „stark zugunsten des Sozialismus verändert“ haben soll.<sup>48</sup>

Im zweiten Schritt nimmt Schdanow eine nähere Bestimmung dieser politischen Veränderungen der Weltlage vor. Um den Pol des Friedens und der Demokratie, um die Sowjetunion also, „vereinigten sich die demokratischen progressiven Kräfte der ganzen Welt.“<sup>49</sup> Der andere Pol der Weltordnung macht einen gravierenden Wandel durch: „Von allen kapitalistischen Mächten sind nur die USA aus dem Krieg nicht geschwächt, sondern wirtschaftlich und militärisch gestärkt hervorgegangen. Die amerikanischen Kapitalisten haben am Krieg gründlich verdient.“<sup>50</sup> Die bekannten „einflussreichen reaktionären Kreise des amerikanischen Imperialismus“ haben daher „ein Programm der Ausnützung der ganzen wirtschaftlichen und militärischen Macht der USA aufgestellt“ mit einem deutlich erkennbaren Ziel: „*Dieser Kurs der USA hat sich die Errichtung der Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus zum Ziel gesetzt.*“<sup>51</sup>

Im dritten Schritt kann Schdanow schließlich die Konklusion vorstellen; es handelt sich um die Geburt eines neuen dualistischen Weltbilds:

„Die grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Staaten nach dem Kriege haben das ganze politische Weltbild verändert. Es ist zu einer Neuaufteilung der politischen Kräfte gekommen. Je größer der Zeitraum wird, der uns von der Beendigung des Krieges trennt, desto schärfer heben sich *zwei Grundtendenzen* in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die *der Teilung der politischen Kräfte in zwei Lager* entsprechen: *In das imperialistische und antidemokratische*

---

48 Schdanow, a. a. O., S. 1210

49 ebd.

50 ebd.

51 ebd.

*Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits.*<sup>52</sup>

Das „imperialistische Lager“ bestimmt er wie folgt: „Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA. Mit Amerika verbündet sind England und Frankreich. (...) Das Hauptziel des imperialistischen Lagers ist die Festigung des Imperialismus, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie und allorts die Unterstützung der reaktionären und antidemokratischen, profaschistischen Regimes und Bewegungen.“<sup>53</sup>

Das Lager der Anderen bestimmt er so: „Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte bilden das andere Lager. Die Grundlage dieses Lagers sind die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie. Zu ihm gehören auch Länder, die mit dem Imperialismus gebrochen haben und festen Fuß auf dem demokratischen Entwicklungsweg gefaßt haben, wie Rumänien, Ungarn und Finnland.“<sup>54</sup>

Das „imperialistische Lager“ verfolgt ein Hauptziel, nämlich den Kampf gegen die Sowjetunion:

„Der Übergang des amerikanischen Imperialismus zum aggressiven expansionistischen Kurs, der sich nach dem Krieg vollzog, fand sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik ihren Ausdruck. Auf diesem Gebiet (sc. Ideologischer Kampf – Vf.) besteht die Hauptaufgabe des amerikanischen Planes darin, auf die öffentliche Meinung einen erpresserischen Druck auszuüben, indem Lügen über eine angebliche Aggressivität der Sowjetunion und der Länder der neuen Demokratie verbreitet werden. (...) Die in politischen Fragen unbewanderten amerikanischen Imperialisten, die offen ihre Ignoranz zur Schau tragen, stellen in ihrem ideologischen Kampf gegen die Sowjetunion vor allem den Gedanken in den Vordergrund, die Sowjetunion sei angeblich eine antidemokratische, totalitäre Kraft, die USA, England und die ganze kapitalistische Welt aber demokratisch.“<sup>55</sup>

Der Imperialismus kann sich dabei auf folgende Agenturen stützen:

„Es ist bezeichnend, daß an der Durchführung des ideologischen Planes des amerikanischen Imperialismus sowohl amerikanische militärpolitische

---

52 ebd. – alle Sp. v. Vf.

53 ebd.

54 ebd.

55 Schdanow, a. a. O., S. 1211

Kundschafter als auch gelbe Gewerkschaftsführer, die französischen Sozialisten mit dem eingefleischten Apologeten des Kapitalismus, Leon Blum, der deutsche Sozialdemokrat Schumacher und Labour-Führer vom Schlage eines Bevin in enger Zusammenarbeit teilnehmen. Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marshall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist.“<sup>56</sup>

### **Anwendungsfall (I)**

Die wirklichkeitsstrukturierende Kraft dieses Schemas und der zugrundeliegenden Weltanschauung wird deutlich in der ersten öffentlichen Reaktion der SED-Führung im „Neuen Deutschland“ vom 18. Juni. Der Autor behandelt die Frage: „Was ist in Berlin geschehen?“

Zunächst klärt er, worum es den „Provokateuren“ und „den westlichen Agenturen“ geht. Zum ersten: „Es geht den westlichen Agenturen darum, das große Aufbauwerk in der DDR, das von der ganzen Bevölkerung durchgeführt wird und mit dem sich die ganze Bevölkerung verbunden fühlt, zu stören.“ Zum zweiten: „Es geht ihnen darum, den Kriegskurs Adenauers und der Amerikaner, der immer sichtbarer ins Wanken gerät, um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Es geht ihnen darum, gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes und aller Völker einen niederträchtigen Schlag zu führen.“ Daher dirigieren „die amerikanischen Offiziere in voller Uniform“ die Demonstrationen und „die faschistischen Trupps“.

Aber, es kommt, wie es kommen muss: „Die Provokation ist zusammengebrochen.“ Seine Darlegung der Unmöglichkeit des Erfolgs der „Provokation“ von „faschistischen Trupps“ gipfelt in einem Argument: sie mussten scheitern, denn der „Generalstreik, zu dem sie die Berliner Arbeiter verführen wollten“, ist nicht nur nicht faktisch gelungen, besser noch: er „konnte nicht gelingen, denn daß deutsche Arbeiter im Auftrage und Interesse der amerikanischen und deutschen Monopolkapitalisten gegen ihre eigenen Interessen und ihre eigene Regierung in den Generalstreik treten, ist ein allzu widersinniger Gedanke.“<sup>57</sup>

---

56 a. a. O., S. 1212

57 Was ist in Berlin geschehen?, in: Neues Deutschland Nr. 140 v. 18. Juni 1953, S. 1

### *Der Topos von der Verführung*

In diesem Artikel tritt das übliche Deduktionsverfahren in voller Klarheit auf: nach den Prämissen der SED-Theorie wäre es ein Selbstwiderspruch, wenn Arbeiter gegen sich selbst handeln würden, d. h. hier gegen ihre eigene Regierung streiken würden: ein „widersinniger“ Gedanke im Gefüge des marxistisch-leninistischen Theoriegebäudes.

Zur „Erklärung“ der Ereignisse gehört aber auch der Rückgriff auf die Topoi „Verführung“ und „Demagogie“. Mit diesen Gedankenfiguren wird grundsätzlich die widerständige Empirie mit den Elementen der Theorie in Übereinstimmung gebracht. Da die Arbeiterklasse dieser Theorie zufolge auf dem Weg zu ihrer Emanzipation ist, da sie gemäß einer „historischen Notwendigkeit“ handelt, tut sie stets das, was sie ihrem „Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird“<sup>58</sup>. Allerdings werfen die empirischen Phänomene, die diese Thesen ständig widerlegen, gewisse Probleme auf. Die Um- und Irrwege der Arbeiterklasse, die sie immer wieder beim Gang durch die Geschichte unternimmt, irritieren zwar ein wenig die Theoretiker, die die „Gesetze der Geschichte“ erkannt zu haben glauben. Aber die Irritation führt nicht zum Zweifel an der Konsistenz des Ganzen der Theorie; sie halten an der Vorstellung von der „historischen Mission“ der Arbeiterklasse und ihrer eigenen Rolle dabei fest; sie können dies, weil sie in der Lage sind, *auch* die „Abweichungen“ der Arbeiterklasse „wissenschaftlich erklären“ zu können: wenn es zu solchen Erscheinungen der Abkehr vom vorherbestimmten Weg kommt – der schlimmste Fall ist dabei der Fehler aus dem Jahr 1933, als sie dem falschen „Führer“ folgte –, dann liegt das am Einfluss der bürgerlichen Ideologie. Als Folge der raffinierten und hinterlistigen Einflüsterungen bürgerlicher Ideologien und durch deren falsche Versprechungen, kurz: durch Demagogie und Verführung wird die Arbeiterklasse vom richtigen Weg, d. h. der Verfolgung ihrer „objektiven“, von der Partei formulierten Interessen abgehalten und in die Irre geführt. Der Erfolg dieser Verführungen ist allerdings immer nur kurzfristig, denn langfristig muss die Arbeiterklasse der historischen Notwendigkeit folgen. Die unerbittliche immanente Zwangsläufigkeit des totalitären Weltbilds garantiert diesen Sieg über die schlechte und falsche Empirie.

Dies ist das klassische Schema der Integration der heterogenen Empirie in das homogene Weltbild. Das heißt aber auch: wenn die „Massen“ nicht

---

58 Marx, Die heilige Familie, a. a. O., S. 38

geführt werden, dann werden sie *verführt*. Zugrunde liegt also die Vorstellung, die „Massen“ seien zum autonomen Handeln nicht befähigt. Dies ist ja auch der Grundgedanke der kommunistischen Parteitheorie, die sich deshalb als „Führerin“ der Arbeiterklasse bezeichnet, weil diese *von sich* aus nur ein „trade-unionistisches Bewußtsein“ (Lenin) entwickeln könne und nicht ein adäquates politisches Bewusstsein. Es sind die Kommunisten bzw. ihre Partei, die dieses „richtige“ Bewusstsein vermitteln können; denn „sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.“<sup>59</sup>

### Anwendungsfall (II)

Die Erklärung der SED vom 21. Juni 1953 „Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“<sup>60</sup> präsentiert in vier Abschnitten die Stellungnahme der Parteiführung zum Geschehen vom 17. Juni. Sie rekapituliert im ersten Abschnitt die Schdanow Formel von der aktuellen Weltlage; der Zusammenhang der Ereignisse in der DDR mit der internationalen Lage wird dargestellt: deren entscheidendes „Merkmal“ bestehe „in dem gewaltigen Anwachsen der Kräfte des Weltfriedenslagers in den letzten Monaten.“<sup>61</sup> Eine „Initiative des Weltfriedenslagers“ zur „Lösung aller strittigen Fragen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen“ hat die „amerikanischen und deutschen Kriegstreiber in eine schwere Krise“ versetzt; sie „sehen ihre Pläne scheitern. Der dritte Weltkrieg, den sie möglichst rasch entfesseln wollen, rückt in die Ferne.“ Folge: sie „greifen zu den abenteuerlichsten Maßnahmen. Eine von ihnen ist die Ansetzung des Tages X, an dem sie von Berlin aus die DDR aufrollen wollten, auf den 17. Juni 1953. Das ist der Versuch, den Kriegsbrand ... mit Hilfe des Brückenkopfes Westberlin nach Deutschland hinüberzuwerfen.“<sup>62</sup> Die brennende Frage aber ist: Warum jetzt der Putsch? Der „Neue Kurs“, d. h. die „Beschlüsse des Politbüros und der Regierung“, die der „Korrektur der Fehler“ dienten, hatte die „Position der

---

59 Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, MEW Bd. 4, Berlin 1974, S. 474

60 Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei, in: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, 8. Jg., H. 7, Juli 1953, S. 849-858

61 Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage ..., a. a. O., S. 849

62 ebd.

Kriegstreiber“ erschwert und sie daher „veranlaßt“, den „von langer Hand vorbereiteten Tag X kurzfristig zu provozieren.“<sup>63</sup>

*Feindbestimmung I: USA und die Helfer*

Auf „Anweisung von Washington“ bereiteten daher „amerikanische Agenturen“ die „Pläne für Krieg und Bürgerkrieg“ vor. „Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter“ organisierten „die unmittelbare Vorbereitung des Tages X“; sie rekrutierten dazu „systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen“; es kamen also zu „den alten faschistischen Morderfahrungen“ zusätzlich „die Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen.“<sup>64</sup>

*Feindbestimmung II: „Banditenkolonnen“ und „faschistische Brut“*

Der Gegner „benutzte“ für seinen Plan „die Mißstimmung einiger Teile der Bevölkerung, die durch Folgen unserer Politik im letzten Jahr entstanden war.“ Dabei versuchte er, mit Hilfe von „Banditenkolonnen“ aus Westberlin, „die Arbeitsniederlegung ehrlicher Bauarbeiter durch Hetzlosungen in eine Demonstration gegen die Regierung umzufälschen“ und ihr „durch Brandstiftungen, Plünderungen und Schießereien den Charakter eines Aufruhrs zu geben.“ Die „von Westberlin eingeschleuste und von dort dirigierte faschistische Brut“ organisierte „Überfälle auf Lebensmittellager ... und Mordüberfälle auf Funktionäre der Partei, der Massenorganisationen und des Staatsapparates, die mutig unsere demokratische Ordnung verteidigten.“<sup>65</sup>

*Freundbestimmung: Wer hat nun aber den Putsch niedergeschlagen?*

Die SED identifiziert drei Gruppen: „breite Teile der Bevölkerung“, die „Volkspolizei“ und die „sowjetische Besatzungsmacht“: „Durch das rechtzeitige Eingreifen breiter Teile der Bevölkerung, die durch die Volkspolizei heldenhaft unterstützt wurden, sowie durch das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht, die den Ausnahmezustand verhängte, ist der niederträchtige Anschlag auf die DDR, auf Deutschland, auf den Weltfrieden innerhalb von 24 Stunden schmählich zusammengebrochen. Dadurch wurde das beabsichtigte Blutbad verhindert.“<sup>66</sup>

---

63 Erklärung, a. a. O., S. 850

64 Erklärung, a. a. O., S. 851

65 ebd.

66 Erklärung, a. a. O., S. 852

Resümee der SED: „In der Republik herrscht Ruhe. Es wird normal gearbeitet. Eine große Anzahl von Provokateuren ist verhaftet“. Aber äußerste Wachsamkeit ist weiterhin erforderlich: „Der Feind setzt seine Wühlarbeit fort.“ Die Aufgabe besteht „jetzt darin, den angeschlagenen Gegner entscheidend zu schlagen, die faschistischen Banden restlos zu liquidieren, die Ordnung aus eigenen Kräften auf feste Grundlagen zu stellen und die Durchführung des neuen Kurses von Partei und Regierung zu sichern.“<sup>67</sup>

### *Totalitäres Weltbild*

Soweit die aus der Zwei-Lager-Theorie und dem zugrundeliegenden marxistisch-leninistischen Weltbild abgeleitete Deutung der Juni-Krise durch die SED. Uns soll zunächst die Frage nach den Möglichkeitsbedingungen dieser Deutung beschäftigen. Dabei sind zwei Momente zu unterscheiden.

Das erste ist die von totalitären Diktaturen zum System erhobene politische Lüge<sup>68</sup>. Besonders bekannt sind die retuschierten Photos und die umgeschriebenen Geschichtsbücher, in denen die im internen Machtkampf Unterlegenen, die eben noch Helden der Revolution waren, nun gänzlich entfernt sind. Was hier geschieht, ist konstitutiv für totalitäre Ideologie und Politik, deren Grundzug H. Arendt beschrieben hat als Verwandlung von Fiktion in Realität und den komplementären Vorgang der Derealisierung der empirischen Realität.<sup>69</sup>

Das zweite Moment ist, kurz gesagt, das, was sich als Resultat eines spezifischen Weltbildes und eines damit verbundenen „Weltverstehens“ herausbildet. Weltbilder zeichnen sich durch Kohärenz aus; sie haben die Wirklichkeit in ihrer Totalität zum Gegenstand; sie vermitteln den Menschen Orientierung und Sinn. Sie tun dies durch ihren axiomatischen Charakter; sie enthalten und stellen einen Rahmen des fraglos Vorgegeben bereit; sie strukturieren die Wirklichkeit und die Möglichkeiten ihres Verstehens.<sup>70</sup>

---

67 ebd.

68 Vgl. dazu Grunenberg, Antonia, Totalitarian Lies and Post-Totalitarian Guilt, in: A. Grunenberg (Hrsg.): Totalitäre Herrschaft und republikanische Demokratie, Hannah Arendt-Studien I, Schriftenreihe des Hannah Arendt-Zentrums der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Frankfurt/M. 2003, S. 147-160

69 Vgl. Arendt, H., Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München<sup>2</sup> 1991, S. 556 ff

70 vgl. dazu Heidegger, Martin, Die Zeit des Weltbildes, in: M. H., Holzwege, Frankfurt/M. 1994, S. 75-114

Das Weltbild der SED ist ein kollektives; seine zugrunde liegende Metaphysik ist der Marxismus-Leninismus. Die Inhaber dieses Weltbildes stimmen daher grundsätzlich überein im „Verstehen der Welt und den darin implizierten Erwartungen, Einschätzungen und Sinngebungen“, wobei diese Struktur des Weltverstehens nicht besteht aus der Summierung von „Erfahrungstat-sachen“, sondern Inbegriff ist „von Präsumtionen, die ihrerseits den Horizont möglicher Erfahrungen bestimmen und die Vorgegebenheit dessen enthalten, was es für den Menschen mit der Wirklichkeit auf sich hat.“<sup>71</sup>

Daraus folgt ein systematisch angelegter Stellenwechsel empirischer Phänomene, daraus folgt ihre Entwertung als Korrekturinstanz und ihre Umdeutung zu Bestätigungsfaktoren des eigenen Weltbildes. Das totalitäre Weltbild nimmt seine Adepten nicht nur ganz in sich hinein, es lässt sie auch nicht mehr heraus, sie werden zu seinen Gefangenen.<sup>72</sup>

*Zusammenfassung: Das ideologische Apriori*

Das, was schon in der Zaisser-Äußerung zur Machtfrage<sup>73</sup> – „Entweder WIR oder SIE“ und in der Herrstadt-These von der Widersinnigkeit eines Aufstandes der Arbeiter gegen *ihre* Regierung – zur Anwendung kam, wiederholt sich systematisch: Da WIR die Revolutionäre sind, sind SIE die Konterrevolutionäre; da wir die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, kann sie nicht gegen uns revoltieren. Im mythischen Weltbild des Marxismus-Leninismus, denkstrukturell als dualistisches *und* manichäisches konzipiert, ist die Stelle des Feindes eine Systemstelle der Welterklärung; der Feind ist eine Denkfigur, der Feind ist denkstrukturell schon da, bevor er auftritt; die Systemstelle ist frei und kann mit wechselnden Figuren besetzt werden, kurz: es ist Wahrnehmung und Auslegung empirischer Phänomene aus der Perspektive des vorgängigen Weltbildes. In diesem Sinn ist die Deutung der Juni-Ereignisse als Putsch folgerichtig; sie ist eine – kontrafaktische – Vernunftwahrheit. Die Deutung der SED ist eine Negation der Krise ihrer Herrschaft; eine solche Krise ist im Rahmen ihres Weltbildes prinzipiell denkmöglich. Da der SED ihre Herrschaft als Ausdruck der Gesetze der

---

71 Blumenberg, Hans: Ordnungswund und Selbstbehauptung. Über Weltverstehen und Weltverhalten im Werden der technischen Epoche, in: Das Problem der Ordnung. Sechster deutscher Kongreß für Philosophie, hrsg. von Helmut Kuhn und Franz Wiedemann, Meisenheim 1962, S. 38

72 vgl. dazu: Finke, Klaus, Figuren der Ganzheit, a. a. O., S. 18

73 vgl. zum Zusammenhang von Eroberung und Behauptung der Macht und Macht des Weltbilds: Vf., Figuren der Ganzheit, a. a. O., S. 17

Geschichte selbst gilt und sie also im historische Auftrag handelt, kann ein Angriff auf ihre Herrschaft nur ein Anschlag auf den historischen Fortschritt und in dieser besonderen historischen Situation: ein Anschlag auf den Frieden sein. Die Feinde des Fortschritts und des Frieden sind bekannt; auch sie haben ihre Systemstelle im Weltbild: es sind der USA-Imperialismus und seine Marionetten in Bonn.<sup>74</sup>

Diese Momente machen für die SED die eine „sichere Sache“ auch in diesem Fall aus. Dieses Grundmuster der Deutung der Juni-Ereignisse blieb gültig bis zum Ende der DDR.

### **Mediale Realitätskonstruktion**

Diese Deutung bildet das Modell für die massenmediale Umsetzungsarbeit in den folgenden Jahren. Bevor die konkrete Anwendung des Schemas auf den Fall der Juni-Ereignisse dargestellt wird, zunächst ein komparativer Blick auf die zweite Systemkrise der SED-Herrschaft im Jahr 1961 und die dabei angewandte mediale Bewältigungsstrategie; es lassen sich deutliche Unterschiede erkennen.

Kann der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 sozusagen als Trauma der Partei gelten, als Datum, an dem die ideologischen Fiktionen der SED, etwa die Fiktion von der Einheit von Partei und Arbeiterklasse, oder die Fiktion, „die DDR zum Magneten für die Werktätigen ganz Deutschlands zu machen“<sup>75</sup> beim Versuch ihrer Realisierung demaskiert werden, kurz: als Datum, an dem die SED eine Lektion über den tatsächlichen Stand der Dinge erhält, so kann der 13. August 1961 als Trauma der Bevölkerung gelten, als Lektion der Partei an das Volk, das sich nun, nachdem die „Abstimmung mit den

---

74 Die Resistenz von Glaubenssätzen, die aus geschlossenen Weltbildern ihre Konsistenz beziehen gegen wissenschaftliche Resultate, wird auch noch heute, fünfzig Jahre nach dem Volksaufstand, erkennbar. Gerade jetzt erheben sich zahlreiche Stimmen von ehemaligen Akteuren an der Seite der SED und „warnen“ vor einer „vereinfachenden“ Sicht auf den 17. Juni 1953 – so hat es etwa der designierte PDS-Vorsitzende Lothar Bisky am 15. Juni 2003 formuliert, sie kultivieren damit ein vorhandenes Ressentiment gegen den Westen. vgl. FAZ Nr. 137 v. 16. Juni 2003, S. 2: „Der designierte PDS-Vorsitzende Lothar Bisky warnte derweil vor einer vereinfachten Sicht auf den 17. Juni 1953. Es sei ›zu einfach, nur Black und White zu unterscheiden‹, sagte Bisky. So dürfe der ›unbändige Einigungswille der SED‹ ebenso wenig in Vergessenheit geraten wie die „abwartende Haltung“ des damaligen Kanzlers Konrad Adenauer (CDU). Der Grundtenor, ›daß Sozialismus mit Unterdrückung nichts zu tun haben darf‹ sei davon unberührt.“ (ddp-Meldung)

75 Herrstadt, Rudolf, a. a. O., S. 66

Füßen“ unterbunden worden ist, endgültig in die mauerumgrenzte Herrschaft des Sozialismus fügen muss.

Ihrem Trauma vom Juni 1953 begegnet die Partei mit einer Art des „kommunikativen Beschweigens“ (H. Lübbe), dem Trauma des Volks vom August 1961 mit einem kommunikativen Gerede: Die Virulenz des in der Mauer materialisierten Themas der fehlenden Freiheit und Freizügigkeit führt zur iterativen Darstellung des immer gleichen Motivs seiner Rechtfertigung: der Bedrohung durch die Figur des „äußeren Feindes“, des „Weltimperialismus, der an der Elbe steht“, wie es schlagend im Film „Der geteilte Himmel“ formuliert ist. Dieser Film von Konrad Wolf, 1964 gedreht nach der Vorlage von Christa Wolf, ist das paradigmatische Werk zur Rechtfertigung des Mauerbaus; es wird flankiert von einer ganzen Reihe von Filmen, die – als Thema mit Variationen – sich an diesem Gegenstand abarbeiten.

Das paradigmatische Werk zum Volksaufstand 1953 ist Kurt Maetzig's Film „Schlösser und Katen“ aus dem Jahr 1956, ein Aufbauepos über den Sieg des Sozialismus auf dem Lande, in dem die Niederschlagung des „faschistischen Putsches“ in den Kulissen eines sozialistischen Idealdorfes nachgestellt und noch einmal durchgespielt wird – mit dem happy end des „Vorscheins des Neuen“ (Bloch), also der kommenden sozialistischen Menschengemeinschaft, die sich nach der Liquidierung des Feindes, der Ausschaltung der alten und reaktionären Kräfte durch die einheitliche Anstrengung aller fortschrittlichen Menschen herausbilden wird.

### **Anwendungsfall (III) oder „In diesen Tagen kamen sich deutsche und sowjetische Menschen besonders nahe“**

Als Beispiele für massenmediale Umsetzung des Deutungsschemas vom Putsch sollen nun die DDR-Wochenschau „Der Augenzeuge“ vom 26.06.53 und vom 03.07.1953 herangezogen werden.<sup>76</sup>

Die Wochenschau vom 26. Juni thematisiert in sechs Minuten sechs Aspekte der einen Sache: der Erklärung des „Tages X“. Zunächst geht der Blick in die USA. Dort werden zwei im Dienst der Sowjetunion stehende Atomspione hingerichtet: „Das Ungeheuerliche ist Wirklichkeit geworden. Ethel und Julius Rosenberg wurden auf dem elektrischen Stuhl ermordet“. Ihre „Mörder“ haben sich „über die millionenfachen Proteste“ hinweggesetzt; mit

---

76 „Der Augenzeuge“ *Ausgabe* 26 vom 26.06.53 und Ausgabe Nr. 27 vom 03.07.1953; zitiert wird aus dem durchgängigen Kommentar

ihrem „Verbrechen“ wollen sie „die sich anbahnende Verständigung stören.“ Soweit also die internationale Lage und die Charakterisierung der USA-Regierung als verbrecherisches Regime.

Dann richtet sich der Blick auf die amerikanischen „Agenturen“ in Westdeutschland: „Zum gleichen Zweck hatten sie (sc. die us-amerikanischen „Mörder“ – Vf.) ihren Helfershelfer Adenauer für die Organisation des Tages X in der DDR herangezogen“; bei der Umsetzung werden „Banditen“ und „Brandstifter“ eingesetzt. Deren „Zerstörungsarbeit“ zeigt die Wochenschau ausführlich am Beispiel des Büros der „VEB-Projektierung. Hier lagen die Zeichnungen für unsere neuen Wohnhäuser. Sie wurden vernichtet.“

Danach stellen Bilder vom repatriierten „stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke“, den „Rowdys über die Sektorengrenze verschleppt hatten“, zunächst noch einmal die Verantwortlichen für die „Ereignisse des 17. Juni“ heraus: es sind die „amerikanischen Hintermänner“. Aber wichtiger ist die Frage, in welchen Bereich der „Freigelassene“ nun eintritt: „Er kehrte dorthin zurück, wo Ruhe und Ordnung wieder eingezogen waren.“ Diese „Ruhe und Ordnung“ bebildert die nächste Sequenz ausführlich am Beispiel eines Musterbetriebs: „Die Schornsteine des Kraftwerkes Klingenberg rauchten auch am Tage X. Die Kraftwerker haben sich von den Provokateuren nicht beirren lassen.“ Mehr noch, sie haben „unermüdlich“ am neuen Turm weitergebaut: „Auch das war ein Stück des Sieges der Werktätigen unserer Republik über die Drahtzieher des Tages X.“

Dieser Satz ist wie auch die o. g. Bemerkung über die vernichteten Planungsunterlagen für „unsere Wohnhäuser“ außerordentlich aufschlussreich: hier zeigt sich das Verfahren der Umschreibung der Geschichte, hier zeigt sich die Umdeutungsarbeit noch im Prozess des Geschehens selbst: das, was im Verlauf der Demonstrationen gegen das SED-Regime die Arbeiter und die anderen Demonstranten aus dem ganzen Volk selber machen, Polizeireviere und Parteibüros stürmen, ihre eigene Handlung also, wird umgedeutet zum Anschlag westlicher „Banditen“ und „Brandstifter“ auf die Arbeit der Bauarbeiter selbst, zur Zerstörung der Wohnungen, die sie für sich selber bauen, kurz und allgemein: als Anschlag auf die Interessen der Arbeiter und des Volkes. Anders formuliert: die Subjekte der Handlung werden umgedeutet zu Objekten der Eingriffe fremder Mächte.

Diesem Höhepunkt, der Behauptung einer unio mystica von Partei und Volk, folgen zwei bestätigende Blicke: einer in den Westen: auch in München „ist das dringendste Gebot der Stunde“, sagt der KPD-Vorsitzende Max Rei-

mann, „dass sich alle Kräfte in unserem Volke, die gegen Adenauer und seine provokatorische Politik sind, zusammenfinden“; und es folgt ein Blick in die DDR, in das „Dorf Heeren“, dort „liegt das Gehöft des Bauern Arthur Schmidt. Er hatte mit seiner Familie seinen Besitz und die Republik verlassen.“ Im „Vertrauen auf die neuen Beschlüsse“, gemeint sind die des „Neuen Kurses“ vom 9. Juni 1953, „kehrte er aus Westdeutschland in sein Heimatdorf zurück“; es „werden ihm durch die Republikflucht keinerlei Nachteile entstehen“; er ist „mit vollen Rechten“ wieder eingesetzt. Die Idylle der Einheit droht auch hier schon am Horizont: „Die Felder des Bauern Arthur Schmidt sind gut bestellt. Sie erwarten die kommende Ernte. Er wird sie einbringen helfen. Die volkseigenen Güter, mit ihren wertvollen Viehbeständen, gehütet und gepflegt von sachkundigen Züchtern, werden dem Bauern Schmidt helfen, seine Wirtschaft gesund und stark zu machen.“

Am 3. Juli 1953 präsentiert die Wochenschau „Der Augenzeuge“ eine eindrucksvolle Massendemonstration; sie ist die „unmissverständliche Antwort“, die „das friedliebende und arbeitsame Berlin“ den „faschistischen Provokateuren“ gab. „Zehntausende gelobten, gemeinsam mit der Regierung unserer Republik, den neuen Weg zu gehen. Den Weg des Wohlstands und des *Glücks für alle*.“ Es ist eine Demonstration „für die eben noch *bedrohte* Freiheit“; die Massen danken daher „denen, die ihr und ihrer Kinder Leben schützten, den Soldaten der Sowjetarmee. Mit eigenen Augen hatten sie gesehen, wie am missglückten Tag X der Adenauer und Reuter die Männer mit dem Sowjetstern den Frieden Deutschlands, den Frieden Europas gerettet haben.“ Den Höhepunkt der Umdeutungsarbeit bildet eine Sequenz mit den Bildern einer deutsch-sowjetischen Straßenfeier; es ist eine Feier der Freundschaft, die sich „vor allem in Zeiten der Gefahr bewährt“; diese Feier gipfelt in dem Satz: „In diesen Tagen kamen sich Deutsche und sowjetische Menschen besonders nahe“.

Die Versuchung, zu sagen: in der Tat, das ist richtig, denn für gewöhnlich befanden sich die sowjetischen Truppen ja ganz separiert von den deutschen „Massen“ in ihren Kasernen, ist groß, angesichts des hartgesottenen Zynismus dieser Aussage. Die SED bezog ihre Legitimation aus der Berufung auf die „Massen“; sie schlägt in praktisch-politischer Hinsicht um – dies belegen die beiden hier vorgeführten Verfahrenstechniken – in eine tiefe „Verachtung der Massen“ (P. Sloterdijk). Aber dieses Verfahren allein zynisch zu nennen, wäre nicht angemessen, das ist es auch, aber es ist auch mehr: Wahrnehmung und Erfahrung hunderttausender Demonstranten werden hier

medial entwirklicht; eben noch haben sie selbst gehandelt, jetzt tritt ihnen ihre eigene Handlung als Handlung von Fremden und von „Faschisten“ entgegen. Was hier deutlich wird ist der Kern des totalitären Programms einer Derealisierung der Realität und der Verwandlung ideologischer Fiktionen in Realität: die sowjetischen Soldaten, von den sie eben noch beschossen worden sind, gelten als ihre besten Freunde.

Ein faschistischer Putsch – dies war für die SED und die ihr assoziierten Wissenschaftler, Publizisten und Künstler die „eine sichere Sache“ nach der wir suchten. Hier geschieht also das Ungeheuerliche einer Umkehrung der „Tatsachenwahrheit“ (H. Arendt): „Belgien fiel in Deutschland ein“. Zu beobachten sind an diesem Fall zwei der Hauptverfahren der totalitären Herrschaft und ihrer Propaganda: 1) das Prinzip der Umkehrung: die eigene weltpolitische Aggression und Expansion wird der anderen Seite zugeschrieben; der Aufstand *für* die Freiheit wird zum *Anschlag auf* die Freiheit etc. Dieses Prinzip ist wiederum rückgebunden an das totalitäre Weltbild, deren aktuell gültige Version in der oben erwähnten Zwei-Lager-Theorie von Schdanow vorlag; 2) das Prinzip der Umschreibung der Geschichte vor den Augen der Akteure. Es ist leicht zu sehen, wie dieses Umkehrungs- und Umschreibungsschema entsteht: es ist zu verstehen als Folge der Deduktion aus den Prämissen des totalitären Weltbildes. Insoweit ist es auch konsistent. Sobald aber die Ebene hermetisch geschlossener „Vernunftwahrheiten“ (H. Arendt) verlassen wird, erweist sich deren tatsächliche Inkonsistenz.

### IV.3 Die Deutung des Westens

Welches ist die „sichere Sache“ für den Westen? Die Antwort: Es handelt sich um einen Aufstand gegen die illegitime SED-Herrschaft – soweit reichte der Konsens in Politik und Wissenschaft.

Diese Auffassung schlug sich nieder im „Gesetz über den Tag der deutschen Einheit“ vom 4. August 1953; in der Präambel dieses Gesetzes, das bis zum 23. 9. 1990 in Kraft bleiben sollte, heißt es: „Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden.“ Der damalige Bundestagspräsident, der Oldenburger Hermann Ehlers, formulierte im Anschluss an die Verabschiedung des Gesetzes seine Hoffnung, „daß der Tag der Deutschen

Einheit nicht nur in einem Gesetz und in einem Gedenktag, sondern im Leben des deutschen Volkes bald Gestalt gewinnt.“<sup>77</sup> Auffälligstes Merkmal des Tages wird aber die zunehmende Diskrepanz zwischen staatlicher Erinnerungskultur und -politik und der Wahrnehmung des Tages in der Bevölkerung, die ihn weitgehend privatisiert; im „kulturellen Gedächtnis“ (J. Assmann) ist der Tag kaum vorhanden. Die staatspolitischen Gedenkreden in den 50er und 60er Jahren sind geprägt von der Selbstversicherung über die eigenen Werte, von Hinweisen auf die Abhängigkeit der deutschen Frage von den Großmächten und von Appellen an die sowjetischen Machthaber; in der klassischen Formel: „Gebt den Weg frei! Macht das Tor auf!“ etwa von Werner Conze<sup>78</sup> am 17. Juni 1959 vorgetragen.

Von Anfang an war der Juni-Aufstand auch Teil der parteipolitischen Kontroversen; über das Datum wurden die Auseinandersetzungen über die Grundfragen der westdeutschen Politik ausgetragen, d. h. die Fragen von Westintegration und Neutralität und das Problem der Einheit. Die anfänglich weit verbreiteten Darstellungen von Zeitzeugen gerieten, vornehmlich mit Beginn der Entspannungsära, in den Ruf anachronistischer Kalter Kriegs Propaganda.

Die weitere Behandlung des Gedenktages blieb stets abhängig von den wechselnden politischen Konstellationen und strategischen Konzeptionen in der Systemauseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus. In der Großen Koalition fand „erstmal 1968 keine Feierstunde am 17. Juni im Bundestag statt; statt dessen hielt Kiesinger eine Rundfunk- und Fernsehrede.“<sup>79</sup> Zwei Monate später, am 21. August 1968, waren übrigens – daran sollte auch erinnert werden – sowjetische Panzer schon wieder im Einsatz; diesmal in Prag.

1969 debattierte der Bundestag am 17. Juni den „Bericht zur Lage der Nation“, eine lang anhaltende Übung im Verstehen der Entwicklung in der DDR auf der Grundlage einer Selbstdeutung der SED, die immanent der Logik der optimistischen Losung vom „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ folgte. Dass und wie sehr hier die ideologischen Fiktionen die Feder führten, wurde leider erst post fest für alle deutlich.

---

77 zit. nach Hans Wenke, Rede zum 17. Juni 1961, in: 17. Juni. Reden zum Tag der Deutschen Einheit, zusammengestellt v. Herbert Hupka, Bonn<sup>2</sup> 1964, S. 89

78 Conze, Werner, Rede zum 17. Juni 1959, in: 17. Juni. Reden zum Tag der Deutschen Einheit, a. a. O., S. 69

79 Kleßmann, Christoph, in: Deutscher Bundestag, a. a. O., Bd. II.1, S. 785

Der Tag der deutschen Einheit verwandelte sich immer mehr in einen „peinlichen Feiertag“, wie Christoph Kleßmann<sup>80</sup> es nannte. 1983 erklärte der ehemalige Minister für Gesamtdeutsche Fragen Johann Baptist Gradl recht einfühlsam die Lage: „Das Ereignis ist nun einmal in eine schöne Jahreszeit gefallen, und man kann schwer erwarten, daß die Menschen sich alljährlich sozusagen in Trauer zeigen.“<sup>81</sup> Diese Veränderungen werden verständlich vor dem Hintergrund einer sich schnell wandelnden politischen Öffentlichkeit; dem mit Ende der 60er Jahre dominierenden Zeitgeist erschien die Erinnerung an den 17. Juni als Aufforderung zur Mobilisierung antikommunistischer Ressentiments, die es gerade zu überwinden galt. Auch in Kunst und Kultur blieb der 17. Juni ein randständiges Thema. Der prominenteste unter den wenigen Autoren, die sich überhaupt damit auseinandersetzten, war Günther Grass mit seinem Stück „Die Plebejer proben den Aufstand“, das im Januar 1966 im Berliner Schiller Theater uraufgeführt wurde. Seine Kritik an den „Weltverbessern“, durchgespielt am Modell Brecht, die dem Spiel mit ihren theoretischen Idealen den Vorzug geben vor einer Auseinandersetzung mit dem, was am 17. Juni auf den Straßen mit diesen Idealen passiert, stieß auf erhebliche Reserve bei der Kritik.

Von Anfang an bestand in der wissenschaftlichen Untersuchung ein Dissens über die Frage nach den Akteuren, nach der sozialen Trägerschicht des Aufstandes – waren es Arbeiter, war es das Volk – und ihren Zielen – ging es um nur ökonomische oder auch um politische Forderungen, und damit auch um die Klassifizierung der Ereignisse: War es ein Aufstand, eine Volks-Erhebung oder eine gescheiterte Revolution. Der Pionierarbeit von Arnulf Baring aus dem Jahr 1956 kommt eine zweifache Bedeutung zu: einmal sicherte er durch seinen Beitrag und die erfolgende Neuauflage überhaupt die Erinnerung an dieses Thema in einer Wissenschaftslandschaft, für die der 17. Juni kein prominentes Datum war. Er legte aber auch für lange Zeit die Deutung als „Arbeiteraufstand“ fest. Nach dem Mauerfall und der Öffnung der Archive hat eine angeregte Debatte und eine Neubewertung der Juni-Krise begonnen; sie ist vor allem eine von ostdeutschen Forschern vorangetriebene Debatte – hervorzuheben sind dabei die Arbeiten von Armin Mitter, Stefan Wolle und Ilko-Sascha Kowalczyk –, eine Debatte, die noch nicht an ein Ende gekommen ist.

---

80 ebd.

81 zit nach Kleßmann, a. a. O., 785

## V. Schlussbemerkung

Der 17. Juni ist Teil der gemeinsamen deutschen Geschichte. Er ist dies vor allem unter einem Aspekt: dem des Widerstands gegen eine totalitäre Herrschaft. Mit der Einordnung in diese Traditionslinie, die in der deutschen Geschichte ohne Zweifel allenfalls als Seitenstrang gelten kann, und mit der damit verbundenen Anerkennung wird den Deutschen in der DDR am ehesten historische Gerechtigkeit zu Teil.

Die Debatten um die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit haben Klarheit in das Verhältnis Erinnerung/Vergessen gebracht. Nicht den Tätern, nur den Opfern kann Erinnerung gelten; das Gedächtnis ist, wie Adorno es nannte, das einzige, „was unsere Ohnmacht ihnen schenken kann“.<sup>82</sup> Die beträchtlichen Differenzen in der Aufarbeitung der Vergangenheit nach 1945 und nach 1989 liegen u. a. begründet im Unterschied des Endes:

„Der Nationalsozialismus wurde in einem blutigen Krieg, der Millionen von Opfern kostete, in die Knie gezwungen; der Kommunismus in all seinen Spielarten brach an den eigenen Widersprüchen zusammen, weniger an der Unnachgiebigkeit des Westens. ... Während die Verbrechen der faschistischen Kräfte im Kriege (und damit am Ende) kulminierten, hatte sich in so gut wie in allen kommunistischen Regimen eine Art Liberalisierung im Vergleich zu den fünfziger Jahren vollzogen. Im Unterschied zur Anfangsphase war – mit der Ausnahme Rumäniens – eine deutliche ›Auflockerung‹ der Herrschaftspraxis eingetreten.“<sup>83</sup>

Die Erinnerung an den Widerstand gegen die Herrschaft des Nationalsozialismus ist völlig zu Recht hochentwickelt. „Mit Blick auf die DDR steht dieser Prozess dagegen noch bevor. Der Widerstand gegen die kommunistische Spielart totalitärer Herrschaft nimmt in der Erinnerungskultur der Deutschen“, wie Hubertus Knabe feststellt, „nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle ein. Wer kennt die Namen der Streikleiter und Wortführer des 17. Juni 1953? Wer setzt den Toten des Aufstands ein würdiges Denkmal? Dabei haben Menschen wie Herbert Stauch, der vom Magdeburger Polizeichef die

---

82 Adorno, Theodor W., Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/M., 1966, S. 128

83 Jesse, Eckhard, Vergangenheitsbewältigung im internationalen Vergleich, in: Eisenmann, Peter, Gerhard Hirscher (Hrsg.), Bilanz der zweiten deutschen Diktatur, München 1993, S. 19-36, hier S. 27

Freilassung der politischen Gefangenen verlangte und einen Tag später deshalb hingerichtet wurde, mit ihrem Mut den Gegnern des Nationalsozialismus in nichts nachgestanden. Es wird Zeit, ihrer genauso zu gedenken wie Graf von Stauffenberg oder der Geschwister Scholl.“<sup>84</sup> Diese von H. Knabe formulierte und – wie ich meine – völlig berechtigte Forderung nach einer Gleichrangigkeit der Erinnerung an den Widerstand gegen beide Diktaturen ist u. a. gebunden an die Bereitschaft der in der Wissenschaft und in der politischen Bildung Tätigen, in ihren Anstrengungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht nachzulassen.

---

84 Knabe, H., a. a. O., S. 8 f



**Karl-Ludwig Sommer**

## **Freiheit und Einheit in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts**

Die Begriffe „Freiheit“ und „Einheit“ sind seit der Teilung Deutschlands nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Westdeutschland weithin als ein nicht voneinander zu trennendes Paar behandelt worden, das in den 1950er Jahren vor allem vom damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer in der Formel „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ als zentrales Argument der politischen Auseinandersetzung mit „dem Osten“ und auch der sozialdemokratischen Opposition in der Bundesrepublik ge- und missbraucht worden ist. Verfolgt man die Karriere der beiden Begriffe als politische Schlagworte in der deutschen Geschichte zurück, zeigt sich, dass sie durchaus nicht selbstverständlich als zusammengehörig galten und zumeist mit durchaus ungleichgewichtiger Betonung des einen oder anderen benutzt wurden. Nachfolgend soll der Werdegang dieses Begriffspaares in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in wesentlichen Stationen nachgezeichnet werden, wobei die Betrachtung ein wenig vor der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, nämlich bei der französischen Revolution bzw. genauer bei ihren Auswirkungen und ihrer Rezeption in den Territorien des damals zumindest formal-rechtlich noch bestehenden Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation beginnen wird.

### **I.**

Auch in Deutschland gab die französische Revolution den entscheidenden Anstoß für weitreichende Veränderungen der überkommenen sozialen und politischen Verhältnisse, die sich allerdings sehr viel langsamer als in Frankreich und nur zum geringsten Teil in unmittelbarem Zusammenhang mit den dortigen Ereignissen, sondern ganz überwiegend als mittelbare Reaktion auf die dem revolutionären Umbruch in Paris folgenden politischen Entwicklungen vollzogen. Ein gewaltsamer Umsturz wie in Frankreich blieb aus; bei

den wenigen, auf einzelne Orte oder kleinräumige Gebiete beschränkten Unruhen im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts ging es in aller Regel um Proteste gegen soziale Missstände und nicht um die Durchsetzung politischer Forderungen. Dies entsprach dem Charakter der sporadischen Erhebungen von Bauern und Bürgern in deutschen Landen in der Zeit seit Ende des Dreißigjährigen Krieges, und wie diese wurden sie schnell und gewaltsam von der jeweiligen Obrigkeit unterdrückt, deren Herrschaftsausübung nach wie vor nicht ernsthaft in Gefahr geriet.<sup>1</sup> Ein entscheidender Grund dafür war, dass Deutschland damals im Gegensatz zu Frankreich nicht als geschlossener Staatsverband existierte, sondern nur als „Flickenteppich“ aus mehr als 1 000 souveränen Territorien unterschiedlichster Größe und es auch keine deutsche Hauptstadt als politisch-kulturelles Zentrum gab. Hinzu kam, dass viele Angehörige der wirtschaftlich tonangebenden Kreise in Handel, Handwerk und Landwirtschaft rückwärtsgewandten, feudal-ständischen Gesellschaftsbildern anhängen, in denen die eigene Position durch die kirchliche Legitimierung der Standesunterschiede, Zunftordnungen und die Hörigkeit des ganz überwiegenden Teils der Landbevölkerung gegenüber sozialen Aufsteigern und Außenseitern abgesichert war. Für grundlegende Veränderungen dieser über Jahrhunderte fest gefügten, angeblich „gottgewollten“ Ordnung gab es aus dieser Sichtweise heraus keinen Anlass; mit den „Reformen von oben“ im Geiste eines aufgeklärten Absolutismus, wie sie Mitte des 18. Jahrhunderts nahezu zeitgleich unter Friedrich dem Großen in Preußen sowie unter Maria Theresia und ihrem Sohn Joseph II. in Österreich eingeleitet worden waren, hatte man sich des öfteren nur ausgesprochen unwillig abgefunden. In Deutschland mangelte es demnach nicht nur an politischen, sondern auch an personellen Voraussetzungen für ein revolutionäres Aufbegehren unter der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“; zumal die große Masse der Bevölkerung schon aufgrund fehlender Bildung und Informationsmöglichkeiten gar nicht in der Lage war, sich neben dem alltäglichen Kampf ums Überleben mit Problemen zu befassen, die weit über ihr unmittelbares Lebensumfeld hinausreichten.<sup>2</sup>

Allein in den zahlenmäßig vergleichsweise kleinen Kreisen des liberalen Bürgertums, zu denen in der Mehrzahl akademisch ausgebildete oder im

---

1 siehe hierzu die Fallschilderungen und Überblicksdarstellungen bei Hellmut G. Haasis: *Spuren der Besiegten*, Bd. 2: Von den Erhebungen gegen den Absolutismus bis zu den republikanischen Freischärlern 1848/49, Reinbek 1984, S. 415 ff

2 vgl. Rüdiger Hachtmann/Joachim Rohlfes/Volker Ullrich: *Deutsche Geschichte. Wie wir wurden, was wir sind. 19. Jahrhundert (1789-1918)*, Stuttgart 2002, S. 15 ff

Geist des aufgeklärten Absolutismus erzogene Staatsbedienstete zählten, stieß die französische Revolution auf gesteigertes Interesse und weckte zunächst häufig hochgesteckte Erwartungen, die einer von ihnen, der sich im Sommer 1789 als „Revolutionspilger“ nach Paris begeben hatte, mit folgenden Worten zum Ausdruck brachte: „Man müsste unter allen menschlichen Klötzen der stumpfste und fühlloseste sein, wenn man sich über dieses Erwachen der Menschheit zu einem so schönen, neuen und edlen Leben nicht oft bis zu Freudentränen gerührt fühlte.“<sup>3</sup> Diese überschwängliche Begeisterung schlug jedoch schnell in wachsende Skepsis und nicht selten blankes Entsetzen um, als in Paris im Herbst 1792 die Jakobiner die Führung in den Revolutionsorganen an sich rissen und anschließend tatsächliche oder vermeintliche „Feinde der Republik“ zu Tausenden hinrichten ließen, unter ihnen im Januar 1793 auch den bisherigen König Ludwig XVI., der in der ersten Phase der Revolution noch als Staatsoberhaupt einer konstitutionellen Monarchie respektiert worden war. Vielen deutschen Liberalen jener Zeit kamen nun Zweifel, ob das ungebildete „niedere“ Volk von der neuen Freiheit überhaupt verantwortlichen Gebrauch machen könne, und ihnen erschien eine längere Phase der Erziehung zu „mündigen Staatsbürgern“ – wie es im heutigen Sprachgebrauch heißen würde – auf der Grundlage entsprechender Reformen von oben als der geeignetere Weg zu einer freiheitlichen Ordnung ohne ständische Privilegien und Abhängigkeiten. Mit „freiheitlich“ war allerdings noch nicht die Vorstellung der prinzipiellen Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen verbunden, sondern lediglich der Schutz vor Willkür durch die Bindung der staatlichen Gewalt an geschriebenes Recht und die Gleichheit aller vor dem Gesetz, während die Berechtigung zu demokratischer Teilhabe an politischen Entscheidungen neben bestimmten gesellschaftlichen Kriterien vor allem von der individuell per Steuern erbrachten Beteiligung an den Staatsausgaben abhängig gemacht wurde. Der Gedanke der nationalen Einheit spielte in diesem Zusammenhang in aller Regel keine Rolle.

Nur in einigen Gebieten auf dem linken Rheinufer wurden die alten Obrigkeiten nach dem Einmarsch französischer Revolutionstruppen, die eine von Preußen und Österreich zur Unterstützung des französischen Königs aufgebotene Interventionsstreitmacht zurückgeschlagen hatten, vorübergehend entmachtet. In Mainz riefen sie im Frühjahr 1793 sogar die erste Republik auf deutschem Boden aus, die allerdings nur so lange Bestand hatte, wie

---

3 zit. nach ebd., S. 8

französische Truppen anwesend waren. Denn es gelang den deutschen Jakobinern nicht, größere Teile der Bevölkerung hinter sich zu bringen: An der Wahl zur Volksvertretung der Mainzer Republik beteiligten sich von den insgesamt rund 10 000 Wahlberechtigten gerade einmal 345 Personen. Georg Forster, Naturforscher, Publizist und führender Mainzer Republikaner, notierte verbittert in einem Brief an seine Frau: „Die deutsche Trägheit und Gleichgültigkeit ist zum Ausspeien. Am Ende werden wir es ihnen doch wohl noch gnädigst befehlen müssen, dass sie frei sein sollen und müssen: dann geht’s.“<sup>4</sup>

Erst im Zuge der Eroberung ganz Mitteleuropas durch französische Truppen unter Napoleon Bonaparte kam es in Deutschland Anfang des 19. Jahrhunderts zu nachhaltigem politischen und sozialen Wandel, in dessen Folge sich auch die Bedeutung der Begriffe Einheit und Freiheit grundlegend veränderte. Mit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 wurden zunächst einmal fast alle der bislang souveränen kleinen und kleinsten Territorien aufgehoben und in das Herrschaftsgebiet der rund 40 verbleibenden bzw. neu gebildeten Staaten eingegliedert, die jetzt das Heilige Römische Reich deutscher Nation bildeten. Dies stellte allerdings nur noch eine formale Hülle dar, die dann drei Jahre später endgültig zerfiel, als der österreichische Regent Franz II. auf die deutsche Kaiserkrone verzichtete, nachdem sich die Frankreich benachbarten Staaten im Westen und Süden Deutschlands im Rheinbund zusammengeschlossen hatten, der unter dem Protektorat Napoleons stand. Parallel zu diesen politischen Umwälzungen brachten die Napoleonischen Eroberungen in ganz Deutschland fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklungen in Gang oder trugen entscheidend zur Beschleunigung bereits begonnener Reformprozesse bei. In den von Frankreich annektierten Gebieten und auch in den drei auf Initiative Napoleons gegründeten deutschen Vasallenstaaten wurde das französische Rechtssystem des Code civil eingeführt, in dem wesentliche Errungenschaften der Revolution festgeschrieben worden waren. Dazu gehörten vor allem die Abschaffung der Standesunterschiede und -privilegien, die das Ende der feudalherrschaftlichen Hörigkeit der Landbevölkerung beinhaltete, die zumindest formale Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Trennung von Justiz und Verwaltung sowie der prinzipiell gleichberechtigte Zugang zu öffentlichen Ämtern und zu gewerblichen und handwerklichen Berufen. An diesem Vorbild orientierten sich nicht nur die Regierungen der Rheinbundstaaten, die die Umgestaltung der bislang perso-

---

4 ebd., S. 11

nal-dynastisch begründeten Feudalherrschaften zu territorialstaatlichen Herrschaftsverbänden anstrebten, sondern auch die führenden preußischen Reformer, die bemüht waren, den Zusammenhalt des Staates und die Autorität des Monarchen durch eine „Revolution von oben“ sicherzustellen.

Obwohl damit in nahezu ganz Deutschland die Landbevölkerung aus grundherrlicher Abhängigkeit entlassen wurde, war in diesem Zusammenhang nur selten von „Freiheit“ die Rede; der Begriff „Bauernbefreiung“ zur Kennzeichnung des wesentlichen Gehalts der 1807 in Preußen als „Oktoberedikt“ erlassenen Anordnungen bürgerte sich erst später ein. Den entschiedenen Reformkräften wiederum gingen die Maßnahmen nicht weit genug, um von echter Freiheit zu reden, weil die rein rechtliche Aufhebung der Standesunterschiede und die Einführung der Gewerbefreiheit nichts an der faktischen, im alltäglichen Leben ständig dokumentierten Vorrangstellung des Adels und der städtischen Oberschicht änderten. Außerdem zielten die Reformen ja gerade auf die Stabilisierung der Herrschaft des jeweiligen Regenten ohne nennenswerte Mitsprache seiner Untertanen ab und blieben damit weit hinter den Vorstellungen einer wirklichen Befreiung des Volkes zurück, wie sie bereits kurz nach der französischen Revolution in vielen Regionen Deutschlands in revolutionären Liedern auch unter den „einfachen Leuten“ kursierten: „Zerbrecht das Joch, zerreißt die Ketten, befreit das Volk aus der Gefahr! Es ist itzt Zeit uns noch zu retten aus aller Sklaverei sogar. Zur Freiheit hat uns Gott geschaffen, dies ist auf ewig unser Glück; allein die Fürsten und die Pfaffen erziehen uns am Sklavenstrick. Belegten uns mit schweren Bürden und machten glauben uns dabei, daß dieses unsern Menschenwrden vollkommen angemessen sei. Itzt wissen wir's – es ist erlogen, sie haben uns tyrannisiert und bei der Nas herumgezogen und unsere Rechte insultiert.“<sup>5</sup>

Eine weitere, wahrscheinlich sogar die entscheidende Ursache für den eben genannten Sachverhalt ist schließlich darin zu sehen, dass in weiten Teilen Deutschlands gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts das Schlagwort „Freiheit“ zunächst einmal für die Befreiung von französischer Fremdherrschaft stand, obwohl diese in der Praxis gar keine wesentliche Änderung gegenüber der zuvor eigenständig von den deutschen Regenten ausgeübten Herrschaft bedeutete. In einer Art Trotzreaktion auf den Siegeszug der Armeen Napoleons durch Mitteleuropa hatte sich jedoch ein explizit

---

5 zit. nach Haasis, Spuren der Besiegten, Bd. 2, a. a. O., S. 629

„deutsches“ Nationalgefühl ausgebildet, das vor allem im Bildungsbürgertum kultiviert und von vaterländisch gesinnten Professoren und Schriftstellern, bei denen es sich häufig um gewendete Sympathisanten der französischen Revolution handelte, mit aggressiv antifranzösischen Ausfällen populär gemacht wurde. Joseph Görres titulierte die Franzosen als „höllische Rotte“, Ernst Moritz Arndt wollte seine ganze Kraft dafür einsetzen, „daß die Verachtung und der Haß auf dieses Volk die tiefsten Wurzeln in deutschen Herzen schlagen“, Heinrich v. Kleist hetzte: „Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht!“<sup>6</sup>, und Johann Gottlieb Fichte formulierte in seinen „Reden an die deutsche Nation“ die geschichtsphilosophischen Grundlagen für diesen unverhüllten Chauvinismus. Der zunächst unpolitischen, in der Zeit der Aufklärung entwickelten Vorstellung einer deutschen Kulturnation, die den gemeinsamen Sprachraum unbeschadet der Vielzahl souveräner Territorien als einigendes Band umschließt, wurde eine ausdrücklich politisch-nationalistische Ausdeutung aufgepfropft, mit der die deutsche Nation als eine ganz besondere, historisch gewachsene Bluts- und Schicksalsgemeinschaft gegen die individualistisch-demokratische Staatskonzeption der französischen Revolution und des aus ihr hervorgegangenen napoleonischen Kaisertums abgegrenzt wurde.<sup>7</sup>

## II.

Der Rückzug der Reste der Grande Armee Napoleons nach dem Desaster seines Russlandfeldzuges bot den willkommenen Anlass, den nationalistischen Emotionen freien Lauf zu lassen und die Deutschen zum Befreiungskampf gegen die französischen Unterdrücker aufzurufen, wie es der preußische König in seinem am 17. März 1813 erlassenen Aufruf „An mein Volk“ tat, in dem mehrfach von „Preußen und Deutschen“ die Rede war. Dieser Vorgang wurde nachträglich mit dem Satz „Der König rief, und alle kamen“ patriotisch verklärt, der auch heute noch in Geschichtsbüchern zu lesen ist, obwohl die historischen Fakten ein völlig anderes Bild ergeben: Zunächst einmal zögerte der preußische König sehr lange, die ihm 1807 im Frieden von Tilsit von Napoleon aufgezwungene Bündnisverpflichtung aufzukündigen, und konnte von seinen Beratern erst unter Hinweis auf die drohende Entmachtung auch des preußischen Herrschers nach dem erhofften Sieg über

---

6 zit. nach Hachtmann/Rohlfes/Ullrich, a. a. O., S. 40 f

7 vgl. Joseph Rován: Geschichte der Deutschen. Von ihren Ursprüngen bis heute, München 1995, S. 391 ff

Napoleon bewogen werden, den bereits vorformulierten Aufruf zu unterzeichnen. Von Kennern dieses Ablaufs ist daher gespottet worden, der Satz müsse eigentlich in „Alle riefen, bis endlich der König kam“ umgedreht werden, was jedoch ebenso wenig den Fakten gerecht wird. Denn es konnte keine Rede davon sein, dass „alle“, d. h. eine Vielzahl von Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung auf die gewaltsame Beendigung der in Preußen ja noch nicht einmal direkt ausgeübten französischen Herrschaft gedrängt hätten. Kriegsbegeisterung war allenfalls unter Studenten und jungen Adligen festzustellen, die sich in größerer Zahl freiwillig zum Militärdienst meldeten, während die meisten jungen Männer aus dem „einfachen Volk“ nur gezwungenermaßen am Befreiungskrieg teilnahmen, weil in Preußen zusammen mit der Aufkündigung des erzwungenen Bündnisses mit dem napoleonischen Frankreich die allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden war.<sup>8</sup>

Das Ergebnis dieser „nationalen Erhebung“ gegen die Fremdherrschaft war dann weder die vor allem von Angehörigen des Bildungs- und Besitzbürgertums erhoffte Etablierung eines deutschen Nationalstaates noch die Schaffung freiheitlicher politischer Strukturen, sondern das krasse Gegenteil derartig hochgestimmter Erwartungen: Der durch den Wiener Kongress geschaffene Deutsche Bund war lediglich ein „völkerrechtlicher Verein“ der rund vierzig zum Zeitpunkt der Auflösung des alten Reiches noch verbliebenen deutschen Monarchien und freien Städte mit schwach ausgeprägter Zentralgewalt; „eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten“, wie es in der 1820 verabschiedeten „Wiener Schlußakte“ hieß.<sup>9</sup> Parallel dazu schlossen Preußen, Österreich und Russland auf Initiative des Österreichischen Staatskanzlers Metternich die „Heilige Allianz“, die den Fortbestand der territorialen Reorganisation in Mitteleuropa nach Ende der Herrschaft Napoleons und vor allem des monarchischen Prinzips, d. h. der allein dynastisch begründeten und religiös legitimierten, ohne Zustimmung oder gar Beauftragung durch die Untertanen ausgeübten Herrschaft der jeweiligen Regenten gewährleisten und ggf. mit Waffengewalt wiederherstellen sollte. Zwar sollte dieses monarchische Prinzip in allen Staaten der Heiligen Allianz durch Verfassungen untermauert werden. Aber sie sollten von den jeweiligen Regenten oktroyiert, also ohne Mitsprache irgendwelcher repräsentativer Körperschaften erlassen werden, sollten staatsbürgerliche Grundrechte

---

8 vgl. ebd., S. 393 ff.; Hachtmann/Rohlfes/Ullrich, a. a. O., S. 39 ff

9 zit nach ebd., S. 46 f

nur in Form jederzeit zu widerrufender staatlicher Gewährung und nicht etwa als „unveräußerliche Menschenrechte“ wie in den USA oder im revolutionären Frankreich garantieren und zudem die Mitspracherechte etwaiger Volksvertretungen auf Angelegenheiten von nachrangiger Bedeutung beschränken. Obwohl die Verwendung der Begriffe „Einheit“ und „Freiheit“ als politische Schlagworte demnach kriminalisiert war, ließen sich weder die Vision eines deutschen Nationalstaates, noch die Idee einer auf dem Prinzip der Volkssouveränität beruhenden staatlichen Ordnung gänzlich unterdrücken. Zwar wurden radikale Kritiker der bestehenden Verhältnisse nicht nur – wie es in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik im Zeichen des „Radikalenerlasses“ zum bislang letzten Mal der Fall war – aus dem Staatsdienst entfernt bzw. gar nicht erst eingestellt, sondern auch häufig durch andauernde polizeiliche Verfolgung veranlasst, nach Frankreich oder in die Schweiz ins Exil zu gehen. Aber ihre Gedanken blieben virulent und wurden in „fliegenden Blättern“ und auch in vielen Zeitschriften verbreitet, die häufig unter immer wieder neuen Titeln erschienen, weil sie fast regelmäßig von der Zensur verboten wurden.

Im Mai 1832 versammelten sich bei der Ruine des Schlosses Hambach in der Pfalz rund 30 000 Menschen aus allen Bevölkerungsschichten zu einer Kundgebung, die zwei republikanisch gesinnte und deshalb bereits gemäßregelte Publizisten, Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth, unter dem Motto „Deutschlands Wiedergeburt“ organisiert hatten. Das Hambacher Fest, bei dem Siebenpfeiffer u. a. vom Volk gewählte Regierungen und den Fall der Grenzen in Deutschland forderte und die Regenten der Staaten des Deutschen Bundes als „Verräter der deutschen Nationalsache aus fürstlich-aristokratischer Selbstsucht“ brandmarkte,<sup>10</sup> war eine durch schwarz-rot-goldene Kokarden und Fahnen auch optisch eindrucksvolle Demonstration der national-freiheitlichen Bewegung in Deutschland. Sie hatte trotz der politischen Unterdrückung unter den Vorzeichen des „Systems Metternich“ kontinuierlich an Anhängern gewonnen hatte und verfügte mit dem kurz zuvor gegründeten, besonders in der Pfalz mit vielen Ortsgruppen vertretenen „Press- und Vaterlandsverein“ inzwischen über ein erstes organisatorisches Gerüst. Zugleich ließ das Fest aber auch das Dilemma der Bewegung deutlich werden, weil es zwischen Siebenpfeiffer und Wirth zu keiner Verständigung über ein weiteres gemeinsames Vorgehen der von ihnen jeweils repräsentierten radikaldemokratisch-republikanischen und.

---

10 ebd., S. 65

gemäßigt liberalen Richtung kam: Während der eine die allgemeine Volksbewaffnung forderte und den gewaltsamen Umsturz der bestehenden politischen Ordnung befürwortete, wollte sich der andere damit zufrieden geben, die amtierenden Herrscher ohne Androhung oder gar Ausübung von Gewalt zur Gewährung größerer Freiheits- und Mitspracherechte für ihre Untertanen zu bewegen.

Vorausgegangen war dem Hambacher Fest eine Welle revolutionärer Erhebungen im Sommer des Jahres 1830, die erneut von Frankreich ausgegangen war. Die Julirevolution in Paris zog zunächst einen Aufstand in den überwiegend katholischen Südprominzen der Niederlande und die Gründung des selbständigen Königreiches Belgien nach sich sowie einen Aufstand der polnischen Nationalbewegung, der allerdings blutig unterdrückt wurde. Im September des Jahres kam es dann in mehreren mitteldeutschen Staaten und einigen preußischen Provinzen zu Unruhen größeren Ausmaßes, die zwar nach dem Einsatz von Militär rasch abflauten, aber mit der Abdankung eines besonders reaktionären Herrschers zugunsten eines Verwandten, der Entlassung mehrerer verhasster Minister und dem Erlass vergleichsweise fortschrittlicher Verfassungen direkte politische Auswirkungen hatten. Obwohl die Teilnehmer an diesen Protesten zumeist den bitterarmen Unterschichten angehörten und von nackter Not getrieben wurden, kamen die Ergebnisse des Aufruhrs zum ganz überwiegenden Teil dem wirtschaftlich aufstrebenden Bürgertum zugute, das weniger an grundlegenden politischen Reformen, sondern vor allem daran interessiert war, den eigenen ökonomischen Aktivitäten hinderliche Grenzen und Vorschriften beseitigt zu sehen sowie den bereits erworbenen materiellen Wohlstand zu sichern und ungehindert mehren zu können. Unter dieser Prämisse erschien es ratsam, sich im Falle sozialer Unruhen an die Seite der Regierenden und gegen die notleidenden „kleinen Leute“ zu stellen, was sich dann auch noch in Form der Gewährung etwas erweiterter Mitspracherechte politisch auszahlte. Diese Konstellation lag dem anlässlich des Hambacher Festes deutlich gewordenen Dilemma der national-freiheitlichen Bewegung in Deutschland zugrunde und hatte bis weit über die Revolution von 1848/49 und deren Nachwirkungen hinaus wesentlichen Einfluss auf die politische und staatliche Entwicklung.

Wenngleich die Julirevolution in Frankreich ohne Frage den unmittelbaren Anstoß für die Septemberunruhen in Deutschland gab, lag deren eigentliche Ursache doch erheblich tiefer. Im Zuge der Industrialisierung, die von England ausgehend im beginnenden 19. Jahrhundert Kontinentaleuropa erfasste,

hatten sich die Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsschichten deutlich verschlechtert. Dies hatte bereits in den 1820er Jahren im Rheinland zu ersten sozial motivierten Protesten von Beschäftigten des dortigen Textil- und Metallgewerbes geführt, die sich allerdings in aller Regel gegen die Arbeitgeber gerichtet hatten und nur deshalb zu politischen Unruhen eskalierten, weil die Staatsgewalt hart gegen die „Aufführer“ einschritt und damit des öfteren eine Solidarisierung bislang Unbeteiligter mit verhafteten „Rädelsführern“ und neuen Aufruhr provozierte. In den 1830er und 1840er Jahren kam es dann gehäuft auch in anderen Gegenden Deutschlands zu derartigen Vorfällen und in Zusammenhang damit zu einer nachhaltigen Politisierung der vor allem an diesen Unruhen beteiligten Arbeiter und kleinen Handwerker, die zu einer wichtigen Trägergruppe demokratisch-republikanischen Gedankengutes in Deutschland wurden. Für sie stand die Forderung nach persönlicher Freiheit, nach Volkssouveränität und nach politischer Mitsprache im Vordergrund, während die nationale Einheit aus ihrer Sicht von nachrangiger Bedeutung war. In weiten Kreisen des Bürgertums bildete demgegenüber die nationale Frage einen vor Forderungen nach erweiterten politischen Mitwirkungsrechten rangierenden Kristallisationspunkt ihres politischen Denkens. Ihr vorrangiges Ziel sahen sie in der Überwindung der staatlichen Zergliederung Deutschlands und der Sicherung seiner „natürlichen“, in etwa mit denen des alten Reiches übereinstimmenden Grenzen. Die durch französische Gebietsansprüche Anfang der 1840er Jahre ausgelöste „Rheinkrise“ setzte deshalb erneut heftige antifranzösische Ressentiments und nationalistische Emotionen frei, die in patriotischen Liedern wie „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“ und vor allem dem „Deutschlandlied“ ihren Niederschlag fanden, das der knapp ein Jahr später wegen freiheitlicher Gesinnung aus dem preußischen Staatsdienst entlassene und des Landes verwiesene Literaturprofessor Hoffmann von Fallersleben 1841 auf der damals britischen Insel Helgoland verfasste.

Die Existenz von zwei Lagern der freiheitlich-nationalen Bewegung, die nicht nur in Bezug auf die Radikalität ihrer Forderungen und die politische Prioritätensetzung, sondern auch hinsichtlich des gesellschaftlichen Status der jeweiligen Trägergruppen relativ klar voneinander geschieden waren, änderte allerdings nichts daran, dass die Bewegung insgesamt in der Zeit des Vormärz immer stärker wurde und auch zunehmende Resonanz in der Bevölkerung fand – und zwar allen Bemühungen der herrschenden Regenten zum Trotz, sie mit polizeistaatlichen Maßnahmen unter Kontrolle zu halten. Zwar waren es nach wie vor in erster Linie Literaten, Publizisten, Akademi-

ker und bürgerliche Honoratioren, die die politischen Positionen formulierten, zu Papier brachten und vereinzelt auch als Abgeordnete in den Landtagen vertraten. Aber der Kreis derjenigen, die sich als Mitglieder der in diesen Jahren in großer Zahl entstehenden Vereine, als Teilnehmer an patriotischen Festen, als regelmäßige Leser von Zeitschriften oder schlicht bei Gesprächen in Wirtshäusern mit der „großen“ Politik beschäftigten und dazu persönlich Stellung bezogen, wuchs kontinuierlich an. Parallel dazu nahm das Selbstbewusstsein der innerhalb des „Systems Metternich“ gegen Willkür der Herrschenden und reaktionäre Verhaltensmuster opponierenden Kräfte zu: Wiederholt wurden in erster Instanz bereits verurteilte Aufrührer und Demagogen in Berufungsverfahren vor höheren Gerichten freigesprochen; von den Regenten einberufene ständische Versammlungen weigerten sich, Vorlagen der Regierung ihres „gnädigen Herren“ wie bisher üblich einfach zuzustimmen, und machten dies stattdessen von einer Ausweitung ihrer Mitwirkungsrechte abhängig. Selbst unter den der wirtschaftlichen Oberschicht zuzurechnenden Personen setzte sich spätestens nach dem Aufstand schlesischer Weber im Sommer 1844 allmählich die Einsicht durch, dass soziale und politische Reformen im Interesse des Erhalts ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihres Wohlstandes unumgänglich seien.

### III.

Die Revolution von 1848/49, die nach vorausgegangenem Aufständen in Italien ein weiteres Mal von Frankreich ausgehend ganz Mitteleuropa erfasste, markierte den vorläufigen Höhepunkt und Absturz der freiheitlich-nationalen Bewegung in Deutschland. Vor dem Hintergrund der zunehmenden sozialen und politischen Spannungen hatte bereits im September des Vorjahres eine auf Initiative der radikalen Demokraten Friedrich Hecker und Gustav v. Struve im Gasthaus „Salmen“ im badischen Offenburg anberaumte Versammlung einen Katalog mit „Forderungen des Volkes“ verabschiedet, die auch Jahrzehnte später kaum an Aktualität verloren hatten. Dazu gehörten u. a. Meinungs-, Gewissens-, Presse- und Lehrfreiheit, ein staatliches, nicht nach Konfessionen getrenntes Schulwesen, Vereidigung des Militärs auf die Verfassung, die Wahl einer Volksvertretung, gerechte Besteuerung, ein Ausgleich des Missverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit sowie die ganz selbstverständliche Feststellung: „Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten. Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Auslande gegenüber gebühren uns als

Nation.“<sup>11</sup> Dies stand auch in der primär national orientierten bürgerlichen Richtung der Bewegung, die sich zur selben Zeit überregional zu organisieren begann, an erster Stelle der Agenda, während man die anderen von den radikalen Demokraten als „unveräußerliche Menschenrechte“ bezeichneten politischen Freiheitsrechte nicht in vollem Umfang und vor allem nur auf dem Weg von Reformen auf der Grundlage der bestehenden Verhältnisse verwirklicht sehen wollte und sich den wirtschaftlichen, von frühsozialistischen Ideen geprägten Forderungen gänzlich verschloss.

Als Ende Februar 1848 in Paris Soldaten in eine bis dahin zwar lautstark, aber friedlich demonstrierende Menschenmenge schossen und damit zweitägige, blutige Straßenkämpfe auslösten, die mit dem Sturz des Königs und der Ausrufung der Republik endeten, war dies der Funke, der den revolutionären Flächenbrand in Deutschland entzündete. Nachdem es bereits in den Tagen zuvor in einer Reihe größerer deutscher Städte zu Demonstrationen und Tumulten gekommen war, spielten sich seit Mitte März 1848 in Wien und Berlin ganz ähnliche Ereignisse ab wie in Paris: Soldaten schossen auf Demonstranten, die daraufhin Barrikaden errichteten, um die es zu heftigen, blutigen Kämpfen mit dem Militär kam. Bei den Verteidigern der Barrikaden handelte es sich überwiegend um junge Männer aus dem „Lumpenproletariat“, jüngere Handwerksgesellen und Studenten, denen einige wohl situierte Bürger und nicht zuletzt viele Frauen mit logistischen Hilfsdiensten zur Seite standen. Die Kämpfe, die in Berlin rund 300 Tote unter den Barrikadenkämpfern forderten, waren für politisch aktive Bürger in fast allen größeren deutschen Städten und den unmittelbar angrenzenden ländlichen Gebieten das Signal, sich zu bewaffnen, um entweder den Barrikadenkämpfern zu Hilfe zu eilen oder etwaigen Übergriffen von Polizei und Militär vor Ort wirksam entgegenzutreten zu können. Weite Teile Deutschlands waren in Aufruhr, und das Militär sah sich außer Stande, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, es sei denn um den Preis einer weitgehenden Zerstörung der von den Unruhen am meisten betroffenen Städte.

Im Unterschied zu Frankreich, wo die Revolutionäre mit der erzwungenen Abdankung des Königs und der Ausrufung der Republik zumindest vorübergehend Fakten schufen, gab sich die große Mehrheit der oppositionellen Kräfte in Deutschland damit zufrieden, dass die regierenden Monarchen in

---

11 zit. nach einer anlässlich des 150. Jahrestages der Versammlung im Salmen am 12. 09. 1997 herausgegebenen Reproduktion des Originalflugblattes [Reproduktion im Besitz des Verfassers]

aller Eile weitreichende politische Reformen und den Erlass neuer, liberaler Verfassungen ankündigten, dass sie neue, angeblich liberale Regierungen ernannten, dass sie die Lockerung der Zensurvorschriften und der polizeilichen Überwachung der Untertanen versprachen und zumindest vorläufig den Fortbestand der spontan gebildeten Bürgerwehren nicht in Frage stellten. Die Mahnungen des populären Dichters Ferdinand Freiligrath, der bei Beginn der revolutionären Erhebungen nach Deutschland zurückkehrte, anstatt nach Nordamerika ins gelobte Land der Freiheit auszuwandern, wie er eigentlich geplant hatte, zeigten keine Wirkung. Er hatte bereits im März 1847 im Text des Liedes „Schwarz-Rot-Gold“ gewarnt: „Das ist noch lang die Freiheit nicht: Sein Recht als Gnade nehmen; von Buben, die zu Recht und Pflicht aus Furcht sich nur bequemen! Auch nicht, dass, die ihr gründlich hasst, ihr dennoch auf dem Throne lasst!“ Und unter dem Eindruck der Straßenkämpfe hatte er sich im Frühjahr 1848 entschieden gegen das von ihm zutreffend vorhergesehene Arrangement mit den alten Gewalten gewandt: „Daß Deutschland stark und einig sei, das ist auch unser Dürsten! Doch einig wird es nur, wenn frei, und frei nur ohne Fürsten. ... Allein daß das unmöglich sei, dafür noch stehn wir Wache, dafür bleibt unser Feldgeschrei: Hie Republik und Rache!“<sup>12</sup>

Mit dem Zusammentreten der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 18. Mai 1848, die vor allem eine Verfassung für den zukünftigen deutschen Nationalstaat ausarbeiten sollte, sah sich ein großer Teil der aktiven Mitglieder und Anhänger der national-freiheitlichen Bewegung in Deutschland bereits am Ziel ihrer politischen Bestrebungen. Tatsächlich gelang es den Abgeordneten, bei denen es sich ganz überwiegend um bürgerliche Honoratioren der gemäßigt-liberalen Richtung handelte, relativ schnell einen für damalige Verhältnisse durchaus fortschrittlichen Entwurf der Verfassung eines deutschen Bundesstaates fertig zu stellen, der am 27. März 1849 mit knapper Mehrheit verabschiedet wurde. Er enthielt u. a. einen Katalog unveräußerlicher Grundrechte des deutschen Volkes und die Grundzüge einer modernen rechtsstaatlichen Ordnung, sah die Trennung von Staat und Kirche und den Schutz des Eigentums vor und wirkte, obwohl er nie formell in Kraft trat, in der Weimarer Reichsverfassung von 1920 und noch bei den Beratungen des Grundgesetzes nach Ende des Zweiten Weltkriegs nach. Jedoch schienen die Abgeordneten in der Paulskirche

---

12 zit. nach Bernt Engelmann: *Trotz alledem. Deutsche Radikale 1777-1977*, Reinbek 1979, S. 162

die sozialen und politischen Realitäten „draußen im Lande“ immer mehr aus den Augen zu verlieren, je länger sie tagten. Schon Zeitgenossen kritisierten mit zunehmender Schärfe, dass sich das Paulskirchenparlament in oft weit-schweifigen akademischen Debatten erging, während sich die alten Mächte nahezu ungestört vom Schock der Märzrevolution erholen konnten und Zug um Zug die den Untertanen eben erst gewährten Rechte wieder zurücknahmen. „In Frankfurt an dem Main, ist alles Trug und Schein“, reimte der Dichter Georg Herwegh, „im Parla- Parla- Parlament, das Reden nimmt kein End.“<sup>13</sup> Außerdem zeigten sich schnell tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten, ob etwa ein Recht auf Arbeit und andere auf eine Verbesserung der sozialen Lage der ärmeren Bevölkerungskreise zielende Bestimmungen in der Verfassung verankert werden sollten und ob Österreich zum deutschen Bundesstaat gehören sollte oder nicht [großdeutsche oder kleindeutsche Lösung]. Außerdem bestanden sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Staatsform des künftige deutschen Nationalstaates – Republik mit einem gewählten Präsidenten, einem Direktorium oder einem Reichsstatthalter als Staatsoberhaupt, konstitutionelle Monarchie mit einem auf sechs oder zwölf Jahre gewählten Herrscher ohne dynastische Ansprüche oder Erbkaisertum, dessen Regenten durch die Verfassung und ein starkes Parlament der Volkssouveränität unterworfen sein sollten.

Einen Tag nach der Verabschiedung der Verfassung votierte die Nationalversammlung mit Mehrheit für die letztgenannte Variante, wählte den preußischen König zum deutschen Kaiser und schickte eine Delegation nach Berlin, um ihm von dieser Entscheidung Mitteilung zu machen. Friedrich Wilhelm IV. lehnte die ihm angetragene „Krone aus Dreck und Letten“, wie er sie später nannte, allerdings ab; sie sei ein „Hundehalsband, mit dem man mich an die Revolution von 48 ketten“ will.<sup>14</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die politischen Gewichte in Deutschland bereits grundlegend zu Lasten der demokratischen Kräfte verschoben, und einmal mehr hatten Vorgänge in Paris maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Ende Juni 1848 war es dort zu einem Arbeiteraufstand gegen die zunehmend konservativ agierende republikanische Regierung gekommen, der zu mehrtägigen bürgerkriegsartigen Straßenkämpfen mit fast 5 000 Toten führte. In den europäischen Nachbarländern wurde diese Junirevolution als „Krieg der Klassen“ interpretiert, was im deutschen Besitz- und Bildungsbürgertum Ängste wach werden ließ,

---

13 zit. nach Hachtmann/Rohlfes/Ullrich, a. a. O., S. 140 f

14 zit. nach ebd., S. 143

dass auch in Deutschland „das Eigenthum und die Familie“, also „die Grundlagen der ganzen Gesellschaft“ bedroht seien, wie es Ende Juni 1848 in der Vossischen Zeitung hieß.<sup>15</sup> Die Folge war eine stärker konservative Ausrichtung des gemäßigt-liberalen Flügels der freiheitlich-nationalen Bewegung, eine zunehmende Radikalisierung der entschieden demokratischen Richtung und ein spürbares Anwachsen der Spannungen zwischen beiden bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen protestierender Arbeitern mit Bürgerwehren, die es den reaktionären Kräften erleichterten, die Revolution zu liquidieren. In Österreich erfolgte dies Ende Oktober 1848 mit der Eroberung Wiens durch loyal zum Monarchen stehende Truppen, in Preußen kurze Zeit später mit der Vertagung und Selbstauflösung der preußischen Nationalversammlung und der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin Mitte November 1848. Unter diesen Vorzeichen hatten die später als „Reichsverfassungskampagne“ bezeichneten Bemühungen von Abgeordneten der Nationalversammlung und Mitgliedern patriotisch-demokratischer Vereine, die Monarchen der deutschen Staaten im Frühjahr 1849 zur Anerkennung der Paulskirchenverfassung zu bewegen, von vorn herein wenig Aussicht auf Erfolg, zumal die Vertreter der beiden Richtungen der national-freiheitlichen Bewegung dabei unterschiedliche Ziele verfolgten: Während das Inkrafttreten der Verfassung im gemäßigt-liberalen Lager als endgültiger Abschluss der revolutionären Entwicklung gesehen wurde, galt es der radikal-demokratischen Strömung lediglich als Vorstufe zur Errichtung einer freiheitlich-demokratischen Republik.

Der Fehlschlag der Kampagne für die Reichsverfassung, die zwar in achtundzwanzig deutschen Staaten von den dortigen Regenten und ihren Regierungen anerkannt wurde, aber neben Preußen und Österreich eben auch in den nächstgrößeren Königreichen Bayern, Hannover und Sachsen nicht, markierte zugleich den Auftakt zum endgültigen Scheitern der Revolution in Deutschland: In einer Reihe größerer preußischer Städte kam es im Frühjahr 1849 noch einmal zu Tumulten und vereinzelt auch zu Barrikadenkämpfen; in Sachsen und der zum Königreich Bayern gehörenden Rheinpfalz Ende April 1849 sogar zu vorübergehend erfolgreichen republikanisch-demokratischen Aufständen, die jedoch Anfang Mai bzw. Mitte Juni von preußischen Truppen niedergeworfen wurden. Ein Aufstand in der Festung Rastatt stationierter Soldaten, der von der in Südwestdeutschland traditionell starken

---

15 zit. nach Rüdiger Hachtmann: Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002, S. 58

republikanisch-demokratischen Bewegung unterstützt wurde, führte schließlich Mitte Mai 1849 zur Flucht des Großherzogs und der Einsetzung einer provisorischen Revolutionsregierung in Baden. Diese erhielt bei der sofort anberaumten Wahl zu einer konstituierenden Landesversammlung zwar ein klares Votum der Bevölkerung, war aber nicht in der Lage, den aus der Pfalz nach Baden vorrückenden preußischen Truppen längerfristig Widerstand zu leisten: Am 23. Juli 1849 kapitulierten die letzten rund 6 000 revolutionären Soldaten und Freischärler in der seit Anfang des Monats von preußischen Truppen eingeschlossenen Festung Rastatt; der Traum von einem einigen, demokratischen Deutschland war vorerst ausgeträumt.

#### IV.

Unter den Vorzeichen der Reaktion, deren Intensität in den einzelnen deutschen Staaten zwar unterschiedlich war, die insgesamt aber zu einer noch schärferen Unterdrückung oppositioneller Auffassungen und Strömungen führte als in den Hochzeiten des „Systems Metternich“, erhielten die Begriffe Freiheit und Einheit einen fast vollständig neuen Bedeutungsgehalt. Da eine große Zahl freiheitlich gesonnener Personen aus dem „einfachen Volk“ in den 1850er Jahren nach Nordamerika auswanderte und viele intellektuelle Anführer der demokratischen Bewegung mundtot gemacht wurden, indem sie entweder langen Haftstrafen verbüßen mussten oder vor der drohenden Inhaftierung ins Exil auswichen, fiel es den herrschenden konservativen Kräften relativ leicht, sich der ehemals revolutionären politischen Schlagworte zu bemächtigen und sie mit eigenen Vorstellungen aufzuladen. Dabei bedienten sie sich ganz gezielt des neuen Massenmediums Zeitung, das nach der Märzrevolution einen rasanten Aufschwung als Informationsquelle breiter Bevölkerungskreise erlebt hatte, so dass für politisch unerfahrene Leser, um die es sich bei der großen Mehrheit der damaligen Zeitungsleser zweifellos handelte, nicht ohne weiteres zu erkennen war, dass hinter der Forderung nach nationaler Einigung, die sich jetzt der preußischen König zu eigen machte, nicht mehr die Vorstellung eines aus freiem Willen der Bevölkerung der einzelnen deutschen Staaten vereinten, auf dem Prinzip der Volkssouveränität beruhenden deutschen Nationalstaates stand, sondern das Konzept eines kleindeutschen, also ohne Beteiligung Österreichs gebildeten Staatenverbundes mit Preußen als Hegemonialmacht und unter Beibehaltung des monarchischen Prinzips, das durch eine Verfassung und eine Volksvertretung nur nach außen hin etwas moderner ausgestaltet, nicht aber in seinem

zentralen Grundsatz verwässert werden sollte, dass der Monarch „von Gottes Gnaden“ zur Herrschaft über seine Untertanen berufen sei. Seit Übernahme der Regentschaft im Herbst 1857 legte es der preußische König und spätere deutsche Kaiser Wilhelm I. darauf an, Österreich aus „deutschen“ Angelegenheiten hinauszudrängen; seit Herbst 1862 konnte er sich dabei auf die Unterstützung und das politische Geschick Otto v. Bismarcks verlassen, den er vor dem Hintergrund des Verfassungskonflikts um die Heeresreform zum preußischen Ministerpräsidenten ernannte.

Bismarck, der bereits wenige Tage nach seiner Ernennung erklärte, dass Preußen nur seiner Macht wegen in Deutschland geachtet werde und die großen Zeitfragen „nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Blut und Eisen“ entschieden würden,<sup>16</sup> ging in der nationalen Frage sehr zielstrebig vor. Gestützt auf die Propaganda des 1859 in Frankfurt gegründeten und vor allem von Angehörigen des liberalen Bürgertums getragenen „Deutschen Nationalvereins“, dessen Gründungsprogramm die bündige Formel enthielt, „die Ziele der preußischen Politik fallen mit denen Deutschlands im Wesentlichen zusammen“,<sup>17</sup> nahm er Ende 1863 Bestrebungen des dänischen Königs, das dem Deutschen Bund angehörende Herzogtum Schleswig in das Königreich Dänemark einzugliedern, zum Anlass für einen von Preußen und Österreich gemeinsam gegen Dänemark geführten Krieg, den die preußischen Truppen im April 1864 mit der im deutschen Bürgertum als herausragendes nationales Ereignis gefeierten Erstürmung der Düppeler Schanzen entschieden. Die Friedensregelungen wurden auf Initiative Bismarcks so gestaltet, dass sie zwangsläufig zum Konflikt zwischen Preußen und Österreich führen mussten, der im Sommer 1866 in dem von Bismarck bewusst gesuchten Deutschen Krieg kulminierte, in dem sich Preußen und die mit ihm verbündeten kleineren norddeutschen Staaten auf der einen sowie Österreich, die beiden an Preußen angrenzenden Königreiche Sachsen und Hannover und die meisten mittel- und süddeutschen Staaten auf der anderen Seite gegenüberstanden. Nach schweren Niederlagen der hannoverschen Truppen bei Langensalza und der österreichischen Armee bei Königgrätz war der Krieg nach nur wenigen Wochen zugunsten Preußens entschieden, das sich Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen und Nassau als preußische Provinzen sowie die bis dahin freie Reichsstadt Frankfurt einver-

---

16 zit. nach Hachtmann/Rohlfes/Ullrich, a. a. O., S. 166

17 zit. nach ebd., S. 170

leibte und die Auflösung des Deutschen Bundes durchsetzte, in dem bis dahin Österreich dominiert hatte.

Die Bildung des Norddeutschen Bundes aus dem beträchtlich erweiterten Preußen, seinen Verbündeten im voraufgegangenen Krieg, dem Königreich Sachsen und dem nördlichen Teil des Großherzogtums Hessen markierte 1866/67 die nächste Stufe auf dem Weg zum preußisch-deutschen Nationalstaat. Diesem Bund wurde eine Verfassung zugrunde gelegt, die 1871 mit nur ganz geringfügigen Änderungen als Verfassung des Deutschen Reiches übernommen wurde und die preußische Vorrangstellung absicherte: Der preußische König hatte die Leitung des Bundes inne, traf die letzte Entscheidung in außenpolitischen Angelegenheiten und war Oberbefehlshaber von Armee und Flotte; der preußische Ministerpräsident übte außerdem in Personalunion das Amt des Bundeskanzlers aus. Das Bundesparlament bestand aus einer Länderkammer, dem Bundesrat, dessen Mitglieder von den Regenten oder Regierungen der Mitgliedstaaten benannt wurden, und einer Volksvertretung, dem Reichstag, dessen Abgeordnete in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen bestimmt wurden, allerdings außer einem wenig konkretisierten allgemeinen Budgetrecht kaum politische Mitwirkungsrechte hatten. Mit dieser institutionellen Absicherung der preußischen Hegemonie und geheimgehaltenen Bündnisverträgen mit den noch nicht zum Bund gehörenden süddeutschen Staaten im Rücken provozierte Bismarck dann im Sommer 1870 mit der berühmten Emser Depesche die französische Kriegserklärung an Preußen – am Ende des dadurch ausgelösten deutsch-französischen Krieges stand die Umwandlung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich unter Einschluss der süddeutschen Staaten und die Proklamation des preußischen Königs zum deutschen Kaiser am 18. Januar 1871. Die politische Forderung nach Einheit im Sinne der Konstituierung eines deutschen Nationalstaates, war damit für die nächsten fast 50 Jahre durch Vollzug erledigt; das politische Schlagwort „Einheit“ bezog sich in dieser Zeit, wenn es denn überhaupt Verwendung fand, auf die inneren Verhältnisse im deutschen Kaiserreich.

Hinsichtlich des politischen Schlagworts „Freiheit“ hatten es die hinter der Reaktion stehenden politischen Kräfte schwerer, ihm einen neuen, die revolutionär-demokratischen Konnotationen überlagernden Bedeutungsgehalt beizulegen. Die Forderungen nach Aufhebung der Zensur und freier politischer Meinungsäußerung waren klar und für viele Menschen eingängig, weil sie in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen ganz unmittelbar feststellen

konnten, ob sie erfüllt wurden oder nicht. Die Monarchen und ihre Regierungen versuchten daher, das gemäßigt-liberale Lager der national-freiheitlichen Bewegung für sich zu gewinnen und gemeinsam mit ihm die deutlich weitergehenden politischen Forderungen des republikanisch-demokratischen Flügels der Bewegung abzuwehren. Grundlage dafür war das gemeinsame Bestreben, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu wahren, woran die reaktionären Kräfte schon des eigenen Machterhalts wegen und die besser gestellten Kreise des Bürgertums besonders aus dem Grund interessiert waren, dass Aufruhr und gewaltsame Auseinandersetzungen die ungehinderte Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeit behinderten und zudem den damit erworbenen materiellen Wohlstand gefährdeten. Bereits kurz nach der endgültigen Liquidierung der Revolution in Berlin erließ der preußische König Anfang Dezember 1848 zum großen Erstaunen vieler politisch engagierter Bürger eine neue Verfassung, „die demokratisch aussah und alle wichtigen Grundrechte enthielt“.<sup>18</sup> Der „freiheitliche“ Charakter der Verfassung war allerdings in gleicher Weise wie die Beibehaltung des im Frühjahr 1848 eingeführten allgemeinen und gleichen Wahlrechts für die Neuwahl des preußischen Abgeordnetenhauses im Januar 1849 vor allem eine Fassade, die der König und seine Regierung nur so lange intakt erhielten, wie das liberale Bürgertum die ihm zugedachte Rolle spielte: Als sich die preußischen Abgeordneten Ende April 1849 mehrheitlich für die Anerkennung der Paulskirchenverfassung durch Preußen aussprachen und zugleich die Aufhebung des Belagerungszustandes forderten, der im November 1848 über Berlin verhängt worden war, löste der König das Parlament kurzerhand auf und ordnete vier Wochen später für die Neuwahl der preußischen Volksvertretung das Drei-Klassen-Wahlrecht an, das in Preußen bis zum Ende des Ersten Weltkriegs in Kraft blieb.

Auch anlässlich des preußischen Verfassungskonflikts um die Heeresreform ließen der König und seine Berater keinen Zweifel daran, dass sie gar nicht daran dachten, dem liberalen Bürgertum wirkliche Mitsprache bei politischen Entscheidungen einzuräumen. Dies entsprach dem in den 1860er Jahren auch in den anderen deutschen Staaten herrschenden Trend, in denen die unterschiedlichen Positionen allerdings in aller Regel nicht so krass zu Tage traten, da sich insbesondere die Regenten der süddeutschen Staaten darum bemüht hatten, die wirtschaftlich tonangebenden Kreise des Bürgertums als staatsragende Kräfte einzubinden, ohne ihnen echten Einfluss auf die Staats-

---

18 Rüdiger Hachtmann in ebd., S. 151

geschäfte zuzugestehen. Dabei kam der Betonung nationaler Anliegen und Aufgaben vor etwaigen freiheitlichen Anwendungen entscheidende Bedeutung zu, wie sich am Beispiel des Konflikts um die preußische Heeresreform sehr deutlich zeigte: Er wurde im Herbst 1866 dadurch beigelegt, dass das Abgeordnetenhaus nach dem Sieg Preußens über Österreich rückwirkend die mehrjährige verfassungswidrige Amtsführung Bismarcks billigte. Die Bereitschaft weiter Teile des Bürgertums, politisch-rechtliche Vorbehalte gegen seine faktische politische Entmündigung unter dem Eindruck national „erhebender“ Ereignisse fallen zu lassen, kam wenig später anlässlich des deutsch-französischen Krieges und der anschließenden Gründung des Deutschen Reiches erneut zum Ausdruck. In Verbindung mit unverhohlener Bewunderung für die „Ruhmestaten“ der preußischen Armee, die bei vaterländischen Feiern besonders am Sedantag gewürdigt wurden, trug diese Haltung maßgeblich dazu bei, die Unterwerfung unter militärischen Drill und Gehorsam als eine ureigene deutsche Tugend zu betrachten und dem Militär besonderen Rang als „Schule der Nation“ zuzuerkennen.

Unter den Vorzeichen einer mythologischen Verklärung der Einigung des Vaterlandes „durch Blut und Eisen“ war „Freiheit“ im Deutschland des ausgehenden 19. Jahrhunderts also in erster Linie die Freiheit der Untertanen, den Anordnungen der Monarchen und ihrer Regierungen bereitwillig Folge zu leisten. Dagegen wurden die Äußerung abweichender Auffassungen oder Forderungen nach substantiellen Reformen des politischen Systems weithin als zumindest ungehörig betrachtet, oft auch als unpatriotisch abqualifiziert und unter Umständen sogar als staatsgefährdend verfolgt.

Dies erschließt sich nicht erst aus rückschauender historischer Betrachtung, sondern war schon engagierten Zeitgenossen wie dem Königsberger Arzt Johann Jacoby, einem unerschrockenen Wortführer der radikalen Demokraten in Preußen, durchaus bewusst. „Der deutsche Geist ist ein Geist der Freiheit, der Humanität“, erklärte er kurz nach der Reichsgründung. „Undeutsch ist es daher zu glauben, dass durch Zwang, durch ›Blut und Eisen‹-Politik, eine deutsche Freiheit herzustellen ist.“ Und zwei Jahre später führte er zum Schluss eines Vortrages vor der Handwerkervereinigung seiner Heimatstadt aus: „Wie aber, fragen Sie, ist die Freiheit zu erringen? Mein Antwort lautet kurz und bündig: durch ein einziges Wörtlein. Ein berühmter griechischer Geschichtsschreiber, Plutarch, sagt: ›Die Bewohner Asiens sind insgesamt Despoten unterworfen, weil ihre Zunge eine Silbe nicht aussprechen kann, nämlich das Wort Nein!‹ Meine Freunde! Lassen Sie uns hoffen, daß die

Sprachorgane unseres Volkes in dieser Hinsicht besser geartet seien als die der Asiaten; hoffen wir, daß das deutsche Volk endlich einmal lernen werde, Nein zu sagen.“<sup>19</sup>

Jacoby war kurz zuvor in Reaktion auf die Verurteilung der beiden Arbeiterführer August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu zwei Jahren Festungshaft in die 1869 von ihnen gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei eingetreten, die sich 1875 mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Ferdinand Lasalles zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigte und seit 1890 als Sozialdemokratische Partei Deutschlands firmierte. Für ihre Mitglieder wie auch für die Mitglieder der Freien Gewerkschaften, die sich in den 1860er Jahren formierten, hatten Freiheit und Einheit eine von der herrschenden Meinung im Kaiserreich deutlich abweichende Bedeutung: Mit dem Schlagwort „Freiheit“ verband sich für sie Wesen und Ziel ihres Kampfes für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Anerkennung als ebenbürtige Staatsbürger, den sie mit hohem persönlichen Einsatz führten, weil sie nicht nur riskierten, wegen ihres politischen Engagements entlassen zu werden, sondern in der Zeit der Geltung des Sozialistengesetzes auch mit Aufenthaltsverboten, Ausweisungen und Haftstrafen zu rechnen hatten. Das Schlagwort „Einheit“ hatte in den Reihen der organisierten Arbeiterbewegung sogar eine zweifache Ausrichtung, weil es zum einen auf die übereinstimmende Interessenlage und die Solidarität der Klassengenossen über alle Ländergrenzen hinweg anspielte und zum anderen auf die innere Geschlossenheit der Organisationen der Arbeiterbewegung abstellte, die als größtes Kapital in den Auseinandersetzungen mit den Herrschenden galt. Dabei agierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter allerdings unter fast schizophrenen Bedingungen, weil die Widersprüchlichkeit von revolutionärer sozialistischer Theorie, Programmatik und Rhetorik auf der einen und einer streng reformorientierten politischen Praxis auf der anderen Seite nicht aufgelöst wurde.

Diese Konstellation war zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, dass die Gründung eines deutschen Nationalstaates, der zudem über eine nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählte Volksvertretung verfügte, zumindest im Grundsatz Forderungen Rechnung trug, für die viele Mitglieder der organisierten Arbeiterbewegung in der Zeit vor deren Konstituierung als Anhänger oder Aktivisten der radikal-demokratischen Richtung der national-

---

19 zit. nach Engelmann, a. a. O., S. 200 ff

freiheitlichen Bewegung eingetreten waren. Auch wenn die Arbeiterschaft im Kaiserreich politisch und gesellschaftlich diskriminiert wurde und der Kaiser die Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ abqualifizierte, war dieser Staat auch ihr Staat, in dem sie nach Anerkennung, Gleichberechtigung und nicht zuletzt auch politischer Mitwirkung strebten. Diese staatsloyale Haltung wurde dadurch bestärkt, dass das kaiserliche Deutschland nicht nur in den Augen der deutschen Arbeiterschaft im Vergleich zum spätbonapartistischen Frankreich und vor allem zum zaristischen Russland als durchaus fortschrittlicher Staat galt, in dem weitere Reformen im Rahmen der bestehenden Strukturen möglich schienen, die letztendlich auch der internationalen Arbeiterbewegung zu gute kommen würden. Unter dieser Prämisse stellten die SPD und die deutschen Gewerkschaften bei Beginn des ersten Weltkriegs sogar die zuvor immer wieder beschworene internationalen Solidarität der Arbeiterklasse hintan und unterwarfen sich den Vorgaben des Kaisers und seines Führungskreises, die behaupteten, dass Deutschland von seinen Feinden „eingekreist“ sei und das ganze deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen müsse, um seine bedrohte Freiheit zu schützen. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“<sup>20</sup>, erklärte der Kaiser in einer Thronrede am 4. August 1914 pathetisch, und die deutsche Arbeiterbewegung erklärte und praktizierte den „Burgfrieden“: Die SPD-Reichstagsfraktion billigte am 4. August 1914 und bei nachfolgenden Abstimmungen die Kriegskredite, die Gewerkschaftsvorstände hatten bereits zwei Tage zuvor beschlossen, für die Dauer des Krieges auf Streiks zu verzichten, und entsandten Vertreter in die von Unternehmern und Staatsbediensteten dominierten Gremien zur Lenkung der Kriegswirtschaft. Ein produktives „Nein“ im Sinne Jacobys stand angesichts der „Bedrohung des Vaterlandes“ also auch in der deutschen Arbeiterbewegung nicht hoch im Kurs und wurde zunächst nur von wenigen prominenten „Abweichlern“ wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg offen ausgesprochen.

## V.

Nach Ende des Ersten Weltkriegs fanden die Schlagworte „Einheit“ und „Freiheit“ vor allem in Zusammenhang mit internen Problemen der Arbeiterbewegung Verwendung, während die Mehrheit der Bevölkerung mit „Ein-

---

20 zit. nach: Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 306, S. 2

heit“ wahrscheinlich überhaupt keine politische Frage in Verbindung brachte. Denn der Erhalt der nationalen Einheit Deutschlands wurde im Versailler Friedensvertrag nicht in Frage gestellt; mit der Rückgliederung Elsass-Lothringens an Frankreich und der Angliederung Posen-Westpreußens an den neu geschaffenen Staat Polen wurden vor allem solche Gebiete abgetreten, die erst 1871 annektiert bzw. im Zuge der polnischen Teilungen dem Königreich Preußen zugeschlagen worden waren und somit nicht zu den seit jeher einem deutschen Nationalstaat zugerechneten Regionen gehörten. Demgegenüber assoziierten viele Menschen in Deutschland in den 1920er und 1930er Jahren mit „Freiheit“ vor allem die dem deutschen Volk mit dem „Diktat der Siegermächte“ angeblich zugefügte Schmach. Die Erklärung Deutschlands und seiner Verbündeter zu Angreifern und alleinigen Urhebern des Weltkrieges, die daraus abgeleiteten, aus deutscher Sicht astronomischen Reparationsforderungen, die Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch Truppen der Siegermächte, die drastischen Beschränkungen der Höchststärke des deutschen Militärs und seiner Ausrüstung, der „Raub der Kolonien“ und nicht zuletzt die mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen im Januar 1923 demonstrierte Ohnmacht nagten am Selbstwertgefühl vieler Deutscher, und zwar unabhängig von ihrem sozialen Status und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Gruppierung. Quer durch alle politischen Lager wurde eine Revision des „Schandfriedens“ von Versailles als unabdingbar für die Wiederherstellung der Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands angesehen, besonders aggressiv gefordert wurde sie von den Parteien der extremen Rechten, die dies – wie die Deutsch-Völkische Freiheitspartei – bereits in ihrem Namen anklingen ließen oder – wie die NSDAP, die einen großen Teil ihrer Mitglieder und Wähler übernahm – zu einem zentralen Punkt ihrer Programmatik und Rhetorik machten.

In der deutschen Arbeiterbewegung machten sich an dem Schlagwort „Freiheit“ außerdem in einem völlig unabhängig von dessen nationaler Aufladung verlaufenden Argumentationsstrang die unterschiedlichen Konzeptionen für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches fest. „Freiheit“ war in diesem Zusammenhang eine Chiffre für die Gewährleistung der Selbstbestimmung und politischen Gleichberechtigung des einzelnen Arbeiters wie der Arbeiterschaft insgesamt und des zur Verwirklichung dieser Zielsetzung einzuschlagenden Weges. Aus Sicht der Ende Dezember 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands gab es keine Alternative zum gewaltsamen Sturz der alten Ordnung durch

eine sozialistische Revolution mit anschließender Diktatur des Proletariats zur Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Die Initialzündung für einen Umsturz in ganz Deutschland nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution versuchten die Kommunisten Anfang der 1920er Jahre mit Aufständen in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet zu geben, die jedoch von regulären Truppen und Freikorpsverbänden niedergeworfen wurden, die häufig mit exzessiver Brutalität gegen die Aufständischen vorgingen. Das gewaltsame Vorgehen gegen revolutionäre Aktionen nach dem Sturz der Monarchie entsprach nicht nur der im Bürgertum dominierenden Stimmungslage, sondern auch der Haltung der SPD-Führung, die auch in den letzten Wochen vor Ende des Krieges und vor allem während der anschließenden, durch die Matrosenmeuterei in Kiel und Wilhelmshaven ausgelösten revolutionären Ereignisse an ihrem streng legalistischen, staatstragenden Kurs festhielt, demzufolge der Übergang vom Kaiserreich zu einer neuen staatlichen Ordnung rechtlich einwandfrei auf der Grundlage von Beschlüssen einer aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgegangenen deutschen Nationalversammlung erfolgen müsse. Auf halbem Weg zwischen diesen beiden Polen lag die von den Unabhängigen Sozialisten vertretene Position, nach dem Sturz der Monarchie keine parlamentarische Demokratie zu errichten, sondern die spontan in ganz Deutschland gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte zu tragenden Elementen einer deutschen Räterepublik umzugestalten. Dieses Konzept, das in den ersten Monaten nach Ende des Krieges starken Zuspruch in den Reihen der Arbeiterschaft fand, und vor allem die dahinter stehende USPD wurden jedoch zwischen dem revolutionären und dem staatstragenden Flügel der Arbeiterbewegung zerrieben, nachdem die in Bremen und München Ende 1918/Anfang 1919 errichteten Räterepubliken auf Anordnung der provisorischen Reichsregierung gewaltsam wieder aufgelöst worden waren.

Diese unterschiedlichen Auffassungen über den richtigen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse und vor allem die daraus hervorgegangenen blutigen Auseinandersetzungen standen dann im Hintergrund der Diskussionen, die Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre in der deutschen Arbeiterbewegung unter dem Stichwort „Einheit“ geführt wurden. Die offensichtliche politische Instabilität der Weimarer Republik, die als Folge der Weltwirtschaftskrise dramatisch zunahm, und vor allem der dabei festzustellende anhaltende Zulauf zu den Nationalsozialisten ließen in der SPD und der KPD Forderungen nach einer Einheitsfront gegen den Faschismus laut werden, die in der Mitgliedschaft beider Parteien positive Resonanz fanden, deren Verwirkli-

chung jedoch daran scheiterte, dass die Parteiführungen jeweils Bedingungen für ein solches Bündnis stellten, auf die sich die andere Seite nicht einlassen wollte. Dies hatte zur Folge, dass sich das ohnehin sehr gespannte Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten weiter verschlechterte und sich in beiden Parteien gegen die doktrinäre Unnachgiebigkeit der Führungen opponierende Gruppierungen abspalteten und eigene Parteien gründeten, so dass die Diskussion um die Einheitsfront letztlich zu einer weiteren Aufsplitterung der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland führte. Nutznießer dieser Entwicklung waren die Nationalsozialisten, deren Machtübernahme am 30. Januar 1933 allerdings weniger durch das „Versagen“ der Arbeiterbewegung, sondern vor allem dadurch ermöglicht wurde, dass im deutschen Bürgertum eine geradezu panische, durch entsprechende Stellungnahmen der beiden großen Kirchen geschürte Angst vor „dem Bolschewismus“ herrschte und die von Hitler und seinen Gefolgsleuten völlig offen angekündigte nationalsozialistische Diktatur als letzte Rettung vor einem angeblich unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Umsturz galt.

In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft fanden die Schlagworte „Einheit“ und „Freiheit“ dann nur in entstellter, ihrem eigentlichen Wortsinn zuwiderlaufender Bedeutung durch das NS-Regime Verwendung. Von der Freiheit Deutschlands war bevorzugt bei der absichtsvollen Missachtung von Bestimmungen des Versailler Vertrages die Rede, die deutsche Einheit fand hin und wieder in Zusammenhang mit der Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes in das Großdeutsche Reich Erwähnung, wobei die Übernahme der 1848/49 in der Paulskirche geläufigen Terminologie keineswegs zufällig erfolgte. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung nahm daran jedoch ganz offensichtlich ebenso wenig Anstoß wie an der Verfolgung Andersdenkender und sogar der Einschränkung der persönlichen Freiheit durch die latente Angst vor Bespitzelung und Sanktionen des Regimes im Falle abweichenden Verhaltens. Es hat augenscheinlich auch semantische Gründe, dass diejenigen, die dem NS-Regime die Gefolgschaft verweigerten, durchweg als Widerstandskämpfer und nicht auch alternativ als Freiheitskämpfer bezeichnet wurden und werden. In Bezug auf den militärischen Widerstand und mit ihm in Verbindung stehende bürgerliche Oppositionskreise scheint dies insofern berechtigt, als die hier entwickelten Vorstellungen für die Neuordnung von Staat und Gesellschaft nach dem geplanten Sturz des NS-Regimes zumeist weniger freiheitliche und stattdessen deutlich autoritäre Züge tragen. Aber es bleibt die Frage, ob sich nicht viele Deutsche durch das NS-Regime gar nicht in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt fühlten und die natio-

nalsozialistische Herrschaft überhaupt nicht als anstößig empfanden; denn Anfang der 1950er Jahre waren immerhin rund 40 % der Erwachsenen in der Bundesrepublik der Meinung, dass in den Jahre von 1933 bis 1938 in Deutschland „normale“ Verhältnisse geherrscht hätten.<sup>21</sup>

## VI.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges rückten die beiden Begriffe Einheit und Freiheit für lange Zeit ins Zentrum des politischen Diskurses in der Bundesrepublik Deutschland und hatten auch in der DDR aufgrund eines geradezu Pawlowschen Abwehrreflexes der dortigen Staats- und Parteiführung bei allen aus der Bundesrepublik vorgegebenen politischen Themen einen besonderen Stellenwert. Unter den Vorzeichen der Eingliederung der drei Westzonen einerseits und der sowjetischen Zone andererseits in die konkurrierenden Blocksysteme im Zuge des Kalten Krieges wurde die Forderung nach Wiedervereinigung in den 1950er Jahren zu einer unabdingbaren Standardformel der außen- und deutschlandpolitischen Stellungnahmen nahezu aller westdeutschen Politiker; selbst die KPD verabschiedete 1952 ein „Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“,<sup>22</sup> in dem allerdings der „revolutionäre Sturz des Adenauer-Regimes“ die zentrale Bedingung für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands darstellte, während die im einzelnen sehr unterschiedlichen Konzepte der anderen westdeutschen Parteien übereinstimmend von einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie als Staatsform eines wiedervereinigten Deutschland ausgingen. Außerdem stimmten sie in Bezug auf die Grundannahme überein, dass das Deutsche Reich zwar in seiner konkreten Existenzform der nationalsozialistischen Diktatur bei Kriegsende untergegangen war, nicht aber als völkerrechtliches Subjekt. Die Bundesrepublik, die formell in die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches eingetreten sei, könne daher einen Rechtsanspruch auf die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates in den Grenzen von 1937 geltend machen, also nicht nur auf dem Zusammenschluss der drei westlichen mit der sowjetischen Besatzungszone bestehen, sondern auch die Rückgliederung der nach Ende des Zweiten Weltkriegs unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellten deutschen

---

21 siehe Martin und Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, München 1979, S. 34

22 abgedruckt in: Günter Judick/Josef Schleifstein/Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente, Bd. 1, Neuss 1989, S. 396ff

Ostgebiete verlangen. Das im Sommer 1954 in Bonn gegründete überparteiliche „Kuratorium unteilbares Deutschland“ propagierte dies mit dem eingängigen, auf vielen Plakaten in wechselnder Bildsprache umgesetzten Slogan „Dreigeteilt – niemals“, der allerdings in Anbetracht der fortschreitenden Verfestigung des Ost-West-Gegensatzes im Laufe der 1950er Jahre zunehmend illusionär erschien und dem Kuratorium bald den Spottnamen „Kuratorium unheilbares Deutschland“ eintrug.

Die Frage, auf welche Weise die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu bewerkstelligen sei, bildete bis zum Beginn der 1960er Jahre einen Kristallisationspunkt der politischen Diskussion in der Bundesrepublik. Für Konrad Adenauer und die Parteien der von ihm geführten bürgerlichen Koalitionsregierung stand es außer Frage, dass die Wiedervereinigung nur zu Bedingungen erfolgen könne, die von der Bundesregierung gesetzt und von den westlichen Bündnispartnern mitgetragen würden; Konzessionen an die Sowjetunion und vor allem an das SED-Regime in der DDR lehnte er kategorisch ab. Unter dieser Prämisse war die schnelle politische, wirtschaftliche und schließlich auch militärische Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis konsequent, auch wenn sie absehbar zu einer zumindest vorläufigen Zementierung der deutschen Teilung führen musste. Genau dies war für die sozialdemokratische Opposition ein entscheidender Aspekt ihrer Kritik an der Politik Adenauers, die sie mit der Forderung nach Verhandlungen der vier Siegermächte über die deutsche Frage verbanden, bevor mit der Westintegration der Bundesrepublik einseitig Fakten geschaffen würden, die unter den gegebenen weltpolitischen Voraussetzungen zwangsläufig eine sowjetische Reaktion in Form der festen Einbindung der DDR in den Ostblock provozieren müssten. Dieser Einschätzung teilten auch einige Außenseiter im bürgerlichen Lager, die sich allerdings abweichend von der sozialdemokratischen Konzeption, in Mitteleuropa ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung der beiden Supermächte USA und Sowjetunion aufzubauen, dafür aussprachen, die Bundesrepublik und die DDR aus den Bündnissen auszugliedern und ein neutral zwischen den Blöcken stehendes Gesamtdeutschland zu schaffen, das die Funktion einer Brücke zwischen Ost und West übernehmen könne.

In den Diskussionen um die Wiedervereinigung bildete der Begriff „freiheitliche Ordnung“ einen zentralen Bezugspunkt, wie sie alle Parteien in der Bundesrepublik mit Ausnahme der KPD durch das Grundgesetz verwirklicht sahen. Die in der sowjetischen Zone errichtete bzw. noch im Aufbau befind-

liche, angeblich sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung galt demgegenüber als Zwangssystem, dessen Bestand von der Anwesenheit sowjetischer Truppen abhängig war und dessen staatlichen Institutionen die demokratische Legitimation abgesprochen wurde. Unter dieser Prämisse waren die entsprechenden bundesdeutschen politischen Instanzen allein berechtigt und sogar verpflichtet, stellvertretend für die Deutschen in der sowjetischen Zone zu handeln, wie in der bis zum Herbst 1990 geltenden alten Fassung der Präambel des Grundgesetzes ausdrücklich festgehalten war. Konrad Adenauer und die Bonner Regierungsparteien legten diesen „Alleinvertretungsanspruch“ dahingehend aus, dass deutsch deutsche Kontakte, Gespräche oder gar Verhandlungen, die als offizielle Anerkennung eines zweiten deutschen Staates neben der Bundesrepublik gewertet werden könnten, unter allen Umständen vermieden werden mussten; die Existenz eines der östlichen Sprachregelung zufolge „Arbeiter- und Bauernstaates“ auf deutschem Boden wurde so radikal in Abrede gestellt, dass im bundesdeutschen Sprachgebrauch bis in die 1960er Jahre hinein fast nur von „der Zone“, einem „Phänomen“ oder allenfalls der „sogenannten DDR“ die Rede war. Außerdem wurde der Alleinvertretungsanspruch außenpolitisch durch die Hallstein-Doktrin abgesichert, der zufolge die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen nur mit Staaten unterhalten oder aufnehmen durfte, die ihrerseits die DDR nicht völkerrechtlich anerkannten, was de facto auf eine politische Abschottung der Bundesrepublik gegenüber allen Ostblockstaaten mit Ausnahme der Sowjetunion hinauslief, die als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs von der Doktrin ausgenommen blieb. Die offensive Handhabung des Alleinvertretungsanspruchs wurde u. a. mit dem Argument gerechtfertigt, dass die Sowjetunion eine aggressive, auf die Eroberung ganz Europas und in letzter Konsequenz auf die Weltrevolution abzielende Politik verfolge, ein Argument, das die ganz große Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik für glaubwürdig hielt, während die wenigen Kritiker, die der Sowjetunion ein legitimes Bedürfnis nach Schutz vor der von ihr unterstellten Bedrohung aus dem Westen zubilligten und ihr Verhalten in der Ost-West-Konfrontation maßgeblich dadurch bestimmt sahen, als „nützliche Idioten“ oder gar bewusste „fellow traveller“ der Machthaber in der DDR und der Führung in Moskau abqualifiziert wurden.

Unter diesen Vorzeichen wurden die Volkserhebung in der DDR am 17. Juni 1953 und deren gewaltsame Niederschlagung in der Bundesrepublik weithin als Beleg dafür interpretiert, dass Konrad Adenauers Konzeption einer „Politik der Stärke“ gegenüber der Sowjetunion und die ihr zugrunde geleg-

ten Annahmen richtig seien, während sich die Kritiker der Politik Adenauers zwar ihrerseits in ihren Vorhersagen bestätigt sehen konnten, dass Adenauers Kurs zu sowjetischen Gegenmaßnahmen und einer weiteren Vertiefung der Spaltung Deutschlands führen würde, aber für diese Position in Anbetracht der dramatischen Ereignisse in Ost-Berlin und vielen anderen Orten in der DDR zunächst in der westdeutschen Öffentlichkeit wenig Verständnis fanden. Die Erklärung des 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag in der Bundesrepublik, die am 3. Juli 1953 durch ein fast einmütiges Votum des Bundestages erfolgte, trug dieser Stimmung Rechnung, lenkte allerdings mit der Namengebung „Tag der deutschen Einheit“ davon ab, dass es den meisten derjenigen, die sich in der DDR an den Protesten beteiligt hatten, vorrangig um die Rücknahme der kurz zuvor vom SED-Regime verfügten Heraussetzung der Arbeitsnormen, eine durchgreifenden Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs sowie um ein Ende der Zwangsherrschaft des SED-Regimes gegangen war und erst dann, wenn überhaupt, um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Zugleich wurde mit dieser Benennung der freiheitliche Charakter der Erhebung in den Hintergrund gerückt und damit auch erfolgreich kaschiert, dass es Anfang der 1950er Jahre in der Bundesrepublik mit der Gewährleistung politischer Freiheit zwar bei weitem nicht so schlecht wie in der DDR, aber dennoch nicht zum Besten stand. Nicht das idealistische Postulat Rosa Luxemburgs, Freiheit sei immer nur die Freiheit des anders Denkenden, sondern die Maxime „keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ prägte damals den politischen mainstream und die Rechtsprechung in der Bundesrepublik. Die Entscheidung, wer als „Feind“ zu betrachten und dementsprechend zu behandeln sei, erfolgte dabei anhand eines plakativen Gut-Böse-Klischees, das für den Ost-West-Gegensatz unter den Vorzeichen des Kalten Krieges konstitutiv war: Gut war demnach alles, was dem „freien Westen“ in der Auseinandersetzung mit „dem Osten“ nützte, böse alles, was „dem Kommunismus“ Vorschub leistete und deshalb in einer „wehrhaften Demokratie“ nicht geduldet werden durfte, was in der Praxis bedeutete, dass selbst ehemals hochrangige nationalsozialistische Funktionsträger kaum noch mit beruflichen Nachteilen, politischen Tätigkeitsbeschränkungen oder gar strafrechtlichen Sanktionen rechnen mussten, während Mitglieder der KPD und sogenannter „kommunistischer Tarnorganisationen“ aus dem Öffentlichen Dienst entfernt und aus häufig unbedeutendem Anlass mit unverhältnismäßig harten, politisch motivierten Strafen belegt wurden.

Begünstigt durch die stramm antikommunistische Ausrichtung der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik nach dem Amtsantritt von Präsident Eisenhower Anfang 1953 reduzierten sich die gesamtdeutschen Aktivitäten der Bundesrepublik nach dem 17. Juni 1953 bis zum Ende der Ära Adenauer dann immer mehr auf das Bemühen um die ideologische Ausgrenzung und diplomatische Isolierung des SED-Regimes bei gleichzeitiger demonstrativer Bekundung des Mitgefühls mit den „Brüdern und Schwestern in der Zone“. Konrad Adenauers Formel von der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“, die Anfang der 1950er Jahre vielfach als relativ kurzfristige Zielvorgabe verstanden worden war, verkam zunehmend zur rhetorischen Floskel, die mit den tatsächlichen Gegebenheiten im geteilten Deutschland, insbesondere der fortschreitenden Verselbständigung beider deutscher Staaten in ihren jeweiligen Bündniszusammenhängen, kaum noch in Einklang zu bringen war. Der Bau der Mauer in Berlin, der am 13. August 1961 begann, und die perfide Perfektionierung der Abschottung der DDR gegenüber der Bundesrepublik entlang der innerdeutschen Grenze markierten schließlich den offenkundigen Fehlschlag der „Politik der Stärke“, die Mitte der 1960er Jahre endgültig zum Anachronismus wurde, nachdem sich die beiden Bündnisvormächte USA und Sowjetunion als Konsequenz aus der Kuba-Krise im Oktober 1962 von der Politik der weltweiten Konfrontation verabschiedet hatten und sich auf erste Schritte zur Entspannung des Ost-West-Gegensatzes verständigten.

## VII.

Die unabwiesbaren Konsequenzen des blockpolitischen Paradigmenwechsels für das geteilte Deutschland wurden in der Bundesrepublik bezeichnenderweise nicht durch die Politik, sondern im Herbst 1965 in der aufsehenerregende „Ostdenkschrift“ der EKD „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ erstmals öffentlich zur Diskussion gestellt. Die darin unverblümt formulierte Aufforderung, die in Mitteleuropa als Folge des Zweiten Weltkrieges entstandenen politischen Realitäten endlich zur Kenntnis zu nehmen und insbesondere die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anzuerkennen, war zwar kein grundstürzend neuer Gedanke, bedeutete aber den Bruch des bis dahin durch den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch abgesicherten Tabus, die Forderung nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in den Grenzen von 1937 aufzugeben. Wenig später nahmen Sozialdemokraten

und Freie Demokraten entsprechende Vorstellungen in ihre jeweiligen außen- und deutschlandpolitischen Zielsetzungen auf, die dann als „Neue Ostpolitik“ zum Markenzeichen und zentralen politischen Anliegen der im Herbst 1969 gebildeten Sozialliberalen Koalition wurden. Die Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei sowie der Grundlagenvertrag zur Regelung der völkerrechtlich besonderen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und das damit verknüpfte Vier-Mächte-Abkommen über den besonderen Status Berlins und die Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik bedeuteten den endgültigen Abschied von der Fixierung auf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als vorrangige Aufgabe deutscher Politik. Stattdessen trat unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ das Bemühen um die Lockerung der rigiden Abschottungspraktiken des SED-Regimes gegenüber der Bundesrepublik und die Förderung deutsch-deutscher Kontakte vor allem auf der persönlichen Ebene in den Vordergrund, wobei der Terminus von den „zwei Staaten deutscher Nation“, der gern zur Charakterisierung dieser Politik benutzt wurde, keineswegs zufällig Parallelen zum Begriff der deutschen Kulturnation in seiner ursprünglichen, noch nicht chauvinistisch aufgeladenen Bedeutung erkennen lässt.

Parallel zur deutschlandpolitischen Neuorientierung kündigte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung an, die Impulse für nachhaltige Veränderungen der überkommenen staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen aufzunehmen und in politische Reformen umzusetzen, die von der studentischen Protestbewegung und der außerparlamentarischen Opposition der späten 1960er Jahre ausgegangen waren. Mit der Formel „mehr Demokratie wagen“ weckte er insbesondere bei vielen jungen Menschen hochgesteckte Erwartungen in eine durchgreifende Liberalisierung von Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik, die jedoch noch vor Ablauf der ersten Amtsperiode der Regierung Brandt/Scheel bitter enttäuscht wurden. In Reaktion auf Attentate der nur wenige Personen umfassenden Baader-Meinhof-Gruppe, die sich als militante Sekte von der studentischen Protestbewegung abgesondert und dem gewaltsamen Kampf gegen die nach ihrer Überzeugung faschistoide politische Ordnung der Bundesrepublik verschrieben hatte, wurde Anfang 1972 mit dem sogenannten „Radikalenerlaß“ die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, vermeintliche Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen bzw. fernzuhalten. Aus der Regelanfrage bei den Verfassungsschutzbehörden, der Bewerber um die Einstellung in den Staatsdienst unterzogen wurden, entwickelte sich binnen kurzem eine aus-

ufernde Praxis der Gesinnungsschnüffelei, die einerseits Duckmäuser- und Denunziantentum unter den zukünftigen Staatsdienern Vorschub leistete und andererseits zum Ausschluss vieler Betroffener von der von ihnen angestrebten beruflichen Laufbahn allein auf der Grundlage fragwürdiger, ihnen nicht bekannt gegebener und damit auch kaum zu widerlegender behördlicher „Erkenntnisse“ führte. Dieses von Kritikern zutreffend als „Berufsverbot“ bezeichnete staatliche Vorgehen ähnelte durchaus den Methoden des „Systems Metternich“ zur Kontrolle der öffentlichen Meinung im Vormärz und wurde auch in westlichen Nachbarländern als derart ungewöhnlich empfunden, dass der Ausdruck „Berufsverbot“ in den jeweiligen Sprachgebrauch übernommen wurde. Vor dem Hintergrund weiterer Gewaltaktionen der inzwischen um mehrere Personen angewachsenen und als RAF firmierenden ehemaligen Baader-Meinhof-Gruppe wurden schließlich im Deutschen Herbst des Jahres 1977 zentrale Schutzrechte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik für bestimmte Personen eingeschränkt oder gänzlich aufgehoben, die als Terroristen galten, diesen als Rechtsanwälte in Staatsschutzverfahren zur Seite standen oder in denunziatorischer Absicht zu „Sympathisanten“ der RAF erklärt wurden. Gleichzeitig formierte sich allerdings in den neuen sozialen Bewegungen und hier vor allem im Zuge des Widerstands gegen den Bau neuer Kernkraftwerke und der Aktionen der Friedensbewegung ein Protestpotential, das dem Rückgriff auf obrigkeitlich- und polizeistaatliche Methoden tendenziell und nicht selten auch ganz unmittelbar entgegenwirkte und die Einschränkungen individueller Freiheits- und Bürgerrechte wirksam begrenzte.

Auch in der DDR kam es in den 1970er Jahren vor dem Hintergrund der „Neuen Ostpolitik“ zu einer sukzessiven Ausweitung individueller Freiräume. Westliche Musik, westliche Mode und westliches Gedankengut galten offiziell zwar immer noch als kapitalistisch-dekadent und Gefahr für den nach wie vor nicht abgeschlossenen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Aber das SED-Regime versuchte kaum noch, die Einhaltung entsprechender Verbote flächendeckend durchzusetzen und beschränkte sich zunehmend darauf, nach Meinung der Staatsorgane exemplarische Einzelfälle abweichenden Verhaltens demonstrativ zu ahnden. Zugleich ergab sich als Folge des seit den 1950er Jahren kontinuierlich steigenden Lebensstandards in der DDR für viele Menschen die Möglichkeit zu Reisen in die „sozialistischen Bruderländer“ und des Vergleichs mit den dort herrschenden Lebensbedingungen, der zumeist zugunsten der Verhältnisse in der DDR ausfiel. Besuche in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland blieben allerdings nach

wie vor besonders ausgesuchten „Reisekadern“ vorbehalten und waren ansonsten nur im Einzelfall in besonderen Familienangelegenheiten erlaubt. Dieser Periode relativer Liberalität folgte seit Beginn der 1980er Jahre unter dem Eindruck der erneuten Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, der parallel dazu in Gang kommenden Diskussion um die Stationierung neuer US-amerikanischer Atomwaffen in Mitteleuropa und der Formierung der unabhängigen polnischen Gewerkschaftsbewegung eine erneute Phase verschärfter Reglementierung, die mit der Ausbürgerung prominenter Regimekritiker einen spektakulären Höhepunkt erreichte. Dennoch gelang es dem SED-Regime nicht, die Konstituierung einer vom Regime unabhängigen Umwelt- und einer ebenfalls unabhängigen Friedensbewegung in der DDR zu verhindern, die zwar formal illegal agierten, aber dennoch zunehmende gesellschaftliche Resonanz fanden und für viele derjenigen zur ersten Station eigenständigen politischen Engagements wurden, die im Herbst 1989 in führender Position am friedlichen Umbruch in der DDR mitwirkten.

Der Verlauf der Massenproteste in der DDR, die im Herbst 1989 zur Abdankung des SED-Regimes und nach der Übergangsregelung der Runden Tische und der anschließenden Neuwahl der Volkskammer schließlich zur Vereinigung mit der Bundesrepublik führten, ließ noch einmal das eigentümliche Spannungsverhältnis zwischen Einheit und Freiheit in der deutschen Geschichte der letzten 200 Jahre deutlich hervortreten. Das durch die Einschränkungen individueller Freiheit und vor allem die Reisebeschränkungen, die permanente intellektuelle Gängelung und nicht zuletzt das offenkundige Wohlstandsgefälle im Vergleich mit der Bundesrepublik ausgelöste Aufbegehren der Bevölkerung erfolgte zunächst unter der Parole „Wir sind das Volk“ und hatte einen ausgeprägt freiheitlichen, partizipatorischen Grundzug. Der Anspruch und die Fähigkeit, die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu übernehmen, wurde mit der Einrichtung der Runden Tische auf allen politischen Ebenen, dem außerordentlich disziplinierten Vorgehen bei der Entmachtung der Sicherheitskräfte des SED-Regimes und nicht zuletzt mit der Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung für die DDR durch den zentralen Runden Tisch in Berlin eindrucksvoll dokumentiert, die insbesondere in Bezug auf die direkte Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen, die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung und besondere Schutzrechte für gesellschaftliche und ethnische Minderheiten deutlich weitergehende Regelungen vorsah als das Grundgesetz. Dass diese Verfassung

nicht mehr in Kraft trat und der zunächst vorgesehene Ablauf eines vorübergehenden Nebeneinanders einer grundlegend reformierten DDR und der Bundesrepublik als Vorstufe zur endgültigen Wiedervereinigung nicht wirksam werden konnte, ergab sich als Folge des Umschlagens der Stimmung in der Bevölkerung, an dem bestimmte politische Kreise der Bundesrepublik maßgeblichen Anteil hatten. Der Wechsel des Slogans von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ erfolgte keineswegs spontan, sondern wurde gezielt herbeigeführt, und erwies sich abgesehen von nationaler Gefühlsduselei vor allem deshalb als attraktiv, weil er den Menschen in der DDR die rasche Teilhabe am bundesdeutschen Wohlstand verhieß, den sie allerdings häufig nur in der verklärten Form kannten, wie sie in den Werbesendungen des westdeutschen Fernsehens präsentiert wurde. Ein weiteres Mal – wie nach den Befreiungskriegen, nach dem Umsturz der alten Ordnung im Jahre 1848 und bei weiteren eben referierten Gelegenheiten – wurden freiheitliche Regungen unter emotional aufgeladenen Projektionen von nationaler Einheit und Größe verschüttet. Statt eines schrittweisen Zusammenschlusses von unten, wie ihn viele der Bürgerrechtler befürwortet hatten, die im Herbst 1989 an der Spitze der Protestbewegung in der DDR standen, kam es zu einer Vereinigung von oben, ausgehandelt von Politikern, die noch kurz zuvor leitende Positionen im Herrschaftsapparat des SED-Staates innegehabt hatten, und auf der Grundlage von Art. 23 GG, in dem der Beitritt weiterer Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes geregelt war. Die Menschen in der DDR, die mit viel Mut und persönlicher Initiative den Anstoß für die damals kaum noch für möglich gehaltene Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gegeben hatten, wurden zu Zaungästen des Einigungsprozesses degradiert;<sup>23</sup> ein weiteres Mal erhielt an einer entscheidenden Wegmarke der deutschen Geschichte Einheit den Vorrang vor Freiheit.

---

23 siehe hierzu die Beiträge zum Themenschwerpunkt „Der ostdeutsche Weg“ in: Vorgänge 161, März 2003, S. 4 ff

**Hermann Weber**

## **„Die Krise der SED-Diktatur und der 17. Juni in der deutschen Arbeiterbewegung“**

Das Thema verlangt, zwei Bereiche zu prüfen. Einmal die Krise der SED-Diktatur. Und da ist zu fragen: Wie hat die DDR sich überhaupt entwickelt, wie konnte es zu einer Krise kommen? Der 17. Juni war ja der Höhepunkt (oder Tiefpunkt) dieser Krise. Darüber wurde eben schon gesprochen. Und es kommt dann zweitens darauf an, zu erklären, was hat das mit der deutschen Arbeiterbewegung zu tun? Die SED hat selber immer behauptet, sie sei die konsequente Fortführung der Arbeiterbewegung, alle anderen Richtungen, insbesondere die Sozialdemokratie, seien „Abweichler“ oder gar „Verräter“. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung wirklich die Traditionslinie der SED war und wenn dann ein solches System in der Krise ausge-rechnet von der Masse der Arbeiterschaft angegriffen wird, ist es schon eine spannende Frage, wie wir das heute deuten.

Es gibt inzwischen einen riesigen Forschungsstand. Nicht nur die heute ja schon erwähnten mehr als 450 Veranstaltungen aus Anlass des 50. Jahrestages des 17. Juni und seiner Niederschlagung, sondern auch zum Thema DDR generell. Nach Öffnung der Archive hat sich selbstverständlich eine ganze Reihe von Forschern diesem Thema zugewendet, wobei ich gleich sagen muss: Man darf sich das aber nicht so vorstellen, dass der 17. Juni oder gar die DDR insgesamt nur in diesen letzten zwölf Jahren erforscht wurden. Das wäre sicher ein Missverständnis. Es gibt einen guten Forschungsstand bis 1990. Aber wir haben inzwischen regionale Untersuchungen wie die von Heidi Roth über den Aufstand in Sachsen. Der 17. Juni in Sachsen, das führt weg von der Berlin-Zentriertheit, von der Vorstellung, nur in Berlin ist was passiert. Das war natürlich nicht so. Aber es war für die SED natürlich leichter in der Argumentation, weil sie dann sagen konnte: Ja, das waren ja die Westberliner, die da eingesickert sind. Aber durch den Nachweis, wie in Sachsen der Aufstand verlief, gibt es bessere Einsichten.

Doch einige interessante Punkte, die sind nach wie vor offen. Beispielsweise: hat die Sowjet-Armee, hat die Rote Armee, die den Aufstand ja niederschlug (und ohne deren Eingreifen selbstverständlich schon damals das SED-Regime zusammengebrochen wäre), hat die das nun ohne Vorbehalt gemacht, oder gibt es nicht – und das taucht ja in der Literatur immer wieder auf – jene Sowjet-Soldaten, die bei Magdeburg erschossen worden sind wegen Befehlsverweigerung. Meines Erachtens ist das bis heute nicht endgültig geklärt. Wir haben uns bei der Deutsch-Russischen Historikerkommision vorgenommen, in den russischen Archiven – da müsste ja was zu finden sein – zu untersuchen, ob das nur eine der vielen Legenden ist, die sich auch um diesen Aufstand gebildet haben, oder ob es tatsächlich diese Verweigerung gab.

Insgesamt gibt es also einen breiten Forschungsstand, der es mir erleichtert, nur auf einige Stichpunkte einzugehen und dann zum Thema: Rolle der Arbeiterbewegung und SED, überzugehen. Zunächst ist klar: Wenn man sich die Phasen der Errichtung der SED-Diktatur bis 1953 anschaut, da steht fest: damals sind die Grundlagen gelegt worden auch für die späteren vier Jahrzehnte der DDR. Bis 1953 war der Aufbau der stalinistischen Diktatur, ebenso wie die Spaltung Deutschlands, im Wesentlichen abgeschlossen. Das war zunächst eine Folge der Besetzung Deutschlands durch die vier Alliierten und insbesondere der Besetzung Ostdeutschlands durch die Sowjet-Armee, durch die Rote Armee. Und dies wiederum war eine Folge der Hitler-Diktatur. Es wird manchmal vergessen, dass die Teilung Deutschlands Folge dieser alliierten Besetzung war, und diese Besetzung Deutschlands wiederum dem Angriffskrieg der deutschen Armee im Juni 1941 auf die Sowjetunion folgte. Sonst hätten wir ja nie eine sowjetische Besetzung in Deutschland gehabt.

Das Zweite ist, dass in der Frühphase 1945 die vier Alliierten eindeutig erklärt haben – in ihrer Juni-Deklaration –, sie regieren jetzt Deutschland. Und dies bedeutete auch, dass zunächst eine Diktatur der Besatzungsmächte, der Besatzungsarmee, errichtet wurde. Es konnte nur mit ihnen, aber nicht gegen sie Politik gemacht werden. Die Sowjet-Armee, dann die SMAD, die Sowjetische Militäradministration (eigens in Deutschland errichtet für die Verwaltung der besetzten Zone), hat dann bis 1949, bis zur offiziellen Übergabe der Geschäfte an die Regierung der DDR, auch allmächtig geherrscht. Daher ist festzuhalten: Ohne die SMAD (und damit eben ohne Moskau) hat in der SBZ nichts geschehen können.

Und da komme ich zu einer Einschätzung, bei der ich die Akzente anders setze als Herr Sommer eben in seinem Vortrag. Das Entscheidende war in der Tat nach 1945, dass aus einem einheitlichen Staatsgebiet, das durch den Krieg völlig verwüstet war, zwei Staaten entstanden sind. Durch Zusammenschluss dreier Besatzungszonen im Westen und eben der übrig bleibenden Besatzungszone im Osten. Aber das Herausragende war ja, dass sich schon im Krieg herausstellte, es waren doch – wenn man das Ganze auch noch mal unter den Gesichtspunkt Freiheit, Einheit stellt – es waren natürlich zwei grundsätzlich verschiedene Systeme. Das eine im Osten war eine Diktatur, die errichtet wurde, und das andere war im Westen eine Demokratie mit allen Schwächen. Sie haben diese Schwachpunkte hervorragend aufgezählt. Aber es ist doch der Grundsatz, der gewaltige Unterschied, hervorzuheben, dass wir hier eben doch dann die moderne Parteiendemokratie bekommen haben, während in der DDR trotz anfänglich entstandener Parteien die Entwicklung auf die Einparteindiktatur hinauslief.

Nur unter diesem Gesichtspunkt, glaube ich, kann man dann auch den 17. Juni verstehen als einen Aufstand gegen die SED-Diktatur, orientiert am Westen und – trotz des Wissens all der Schwächen und der Vorbehalte –, an der modernen Parteiendemokratie. Denn was heißt „freie Wahlen“? Was wollten die Aufständischen mit der Hauptlosung „freie Wahlen“ erreichen? Selbstverständlich die Ablösung der Einparteindiktatur. Damit war verbunden – und das war jedermann klar, eine freie Wahl konnte ja nicht zugunsten der SED ausgehen – natürlich auch der Wille zur deutschen Einheit.

Es ist wesentlich, zu sehen, dass die These (die es heute manchmal gibt), auch in den Anfängen der DDR habe es doch demokratische Tendenzen gegeben, schon deswegen nicht stimmt, weil die sowjetische Besatzungsmacht (schon von zu Hause aus) alles andere war als demokratisch. Das war die brutale, stalinistische Diktatur, die in der Sowjetunion herrschte und sie hat diese übertragen auf den Ostteil Deutschlands – wenn auch nicht sofort, sondern schrittweise. Das können wir gerne diskutieren. Die Sowjetunion hat die Weichen so gestellt, dass da gar nichts anderes herauskommen konnte.

Der erste Schritt geschah ja schon im April 1946 mit der Zwangsvereinigung, der Einschmelzung der Sozialdemokratie in die kommunistische Partei, die SED. Zunächst noch unter allerlei Vorbehalten, aber im Endeffekt ab 1948/49 mit der Stalinisierung. Das bedeutete dann die Macht der SED gegenüber den beiden anderen Parteien, CDU und LDP, wie auch gegenüber den neu gegründeten Parteien, die ja reine Vasallen der SED waren – den

Nationaldemokraten und der Bauernpartei. Die Stalinisierung der SED, die eine Millionenpartei war – mit fast 2 Millionen Mitgliedern bei 17 Millionen Einwohnern – bedeutete auch die innerparteiliche Diktatur, die Herrschaft der Führung, das war Voraussetzung für die Übertragung des Modells der Stalin-Sowjetunion und brachte die brutale Diktatur der SED in die DDR.

Anlass war vor allem der Stalin-Tito-Konflikt, der zurückwirkte auf die DDR. Hinzu kommt: Wir dürfen natürlich den Kalten Krieg nicht vergessen. Herr Sommer hat ja mit Recht gezeigt, welche Bedeutung der Kalte Krieg für die Entfaltung einer Demokratie im Westen, welche Bedeutung er hatte für die vielen restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik. Aber erst recht hatte er natürlich Bedeutung für den Osten. Die Stalinisierung wurde so dargestellt (und wird auch heute noch vielfach so gesehen): das war eben eine Auswirkung des Kalten Krieges. Nun muss man sagen, natürlich, gegen den Willen der beiden Weltmächte (auch als sie formal nach 1949 keine Besatzungsmacht mehr waren), war keine Politik durchzuführen. Beide deutschen Staaten waren eingebunden in den jeweiligen Block und hatten entsprechende Politik zu machen.

Aber dies bedeutet bei der Stalinisierung: es war ein vorgeschobenes Argument. In Wirklichkeit hat Stalin – da gibt es ja inzwischen genügend Quellen – aus dem Bruch Titos die Schlussfolgerung gezogen: Jetzt muss ganz radikal in den anderen sogenannten Volksdemokratien vorgegangen werden, verhindert werden, dass sie auch einen solchen unabhängigen Standpunkt einnehmen. Mit anderen Worten: es muss unser System, es muss die stalinistische Diktatur auf diese Länder voll übertragen werden, natürlich mit gewissen nationalen Besonderheiten. Und dass die SED schon bei ihrer Gründung völlig auch auf die Person Stalins eingeschworen war, dass der Personenkult um Stalin rasch galt, das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen. Das ist allgemein bekannt.

Wie kommt es aber nun zu dieser Krise schon nach wenigen Jahren, 1952/53? Der Ausgangspunkt war die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952. Da hat Stalin, wie wir heute wissen, mit Vorbehalten – es war ihm vielleicht gar nicht mal so recht – zugestimmt, dass die SED – Ulbricht hat das dann auf dieser Konferenz getan – den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“ verkünden darf. Nun sind natürlich vorher – wenn man unter Sozialismus das versteht, was in der Sowjetunion existierte – schon die Weichen gestellt gewesen. Aber jetzt sollte dies forciert werden.

Die Folge war einerseits, dass die miserable ökonomische Lage, die es ja 1952 immer noch gegeben hat, noch verschlimmert wurde. Durch den radikalen Kampf gegen Einzelhändler, gegen bestimmte Gruppen von Bauern, gegen Arbeiter (mit der Normerhöhung), ist nicht etwa die Produktivität gewachsen, und damit auch nicht der Lebensstandard, sondern genau umgekehrt, er ging zurück. Die 2. Parteikonferenz hat dazu geführt, die ökonomische Krise noch zu verschärfen, weil gleichzeitig auch die Aufrüstung forciert werden sollte. Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung haben schon vorher gezeigt, er wollte diese Aufrüstung der SBZ (da war es ja noch keine DDR), in der Auseinandersetzung der zwei Blöcke. Es war natürlich längst klar, die Konfrontation läuft zwischen den USA und der Sowjetunion. Stalins Argument: Da brauchen wir natürlich eine deutsche Armee. Seine These: Aber vorsichtig: Das darf man nicht an die große Glocke hängen, aber es muss gemacht werden. Diese Aufrüstung kostete natürlich ein Heimgeld, und daneben spielten ja immer die Reparationen eine große Rolle. Mit einem Wort, die ökonomische Krise verschärfte sich.

Und gleichzeitig sollte die Diktatur ausgebaut werden. Wenn man jetzt prüft, was da im Einzelnen passiert ist, dann wird klar, warum die Repressalien gegen die einzige autonome Institution, die es noch in der DDR gab – alle anderen waren längst unter SED-Vorherrschaft –, nämlich die evangelische Kirche (als die weitaus größere Kirche), gingen, warum der Kampf nun auch gegen sie forciert worden ist. Vor allem gegen ihre Junge Gemeinde, bis hin zu Verhaftungen: Die SED-Diktatur sollte total werden.

Das hat natürlich den Unwillen breiter Kreise nicht nur mit der sozialen Lage, sondern auch mit dieser Diktatur gesteigert. Zwei Dinge zeigten das. Ein Problem war die Massenflucht. Was nach 1848 die Demokraten machten, auszuwandern – sie flüchteten eben nach Amerika oder in die Schweiz – das ging jetzt ja viel einfacher. Es geht nur von einem Staat Deutschland in den anderen Staat Deutschland. Da gibt's weder kulturelle noch sonstige Probleme. Also das war relativ einfach; wenn man bereit war, die engere Heimat aufzugeben. Das andere Problem war, dass die ja als „herrschende Klasse“ gepriesene Arbeiterschaft anfang, sich zur Wehr zu setzen. Denn nach der 2. Parteikonferenz ist eben auch eine Normerhöhung propagiert worden. Das heißt, es sollten die Arbeiter für den gleichen Lohn mehr arbeiten, um es ganz einfach auszudrücken. Und die Normerhöhung hat schon bei ihrer Umsetzung (in Magdeburg, Halle und anderen Bezirken) 1952 zu ersten Arbeitsniederlegungen geführt. Das ist damals natürlich kaum bekannt

geworden. Es kam zu den ersten größeren Streiks 1952, die nun wieder ihrerseits die harte Hand der Diktatur hervorriefen, die mit Brachialgewalt dagegen vorging. Die SED dachte, wenn man das wie Stalin macht und jede Regung, jede Abweichung unterdrückt, dann ist das System stabil.

Das war natürlich eine prinzipielle Fehleinschätzung. Denn der 17. Juni zeigte plötzlich, dass die Tradition der Arbeiterbewegung – und diese Tradition war in Deutschland, wie Herr Sommer ausführte, sehr stark und sehr lang – wirkte, dass Arbeiter bereit waren zu kämpfen. Kampf hieß in der Arbeiterbewegung Streik, weil das die einzige Waffe war, die die Arbeiter hatten. Viele sagten, das muss jetzt passieren. Was am 16. Juni, am 17. Juni geschah, war aber mehr als Kampf gegen die Normerhöhung. Warum? Als Stalin starb, am 5. März 1953, war das nicht nur ein Schock für die SED, denn sie wusste ja nicht, was jetzt kommt. Es war Unsicherheit eingetreten. Die harte Hand, die die SED bis dahin gezeigt hatte (SED meint in diesem Fall nicht nur die Führung, sondern bis runter zu den kleineren Funktionären), fing an, wenn man es mal bildlich sagen will, ein bisschen zu zittern. Und in der Tat hat ja in der Sowjetunion sofort nach Stalins Tod ein „Liberalisierungsprozess“ eingesetzt, was offensichtlich aber die Ulbricht-Führung – Ulbricht war inzwischen als Generalsekretär der starke Mann der SED – nicht mitbekommen hatte. Die SED hat einfach weitergemacht als wäre nichts geschehen, auch beim Stalinkult, der in der Sowjetunion langsam abgebaut wurde. Als die Flüchtlingszahlen anstiegen, hat die Sowjetunion (nicht mehr die SMAD, aber die Hohe Kommission) dies genau beobachtet. Sie war ja Besatzungsmacht mit einer Riesenarmee in der DDR. Und jetzt hat die neue Führung – Malenkow, Berija, Bulganin, dann später natürlich vor allem Chruschtschow – gesehen, dass da eine Krise kommt. Das Neue, was wir bisher nicht wussten: Es gab vierzehn Tage vor dem 17. Juni bereits eine Ausgangssperre für die Rote Armee, sie musste in den Kasernen bereitstehen. Das heißt also, sie haben damit gerechnet, dass da etwas kommt, wovon die Ulbricht-Führung keine Ahnung hatte, die blieb bei ihrem Kurs.

Und die Arbeiter? Wir wissen, dass bei einer Dampferfahrt die Bauarbeiter der Stalinallee (also des Renommierprojektes gerade von Ulbricht) sich unterhielten. Man müsse doch die Arbeit niederlegen und streiken. Und am 16. Juni haben sie das ja getan und waren dann wohl selbst überrascht vom Ergebnis: Zunächst marschierten einige los, denen sich plötzlich Tausende anschlossen. Sehr rasch war das Ursprungsziel, die Normerhöhung wieder zurückzunehmen (weil das als einziges beim „Neuen Kurs“ ja nicht gemacht

worden war), Nebensache. Denn die Losungen schlugen um: Die politische Hauptlosung war nun: Freie Wahlen – Weg mit der Diktatur. Und dahinter stand die Vorstellung der Einheit.

Der „Neue Kurs“: Anfang Juni wurden Führer der SED nach Moskau beordert, dort hieß es: Ihr müsst die radikale Politik, die ihr nach der 2. Parteikonferenz praktiziert habt, rückgängig machen. Ihr müsst einen „Neuen Kurs“ einführen. Also es war wieder ein klares Diktat, eine Vorgabe aus Moskau. Dass sie die SED Führung verantwortlich machten; man muss sagen, das war ein bisschen ungerecht, denn auch die 2. Parteikonferenz, der „Aufbau des Sozialismus“, hätte ja nicht ohne die Zustimmung der Sowjetunion praktiziert werden können. Kurzum, es wurde jetzt festgelegt: Der „Neue Kurs“ wird der Regierung sofort empfohlen. Die Regierung der DDR verkündet dann am 11. Juni den „Neuen Kurs“. Rückgängigmachung vieler brutaler Maßnahmen: Es wurde nicht mehr die Junge Gemeinde der evangelischen Kirche bekämpft, es wurde dafür gesorgt, dass die Repressalien gegen die Bauern aufhörten, dass die Handwerker sogar die z. T. schon enteigneten Betriebe wiederbekamen und, und, und. Die Vorstellung war: Das wird die Unruhe besänftigen. Doch etwas wurde nicht verändert, nämlich die erhöhten Normen. Und das führte eben zum Ärger in der Arbeiterschaft.

War es nun ein Volksaufstand oder Arbeiteraufstand oder was auch immer? Ich denke, es war im Kern eine Angelegenheit der Arbeiterschaft. Und das ist ja besonders deswegen wichtig, weil die DDR sich als „Arbeiterstaat“ präsentierte, der nun von Arbeitern gestürzt werden sollte. Die Dinge sind bekannt; ich brauche sie hier nicht lange auszuführen.

Am 16. Juni kommt es zu diesen Massendemonstrationen und Streiks in Berlin und da zeigt sich dann auch, dass der Westen sich vorsichtig verhielt. Es war nicht so, wie später die SED-Propaganda behauptete, dass der Westen provoziert und gelenkt hatte. Selbst der RIAS, der Rundfunk im amerikanischen Sektor in Berlin, war von den amerikanischen Besatzern angewiesen, äußerst vorsichtig zu sein, bestenfalls Meldungen zu bringen, was da passiert. Und als dann einige Aufständische ihre Resolution verlesen wollten, da hatten sie größte Schwierigkeiten. Also, sie waren schon auf sich allein gestellt.

Das Entscheidende ist: Es war eine spontane Bewegung. Ein spontaner Aufstand, der dann sofort auf die DDR übergriff. Am 17. Juni war in Berlin durch den Ausnahmezustand, durch sowjetische Panzer, der Aufstand beendet. Aber am 17. und 18. in der Provinz, vor allem in früheren Hochburgen

der Arbeiterbewegung, Magdeburg, Halle, ging es dann weiter: Streikkomitees wurden gebildet und – das geht jetzt schon ins Thema Arbeiterbewegung – sozialdemokratische Ideen tauchten auf. Bei den Streikkomitees waren sehr häufig SED-Mitglieder, die aus der SPD gekommen waren. Also es war schon diese Tradition zu spüren, sich zu wehren gegen die Obrigkeit, ja möglichst diese Obrigkeit los zu werden durch einen Aufstand.

Wie weit der nun gewaltsam war, auch das ist in der Forschung noch umstritten. Natürlich gab es – am bekanntesten war in Rathenow die Ermordung eines Stasi-Manns – da und dort immer wieder Gerüchte, z. B. sind so und so viele Volkspolizisten umgekommen. Wie weit da – heute früh ist ja in der Einleitung noch mal davon gesprochen worden – nur instrumentalisiert wurde, um die Bevölkerung, vor allem die eigene Anhängerschaft der SED zu mobilisieren, ist zu bedenken. Viele SED-Funktionäre dachten, wir sind jetzt im Notstand. Jetzt müssen wir uns dagegen wehren, sonst geht's uns auch so. Und wenn Sie an Ungarn 1956 denken: Da gab es ja sehr gewalttätige Ausschreitungen. In Ost-Berlin ist das Columbia-Haus angezündet worden und das war natürlich für die SED eine willkommene Gelegenheit, zu sagen: Hier sieht man, das sind ja alles gar keine Arbeiter, das sind junge Leute, die versuchen, ihr Mütchen zu kühlen und sich gegen den Staat aufzulehnen.

Von Anfang an, schon bei der Niederschlagung des Aufstandes, war die Zielrichtung der SED klar: Es sollte dies als ein Putsch dargestellt werden nicht von Arbeitern, sondern bestenfalls von irregeleiteten Arbeitern, geführt von Faschisten und natürlich vom Westen angezettelt und organisiert. Das schien acht Jahre nach dem Krieg für viele recht bedrohlich. Die SED ist im Großen und Ganzen dann bei dieser Einschätzung geblieben. Ende Juni 1953 hat die SED-Führung aber Fehler zugegeben und den „Neuen Kurs“ verteidigt und gesagt, man wird den weiterführen. Wir wissen heute, dass dies nicht stimmte.

Nach dem 17. Juni begann die Unterdrückung der sogenannten Rädelführer, dies sollte dazu beitragen, Angst zu verbreiten. Ich möchte einige Zahlen in Erinnerung rufen. Laut einem Bericht der Volkspolizei wurden vom 17. Juni bis 20. Juni 2 600 Personen festgenommen. Das war eine Darstellung der Polizei an die SED ein Jahr später. Und da wird gesagt, dass von 1 783 Festgenommenen 70 % Arbeiter, 13 % Arbeiter-Intellektuelle, d. h. Leute, die früher Arbeiter waren, 4 % Angehörige bürgerlicher Parteien, aber 7% Mitglieder der FDJ gewesen seien. Die Anzahl der Festgenommenen hat sich

dann bis 22. Juni auf 6 000 Personen erhöht. Nach dem Stand von Ende Januar 1954 wurden laut Volkspolizei 3 400 Verfahren eingeleitet, darunter in 2 100 Fällen Anklage erhoben. Weitere 430 Fälle kamen noch hinzu. Und dann gibt es eine Liste der Strafen: 2 Todesstrafen, 13 lebenslängliches Zuchthaus und ungefähr 120 von 5 bis 15 Jahren Zuchthaus, 824 1 bis 5 Jahre und nur 300 unter dem. Nun muss man sagen, das sind natürlich diejenigen Opferzahlen, Zahlen verhafteter Widerstandskämpfer, die festgenommen wurden von den deutschen Behörden. Es gibt keine exakten Zahlen (mir sind jedenfalls keine bekannt, wenn sie jemand weiß, wäre ich für Ergänzungen dankbar), wie viele die sowjetische Armee selber festgenommen hat. Wir wissen, dass es damals standrechtliche Erschießungen gab. Aber wie groß die Opferzahl ist, weiß man nur ungefähr. Aber eine neuere These ist interessant: Es muss ja schon vorher Listen gegeben haben von „Staatsfeinden“. Denn dass innerhalb weniger Stunden nicht nur die Leute von der Straße weg verhaftet wurden, die demonstriert hatten, sondern zu Hause festgenommen wurden, beweist das.

So etwas hinterlässt natürlich Wirkungen, vor allem bei einer spontanen Erhebung. Eine spontane Erhebung hat einen großen Vorteil: Sie ist in der Lage, und das hat der 17. Juni gezeigt, relativ rasch Massen zu mobilisieren, die dann auf die Straße gehen, wenn die entsprechende Unzufriedenheit herrscht gegen die Obrigkeit, gegen die Diktatur. Sie hat natürlich die Schwäche, nicht relativ rasch Ziele eines solchen Aufstands zu formulieren oder gar zentrale und örtliche Leitungen zu bilden, die Strategie und Taktik bestimmen können. Da malt eben jeder was auf sein Schild und kommt dann an und sagt: Spitzbart, Bauch und Brille, sind nicht des Volkes Wille. Spitzbart war Ulbricht, Bauch war Pieck und Brille war Grotewohl. Aber wie konkret vorgehen? Natürlich forderten Demonstranten auf Plakaten freie Wahlen. Das war rasch zu machen. Es gab auch kleine Ausschüsse, die sich bildeten, spontan zwar, aber sie versuchten zu organisieren, und da und dort gelang das. Aber im Großen und Ganzen hat eine spontane Bewegung natürlich keine längerfristigen Chancen, wenn sie sich nicht organisiert. Das konnten die Aufständischen aber nicht, weil sie ja überhaupt nur zwei, drei Tage Zeit hatten. Insofern war die Spontaneität bei allem Positiven eine Schwäche.

Damit komme ich zum zweiten Punkt meines eigentlichen Themas, die Frage der Arbeiterbewegung. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch die SED hat auch bedeutet: es gab 1953 keine Organisation mehr, keine

Institution, die in der Lage gewesen wäre, eine Führung des Aufstands zu bilden. Das gab es nicht, weil die eigentliche Arbeiterbewegung in der DDR verschwunden war. Die SED behauptete, wir sind ja nun die einzigen Vertreter der Arbeiterbewegung. Aber sie war es natürlich nicht. Denn die SED ist zwar entstanden aus früheren Mitgliedern der KPD und SPD, und beide waren ja der große Teil der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik. Aber die SED entstand eben unter dem Zwang des Besatzungsregimes der Sowjetunion und damit der stalinistischen Diktatur. Und sie musste sich einordnen und hat dann ab 1948/49 faktisch die Ideen der alten Arbeiterbewegung bekämpft. Mir scheint es wichtig, noch einmal auf den Gegensatz von Kommunismus (vor allem im stalinistischen Sinne) und freiheitlicher Arbeiterbewegung (von den Anarchisten bis zur Sozialdemokratie) hinzuweisen. Der richtige Blick geht verloren, wenn man nur sieht: Die haben dieselben Wurzeln. Oder: Die haben dieselben theoretischen Aussagen, sie wollen eine klassenlose Gesellschaft schaffen. Oder: Beide Richtungen wollen, dass nie wieder Krieg kommt, sie sind antifaschistisch, gegen Rechtsdiktaturen. Das sind ja zunächst eher Schlagworte. Eine Prüfung der Inhalte zeigt rasch, dass die Abspaltung des Kommunismus von der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg natürlich einen tiefgreifenden Gegensatz einleitete, wie er extremer nicht sein konnte.

Wobei ich nur nebenbei sagen will: Es war nicht die Oktoberrevolution Lenins im Jahre 1917 der eigentliche Einschnitt dieses Jahrhunderts mit all den barbarischen Folgen, sondern das war der Erste Weltkrieg. Der Erste Weltkrieg, in dem im Massenkrieg derjenige belohnt wurde, der den Feind niedermachte, umbrachte, hat kulturell gesehen eine Stimmung der Barbarei erzeugt. Diese wurde dann nach dem Krieg auf die Politik übertragen: Der Feind muss weg und wenn es sein muss mit Gewalt. Die Rolle der Gewalt in der Politik hat ganz neue Formen angenommen und das sogar in demokratischen Staaten. Deutschland z. B. war ab 1919 ein demokratischer Staat, ein Parteienstaat, aber die Gewalt hat hier eine Rolle gespielt, die man sich vor dem Ersten Weltkrieg nicht hat vorstellen können. In die Politik gingen meist Leute, die gerade aus dem Weltkrieg zurückgekommen waren und die jetzt mit denselben brutalen Methoden weiter kämpfen wollten. Da war im Krieg der Feind der Franzose, jetzt steht der Feind rechts oder links.

Das ist wichtig, um zu verstehen, dass dann das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die aus einer einheitlichen Arbeiterbewegung hervorgingen, zunehmend gegensätzlich, ja feindselig wurde. Was wir

heute von Herrn Sommer über das Jahr 1918/19, die Revolution, gehört haben, scheint mir zu einfach, es war komplizierter. Es war nicht nur so, dass die Mehrheit der Sozialdemokraten den alten Weg, eine parlamentarische Demokratie zu schaffen, unbedingt mit allen Mitteln durchsetzen wollten, während die Linken dagegen waren. Die USPD war ja sowieso von Anfang an eine gespaltene Partei. In der Revolution 1918/19 wurden viele Weichen in Deutschland falsch gestellt, was Demokratisierung und Freiheit angeht, das ist richtig. Die Vorstellungen in der Arbeiterbewegung gingen auseinander. Aber die einen glaubten, und das waren die Kommunisten, das Ziel nur mit Brachialgewalt, dem Bürgerkrieg nach russischem Vorbild, hier durchführen zu können. So ist die KPD natürlich in der deutschen Parteienlandschaft Außenseiter geworden. Sie hatte 1932 sechs Millionen Wähler hinter sich; sie hatte 300 000 Mitglieder, also eine mächtige Partei? Nein, sie hat keinerlei Rolle (außer eben einer ständigen Obstruktion) spielen können, weil sie außerhalb des Parteiensystems stand und als Teil der Komintern völlig von Stalin und Moskau abhängig war. Und es kam vor allem hinzu, dass sie zunehmend die Sozialdemokratie als ihren Hauptfeind bekämpfte. Insbesondere dann, als Hitler aufstieg, hat die KPD die These vertreten, die Sozialdemokraten seien ein Teil dieses faschistisch genannten Gesamtsystems, seien „Sozialfaschisten“. Und diese Auseinandersetzung gab es ja nicht nur in Deutschland, die gab es weltweit.

Der Kommunismus unter Stalin entwickelte sich zu einer Bewegung, die den gewaltsamen Umsturz wollte, um das „Ziel“ zu erreichen. Aber vom alten Ziel der Arbeiterbewegung war nichts mehr übrig geblieben. Denn statt der Emanzipation der Arbeiter – der alten Utopie der Arbeiterbewegung – waren die Arbeiter in der Sowjetunion zu Arbeitssklaven geworden. Ich erinnere an die These von Wilhelm Liebknecht, der einmal gesagt hat: Eine Demokratie ohne Sozialismus, das ist After-Demokratie, aber erst recht ist ein Sozialismus ohne Demokratie ein After-Sozialismus. Der Stalinismus war bestenfalls „After-Sozialismus“. Genau genommen war die Stalin-Diktatur nicht einmal das.

Mit anderen Worten, entscheidend ist: Die Auseinandersetzung hieß in der deutschen, der europäischen Arbeiterbewegung: Demokratie kontra Diktatur. Und Diktatur, das war natürlich nicht nur Hitler, sondern Diktatur war auch die kommunistische Bewegung, das sowjetische System, das ja übertragen werden sollte auf Deutschland. Hinzu kommt, dass in den 20er Jahren ein Großteil der frühen Kommunisten, die aus der Arbeiterbewegung kamen,

bereits rausgedrängt waren aus der KPD, nun folgte der Untertanengeist gegenüber der Sowjetunion und Stalin.

Übrigens können wir nachher auch über das Thema diskutieren: Was bedeutet Widerstandskämpfer? Diejenigen, die als Widerstandskämpfer gegen Hitler gekämpft haben, waren keineswegs alle Freiheitskämpfer. Die Kommunisten wollten kein freiheitliches System. Sie haben Widerstand gegen Hitler geleistet und das ist anerkennenswert und sollte nicht verschwiegen werden. Der Widerstandskampf der Kommunisten gegen die braune Barbarei ist ein Ruhmesblatt der Geschichte. Aber es ist eben nicht so, als ob alle, die gegen die Diktatur sind, automatisch auch Freiheitskämpfer sind.

Um das auf den 17. Juni zu übertragen: Natürlich gab's da auch noch alte Nazis, denn vom deutschen Volk waren, ich schätze etwa 80 % Anhänger des Nationalsozialismus. Aber viele hatten etwas gelernt durch den Zusammenbruch. Es war 1945 auch ein geistiger Zusammenbruch, nur einige haben sich noch an die NS-Ideen geklammert. Das war am 17. Juni nicht das Entscheidende. Ausschlaggebend war, dass die Diktatur des Kommunismus (der von sich behauptete, Arbeiterbewegung zu sein) bekämpft wurde mit den alten Vorstellungen der Arbeiterbewegung: Es ging um soziale Rechte und um Freiheit. Und insofern hat meines Erachtens damals die Sozialdemokratie recht gehabt, wenn sie sagte: Eine bessere Gesellschaft kann nur eine freie Gesellschaft sein und man muss gegen die Diktatur kämpfen.

Diese Grundüberlegung der alten Arbeiterbewegung war ein Teil des Aufstandes des 17. Juni. Ich gehe nicht so weit, zu sagen, dass diese Vision die Masse der Demonstrierenden beeinflusst hat. Kürzlich hatte ich mit meinem alten Freund Wolfgang Leonhard in Berlin eine Diskussion über Stalins Tod und den 17. Juni. Der einzige Punkt, wo wir gegensätzlicher Meinung waren: Was wollten die Aufständischen? Wollten sie die Einheit Deutschlands mit der Überlegung, dann „westdeutsche Zustände“ zu bekommen, oder wollten sie einen „demokratischen Sozialismus“. Meine Meinung war, im Gegensatz zu ihm, letzteres sei Wunschdenken. Damals, 1953, dachte ich allerdings auch, demokratischer Sozialismus sei Ziel der Aufständischen. Aber die Masse war getrieben von materieller Not. Und sie sah das Wirtschaftswunder, das schon angelaufen war im Westen bis 1953: Da geht's aufwärts und hier stagniert's. Dass dies viele bewogen hat, nicht an die ferne Zukunft zu denken, sondern dass sie überlegten: Jetzt wollen wir a) besser leben und b) die Diktatur loswerden: Wir wollen freie Wahlen, aber dies kann natürlich

nur bedeuten, dann auch die Einheit. Also wollte ein großer Teil der dort Demonstrierenden durchaus diese Einheit.

Dennoch wäre der Eindruck falsch, dass damit die Ideale der Arbeiterbewegung als Leitbilder eines solchen Aufstandes wie dem des 17. Juni überhaupt keine Rolle gespielt hätten. Die nachfolgende Fluchtbewegung macht ja deutlich: In erster Linie sind die geflüchtet, die bedroht waren. Das war ein breites Spektrum. Aber davon wieder viele frühere Sozialdemokraten, die gemerkt haben, „Sozialdemokratismus“, das ist der Hauptfeind der SED. Sie haben versucht, Ziele der Arbeiterbewegung gegen die SED durchzusetzen.

Zum Abschluss folgende Thesen.

Der 17. Juni war im Kern ein Arbeiteraufstand, der sich zu einem Volksaufstand entwickelte. Die Losungen zeigten fast von Anfang an das Ziel: Ende dieser Diktatur und bessere Lebensverhältnisse. Eingefordert wurde Freiheit und insofern war es ein Freiheitskampf. Und da ja in der deutschen Geschichte Erhebungen des Volkes gegen seine Unterdrücker äußerst selten sind, können wir mit Stolz sagen: Hier hat eine Bewegung versucht, ganz spontan, ein diktatorisches Regime zu stürzen, um die Freiheit zu erreichen. Aber diese Freiheit schien 1953 natürlich nur im gesamtdeutschen Rahmen möglich und deswegen auch die Orientierung auf den Westen.

Die Rolle der Arbeiterbewegung als ein Faktor wäre zweitens zu nennen. Wenn die SED mit ihrer Diktatur sich immer darauf berief, dass sie die konsequente Fortführung der Arbeiterbewegung sei, führte dies auch dazu, dass die Leute sich fragten – die sind ja alle auch geschult worden –: Ja, wieso ist denn da dauernd ein Widerspruch zwischen den Ideen, dem was uns versprochen wird, was gesagt wird und der Realität? Und dass dann viele sagten: Was sollen wir denn ändern – die Realität oder die Ideale? Da war die Idee der besseren Gesellschaft attraktiver. Also orientierte man sich an dieser Tradition gegen die Realität. Das hat ja mit dem 17. Juni 1953 nicht aufgehört. Die Opposition der Intellektuellen von 1956, nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der Entthronung Stalins, stärkte die Rolle der traditionellen Arbeiterbewegung. Das ist ja bei den Intellektuellen 1956 ganz deutlich zu sehen. Das endete erst, als 1961 mit dem Mauerbau die DDR-Bevölkerung eingesperrt wurde, die Möglichkeit des Austauschs von Ideen stark beschränkt war.

Dritter Punkt. Ich denke, der Aufstand gehört in die Reihe der deutschen Freiheitsbewegungen, weil hier versucht wurde, mit Ideen der Arbeiter-

bewegung diese Diktatur niederzuringen. Also Freiheitskampf. Daher wird der 17. Juni mit Recht jetzt so hervorgehoben. Im Nachhinein kann man sagen, dass wir es beim 17. Juni, wenn man sich die deutsche Freiheitsgeschichte anschaut, mit einer Revolution zu tun hatten. In dieser Hinsicht sind wir, vor allem westlichen Demokratien gegenüber, sehr im Rückstand. Revolutionen sind in Deutschland, zuletzt 1848, im wahrsten Sinne des Wortes niederkartätscht worden. Die Revolution vom November 1918, deren Ursachen der Krieg und deren Folge der Sturz des Kaiserreichs waren, blieb in Halbheiten stecken. Dennoch gibt es nicht nur eine Linie des deutschen Untertanenstaates, der leider meist überwogen hat, sondern auch eine der deutschen revolutionären Freiheitsbewegung. Wir können dem damaligen Bundespräsidenten Heinemann noch heute dankbar sein, dass er begonnen hat, auch an diese Seite unserer Geschichte zu erinnern.

Der 17. Juni 1953 ist ein Teil dieser deutschen Freiheitsgeschichte. Insofern war er auch ein Vorläufer der friedlichen Revolution von 1989, und wir sollten und können stolz sein auf diese Tradition des Aufstandes vom 17. Juni. Wir haben großen Dank zu richten an die meist unter schlimmen Umständen geendeten „Rädelsführer“. Hier ist ein Vergleich mit der Widerstandsbewegung im nationalsozialistischen Deutschland möglich. Sie hatte ebenfalls keinen Erfolg, aber wie hätten wir ohne diese Widerstandskämpfer 1945 dagestanden? Diese Tradition war für den Aufbau der neuen Demokratie – leider nur im Westen – die große Chance. So ist zu sehen, dass auch eine erfolglose Freiheitsbewegung ihre Bedeutung hat. Und insofern kann man diese Linie ziehen. Wir haben den Widerstandskämpfern gegen Hitler und den Aufständischen des 17. Juni 1953 viel zu verdanken. Daher ist es nur recht und billig, dass wir wenigstens am 50. Jahrestag dieses Aufstands gedenken, der eben auch ein Teil der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist, wenn auch nicht so, wie die SED es dargestellt hat.

**Stefan Wolle**

## **Der Juniaufstand in der DDR – Deutung und Rezeption**

### **1.**

Kaum ein anderes Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte unterlag derartig vielfältigen Interpretations- und Deutungsmustern. Natürlich sind auch andere Ereignisse unterschiedlich und sogar konträr gedeutet worden, doch bei dem 17. Juni 1953 hat dies ganz spezielle Gründe. Aufgrund der sehr überraschenden und unvorbereiteten eruptionsartigen Entwicklung der Ereignisse ist von den Akteuren selbst wenig schriftlich fixiert worden. Natürlich ist die Gesamtsituation in der DDR durch das Ministerium für Staatssicherheit und dessen Apparat, durch interne Berichte der Partei und des Gewerkschaftsbundes (FDGB) sowie durch Berichte der Volkspolizei dokumentiert worden. Es gibt aber auf Seiten der Akteure nur wenige schriftliche Niederlegungen ihrer politischen Vorstellungen, Konzeptionen und Ideen. Das liegt vollkommen in der Logik der politischen Situation im Juni 1953. Es wäre noch wenige Tage vor dem 17. Juni 1953, speziell vor der Verkündung des neuen Kurses am 9. Juni 1953 vollkommen unmöglich gewesen, selbst in einer beschränkten Öffentlichkeit die Probleme dieses Staates und der Gesellschaft zu debattieren. Die Zeit, in der die Vertreter der Volksbewegung ihre politischen Vorstellungen hätten formulieren können, beschränkte sich praktisch auf nur wenige Stunden. Innerhalb dieser wenigen Stunden wurde sehr vieles – um bei dem Bild der Explosion zu bleiben – hoch geschleudert, was sich in anderen Fällen in einem politischen Diskussionsprozess ausdifferenziert. Der Gang der Entwicklung führte dazu, dass sich in den Akten für fast alle Interpretationsmuster irgendwelche Arten von Belegen finden. Interessanterweise betrifft das auch die Zeitzeugen. Wir haben ja im Vorfeld der Ereignisse aus unterschiedlichsten Gründen, ich speziell durch die Arbeit an einem Film, der im ZDF gelaufen ist, zu dem ich die historische Fachberatung zu übernehmen die Ehre hatte, viel mit Zeitzeugen gesprochen. Auch die Zeitzeugen und insbesondere dann, wenn man mit ihnen unter vier

Augen spricht, neigen zu ganz unterschiedlichen Interpretationen der Ereignisse. Das differenziert sich etwas aus, wenn die Zeitzeugen in Projekte eingebunden sind. Wenn sie einfach nur gebeten werden, mal zu erzählen, was sie damals erlebt haben, stoßen Sie eben auch auf die unterschiedlichsten Meinungen. Das reicht zu dem Extrem, dass Leute sagen, „ja wir haben eigentlich davon gar nichts mitbekommen“, sie waren den ganzen Tag auf der Laube, und als sie denn abends nach Berlin zurück fuhren, hörten sie erst, dass da irgendwas passiert sei. Das ist nicht so selten, wie man annehmen sollte, dass Zeitzeugen sagen, sie hätten von den Ereignissen nichts mitbekommen, oder sagen „bei uns im Betrieb oder bei uns in der Stadt hat’s im Grunde eigentlich nichts gegeben, es gab Gerüchte und die Leute haben irgendwas erzählt, aber wir haben davon nichts mitbekommen“, bis zu speziellen Interpretationen, dass sie sagen: „Aufstand für die deutsche Einheit, Sturz der Regierung, das ist alles Blödsinn. Es ging uns nur um die Normen und um etwas bessere Lebensweise, alles andere wäre nicht sinnvoll gewesen.“ Andere sagen: „Ganz im Gegenteil, es ging von Anfang an nur um politische Forderungen. Die Normenfrage war am Morgen des 17. Juni längst vom Tisch. Es ging um die Wiedervereinigung und es ging um Freiheit und Demokratie.“ Der Historiker muss die unterschiedlichen Erinnerungen zunächst so akzeptieren. Und auch ich werde die Frage der Interpretation und der Deutung nur umkreisen können, und auch ich kann Ihnen keine endgültigen Antworten liefern.

## I.

Ich beginne mit dem ersten Deutungsmuster. Das ist die Propagandabeauptung der SED, es hätte sich bei der Bewegung um einen „faschistischen Putsch“ gehandelt. Dieses Denkmuster blieb im großen und ganzen bis zum Ende der DDR im Jahre 1989 nahezu unverändert erhalten. Man hat in späteren Jahren allerdings den Begriff „konterrevolutionärer Putsch“ bevorzugt. Zu der Sprachregelung „faschistischer Putsch“ ist auf sowjetische Weisung unmittelbar nach den Ereignissen seitens der SED gegriffen worden. Für die Parteiführung war es schon am Morgen des 18. Juni klar: die Streiks und Demonstrationen im ganzen Lande konnten nur von westlichen Agentenorganisationen in die DDR hineingetragen worden sein; auf der Straße hat der faschistische Pöbel gewütet. Allerdings wurde eingeräumt, dass ein Teil der Arbeiterklasse sich hat verführen lassen, dass es ehrliche Arbeiter gegeben habe, die sich den Kopf haben verdrehen lassen durch die Parolen des

RIAS. Und es wurde auch eingeräumt, dass die Partei Fehler gemacht habe. Wir finden in allen Darstellungen der DDR-Geschichte ein festgefügtes Muster von einigen wenigen stereotypen Formeln, die sich immer wiederholen. Es gab keine Detailforschung. Die Archive waren strengstens verschlossen. Es gab natürlich keine ernsthaften Diskussionen und pluralistischen Debatten. Interessanterweise machten sich auch viele wichtige Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kulturschaffenden dieses Interpretationsmuster zu eigen, insbesondere unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse. Auch dies zu verstehen und zu begreifen, ist natürlich ein Stück historische Erinnerungsarbeit. Bertolt Brecht schrieb unter dem Eindruck der Ereignisse einen sehr devoten Brief an die Parteiführung, in der er allerdings auch die „große Aussprache“ zwischen dem Volk und der Regierung einforderte. Aus diesem Brief wurde dann nur ein einziger Satz zitiert: „Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszusprechen.“<sup>1</sup> Brecht hat es dann allerdings auch geduldet, dass in verfälschender Art und Weise dieser eine Satz aus dem Brief heraus gerissen und im „Neuen Deutschland“ zitiert wurde.

## 2.

Ich nenne ein zweites Beispiel: Stephan Hermlins Erzählung „Die Kommandeuse“, in der er in literarischer Form die These vom faschistischen Putsches ausdrücklich zu stützen versuchte. Interessanterweise standen damals auch eine Reihe von Persönlichkeiten, die später durchaus ein kritisches Verhältnis zur SED und zum SED-Staat entwickelten noch vollkommen auf der Seite der Regierenden. Ich nenne Stefan Heym, Robert Havemann, Wolfgang Harig, Ernst Bloch und Hans Mayer, die letzten beiden damals Professoren in Leipzig. Für viele dieser Persönlichkeiten war eher das Jahr 1956, das im Zeichen der Entstalinisierung stand, der Zeitpunkt des Bruchs oder zumindest des beginnenden Konflikts mit der SED-Führung. Für Bertolt Brecht, Stephan Hermlin, Stefan Heym und viele andere, waren jene, die auf den Straßen demonstriert hatten, der faschistische Pöbel und sie fühlten sich an die SA-Horden von 1933 erinnert. So ähnlich hat sich Brecht in einem Brief an seinen Verleger Peter Suhrkamp ausgedrückt.<sup>2</sup> Man wird pauschal

---

1 Neues Deutschland, 20. Juni 1953

2 Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, Bd. 10, S. 1009 f.

sagen können, dass diese vom Marxismus und vom Sozialismus geprägten Personen immer noch tief traumatisiert waren durch den Sieg des Nationalsozialismus. Daraus resultierte ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Volk, ein tiefes Misstrauen gegenüber der Demokratie und der Richtigkeit von Mehrheitsmeinungen, aber auch ein tiefes Misstrauen gegenüber der Arbeiterklasse, die sie natürlich dauernd im Munde führten.<sup>3</sup>

### 3.

Der 17. Juni 1953 war das Angsttrauma der SED-Funktionäre und Stasi-Offiziere. Die Frage der Macht und deren Erhaltung definierte sich von diesem Datum her. In den Jahren scheinbarer Stabilität hatte das Datum offenbar eine geradezu mythische Dimension angenommen. Bei einem genaueren Studium der Akten wird diese Vermutung zur Gewissheit. Alle Jahre wieder wurde durch die Staatssicherheit am 17. Juni „erhöhte Alarmbereitschaft“ proklamiert. Es wurde mit „feindlichen Provokationen“ gerechnet. Die Aktionen so genannter „Feindorganisationen“ wie des „Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen“ (UfJ) oder der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) wurden beobachtet. Im Inland wurde der leiseste Anschein einer Widerständigkeit peinlich genau registriert und brutal unterdrückt.

Als der erste Jahrestag des Aufstandes nahte, wurde vom Staatssekretär für Staatssicherheit (SfS) die Aktion „Bollwerk“ in die Wege geleitet. In der entsprechenden Dienstanweisung vom 28. Mai 1954 heißt es: „Nach bisher vorliegenden Informationen bereitet der Gegner neue Provokationen und Störversuche mit der Absicht vor, auch am 17. Juni 1954 Unruhen zu erzeugen. Das wird von den gleichen Hintermännern des faschistischen Putschversuches geplant. Alle feindlichen Maßnahmen werden vom Bonner Kaiserministerium gelenkt. An der Ausarbeitung der feindlichen Pläne ist wieder der so genannte Forschungsrat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim ‚Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen‘ beteiligt. Das Ostbüro der SPD/DGB ist dabei, Provokationen am 17. Juni 1954 vorzubereiten.“<sup>4</sup> Bei aller Wertschätzung für solche Einrichtungen wie den Forschungsrat beim Ministerium für gesamtdeutsche Fragen oder für die Ostbüros von SPD und DGB, so ist es doch zuviel der Ehre, zu vermuten, in diesen

---

3 Neues Deutschland, 20. Juni 195.

4 BStU, ZA, Dienstanweisung 35/54 vom 28.5.1954, Allg. S. 175/56, Bd. 1, Bl. 33-41; Zitat Bl. 33

Gremien wäre der Aufstand in der Ostzone vorbereitet worden. Interessant, aber leider nur hypothetisch zu beantworten, ist die Frage, inwieweit die Mitarbeiter der Staatssicherheit diese Propagandaparolen wirklich glaubten. Jedenfalls wurden die Sicherungsmaßnahmen der Aktion „Bollwerk“ sehr ernst genommen und exakt durchgeführt. Ab 14. Juni 1954 um 8 Uhr sollte laut Dienstanweisung unter der Leitung des Staatssekretärs, Generalleutnant Erich Mielke, ein Einsatzstab gebildet werden. Parallel dazu sollten in den Bezirken und in Berlin solche Stäbe gebildet werden.<sup>5</sup>

In einem weiteren Bericht über beabsichtigte „Provokationen und Störungen“ vom 14. Juni 1954 geht es vor allem um befürchtete Formen des passiven Widerstands.<sup>6</sup> Angeblich wurden in „[...] Broschüren und Instruktionen [...] Ratschläge gegeben, wie man Krankheiten vortäuschen, sogar Röntgenaufnahmen positiv gestalten kann. Es wird die Losung verbreitet, zum 17. Juni krank zu feiern. An den Ehrenmälern der gefallenen Sowjetsoldaten sollen Kränze mit schwarzen Schleifen und Hetzlosungen abgelegt werden. An den Gräbern der erschossenen faschistischen Provokateure sollen ebenfalls Kränze [...] niedergelegt werden. Auf den Plätzen und Orten der Städte, wo am 17. Juni faschistische Provokateure erschossen wurden, sollen durch Agenten rote Tinte und Farbe ausgegossen werden und Flugblätter, Hetzlosungen und Ausschmückungen angebracht werden.“<sup>7</sup> Tatsächlich blieb es am ersten Jahrestag der Ereignisse des 17. Juni in der DDR weitgehend ruhig, soweit man angesichts des Trubels des II. Deutschlandtreffens der Jugend von Ruhe reden konnte. Der Preis der Ruhe bestand in einer ganzen Reihe von Festnahmen. 158 Personen wurden laut einer unvollständigen Liste im Rahmen der Aktion „Bollwerk“ wegen solcher Delikte wie „antidemokratische Hetze“, Spionage oder Sabotage verhaftet. Gegen einen Teil der Verhafteten wurde Anklage erhoben und es begann ein oft jahrelanges Martyrium in den Zuchthäusern der DDR.

Auch die Gedenkfeiern in West-Berlin verliefen ohne nennenswerte Zwischenfälle. Der Bericht der Staatssicherheit vermerkte hämisch, dass sich zu der Kundgebung auf dem Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus nur 8 000 bis 10 000 Teilnehmer versammelt hätten, dagegen hätten zur gleichen Zeit angeblich rund 120 000 Westberliner Bürger die Strandbäder

---

5 Ebd., Bl. 37

6 BStU, ZA, Schreiben Mielke vom 14.6.1954 an Ltr. HA V, Allg. S. 175/56, Bd. 1, Bl. 43-45

7 Ebd., Bl. 45

und Ausflugsgaststätten Ost-Berlins und der DDR aufgesucht.<sup>8</sup> Die Zahl mag übertrieben gewesen sein, doch ganz offenbar begannen die Schwierigkeiten der Westberliner und Westdeutschen mit dem „Tag der deutschen Einheit“ bereits an diesem offenbar schönen Frühsommertag des Jahres 1954, als man zum ersten Mal des „Volksaufstandes in der Zone“ gedachte.

Trotzdem wiederholte sich in der DDR Jahr für Jahr das gleiche Bild von Friedhofsruhe auf der einen und hysterischer Furcht auf der anderen Seite. Immerhin verdanken wir dieser Furcht eine pedantische Dokumentation des inneren Zustandes der DDR – so wie ihn die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes sahen. Bereits anlässlich der erwähnten Aktion „Bollwerk“ im Jahre 1954 heißt es: „Besondere Beachtung ist auch den Massenorganisationen und solchen gesellschaftlichen Organisationen wie Hündezüchtern, Kleingartenhilfe, Wandergruppen usw. sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande zu schenken, dass nicht durch getarnte Versammlungen am 17. 6. diese zur Tribüne für Provokateure gemacht werden.“<sup>9</sup>

Das Szenario aus erhöhter Alarmbereitschaft und ausufernder Berichterstattungspflicht verstärkte sich naturgemäß in weltpolitischen Krisensituationen wie im Jahre 1956. Der XX. Parteitag der KPdSU hatte durch die Enthüllungen über Stalins Verbrechen überall in der kommunistischen Welt eine schwere Glaubenskrise ausgelöst. Auf der anderen Seite hatte der Kurswechsel in Moskau Hoffnungen auf eine Demokratisierung der sozialistischen Gesellschaft geweckt. Im Juni 1956 wurde N. S. Chruschtschows Geheimrede durch westliche Zeitungsveröffentlichungen im Wortlaut bekannt und löste besonders unter Intellektuellen und Studenten eine beträchtliche Unruhe aus.

Die Staatssicherheit registrierte die kritische Stimmung sehr sorgfältig. Wie ein roter Faden durchzieht der damals erst drei Jahre zurückliegende Aufstand vom 17. Juni diese Berichte. Dafür sind folgende Beispiele symptomatisch. Es war der SED-Führung noch gut in Erinnerung, dass die Idee zu einem Streik der Bauarbeiter der Stalinallee zum ersten Mal während einer gemeinsamen Dampferfahrt am vorhergehenden Wochenende öffentlich ausgesprochen und dadurch allgemein bekannt wurde. Seitdem waren betriebliche Dampferfahrten im Sicherheitsdenken der Stasi stets ein neuralgischer Punkt. Angesichts des Herannahens des gefährlichen Datums im Frühsom-

---

8 Ebd., Bl. 53

9 Ebd., Bl. 45

mer 1956 fertigte die Staatssicherheit Listen über alle Betriebskollektive an, die am Sonntag, den 17. Juni Dampferfahrten gebucht hatten. So konnte Erich Mielke bereits am 14. Juni 1956 erfahren, dass beispielsweise die 120 Mitarbeiter der Trabrennbahn Karlshorst den Plan gefasst hatten, am kommenden Sonntag mit dem Fahrgastschiff „La Paloma“ ins Grüne zu fahren. Der Kammerchor Treptow hatte die Absicht, das Wochenende für einen Ausflug nach Alt-Buchhorst zu nutzen, und die katholische Pfarrgemeinde Buch hatte zum gleichen Termin das Motorschiff „Delphin“ gechartert, um der beliebten Gaststätte Ziegenhals einen Besuch abzustatten. Am Sonntag schwärmten dann die unermüden Mitarbeiter der Staatssicherheit aus, um die Biergärten der Berliner Umgebung „operativ abzusichern“.

Auch mit der Kleingartenkolonie „Grüne Aue“ im Berliner Stadtbezirk Köpenick gab es im Juni 1956 Schwierigkeiten, zumal – wie in dem Stasi-Bericht nachzulesen ist – im Vereinsvorstand nur ein einziger Genosse war, sonst aber nur „negative Personen“.<sup>10</sup> Das eigentliche Problem bestand darin, dass die Gartenfreunde ihre Parzellen wegen eines geplanten Wohnungsneubaus räumen sollten. Dies löste begrifflicherweise wenig Begeisterung aus und es gab erheblichen Diskussionsbedarf. Nun hatte man eine Versammlung der Kleingartensparte einberufen, die „provokatorischerweise“ – wie der Stasi-Bericht vermerkt – am 17. Juni stattfinden sollte. „Als der Genosse L.“ die erwähnte einzige Bastion der Partei im Vereinsvorstand, „auf die politische Tragweite des 17. Juni aufmerksam gemacht wurde, erklärte dieser, daß er daran gar nicht mehr gedacht habe.“<sup>11</sup> In den Augen der Parteiobrigkeit war dies eine unverzeihliche politische Blindheit und Genosse L. wurde wegen „mangelnder Wachsamkeit“ zur Verantwortung gezogen.

Bei der Lektüre derartiger Dokumente drängt sich die Frage auf, ob die Vorgehensweise der SED-Führung und der Staatssicherheit durch neurotische Wahnvorstellungen geprägt war, oder ob es tatsächlich Anlass für die Befürchtung gab, das Volk könnte sich bei der nächsten Gelegenheit wieder gegen das Regime erheben. Die Akten aus den Archiven von Partei, Stasi, Volkspolizei und Massenorganisationen hinterlassen den Eindruck, die Führung wähte sich auf einem kochenden Vulkan, der jeden Moment ausbrechen könnte. Natürlich bergen die Dokumente die Gefahr in sich, die

---

10 BStU, ZA, Information 12/56 vom 14.6.1956, Bl. 1 ff.

11 Ebd., Bl. 3

Geschichte der DDR allein aus der Optik des Machtapparates zu betrachten. Auch muss sich der heutige Leser dessen bewusst sein, dass der Sicherheitsdienst seine Legitimation und seine Position allein aus der Tatsache der permanenten Bedrohung bezog. Je aktiver der Feind gegen die Republik wühlte, desto wichtiger war das Ministerium für Staatssicherheit. Dennoch zeigen gerade die Ereignisse im Herbst 1956 wie real die Gefahr offener Unruhen in den kommunistischen Staaten war.

Einige Tage nach dem dritten Jahrestag des 17. Juni, der entgegen den Befürchtungen der Stasi in sonntäglicher Beschaulichkeit verlief, erhoben sich in der polnischen Industriestadt Poznan die Arbeiter. Den Funken im offenen Pulverfass allgemeiner Unzufriedenheit bildeten hier die Lohnforderungen der Arbeiter des Lokomotivwerkes der Stadt. Andere Fabriken schlossen sich der Bewegung an, dann zogen die Arbeiter in die Innenstadt, verwüsteten die Gebäude der Partei und griffen die Polizei an. Erst unter massivem Einsatz des Militärs konnte der Aufstand niedergeschlagen werden. Die Ereignisse lösten in der polnischen Gesellschaft eine Bewegung aus, die im Oktober 1956 kulminierte. Ein drohender Volksaufstand konnte nur noch durch die Wahl einer neuen Parteiführung verhindert werden, die den Abzug der sowjetischen Truppen und andere Konzessionen versprach. Zeitgleich begann in Ungarn eine Volksrevolution, die in den ersten Novembertagen 1956 von der Sowjetarmee im Blut ersäuft wurde.

Auch in der DDR kam es zu kleineren Streiks, zu Protestaktionen und vor allem zu einer beträchtlichen Unruhe an den Universitäten und in Kreisen von Künstlern und Intellektuellen. Zahlreiche Berichte belegen, dass in den Diskussionen dieser Tage der 17. Juni 1953 stets präsent war. Die einen – wie Professor Robert Havemann oder Wolfgang Harich – forderten eine Demokratisierung der DDR-Gesellschaft, um einen neuen Aufstand der Bevölkerung zu verhindern. Die Führung der SED wies warnend auf die Folgen der Verkündung des Neuen Kurses am 9. Juni 1953 hin und beharrte auf einer Position der Stärke, und viele Menschen sahen mit gemischten Gefühlen auf die Gefahr einer neuen Krise, zumal sich im Nahen Osten die Lage gefährlich zuspitzte und ein Weltkonflikt nicht auszuschließen war. Neben der keineswegs unbegründeten Kriegsangst war es aber auch ein relativ geschicktes Taktieren der Ulbricht-Führung, die ein Übergreifen der offenen Unruhen auf die DDR verhinderte. Im Unterschied zu 1953 zeigte die SED keine Schwäche. Sie unterdrückte jede „Fehlerdiskussion“, ließ demonstrativ Kampfgruppen aufmarschieren, wiederholte aber auch nicht die Dummheit,

gerade die Arbeiterschaft durch Lohnkürzungen und Preissteigerungen zu verbittern. In einer Mischung aus martialischer Drohgebärde und einer Politik des sozialen Entgegenkommens festigte Ulbricht, dessen Posten in Moskau bereits zur Disposition gestellt worden war, seine Macht.

Auch die kritischen Situationen der folgenden Jahre führten nicht neuerlich zu einem Aufstand der Bevölkerung gegen das Regime. Besonders seit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker im Mai 1971 schienen die Zeichen auf eine stacheldrahtbewehrte Idylle gestellt gewesen zu sein. Doch der 17. Juni 1953 blieb als Menetekel des System immer in den Köpfen präsent. Für die SED-Führung und deren Geschichtsschreiber war der Aufstand im Jahre 1953 ein absolutes Tabuthema. Die Deutung der Ereignisse als „faschistischer Putsch“ wurde nur oberflächlich revidiert durch die Formulierung „konterrevolutionärer Putsch“. Ansonsten gab es nur einige wenige hölzerne und stereotype Floskeln, aber keine ernsthafte Forschung, keine Analyse und natürlich keine Diskussionen. Noch 1988 schrieb der DDR-Historiker Peter Hübner im Dietz-Geschichtskalender zum 35. Jahrestag des 17. Juni 1953: „Seit dem Vortag überschritten immer häufiger aufgehetzte, von antikommunistischem Haß blind gemachte Gruppen, von Westberlin kommend, die Grenze zur Hauptstadt der DDR. [...] ‚Generalstreik‘ hieß die Parole – nein, nicht von den Arbeitern ausgegeben, sondern seit dem frühen Morgen vom Rias hinausposaunt, vom ‚Volksaufstand‘ war da die Rede. Die in den USA entwickelte ‚roll-back‘-Doktrin setzte in Mitteleuropa darauf, unter Ausnutzung der Frontstadtrolle Westberlins Einfluß auf die innere Entwicklung der DDR zu gewinnen, Konflikte zu entfachen und schließlich eine Bürgerkriegssituation zu erzeugen [...] Antikommunistische Elemente rotteten sich, Hasstiraden und Mordterror verbreitend, zusammen. Als solche ‚Freiheitsapostel‘ darangingen, auf Kundgebungen faschistische Lieder anzustimmen und verurteilte Nazis aus den Gefängnissen zu holen, da fiel es auch den Streikenden wie Schuppen von den Augen. [...] Um 13 Uhr verhängte der sowjetische Stadtkommandant Berlins den Ausnahmezustand. Sowjetische Panzer [...] fuhren auf, um 1953 die Freiheit der Arbeiter und Bauern zu schützen.“<sup>12</sup>

Die bleibende Verunsicherung, die dieser Tag unter den Anhängern der SED ausgelöst hat, schildert auf seine Weise Hermann Kant in seinem Roman „Das Impressum“. Es sei daran erinnert, dass Kant dieses Buch im Jahre

---

12 Peter Hübner, in: Dietz-Geschichtskalender 1988, Berlin (DDR) 1988, S. 126 f.

1972 erst nach langen Querelen veröffentlichen konnte. Die Publikation wurde von Ulbricht gerade wegen der Passagen über den 17. Juni 1953 behindert und konnte erst nach dem Machtwechsel von 1971 erscheinen. Das Erscheinen des Romans signalisierte der Öffentlichkeit vorsichtige kulturpolitische Lockerungsübungen der neuen SED-Führung unter Honecker.

In einer der ursprünglich von der Zensur inkriminierten Passagen versucht der Altkommunist Fritz Andermann am Morgen des 17. Juni 1953 mit den demonstrierenden Bauarbeitern der Stalinallee zu diskutieren, wird aber von diesen zur Seite gedrängt. An diese Situation erinnert sich der SED-Funktionär sein ganzes Leben lang. Ausführlich reflektiert der Romanheld über den regnerischen und geschichtsträchtigen Junitag des Jahres 1953: „[...] hier hatte nicht die Oberhand, wer hören und reden wollte, hier hatte das Brüllen sein Sagen, hier schrie der Irrsinn, und der Irrtum schrie mit, und der Hass sah hier seine Gelegenheit und schrie: ‚Hängt sie auf, schlägt sie tot, stopft ihm das Maul, dem Hund‘. Da stand Fritz Andermann gegen den Pfeiler gedrückt im Juniregen und wartete, und was dachte er da? [...] die Hoffnung sollte es schwer haben gegen die Erfahrung des Junitages. Die Enttäuschung machte auf Jahre die Augen schmal, machte die Sinne überscharf, machte die Fäuste hart, schmälerte das Vertrauen; die Erinnerung hämmerte: Achtung Fritz Andermann, aufpassen, Obacht geben, wachsam bleiben, nicht leichtgläubig werden, Übermut tut selten gut, Voreile wird bestraft, nur keine Vertrauensseligkeit, nur kein fauler Liberalismus, nur keine Romantik, der Kampf ist nicht zu Ende, wir sind noch nicht soweit, dieses können wir uns noch nicht erlauben, jenes dürfen wir uns noch nicht gestatten, der Schein kann trügen, noch einmal hinsehen, noch einmal überprüfen, noch etwas abwarten, den Vorwurf der Enge nicht fürchten, wenn das heißt: dem Feind keinen Fußbreit Boden und jenem Junitag nie wieder eine Chance.“<sup>13</sup>

#### 4.

Die Menschen in der DDR zogen aus dem Verlauf der Ereignisse ganz unterschiedliche Lehren. Für die einen war der 17. Juni 1953 unabhängig von Sieg oder Niederlage ein Beweis für die ablehnende Haltung der großen Mehrheit gegenüber dem SED-Regime. Die streikenden und demonstrierenden Werktätigen hatten an diesem Tag die herrschenden Clique in Angst und Schrecken versetzt. Voller Häme wurde von dem Tag geschwärmt, als die

---

13 Hermann Kant: Das Impressum, Berlin (DDR) 1972, S. 208 f.

Genossen verstohlen ihre Parteiabzeichen in die Tasche gesteckt hatten, als die roten Fahnen zerfetzt und die Ulbrichtbilder verbrannt wurden. Darauf wurde noch ein Bier getrunken und im trauten Kreis die Erinnerung gepflegt.

Für andere Zeitgenossen war der eruptive Verlauf der Volksbewegung und ihr tragisches Scheitern eine Mahnung, künftighin Veränderungen nur auf dem evolutionären Weg allmählicher Reformen zu erstreben. Für eine zunehmende Zahl von Kritikern des System lag nicht mehr im Antikommunismus die Potenz einer künftigen Entwicklung, sondern in sozialistischen Reformideen. Diese Ideen waren in den Augen der Obrigkeit und der Stasi übrigens keineswegs weniger staatsgefährdend und kriminell – eher im Gegenteil. Der 17. Juni 1953 war zur Legende geworden. Die Erinnerung hatte unwirkliche Züge angenommen. Die scheinbar so ruhige und idyllische DDR war geradezu ein Beleg dafür, dass es sich mit einem kommunistischen Regime am besten lebt, wenn man es nicht grundsätzlich in Frage stellt. Könnte es nicht – so meinten manche – eine Wandlung durch Annäherung auch im Inneren geben. Jedenfalls war der Tag des wilden Aufruhrs, der erstürmten Gefängnisse und brennenden Parteisymbole in der kollektiven Erinnerung absolut singulär, fast ungehörig, wie eine lange zurückliegende Jugendtorheit. In den Oppositionskreisen der achtziger Jahre wurde wenig über den Volksaufstand vom Juni 1953 geredet. Auch im Herbst 1989 spielte der 17. Juni eigentlich nur als warnendes Beispiel eine Rolle. Eine unkontrollierbare Massenbewegung hätte der Staatsmacht Anlass zum gewaltsamen Eingreifen, vor allem aber die sowjetische Besatzungsmacht auf den Plan rufen können. Aus guten Gründen waren die Leitbegriffe des Herbstes 1989 Gewaltlosigkeit, Vernunft, Dialog und Konsens.

Doch für einen winzigen historischen Augenblick waren für die Älteren die Bilder vom 17. Juni 1953 und vom Ungarnaufstand 1956 wieder präsent. Für die Jüngeren waren es die Bilder vom August 1968, als die Sowjetpanzer den Prager Frühling niederwalzten, vom Tag des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 und vor allem die taufischen Fernsehbilder vom Platz des Himmlischen Friedens in Peking, wo im Juni 1989 das Militär den demokratischen Studentenprotest im Blut ertränkte. Als sich am Nachmittag des 9. Oktober 1989 Zehntausende ins Stadtzentrum von Leipzig auf den Weg machten, wusste niemand, was geschehen würde. Allerdings wusste jeder, dass es zwar heldenhaft ist, mit bloßen Händen gegen Panzer vorzugehen, aber nicht besonders klug. Insofern war die Erinnerung an den 17. Juni eine doppelte. „Keine Gewalt“ war die Parole des Tages. Und das war sowohl

eine Aufforderung an die Gegenseite als auch eine Mahnung an die eigenen Leute.

Objektiv waren die historischen Ursachen für den Unwillen der Menschen 1989 allerdings immer noch die gleichen wie 1953. Es war den kommunistischen Führern nirgendwo in der Welt gelungen, die Mehrheit der Menschen von den Vorzügen ihres Systems zu überzeugen. Auf diese einfache Erkenntnis reagierten sie nicht auf naheliegende Weise mit dem Rücktritt, sondern mit Betonmauern, Stacheldraht und Gefängnissen. Hinzu kam in der DDR die ungelöste nationale Frage. Auch fast ein halbes Jahrhundert der Trennung hatte keine eigene sozialistische Nation der DDR erzeugen können. Sobald die Menschen die Freiheit der Selbstbestimmung hatten, wählten sie am 18. März 1990 die Wiedervereinigung und sie hätten es zu jedem früheren Zeitpunkt auch getan. Auch 1953 beinhaltete die Forderung nach Demokratie und freien Wahlen auch die Vorstellung einer baldigen Vereinigung. Insofern war der 17. Juni 1953 auch ein Aufstand für die deutsche Einheit. Ob sich alle Streik- und Demonstrationsteilnehmer das künftige Deutschland so vorstellten, wie Adenauers Bonner Republik, mag dahingestellt sein. Die SPD lebte vielmehr in der Hoffnung, dass ein vereinigtes Deutschland durch den Wiedergewinn der sozialdemokratischen Kernlande, fast zwangsläufig auch politisch nach links rücken würde

## 5.

War der 17. Juni 1953 wirklich ein Aufstand für die Deutsche Einheit? Dies ist behauptet worden und dem ist später vehement widersprochen worden. Der Versuch, in den überlieferten Quellen nachzulesen, was während der Belegschaftsversammlungen gefordert wurde, ist nicht ganz aussichtslos. Es gibt viele hundert Beispiele, die man wenigstens punktuell auswerten kann. Die Antwort auf die Frage, ob die deutsche Einheit in den Forderungen eine zentrale Rolle spielte, lautet: Ja! Es fehlte fast nirgends dort der Hinweis auf die Forderung nach Wiedervereinigung, Abschaffung der Zonengrenzen, Abzug der Besatzungsmacht, Freilassung der Kriegsgefangenen. Sehr oft steht diese Forderung an der Spitze und wird erst dann gefolgt von konkreten sozialen Forderungen, also insbesondere Normfrage, HO-Preise und konkrete betriebliche oder regionale Beschwerden. Sie finden also, wie gesagt, diese Forderung nach Deutscher Einheit fast überall. Das Problem ist, dass diese Forderung wenigstens verbal der Politik der SED und auch den Vorschlägen der Sowjetunion entsprach. Wie man die Stalin-Note vom März

1952 auch immer einschätzen mag, die Forderung nach deutscher Einheit war an und für sich keine regierungsfeindliche Parole. Man wird davon ausgehen können, dass wenn die Deutschen in Ost und West damals eine Selbstbestimmung hätten ausüben können, es einen sehr schnellen und direkten Weg zur Deutschen Einheit gegeben hätte. Dies aber hätte auch die damals regierende CDU-Regierung unter Konrad Adenauer vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Deutschlandpolitik gänzlich neu zu formulieren. Die Frage ist, ob die Siegermächte 1953 den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung hätten akzeptieren können, so wie sie ihn 1990 schließlich akzeptiert haben. Aufstand für Deutschland war die Frage, diese Frage muss vor allen Dingen in den weltpolitischen Zusammenhängen des Jahres 1953 gesehen werden.

## 5.

Sehr heftig diskutiert wurde in der Vergangenheit die etwas scholastisch anmutende Frage: Arbeiteraufstand oder Volksaufstand? Was kann man hierzu aufgrund neuer Quellen und Detailforschungen sagen? Die Volksbewegung vollzog sich im Rahmen, in den Traditionen und in den Ausdrucksformen der Arbeiterbewegung. Allein die Idee des politischen Massenstreiks und des Generalstreiks stammt ja aus der Arbeiterbewegung, deren Traditionen 1953 in der DDR natürlich zunächst mal positiv belegt waren. Dies hat die spontane und massenweise Akzeptanz der Parole des Generalstreiks ganz bestimmt befördert. So bildeten schließlich konkrete soziale Forderungen mit den politischen Forderungen, also „Nieder mit der Regierung“ „Weg mit der Regierung“, „Neuwahlen in ganz Deutschland“, „Wiedervereinigung“, ein unauflösbares Amalgam mit den konkreten sozialen Forderungen. Politische und soziale Forderungen waren auch von der Logik des Systems her überhaupt nicht voneinander zu trennen. Es ist vollkommen unsinnig anzunehmen, unter den Bedingungen einer Diktatur gäbe es einen unpolitischen Streik oder einen nur sozialen Streik. Jeder Streik in einem kommunistischen Land war vom ersten Moment an, von der ersten Forderung und Streikdrohung an natürlich ein Politikum höchsten Grades und er wurde von beiden Seiten so gesehen. Es gab natürlich Schutzbehauptungen, Leute die danach gesagt haben: „Wir haben ja nur für Normenherabsetzung und die Senkung der HO-Preise gestreikt und wollten politisch überhaupt nichts“. Und es gab auch Gewerkschaftsfunktionäre, die es geschickt verstanden haben, die Forderungen zum eigenen Schutz und zum Schutz ihrer Belegschaft zu entpoli-

tisieren und auf konkrete soziale Forderung zu reduzieren. Das ist sehr genau dokumentiert bezüglich der Stalinallee, Baustelle Block 40 und Krankenhaus Friedrichshain. Dort hat es der Gewerkschaftsfunktionär Max Fettling ziemlich gut verstanden, die Forderungen der Arbeiter auf eine rein gewerkschaftliche Schiene zu schieben und dadurch politisch zu entschärfen. Dennoch hat sich aus dieser zunächst rein gewerkschaftlichen Forderung gegen die „Normenschinderei“, eben jenes Steinchen entwickelt, das dann die Lawine auslöste.

Man wird also sagen können, von den Ursprüngen und von den ersten formulierten Forderungen her war die Bewegung im Juni 1953 ohne jeden Zweifel eine Arbeiterbewegung. Die Zentren dieser Bewegung waren die Großbetriebe und die Großbaustellen, die alten industriellen Zentren, übrigens, und das ist schon damals natürlich vielen aufgefallen, alles Orte, die auch die alten Hochburgen der Deutschen Arbeiterbewegung waren, wie Buna, Leuna, Halle a. d. Saale, Leipzig, Dresden und die Großbetriebe im Osten von Berlin. Dennoch ging die soziale Breite des Aufstandes weiter. Als die Arbeiter aus den Betrieben heraus in die Städte zogen, haben sich ihnen sozial nicht genau begrenzte Menschenmassen angeschlossen. Das reichte von Schülern und Hausfrauen über Studenten und Angestellte. Wenn man sich die soziale Zusammensetzung von Streikkomitees und von überregionalen Komitees wie in Halle a. d. Saale oder in Görlitz ansieht, dann finden Sie auch hier ein ziemlich buntes soziales Spektrum: Ärzte, Lehrer, überhaupt Leute, die von Berufs wegen über eine gewisse Artikulationsfähigkeit verfügen, bis hin zu Studenten. Wenn man nach der spezifischen Rolle der Studenten fragt, darf man nicht vergessen, dass zu diesem Zeitpunkt die Universitäten leer waren. Es war bereits Prüfungs- und Praktikumszeit, und wenn die Arbeiter, die am 16. Juni 1953 Unter den Linden an der Humboldt-Universität vorbeizogen, aus der Universität kein Echo erhielten, so lag das auch daran, dass das Gebäude im Prinzip leer gewesen ist.

So kann man dennoch im letzten von einem Volksaufstand sprechen, allerdings meine ich auch sagen zu müssen, dass der lange Zeit dominierende Begriff des Arbeiteraufstandes durchaus nicht diskriminierend gemeint war, oder herabsetzend, sondern dass er gerade darauf zielte, auch propagandistisch und argumentativ darauf zielte, diesen Widerspruch zwischen dem Anspruch, ein Staat der Arbeiter zu sein, ein Staat der Arbeiter und Bauern, und der Tatsache, dass sich die Arbeiterklasse gegen diesen Staat stellte, deutlich

zu machen. Die Betonung des Begriffs Arbeiteraufstand zielte natürlich genau auf diesen Widerspruch.

## 6.

Gegenwärtig wird der 17. Juni in zwei große Traditionslinien gestellt. Zum einen in die Tradition der demokratischen Volksbewegungen in Deutschland 1848 und 1918. Das ist weniger problematisch, da der Rahmen doch sehr allgemein und sehr weit ist. Diskussionswürdiger und auch schwieriger ist die Kontinuität von 1956, 1968 und 1980/81. Es ist in den Festreden zum festen Topos geworden, den 17. Juni 1953 als ersten Versuch zu bezeichnen, ein kommunistisches Regime abzuschütteln. Es folgte in Ungarn – und parallel dazu in Polen – der zweite Versuch, darauf folgte 1968 der Prager Frühling und schließlich 80/81 die Polnische Arbeiterbewegung, die am 13. Dezember 1981 mit der Verhängung des Kriegsrechtes endete. Dies ist sicherlich richtig. Es ging bei all diesen Bewegungen immer wieder um drei Dinge. Es ging um die Erringung der bürgerlichen Freiheitsrechte, so wie sie ihre klassische Formulierung gefunden haben in den Deklarationen der Menschenrechte vom August 1789. Es ging zweitens in all diesen Fällen – mehr oder weniger deutlich akzentuiert – um nationale Selbstbestimmung. Dies am deutlichsten in Polen und Ungarn im Oktober und November 1956, aber auch bei den Tschechen und Slowaken 1968. Und es ging drittens um bessere Lebensbedingungen und damit auch um soziale Gerechtigkeit. Insofern ist es richtig, diese Bewegung im kommunistischen Machtbereich zusammen zufassen und als eine große historische Freiheitsbewegung zu sehen, die dann schließlich im Herbst und Winter 1989 in der Befreiung Osteuropas vom Kommunismus mündete. Dennoch will ich deutlich sagen, dass es hier auch ganz beträchtliche und fundamental wichtige Unterschiede gegeben hat. Das ist insbesondere deutlich, wenn Sie die Ereignisse rund um den Prager Frühling betrachten, wo eben eine sozialistische Reformbewegung, die sich einen demokratischen und menschlichen Sozialismus auf die Fahnen geschrieben hatte, von der Parteiintelligenz und direkt von den Parteiinstituten in die Gesellschaft hineingetragen wurde und sich erst von oben in eine gesamtgesellschaftliche Befreiungsbewegung verwandelt hatte. Es fehlte schließlich auch das Eruptive und Explosionsartige, was die Interpretation so schwierig macht. Es gab eine sehr lange Phase der konzeptionellen und auch der strategischen Diskussion, eine Phase die im Grunde 1956 begann und zwölf Jahre gedauert hat.

Der entscheidende Unterschied zwischen 1953 und 1989 war schließlich, dass die sowjetischen Panzer in den Kasernen blieben. Das war und blieb die Voraussetzung für den weitgehend friedlichen Sieg der osteuropäischen Freiheitsrevolution. Es hatte sich in der Welt zwischen 1953 und 1989 manches gewandelt. Die Zeichen im Osten standen auf Perestroika und Glasnost, man unternahm in der Sowjetunion den möglicherweise zum Scheitern verurteilten, aber dennoch ernst gemeinten Versuch, den Sozialismus zu reformieren, politisch, ökonomisch, auch von den nationalen Bedingungen her. Was auch immer die ursprünglichen Intentionen von Gorbatschow und seinen Leuten gewesen sein mögen, es bleibt eine Tatsache, dass es ohne diese Wandlung nicht möglich gewesen wäre, das friedlich durchzusetzen. Es hat sich aber in der Welt noch ein zweites gewandelt. Auch die Entspannungspolitik war 1989 eine wichtige Voraussetzung für den friedlichen Verlauf dieser Revolution in der DDR, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei. Es wurde gerade durch die Entspannungspolitik deutlich, dass die Uhren für ein diktatorisches System kommunistischer Prägung – jedenfalls in Europa – endgültig abgelaufen waren. Die Macht war im Grunde durch die Veränderung in der Welt paralytisiert. Im Herbst 1989 hat sich dann das vollzogen, was im Grunde – objektiv oder subjektiv – die Streikenden und Demonstrierenden gefordert hatten: der Nachvollzug der bürgerlichen Freiheitsrechte, die nationale Selbstbestimmung, d. h. in unserem konkreten Falle der Wiedervereinigung und eine erhebliche Verbesserung der sozialen Bedingungen.

## 7.

Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 ist ein schwieriges und widersprüchliches Kapitel deutscher Geschichte. Alle Parteien beriefen sich gern auf die „Brüder und Schwestern in der Zone“, denen durch die Umstände die Äußerungsmöglichkeit genommen war. So kam die offiziöse Erinnerungskultur im Westen schnell in den Verdacht der politischen Instrumentalisierung. Auch der bis 1990 jedes Jahr gefeierte „Tag der deutschen Einheit“ ist oft in Frage gestellt worden. In den Zeiten der Entspannungspolitik gab es Bestrebungen, den Feiertag abzuschaffen. Es war die Gewerkschaft, die den arbeitsfreien Tag verteidigte und die westdeutschen Arbeitnehmer, die doch gar keinen Anteil an den Ereignis hatten, nutzten den freien Tag, bei meist schönem Wetter, gern für eine verlängertes Wochenende. Ein einziges Mal, im Jahre 1990, wurde der 17. Juni als arbeitsfreier Tag in Ost und West gemeinsam begangen, dann wurde es wieder still um den Feiertag.

Dennoch gab und gibt es wohl kaum ein anderes Datum, das besser geeignet wäre, der demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte zu gedenken. Die streikenden und demonstrierenden Arbeiter am 17. Juni 1953 erhoben Forderungen, die sich in Ostdeutschland erst durch die friedliche Revolution des Herbstes 1989 erfüllen sollten. Der 17. Juni sollte als Gedenktag daran erinnern, dass ein Volk nur soviel Freiheit und Demokratie besitzt, wie es sich täglich erkämpft.



**Jörg Roesler**

## **Aufstand gegen die Norm ? Die Arbeiter der DDR und der 17. Juni 1953**

### **1 Die Forderung der streikenden Arbeiter nach Abschaffung der Normen am 17. Juni 1953**

Die Auseinandersetzung mit der Norm stand nicht in jedem der Forderungskataloge, den die streikenden Belegschaften am 17. Juni aufstellten, an erster Stelle. Das Normenproblem wurde jedoch in fast jedem angesprochen.<sup>1</sup> Was für die gesamte DDR galt, sei im Folgenden am Beispiel des Bezirkes mit der – nach Ost-Berlin – umfangreichsten Protestbewegung, dem Bezirk Halle, demonstriert. Gefordert wurde dort vielfach, wie z. B. im Walzwerk Hettstedt, die „Beseitigung der Normerhöhung“. Rückgängig gemacht werden sollte die am 14. Mai 1953 vom ZK der SED beschlossene allgemein obligatorische Steigerung der Arbeitnormen um mindestens 10 %, die am 28. Mai vom Ministerrat der DDR zum Gesetz erhoben worden war.<sup>2</sup> Teilweise war die Forderung nach Wiederherstellung der alten Normen ultimatив an bestimmte Termine geknüpft worden. So verlangten die Streikenden des VEB Braunkohlenwerk Nachterstedt die „Revision der durchgeführten Normerhöhung bis 1. 7.“ Eine Resolution des Kaliwerks „Deutschland“ ließ der SED-Führung mehr Zeit und verlangte eine „generelle Normenüberprüfung“ bis zum 30. 9. 1953.

Die Forderung „Herstellung der alten Normen“, wie sie z. B. von den Streikenden des VEB Lokomotiv- und Waggonbau Ammendorf erhoben wurde, konnte aber auch mehr bedeuten: Sie konnte auch die Rücknahme jener seit

---

1 Die zitierten Forderungen sind entnommen: Klein, Angelika, Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle. H. 3, Dokumente und Statistiken, Potsdam Juni 1993, S. 7-48 und Klein, Angelika, Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, H. 2. Auszüge aus den Parteiakten, Potsdam, Juni 1993, S. 10, 27-28

2 Gesetzblatt der DDR 1953, S. 781

März vom FDGB auf Betriebsversammlungen eingeforderten freiwilligen Normerhöhungen meinen, denen die Arbeiterschaft teilweise, zögernd, und unwillig meist, nachgegeben hatte. Die Nachterstedter waren auch in dieser Hinsicht in ihren Forderungen sehr exakt: Die Normen sollten auf den Stand vom 1. 1. 1953 zurückgeführt werden. In Leuna ging man noch ein paar Schritte weiter und forderte „die Einführung der alten Normen von vor 1951“, d. h. vor der zweiten der drei großen Normenkampagnen der SED.

In einigen Betrieben wurden generellere Forderungen an die Normung gestellt: Verlangt wurde im Rosslauer Schiffswerk eine „gesunde Norm“, die einen „anständigen Stundenlohn“ ermöglichte, letztlich, als ultimatives Ziel, ein „gerechter Lohn“. Wie die Normen (und die Löhne) dann auch immer ausgesehen hätten, ein Teil der Betriebsbelegschaften ging noch weiter: „Weg mit den Normen“ wurde im Bunawerk in Schkopau gefordert. Über Betriebsfunk verkündeten die Streikenden: „Alle Funktionäre (sind) ihrer Funktion enthoben und auch die Normierer gelten als entlassen“. Die „Abschaffung aller Normen“ forderten ebenfalls die Streikenden der Filmfabrik Wolfen. In den „Halloren“ Süßwarenwerken plädierten die Arbeiter für „Sofortmaßnahmen zur Aufhebung des Normensystems“ und die „Einführung eines normalen und gesunden Stundenlohnes“. Offensichtlich hielten die Streikenden in einer ganzen Anzahl von Betrieben Leistungslohn und „gesunden Stundenlohn“ bzw. „gerechte Entlohnung“ für unvereinbar miteinander und mit ihren Vorstellungen von Überwindung der (kapitalistischen) Ausbeutung. Die Forderung der Diamant-Werker nach „Abschaffung der Akkordarbeit“ spiegelte dies durch bewusste Nutzung der seit 1948 offiziell verpönten Bezeichnung für den Stücklohn in Ostdeutschland nur allzu deutlich wider. Tatsächlich war in den Tagen um den 17. Juni die Losung „Akkord ist Mord“ wieder zu hören, ebenso der Spruch: „Akkord ist Mord, Normenerhöhung ist das Gleiche“.<sup>3</sup>

Betrachtet man das gesamte Spektrum der Vorschläge bzw. ultimativen Forderungen zur „Regelung der Normenfrage“, dann wird deutlich, dass der Versuch, die Ursachen der Empörung der Arbeiter in den Tagen des 17. Juni 1953 aufzudecken, nicht bei den Ereignissen ab März 1953 stehen bleiben darf, sondern dass in die Sozial- und Alltagsgeschichte weiter zurückgegangen werden muss als die meisten Analysen der Ereignisse des 17. Juni es

---

3 Klein, Angelika, Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, H.1, Potsdam, Juni 1993, S. 7; Stadtland, Helke: Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1953, Essen 2001, S. 485

bisher überhaupt versuchten<sup>4</sup>, wenn sie den Beginn einer „Vorgeschichte des 17. Juni 1953“ mit der Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ in der DDR auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 bestimmten. Die Ursachenforschung muss auch über die mit dem Jahre 1951 am weitesten zurückreichenden der zitierten Forderungen der streikenden Arbeiter zur Normenrevision hinausgehen, nicht nur bis in die ersten Nachkriegsjahre, als der Akkordlohn zum Leistungslohn umfunktioniert wurde, sondern sie muss noch weiter zurückgreifen bis in Zeit des kapitalistischen Arbeitsregimes, das die Mehrzahl der 1953 in der DDR-Industrie beschäftigten Arbeiter noch aus eigener Erfahrung kannte.

## **2 Der Kampf der Arbeiter gegen den Akkordlohn als Methode kapitalistischer „Schweißauspressung“**

Die Losung „Akkord ist Mord“ war den älteren unter den am 17. Juni 1953 streikenden Arbeitern noch aus den Jahren ihres Entstehens, der Zeit der Weimarer Republik, bekannt. Die zweite Hälfte der 20er Jahre brachte der deutschen Wirtschaft nicht nur die relative Stabilisierung, sondern auch eine bis dahin in Deutschland nicht erfahrene Rationalisierungswelle nach US-amerikanischem Vorbild. 1924 war als Bestandteil der Kostensenkungsoffensive des Kapitals der „Reichsausschuss für Arbeitszeitermittlung (REFA)“ gebildet worden. REFA-Ingenieure, die „Normierer“, beobachteten die Handgriffe der Arbeitenden, führten mit der Stoppuhr in der Hand Zeitaufnahmen durch und fassten ihre an Frederick W. Taylor orientierten Arbeitsstudien zu Normen zusammen, deren Nichterreichen Lohneinbußen zur Folge hatte. Die „wissenschaftliche Schweißauspressung“ (Lenin) erreichte in Deutschland Ende der 20er Jahre einen Höhepunkt.<sup>5</sup>

Die Arbeiter fürchteten als Folge der Normierung vor allem die „Akkordschere“. Diese begegnete ihnen nicht zum ersten Male, aber sie wurde noch nie so massenhaft und konsequent angewandt wie im Zeichen der Rationalisierung. Die „Akkordschere“, ein seit der Jahrhundertwende unter den Arbei-

---

4 Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt der inzwischen zwanzig Jahre alte Aufsatz von Bust-Bartels dar. Bust-Bartels, Axel: Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/1980

5 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33. Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 5, Berlin 1966, S. 207; Ders., Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Studien Bd. 5: 1918-1945, Berlin 1982, S. 160

tern geläufiger Begriff funktionierte so: Wurde der Akkordrichtsatz, d. h. die Zeitvorgabe, an den der Akkordgrundlohn gebunden war, von einem Teil der Arbeiter überboten, weil diese in den Genuss des Zusatzverdienstes gelangen wollten, der an eine Übererfüllung des Richtsatzes geknüpft war, so senkten die Unternehmer häufig nach kurzer Zeit den Stückpreis oder die Vorgabezeit. Alle Arbeiter erhielten dann für die gleiche Leistung weniger Lohn. Die „fleißigsten“ Arbeiter, d. h. diejenigen, die physisch besonders leistungsfähig waren oder verbesserte Arbeitsmethoden anwandten, hatten, wie es im Jargon hieß „die Preise versaut“.<sup>6</sup>

Gegen die Akkordschere, hieß es in einer zeitgenössischen Darstellung, „kämpfen die Arbeiter mit allen Mitteln, die ihnen ihre gewerkschaftliche Organisation oder ihr Solidaritätsgefühl zur Verfügung stellt, (um) die Akkordzeit in ihrem Interesse möglichst lange zu halten. Das Bemühen, durch schnelleres Arbeiten sich einen höheren Akkordlohn zu verdienen, wird von allen organisierten Arbeitern als schimpfliche Akkorddrückerei angesehen. Der Betreffende wird fast wie der Streikbrecher von seinen Kollegen förmlich geächtet. Man kann es deshalb als einen dem Streik ähnlichen Vorgang ansehen, wenn in einer Werkstatt Verabredungen getroffen werden, für einen bestimmten Akkordpreis nicht mehr als das verabredete Quantum Arbeit zu leisten.“<sup>7</sup>

Der Widerstand der Arbeiter richtete sich seit den 20er Jahren nicht nur gegen die Akkordsätze und die Art und Weise ihrer Heraufsetzung, sondern auch gegen die ihnen zugrunde gelegten Formen der Zeitnahme, insbesondere gegen das vor allem in Großbetrieben mittels der Stoppuhr durchgeführte Zeitstudium.<sup>8</sup>

Die Arbeitshetze in den „durchrationalisierten“ Großbetrieben der Berliner Metallindustrie war berüchtigt, wovon auch jener Vierzeiler Zeugnis ablegt, der Ende der zwanziger Jahre unter den Berliner Arbeitern umlief: „Wer nie bei Siemens-Schuckert war, bei AEG und Borsig, der kennt des Lebens Jammer nicht, der hat ihn erst noch vor sich!“<sup>9</sup>

---

6 Vgl. Kuczynski 1982, S. 153-154

7 Schulte, Friedrich, Die Entlohnungsmethoden in der Berliner Maschinenindustrie, Berlin 1906, S. 51-52, 55

8 Vgl. Schmiede, Rudi/Schudlich, Edwin, Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland. Eine historisch-theoretische Untersuchung zum Verhältnis von Lohn und Leistung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt a. M 1977, S. 246

9 Mann, W., Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Erforschung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der deutschen Hauptstadt, Berlin o. J., S. 120

In der Zeit des Nationalsozialismus ging die Arbeitshetze weiter. „Lohnordnende Maßnahmen“ sollten sie absichern. Der Weltkrieg bereitete allerdings 1943 den bereits eingeleiteten Experimenten ein Ende.<sup>10</sup>

### **3 Die Krise des Akkordlohnes in der SBZ während der ersten Nachkriegsjahre**

In den ersten Monaten nach Kriegsende spielten Fragen der leistungsabhängigen Entlohnung in der Mehrzahl der Industriezweige der Sowjetischen Besatzungszone kaum eine Rolle. Zwar hatte eine im Juli 1945 von Seiten der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD) in Realisierung eines Beschlusses des Alliierten Kontrollrates<sup>11</sup> erlassene Anordnung verfügt, dass „Lohnsätze und Gehälter für Arbeiter und Angestellte ..., die vor dem Kriegsende bestanden haben, bestehen bleiben müssen“<sup>12</sup> und damit auch Akkordlohn und Normen bestätigt, jedoch konnte das nicht den Rückgang der Verbreitung des ersteren und den „Rückbau“ der letzteren verhindern, der unmittelbar nach dem Krieg eingesetzt hatte. Die Ursachen dafür waren verschiedenartig. Erstens: Knappheit an Material und Zulieferungen und die nur schrittweise überwindbare Lähmung des Transports führten dazu, dass die Produktion immer wieder stockte, ohne dass dem Arbeiter dafür ein Vorwurf zu machen war.<sup>13</sup> Zweitens hatte sich die Ernährungslage rapide verschlechtert. Die verfügbaren Kalorien pro Kopf sanken stark ab. In Berlin z. B. betrug der Kalorienverbrauch pro Person im September 1946 gegenüber dem Landesdurchschnitt von 1936 nur noch 55 Prozent.<sup>14</sup> Die noch geltenden Arbeitsnormen waren schon aus Gründen der geminderten physischen Einsatzfähigkeit der Werktätigen obsolet geworden. Das galt natürlich auch für die Westzonen, in denen es ebenfalls zu einem „Funktionsverlust des Leistungslohnes“ kam.<sup>15</sup> Drittens hatten sich die politischen Machtverhältnisse in der SBZ rasch verändert – auf Zonenebene und auch in den Betrieben. Betriebsräte waren de facto in vielen Unternehmen, ob privat

---

10 Kuczynski, S. 170-171, Schmiede/Schudlich, S. 303-304

11 Schmiede/Schudlich, S. 319-320

12 Zitiert in: Thalmann, Hans, Löhne und Preise, in: Arbeit und Sozialfürsorge. Jahrbuch von 1945 bis 31. März 1947, Berlin 1947, S. 289

13 Vgl. Mühlfriedel Wolfgang/Wießner, Klaus, Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Berlin 1989, S. 33-38

14 Vgl. Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947, S. 270-271

15 Schmiede/Schudlich, S. 316-317

oder bereits sequestriert, an den Leitungsentscheidungen beteiligt.<sup>16</sup> Die Arbeitervertreter brannten darauf, das verhasste Normensystem, die „Seelenschlosserei“ loszuwerden und den Akkordlohn dazu.<sup>17</sup>

Eine ähnliche Chance, dem Akkordlohn den Garaus zu machen, hatten die Arbeiter und Arbeitervertreter schon einmal, nach der Novemberrevolution, gesehen. Bis zum Jahre 1920 waren Betriebsräte und Gewerkschafter damals in breiter Front gegen den Akkordlohn vorgegangen. In vielen Betrieben war dessen Abschaffung gelungen, in anderen wurde damals sein Stellenwert vermindert.<sup>18</sup>

Ähnlich entschlossen gingen in der SBZ nach dem Zweiten Weltkrieg die fast durchgängig gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte, im Einvernehmen mit den Betriebsbelegschaften, vor. Ungeachtet des durch Befehl Nr. 180 vom Dezember 1945 noch einmal seitens der SMAD bekundeten Willens, am Stücklohn festzuhalten, verringerte sich der Anteil der Akkordlöhner in Ostdeutschland bis Ende 1945 um etwa die Hälfte, von einem Durchschnitt von ca. 50 % auf 20-25 % der Industriearbeiter.<sup>19</sup> Die 1946 und 1947 abgeschlossenen Tarifverträge verankerten diesen Rückgang auch überbetrieblich.<sup>20</sup> Nur in für die Wiederingangsetzung der Produktion und den Wiederaufbau besonders wichtigen Zweigen, wie z. B im Bergbau, wurden die Akkordlöhne nicht durch Zeitlöhne ersetzt. Doch senkte man auch in den Kohle-, Kali- und Erzgruben die Arbeitsnormen signifikant, im Mansfelder Kupferschieberbergbau z. B. um 30 bis 40 %.<sup>21</sup>

Obleich die Arbeitsnormen – oftmals drastisch reduziert – in einem Teil der Industrie der SBZ beibehalten wurden, spielten sie als Leistungsanreiz kaum eine Rolle. 1945 und 1946 und noch Anfang 1947 schien es so, als ob auch im Bergbau die Tage der Akkordarbeit gezählt seien und diese Art der unter dem Kapitalismus entwickelten Entlohnung nach Überwindung der nach-

---

16 Vgl. Matschke, Werner, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945 bis 1948, Berlin 1988, S. 134-139

17 Stadtland, Helke, Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1953, S. 443

18 Vgl. FDGB-Bundesvorstand. Schulungsmaterial für Betriebsfunktionäre: Lohnformen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gegensatz zu Lohnformen in der demokratischen Wirtschaft, Berlin 1949, S. 249

19 Vgl. Matthes, Harry, Das Leistungsprinzip als Grundlage der Entlohnung in der volkseigenen Wirtschaft, Berlin 1954, S. 58, 63

20 Stadtland, S. 443

21 Selbmann, Fritz, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1974, S. 135

kriegsbedingten wirtschaftliche Notlage in Vergessenheit geraten könnte. Die Zeit der „anständigen Stundenlöhne“, des „gerechten Lohnes“ schien greifbar nah.

#### **4 Die erneute Dominanz des Leistungslohnes als Ergebnis der SED-Politik ab 1948**

Die geschilderte Haltung zur Akkordarbeit und zu Normen haben zweifellos die Gewerkschaftsfunktionäre des FDGB bis in den Bundesvorstand hinauf geteilt. Doch auch Funktionären der SED, von der Ebene des Betriebes bis in den Parteivorstand, nicht nur denjenigen, die aus der SPD kamen, dürfte der Niedergang der Akkordarbeit ganz recht gewesen sein. Viele von ihnen, wie der spätere Industrieminister der DDR, Fritz Selbmann, der seine Berufsleben in Bergbau begonnen hatte, hatten die Arbeitshetze des Akkords und die „Seelenschlosserei“<sup>22</sup> der REFA am eigenen Leibe erfahren und als dann schon KPD-Funktionäre in der zweiten Hälfte der 20er Jahre selbst Streiks gegen die Verschärfung des Ausbeutungstempos geführt.<sup>23</sup> Sie hatten, wie Selbmann, nach 1945 die hoffnungsvollen Zeichen eines neuen Verhältnisses zur Arbeit bei den „Aktivisten der ersten Stunde“ gesehen, die „auf dem Fundament ihrer zukunftsweisenden politischen Zielsetzung und der Liebe zu ihrem Volke die Führung im Aufbauwerk übernahmen.“<sup>24</sup> Doch die Illusion, dass deren Beispiel unter den Arbeitern maßgebend werden könnte, verflog bald. Es wurde führenden Partei- und auch Gewerkschaftsfunktionären in der SBZ deutlich: Die Ankurbelung der Arbeitsleistung war fast das einzige Mittel, den stockenden Wiederaufbau fortzusetzen. Der „Blick zurück“ auf Lohnsysteme mit materiellem Anreiz wurde in dieser Lage fast unvermeidbar.

Die „Arbeiter an den Hebeln der Macht“ waren sich sehr wohl bewusst, dass sie bei einer eins-zu-eins-Einführung des alten Akkordsystems in die proklamierte neue Wirtschaftsordnung auf starken Widerstand der Arbeiter treffen würden. Deshalb verhielten sie sich bezüglich des sensibelsten Punktes des Akkordsystems, der Höhe der Normen, bewusst zurückhaltend. Die REFA sei tot. Die Arbeitsnormen hätten sich, so betonten die Funktionäre, an der

---

22 Selbmann, Fritz, Arbeitsproduktivität und Arbeitsnormen, in: Einheit 10/1949, S. 896

23 Vgl. Selbmann, Fritz, Alternative, Bilanz, Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle 1969

24 Selbmann 1974, S. 56

„Normalleistung“ zu orientieren, worunter zunächst die – vergleichsweise niedrige – durchschnittliche Leistung im jeweiligen Betrieb verstanden wurde. Die Höhe des Akkordverdienstes wurde auch nicht begrenzt, d. h. eine hohe durchschnittliche Normübererfüllung führte nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der Norm. Das war erst erlaubt, wenn sich die Arbeitsbedingungen änderten. Und auch dann trauten sich Werkleitung und BGL oft nicht „mit der Stoppuhr an den Arbeiter heranzutreten.“<sup>25</sup> Die Lohnsteuer für Akkordmehrverdienste hatte man teilweise abgeschafft. Die Akkordschere war damit aus dem nunmehr als Leistungslohn bezeichneten Akkordlohnsystem verbannt.<sup>26</sup>

Die Zahl der Leistungslöhner, die 1948 erst 37 % aller Industriebeschäftigten umfasste, stieg bis 1951 in der volkseigenen Industrie bis auf 61 % an. Dieser Anteil übertraf den Prozentsatz der ersten Nachkriegsjahre um das Dreifache und lag auch über dem Anteil der Akkordarbeiter an der Gesamtarbeiterzahl der Industrie im Vorkriegsdeutschland.<sup>27</sup> Der Leistungslohn setzte sich gegen die starke gleichmacherische Stimmung letztlich durch.<sup>28</sup> Doch gemessen an der ursprünglichen Absicht, mit dem Leistungslohn die industrielle Leistung, die nach Einschätzung Selbmanns im Jahre 1948 „einem Grad der Produktivität von im höchsten Falle 60 Prozent des Jahres 1936“ entsprochen hatte,<sup>29</sup> durch Berechnung einer den sich verbessernden Produktionsbedingungen angepassten höheren Normalleistung, signifikant zu steigern, kam die Durchsetzung des Leistungslohnes einem Pyrrhussieg gleich. Durch die Einführung des Leistungslohnes war vor allem der Geldlohn gestiegen, deutlich weniger die Leistung.<sup>30</sup> „Schuld“ waren die Normen. Während die Arbeiter sie als „gesund“ betrachteten, bemängelten SED- und Wirt-

---

25 Arbeit und Sozialfürsorge 9/1949, S. 203

26 Hübner, Peter: Konsens, Konflikt und Kompromiss. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995, S. 22

27 Vgl. Matthes, S. 53

28 Roesler, Jörg, Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Industriebetrieben der DDR 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4/1982, S. 14-15

29 Selbmann 1974, S. 135

30 Im elektrochemischen Kombinat Bitterfeld z. B. erhöhte sich die Gesamtlohnsomme nach der Einführung des Leistungslohns im Frühjahr 1948 um 23 % – die Arbeitsproduktivität nur um 6 %. (Stadtland, S. 433)

schaftsführung, dass es keine „richtigen“ bzw., „echten“, „noch keine wirklich vertretbaren Arbeitsnormen“ seien<sup>31</sup>.

Die Masse der Arbeiter ließ sich durch die normbrechenden „Heldentaten der Aktivisten“, die Adolf Hennekes Sonderschicht vom 13. Oktober 1948 ausgelöst hatte, nicht um ihre Auffassung von „gesunden“ Normen bringen. Die Aktivisten blieben eine deutliche Minderheit unter den Arbeitern. Viele von ihnen waren, wie ganz massiv zunächst auch Hennecke, als „Normbrecher“ den Anfeindungen ihrer Arbeitskameraden ausgesetzt.<sup>32</sup> Insofern erfüllten sich die Wünsche des FDGB-Bundesvorstandes nicht „unter Hinzuziehung von Hennecke-Aktivisten“ in den Werken die „Herausarbeitung der richtigen Normen“ zu beschleunigen.<sup>33</sup> Sofern die Aktivisten später als Arbeitsnormer tätig waren, wurde die Trennung zwischen ihnen und ihren früheren Kollegen eine dauerhafte und totale.<sup>34</sup>

## 5 Der Normenkompromiss zu Beginn der 50er Jahre

Die SED-Führung hielt sich in der Normenfrage 1950 auch deshalb „auffällig zurück“<sup>35</sup>, weil sie eine neue Methode entdeckt hatte (und natürlich auch propagierte), um in die Normen Bewegung zu bringen. Diese Methode hieß „freiwillige Normenerhöhungen“. Als erster steigerte der Bergmann Alfred Baumann im Juli 1949 seine Arbeitsnorm selber. Seinem Beispiel sollen allein im Bergbau in den nächsten Monaten 20 000 Beschäftigte gefolgt sein. Dieses Verfahren der Normenerhöhung entsprach viel eher dem propagierten „neuen Charakter der Arbeit“ als die Erhöhung der Normen über TAN-Büros. Eine Rolle für den Erfolg der Kampagne für „freiwillige Normenerhöhungen“ bei den „fortschrittlichen Arbeitern“ dürfte das Kalkül gespielt haben, auf diese Weise einer Normenerhöhung durch einen Zeitnehmer zu entgehen, die höher hatte ausfallen können.<sup>36</sup> Von dieser Seite aus gesehen

---

31 Brunner, Detlev (Hrsg.), Der Wandel des FDGB zur kommunistischen Massenorganisation. Das Protokoll der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948, Essen 1996, S. 77

32 Satjukow, Silke, „Früher war das eben der Adolf ...“. Der Arbeitsheld Adolf Hennecke, in: Satjukow, Silke/Rainer Gries (Hrsg.), Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 115-132

33 Entschließung der Bitterfelder Konferenz des FDGB, in: Brunner, S. 204

34 Bust-Bartels, S. 36-37

35 Hübner, S. 43

36 Stadtland, S. 436

hatte die von Seiten der SED-Führung 1948 aufgerichtete „Drohkulisse“ administrativer Normenerhöhungen zwischen 15 und 30 % doch Früchte getragen. Die freiwilligen Normenerhöhungen waren aber auch seitens der Arbeiter ein stillschweigendes Eingeständnis dessen, dass ein beträchtlicher Teil der Normen *unter* der – durch die Verbesserung der Ernährung und der Ausrüstung – gestiegenen Leistungsfähigkeit vieler Arbeiter lag, es sich also, wie man damals sagte, um „weiche Normen“ handelte.

Die weitere Gestaltung der Normenarbeit auf der Grundlage freiwilliger Normenerhöhungen erhielt Auftrieb durch die im März 1950 vom FDGB-Bundsvorstand ausgelöste Bildung von Arbeitsbrigaden.<sup>37</sup> Der Plan der FDGB-Führung, bis Ende des Jahres mindestens 15 000 Brigaden zu schaffen, wurde rasch überboten. Im Juni gab es bereits mehr als 24 000, Ende des Jahres 98 000 Brigaden. Eine wesentliche Ursache für die rasche Ausbreitung der „Bewegung der Arbeitsbrigaden“ lag darin, dass die neue Organisationsform der Produktionsarbeiter, die vielfach an die Stelle der für die kapitalistische Zeit charakteristischen Kolonnen trat, nicht nur von den Instrukteuren des FDGB gewollt war, sondern auch von der Industriearbeiterschaft angenommen wurde. Mit der raschen Ausbreitung der Arbeitsbrigaden schienen in den Augen der FDGB-Führung die Aktivitäten der Arbeitenden in der DDR jenem Zustand näher zu kommen, den der Marxismus-Leninismus für die ausbeutungsfreie Gesellschaft vorausgesagt hatte.<sup>38</sup>

Zumindest soweit sich diese Hoffnungen auf die Lösung der Normenfrage bezogen, waren sie jedoch völlig vergeblich. Schaut man sich die im Laufe des Jahres 1950 bzw. im ersten Halbjahr 1951 zwischen den Arbeitsgruppen und den Werksleitungen abgeschlossenen Brigadeverträge an, dann waren sie mehr auf Sicherung der vorhandenen Normen und Mitbestimmung bei deren Veränderung, als auf die verlangte Akzeptierung der Ergebnisse von Zeitstudien ausgerichtet. In dem von Werkleitung, BGL und Brigadier im März 1951 in einem Reichsbahnausbesserungswerk (Potsdam) unterschriebenen Vertrag hieß es zur Normung: „Die Norm hat eine Gültigkeit bis zum 1. Juni 1951 und darf bis zu diesem Zeitpunkt von Seiten der Werkleitung

---

37 Roesler, Jörg, Probleme des Brigadealltags. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben 1950-1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37/1997, S. 7

38 Roesler, Jörg, Zur Rolle der Arbeitsbrigaden in der betrieblichen Hierarchie der VEG, in: Deutschland Archiv 5/1997, S. 739

nicht geändert werden. Eine Änderung der Norm ist nur zulässig auf der Grundlage der freiwilligen Normenerhöhung durch die Brigade.“<sup>39</sup>

Auch der Versuch, über die im Frühsommer 1951 erstmals ausgehandelten Betriebskollektivverträge in der Normenfrage zu neuen Lösungen zu kommen<sup>40</sup>, misslang wegen des generellen Widerstandes gegen arbeiterfeindliche Bestimmungen in diesen Plänen. Bereits 1952 wurden alle „Lohn- und Arbeitsbedingungen“ betreffenden Regelungen aus dem BKV herausgelassen und zentral geregelt.<sup>41</sup>

Der zwischen 1948 und 1952 durch gewisse Arrangements zwischen den Arbeitern und den Funktionären immer wieder hergestellte „Betriebsfrieden“ in der Normenfrage darf nicht dazu verleiten, anzunehmen, dass die Arbeiter sich mit dem Leistungslohn abgefunden hätten. Aus „einer Art Sozial-Opportunismus“ heraus<sup>42</sup> bekämpften die Arbeiter jedoch Leistungslohn und Normen nicht bzw. nicht mehr offen, sahen den Stücklohn aber in ihrer Mehrheit weiterhin als ein ihren Vorstellungen von einer sozialgerechten Gesellschaft fremdes Element an, als ein kapitalistisches Relikt, als eine wie eh und je gegen sie gerichtete Methode der Schweißauspressung.

Wenn in den DDR-Medien über derartige Haltungen in der Arbeiterschaft auch geschwiegen wurde, so machte eine Institution sie publik und pflegte sie: der RIAS

## 6 Die Normenkampagne des RIAS im Frühjahr 1953

Der RIAS, berichtet dessen ehemaliger Mitarbeiter, der Journalist Manfred Rexin über dessen Rolle am 17. Juni 1953, „hatte in den drei Monaten, die seit dem Tod Stalins vergangen waren, immer wieder ... über die vielerorts lautstarke Kritik an erhöhten Arbeitsnormen und strittiger Lohnbemessung berichtet“.<sup>43</sup> Das tat er allerdings nicht ohne Wissen und Billigung seiner Auftraggeber. Noch in ihrem letzten Amtsjahr (1952) hatte die Regierung Truman „ein Programm politischer und subversiver Maßnahmen zur ‚reduc-

---

39 Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Zentrales Gewerkschaftsarchiv (ZGA), A42/970/4538, unpag

40 Keller, Dietmar, *Lebendige Demokratie*, Berlin 1971, S. 202-203

41 Bust-Bartels, S. 41

42 Hübner, S. 54

43 Rexin, Manfred, „Sie haben heute einen Sieg errungen“, in: *Der Tagesspiegel* vom 15.6.2003

tion of Soviet potential in Eastern Germany“ autorisiert. Eine Schlüsselrolle hatte die Administration dabei „ihrem“ RIAS zugedacht. In diesem Sinne führte der RIAS „seit Frühjahr 1953 eine gezielte Kampagne gegen die Normenerhöhungen“.<sup>44</sup>

Der RIAS<sup>45</sup> war bemüht, den ostdeutschen Arbeitern zu vermitteln, dass sie unter dem „SED-Regime“ unendlich schufteten“ müssten. Von „Hetztempo“ wurde gesprochen und den Arbeitern suggeriert, dass sie „brutalsten Ausbeutungsmethoden“ ausgesetzt seien, denen sie sich um den Erhalt ihres Lebens willen entziehen sollten. Eine vom RIAS propagierte „Aktion Schnecke“ stand 1951 unter dem Motto: „Willst Du bald Deinen Grabstein sehen, lass Dir doch Deine Norm erhöhen“.<sup>46</sup> Ohne dass es von den RIAS-Redakteuren ausgesprochen wurde, suggerierten die normenbezogenen Sendungen in „Werktag der Zone“, wochentags zwischen 5.35 und 5.45 früh gesendet, natürlich noch etwas anderes: Dass unter den freiheitlich-demokratischen Bedingungen der Bundesrepublik das Arbeitstempo gemüthlicher sei.

Gegen Ende des Jahres 1952 und besonders seit dem Frühjahr 1953 wurde die Normenfrage, die parallel am frühen Abend auch in „Berlin spricht zur Zone“ wiederholt Gegenstand der Sendung war, im „Werktag der Zone“ zum beherrschenden Thema. Zwischen dem 2. April und dem 28. Mai 1953 hatten 21 Sendungen des „Werktag der Zone“ ausschließlich die Normenfrage zum Thema. Dass das Thema Normen immer mehr ins Zentrum dieser RIAS-Sendung für die „Zone“ rückte, lag zunehmend auch an der dramatischen Entwicklung, die das Normenproblem im Frühjahr 1953 in der DDR nahm.

---

44 Ostermann, Christian M., Die USA und die DDR, in: Ulrich Pfeil (Hrsg.), Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 168

45 Vgl. für die folgenden Abschnitte: Wacket, Markus, „Wir sprechen zur Zone“. Die politischen Sendungen des RIAS in der Vorgeschichte der Juni-Erhebung 1953, in: Deutschland Archiv 9/1993, S. 1035-1039

46 Bei den Bemühungen des Westens, in der DDR Langsamarbeit zu propagieren, wurden zuweilen merkwürdige Wege gegangen. So wurde eine gefälschte 12-Pfg-Briefmarke, auf der drei Werk tätige in berufstypischer Kleidung abgebildet waren, in den Osten geschickt, auf denen zu lesen war: „Arbeite langsam in der Undeutschen Undemokratischen Republik“. (Vgl. Friedrich-Wilhelm Schломann. „Zurück! Unzulässig!“ Der deutsch-deutsche Briefmarkenkrieg, in: Deutschland Archiv 2/2002, S. 634)

## 7 Der „Feldzug für strengste Sparsamkeit“ und seine Auswirkungen auf Lohn und Lebensstandard der ostdeutschen Arbeiter im Frühjahr 1953

Anfang Februar 1953 beschloss das ZK der SED einen „Feldzug für strengste Sparsamkeit“. Zur Begründung wurde u. a. auf die „unproduktive Vergeudung von Arbeitskraft infolge mangelhafter Arbeitsnormen“<sup>47</sup> hingewiesen. Der den „Feldzugsplan“ eigentlich ausmachende Maßnahmenkatalog verlangte, „für die produktive Ausnützung des Arbeitstages und die Steigerung der Arbeitsproduktivität ... technisch begründete fortschrittliche Arbeitsnormen einzuführen.“ Anders als früher beließ die SED-Führung es dieses Mal nicht bei einer Mängelbeschreibung und Appellen ans Bewusstsein der Werktätigen, sich für die Beseitigung des Normen-Misstandes zu engagieren. Vielmehr wurde verlangt: „Der Kampf um die Erhöhung der Normen ist zu organisieren.“<sup>48</sup>

Im März 1953 fasste der Bundesvorstand des FDGB in Auswertung des „Feldzugsplanes“ einen Beschluss zur „Organisierung einer Bewegung für die Erhöhung der Arbeitsnormen“. Er war bemüht, dabei den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und plädierte für freiwillige Normenerhöhungen.

Derartige Kampagnen hatte es seit der ersten im Sommer 1949 wiederholt gegeben.<sup>49</sup> Sie hatten immer nur eine gewisse Wirkung erzielt und stets auch Widerspruch hervorgerufen. Im Frühjahr 1953 war jedoch die Bereitschaft der Arbeiter, mitzumachen und sei es auch nur deshalb, um „Schlimmeres zu verhüten“, d. h. Zeitstudien und darauf basierenden Normenerhöhungen zu entgehen, äußerst gering. Die Proteste dagegen waren ungewöhnlich groß. Streikdrohungen und kleine Streiks waren auch in den vorangegangenen Jahren in den Betrieben nichts ungewöhnliches gewesen. Im Frühjahr 1953 wurden sie jedoch häufiger. Es kam auch seitens der Arbeiter zur Androhung und Anwendung von Gewalt.<sup>50</sup>

---

47 Feldzug für strengste Sparsamkeit, in: Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II, Berlin 1955, S. 159

48 Zur ökonomischen Politik ..., Bd. I, S. 162

49 Vgl. Ewers, Klaus, Zu einigen langfristigen Auswirkungen des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 für die DDR, in: Die DDR vor den Herausforderungen der achtziger Jahre, Köln 1983, S. 5

50 Stadtland, S. 483-485

Teilweise hatte das damit zu tun, dass die „freiwilligen“ Normerhöhungen ungewöhnlich rüde angemahnt wurden, vor allem aber war die Reaktion der Arbeiter auf andere parallel von der SED-Führung ergriffene Maßnahmen zurückzuführen, die formell mit Leistungslohn und Normen nichts zu tun hatten, tatsächlich aber für die Beschäftigten die gleichen Wirkungen hatten wie die verlangten freiwillige Normerhöhungen – eine Beeinträchtigung ihres Lebensstandards nämlich.

Zwei Wochen nach der Verkündung des „Feldzugs für strengste Sparsamkeit“ durch das ZK der SED hatte der Ministerrat eine Reihe von befristeten Verkaufsbeschränkungen ausgesprochen, die das Resultat reduzierter Lebensmittelimporte waren. Zucker, Öle und Fette konnte man in der HO, d. h. ohne Lebensmittelmarken, nun nicht mehr unbeschränkt erwerben. Für Butter gab es sogar eine HO-Verkaufssperre. Die Lebensmittelverknappung war mit Preiserhöhungen verbunden. Das betraf Zucker, aber auch Fleischwaren und Öl.<sup>51</sup>

Führten die Preiserhöhungen bei einigen Lebensmitteln ebenso wie die Streichung von Fahrpreisermäßigungen der Reichsbahn zu einer Reallohnsenkung, so zielten die im Rahmen des „Feldzugs“ geforderten Maßnahmen „einer strengen Kontrolle über die Verwendung des planmäßigen Lohnfonds“<sup>52</sup> durch Kürzung von Lohnzuschlägen und Rückstufungen in niedrigere Lohngruppen in die gleiche Richtung.<sup>53</sup> Damit waren im wesentlichen alle Punkte berührt worden, die von den Arbeitern zuvor für eine Aufbesserung von Löhnen genutzt worden waren.<sup>54</sup>

Diese gezahlten Löhne galten in den Augen eines beträchtlichen Teils der Arbeiter allerdings generell als zu niedrig, um ihnen ein ihrer Leistung angemessenes Einkommen zu sichern. In diese Situation hinein kam die nachdrückliche Aufforderung von Seiten der FDGB-Führung, die Normen freiwillig zu erhöhen. Gaben die Arbeiter diesem Verlangen in jenem Maße nach wie etwa 1949 oder 1951, so hätte das bedeutet, dass – je nach der Realität der Normenvorgabe am individuellen Arbeitsplatz – vervielfachte Anstrengungen notwendig gewesen wären, um auf die gleiche Normerfüll-

---

51 Barthel, Horst, Die Versorgungskrise, in Cerny, Jochen (Hrsg.), Brüche – Krisen – Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 112-113

52 Zur ökonomischen Politik ..., Bd. I, S. 162

53 Vgl. Faber, Dorothea, Einkommensstruktur und Lebenshaltung in der sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1953, S. 24-27

54 Stadtland, S. 483

lung oder den gleichen Lohn wie bisher zu kommen. In jenen Fällen, wo die bisher gültigen Normen wenig oder keine „Reserven“ enthielten, waren Nominallohnverzicht und Reallohnverzicht unvermeidlich. Die Kampagnen von 1949 oder von 1951 waren schon deshalb mit der Normenkampagne von 1953 nicht vergleichbar, weil jene in einem für die Arbeiter günstigeren sozialen Umfeld stattgefunden hatten, unter den Bedingungen steigender Tarifröhne oder während einer sich qualitativ und quantitativ deutlich verbessernden Ernährungssituation.

Die unwillige Reaktion der Arbeiter im März, April und Mai 1953 auf die Aufforderung des FDGB, die Normen freiwillig zu erhöhen, ist also nachvollziehbar, der Misserfolg der Aktion ebenso wie das Zögern der Gewerkschafts- und Parteifunktionäre vor Ort, unziemlichen Druck auf die Arbeiter auszuüben, verständlich. Die Antwort der SED-Führung auf die Unwilligkeit vor Ort, die Normen freiwillig zu erhöhen, erfolgte am 14. Mai 1953 auf dem 13. Plenum des ZK der SED und bestand in der Verkündung einer allgemeinen obligatorischen Normenerhöhung um mindestens 10 %.

Der Schritt der Verkündung von pauschalen Normerhöhungen war, wie bereits gesagt, durch die SED-Führung schon einmal, im Spätsommer 1948 unternommen worden. Aufgrund des negativen Widerhalls unter der Arbeiterschaft war er damals jedoch abgemildert und stillschweigend zugunsten freiwilliger Normenerhöhungen zurückgenommen worden. Dieses Mittel war im Mai 1953 bereits ausgereizt. Das Bestehen auf der pauschalen Normenerhöhung widersprach ungeachtet dessen der bisherigen Verhaltensweise der SED-Führung, die erstmalig die bis dahin praktizierte Vorsicht in der Normenfrage aufgab. Das lässt sich nur mit der seit dem Herbst 1952 zunehmend verzweifelten Wirtschafts- und Haushaltslage der DDR erklären, die im Gefolge sowjetischer Aufrüstungsforderungen entstanden war.<sup>55</sup>

Der durch das Politbüro am 9. Juni 1953 beschlossene und am 11. Juni öffentlich gemachte „Neue Kurs“ beinhaltete deshalb auch die Rücknahme der seit der Verkündung des „Feldzugs für strengste Sparsamkeit“ getroffenen Sparmaßnahmen, insbesondere gegenüber den „Privaten“ und ihren Familienangehörigen.<sup>56</sup> „Vergessen“ wurde allerdings die Rücknahme der pauschalen Normerhöhungen, obwohl, wie aus den Betrieben dem Bundes-

---

55 Skizziert ist sie in: Otto, Wilfriede, Dokumentation: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED, in: Utopie kreativ 147/2003, S. 210

56 Vgl. „Beschluss des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, in: Otto, S. 213-220

vorstand des FDGB bekannt war, vor allem die Rücknahme der Normenerhöhungen erwartet wurde.<sup>57</sup> Dass in der Normenfrage alles beim einmal Beschlossenen bleiben sollte, rechtfertigte der Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes Otto Lehmann in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ sogar noch am Morgen des 16. Juni mit den Worten „Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollen Umfang richtig“ und müssten „bis zum 30. Juni 1953 mit aller Kraft“ verwirklicht werden.<sup>58</sup> Erst in den Mittagsstunden jenes Tages sendete der DDR-Rundfunk eine Erklärung des SED-Politbüros, in dem es hieß, der Beschluss, die Arbeitsnormen auf administrativem Wege zu erhöhen, sei „völlig falsch“ gewesen. Das Politbüro schlage der Regierung vor, den unrichtigen Beschluss vom 28. Mai unverzüglich aufzuheben.<sup>59</sup> Doch diese Entscheidung hatte auf die bereits in Gang gekommenen Streikbewegung keinen Einfluss mehr.

Der Frage, warum die Rücknahme der administrativen Normerhöhungen zunächst „vergessen“ worden war, haben sich die zum 17. Juni Forschenden bisher kaum gestellt. Es ist auch, trotz allem entwickelten Eifers, offensichtlich bisher nicht gelungen, einen schriftlichen Nachweis für die Ursachen dieser „Vergesslichkeit“ zu finden.

Nach meinem Dafürhalten bieten sich für die Unterlassung der Normenrevision bei Verkündung des Neuen Kurses mehrere Erklärungen an.

Erstens ist die Aufhebung des Normenbeschlusses nicht von sowjetischer Seite gefordert worden.<sup>60</sup> Möglich ist, zweitens, dass man im FDGB-Bundesvorstand bzw. in der SED-Führung<sup>61</sup> meinte, Normmanipulationen mit Blick auf die Zukunft auf keinen Fall länger zu dulden. Drittens könnte – ausgehend davon, was von der Haltung der Partei-, Gewerkschafts- und Staatsspitze bezüglich „weicher Normen“ gedacht wurde – die Beibehaltung der Normerhöhung auch das Ergebnis eines rein ökonomischen Kalküls gewesen sein. Wenn auch bestimmte wirtschaftliche Erleichterungen, die die Sowjetunion in Aussicht stellte, die Ausgabenpolitik des DDR-Staatshaushalts

---

57 Stadtland, S. 489

58 Zitiert in: Heitzer, Heinz; Arbeiterprotest, Putsch oder Volksaufstand? In: Cerny, S. 132

59 Vgl. Diederich, Torsten, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991, S. 59; Stadtland, S. 487

60 Vgl. „Über die Maßnahmen zur Gesundung der politische Lage in der Deutschen Demokratischen Republik“, in: Otto, S. 213-217

61 Diederich nimmt an, dass Lehmanns Artikel in der Tribüne von Ulbricht initiiert war. (Diederich, S. 59)

in naher Zukunft insgesamt elastischer gestalten würden, so bedeutete die Rücknahme der Sparmaßnahmen gegenüber dem Mittelstand und der Bauernschaft erneut eine fiskalische und versorgungsmäßige Belastung, die über Lohneinschränkungen „gegenzufinanzieren“ durchaus sinnvoll erscheinen konnte.

Dass derartige rein fiskalisch begründete Überlegungen, sofern sie zum Festhalten an der Normenerhöhungen geführt haben, politisch eine vollständige Fehlleistung waren und durch die Unterlassung einer Revision die Normenfrage ins Zentrum der Streikbewegung rücken musste, sei hier nur am Rande vermerkt.

Der Aufstand am 17. Juni 1953 wurde so – fast zwangsläufig möchte man sagen – ein Aufstand gegen die Norm. Aber er war mehr als das, er war auch ein Aufstand gegen die FDGB- und SED-Führung, gegen die Regierung der DDR.

## **8 „Wer mehrmals die gleichen Fehler macht ...“ Die Verquickung von ökonomischen und politischen Forderungen durch die Streikenden am 17. Juni 1953**

In den Forderungskatalogen der Streikenden am 17. Juni 1953 – wiederum wird vor allem auf Betriebe in Sachsen-Anhalt zurückgegriffen – stehen beide Forderungen, die betriebs- bzw. lohnpolitische und die hochpolitische oft direkt nebeneinander. „Die Senkung der Normen und den Sturz der Regierung“ forderten die Streikenden im Mansfeld-Kombinat im selben Atemzuge. „Heruntersetzung der Norm und Rücktritt der Regierung“, diese Forderungen wurden von der Streikleitung der Flussspatwerke Fluor in ein- und derselben Zeile abgehandelt.<sup>62</sup> Die – wie es dem heutigen Betrachter erscheinen mag – Vermengung zweier doch sehr unterschiedlicher Ebenen ist offensichtlich von den Arbeitern so nicht wahrgenommen worden. Für sie war die zweite Forderung eine logische Folgerung aus der ersten. Genauso wie die Normen ausgewechselt oder abgeschafft werden sollten, so auch die Repräsentanten von Gewerkschafts- und Parteiführung sowie die Regierungsspitze, wenn „freie und geheime Wahl einer gesamtdeutschen Regierung“ gefordert wurden, wie etwa auf einer Protestversammlung der VEB „Halloren“ Süßwarenwerke selbst noch am 18. Juni.<sup>63</sup> Anders ausgedrückt,

---

62 Klein II, S. 55, 65

63 Klein III, S. 10

wenn man für einen „anständiger Stundenlohn“ arbeiten wollte, so brauchte man dazu eine anständige Regierung. Das konnten „Spitzbart, Bauch und Brille“<sup>64</sup> nach Auffassung der Streikenden nicht bzw. nicht mehr sein.

Eine direkte Verbindung zwischen Normenproblem und Regierungssystem zu ziehen, wie es die Arbeiter taten, war auch keineswegs abwegig. Vielmehr war ein enger Zusammenhang durch die SED-Führung und FDGB-Führung selbst hergestellt worden: Statt den Leistungslohn als eine von mehreren Lohnformen zu sehen, wurde er den Arbeitern in unzähligen Kampagnen als alleinige richtige Verwirklichung des Marx-Wortes „Jedem nach seiner Leistung“ interpretiert. „Jedem seinen Leistungslohn nach TAN“ empfand die Mehrheit der Arbeiter allerdings nicht als die einzig annehmbare Interpretation des Marx-Wortes. Das entsprach auch nicht ihren Vorstellungen vom „gerechten Lohn“.

Auch gab es keine Verlautbarung des ZK der SED, die konstatierte, dass zwar ein Zusammenhang zwischen Norm und Plan bestände, aber der Plan auch ohne wissenschaftlich-technische Normen funktionieren könnte. Statt dessen arbeitete das 6. Plenum des ZK der SED in Zusammenhang mit der Normenkampagne von 1951 in seiner Entschließung mit Sätzen wie „Ohne technische Normen ist eine Planwirtschaft unmöglich.“ Und vergaß nicht hinzuzufügen „So lehrt uns der Genosse Stalin.“<sup>65</sup> Schließlich wurde im Frühjahr 1953 noch der Fauxpas begangen, die Durchsetzung der Normenerhöhung terminlich an Ulbrichts 60. Geburtstag zu binden. Mehr konnte die SED-Führung Ökonomie und Politik kaum miteinander verquicken.

Aber es war nicht nur die Normenkampagnenpolitik der SED, die die Arbeiter veranlasste, mit der Auswechslung der Normen auch die der Regierung zu fordern. Der „Werktag der Zone“, jene speziell für die Arbeiter geschaffene RIAS-Sendung, hatte daran durchaus seinen Anteil. Die Sendung hatte, wie bereits gesagt, ab April/Mai die Normenfrage zu einem Dauerthema gemacht. Der RIAS sprach von der pauschalen Normerhöhung als vom „größten Lohnraub seit Jahrzehnten“. Die Sendung, die prinzipiell nur über gelungene Streiks gegen die Normerhöhungen berichtete, schwelgte in „Solidarität, Dank und Bewunderung (gegenüber) den heldenmütigen Belegschaften, die durch ihre Streiks an die Spitze des erbitterten Abwehrkampfes der

---

64 gemeint waren damit Ulbricht, Pieck und Grotewohl

65 Die neuen Methoden der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, in: Zur ökonomischen Politik, Bd. 1, S. 126.

Arbeiter gegen den Normenraubzug getreten waren“ und verkündete immer wieder: „Auf breiter Front ist dieser Kampf entbrannt“. Sie feuerte an: „Denkt nicht, Kollegen, dass Euer Kampf aussichtslos ist! Nicht umsonst laufen die leitenden Funktionäre des FDGB-Bundesvorstandes herum wie aufgescheuchte Hühner. ... Das sind die ersten Anzeichen, daß die Staatskapitalisten ihres Ausbeuter-Triumphes unsicher geworden sind. Macht davon Gebrauch, stoßt nach Kollegen! ... Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil ... Jede Normenerhöhung dient der Stärkung des Systems, dessen Sturz und Ende das wichtigste politische Anliegen der Arbeiter ist.“<sup>66</sup>

Die Arbeiter selbst haben den engen Zusammenhang zwischen Lohnpolitik und hoher Politik wiederholt auf eine einfache Formel gebracht. In der Schiffswerft Rosslau erzwangen am 17. Juni die Beschäftigten eine Versammlung, auf der der BetriebsparteiSekretär sich veranlasst sah, zu erklären, dass seitens der SED Fehler gemacht worden seien. Von dem danach sprechenden Bauarbeiter vermerkt das Protokoll u. a. folgende Sätze „Ja, es wurden Fehler gemacht. Nun, Kollegen, wenn wir Fehler machen, werden wir eingebuchtet. Warum zieht man diese Leute nicht zu Rechenschaft?“ Ein Werftarbeiter erklärte im Anschluss daran: „Die Normenfrage ist doch so, weil immer hintergehinkt wurde und dieselben Fehler gemacht wurden. ... Wenn Fehler gemacht werden, einmal ja. Werden sie fortgesetzt, dann wird es schon kritischer. Was wird mit den Führungskräften? Sollen sie weitermachen? (Zurufe: Nein, rausschmeißen!)“<sup>67</sup> Auf den Kern gebracht hieß das: Wer in der Normenfrage wiederholt die gleichen Fehler gemacht hat, hatte das Recht verwirkt, in der Regierung bzw. an der Macht zu bleiben.

So politisch diese Auffassung in ihrer Konsequenz auch war, so wenig sollte sie als Entscheidung zwischen den damaligen politischen Systemen der DDR und der BRD oder gar zwischen Kapitalismus und Sozialismus geduldet werden, obwohl SED- und FDGB-Führung viel dafür getan hatten, technisch begründete Normen für den Kern des planwirtschaftlichen Systems auszugeben.

---

66 Wacket, S. 1038-1039, 1042

67 Klein III, S. 28-29. Ganz ähnlich argumentierte nach dem 17. Juni ein Arbeiter des Berliner VEB Großdrehmaschinenbau „7. Oktober“ gegenüber Ulbricht. „Erklären Sie uns mal: wenn ich schlecht arbeite an meinem Kessel, dann fliege ich. Sie haben öffentlich gestanden, dass sie politisch schlecht gearbeitet haben, aber Sie bleiben“. (zitiert in: Bust-Bartels 1980, S. 52-53.)

Was das *politische* System betrifft, so ist es für uns interessant, zu verfolgen wie die Diskussion auf jener Versammlung in der Schiffswerft Rosslau am 17. Juni 1953 weiterging: Derselbe Kollege, der heftige Kritik an der DDR-Regierung geübt hatte, wandte sich dann dem zu, was man heute gern als „Systemvergleich“ bezeichnet. Er sagte „Nehmen wir an, Konrad Adenauer würde noch Fehler machen. Was hätte die Opposition dazu gesagt?“ Und dann plötzlich und ohne Überleitung gab er eine Warnung vor der anderen deutschen Regierung. „Aber seid sachlich, Kollegen, sonst kommen wir eventuell vom Regen in die Traufe“. <sup>68</sup>

Forderungen nach einer Absetzung der DDR-Regierung gab es am 17. Juni häufig. Die Forderung nach einem Anschluss an Adenauers Republik – Chancellor Democracy werden amerikanische Soziologen später das von ihm angeführte autoritative bundesdeutsche Regierungssystem der 50er Jahre nennen <sup>69</sup> – findet sich darunter nicht. Gefordert wurde immer eine gesamtdeutsche Regierung, nicht eine westdeutsche, die auch für den Osten zuständig sein sollte. <sup>70</sup> Das belegen Parolen der Streikenden am 17. Juni, über die seinerzeit der „Spiegel“ berichtete, und die man, als der 17. Juni in der BRD zum „Tag deutschen Einheit“ erkoren wurde, dort schnell vergaß: „Räumt Euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ Oder „Fort mit Ulbricht und mit Adenauer, wir verhandeln nur mit Ollenhauer“. <sup>71</sup>

In den Forderungskatalogen der Streikenden am 17. Juni lassen sich Rufe nach Aufhebung der Planwirtschaft bzw. für die Einführung der freien Marktwirtschaft, die in der Bundesrepublik seit 1949 unter dem Namen „Soziale Marktwirtschaft“ firmierte, oder gar Forderungen nach der Reprivatisierung des Volkseigentums nicht finden. <sup>72</sup> Zwischen den Arbeitern, die den Rücktritt der DDR-Regierung forderten und jener bundesdeutschen Expertengruppe, die seit März 1952 im „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ über die Konditionen für den Tag X, an

---

68 Klein III, S. 29

69 Vgl. z. B. Conrads, David P., *The German Polity*, New York 1978. Hier beziehe ich mich auf die 5. Auflage, New York 1993, S. 145-146, 149-150

70 „In keinem Streikprogramm war ... die Rede von einem Beitritt oder der sofortigen Vereinigungen mit der Bundesrepublik“, resümiert Angelika Klein ihre Recherchen über den 17. Juni im Bezirk Halle. (Klein, Angelika, *Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle*, H. 1, Potsdam 1993, S. 31

71 *Der Spiegel* 26/1953, S. 7, zitiert in: Bust-Bartels, S. 50

72 Bust-Bartels, S. 26

dem die DDR Teil der Bundesrepublik würde, beriet,<sup>73</sup> bestanden m. E. kaum geistige Gemeinsamkeiten.

Ein aufmerksamer und der SED-Führung bestimmt nicht wohlgesonnener Zeitzeuge aus dem anderen Teil Berlins, Willy Brandt, hat in einer 1955 vorgenommenen Einschätzung des 17. Juni 1953 erklärt, dass von den Streikenden nirgends eine „restaurative Tendenz“ vertreten wurde, dass es ihrerseits „unzweideutige Vorbehalte“ gegenüber der Politik der Bundesregierung gab.<sup>74</sup>

## 9 Schlussbemerkung

Schlussfolgern lässt sich also, bezogen auf das Thema des Beitrages: Ja, am 17. Juni 1953 gab es einen Aufstand gegen die Norm, gegen die Art der Normsetzung, vielfach auch gegen die Normierung und den Leistungslohn überhaupt. Und es war auch ein Aufstand gegen diejenigen, denen es nicht gelungen war, für die Beseitigung der „weichen Normen“ ein Verfahren zu finden, das Lohnsenkungen vermied.

Aus der Perspektive der Geschichte des Normenproblems in der DDR, und nur von dieser aus wurde in diesem Beitrag die Entwicklung in Ostdeutschland seit 1945 detaillierter betrachtet, ergab sich die Forderung der Streikenden nach der Absetzung der DDR-Regierung und ihre Ersetzung durch eine freigewählte und wie die Arbeiter hofften, für ihr Anliegen gerechter Entlohnung aufgeschlossenerer gesamtdeutsche Regierung mit einer gewissen Zwangsläufigkeit. Sie ergab sich als Konsequenz aus den wiederholten Fehlern, die von „Partei und Regierung“ und natürlich auch vom FDGB, dessen Ersatz durch eine unabhängige Gewerkschaft oft Bestandteil der Forderungskataloge am 17. Juni war<sup>75</sup>, seit 1949 gemacht worden waren. Der Aufstand gegen die Norm wurde so zum Aufstand gegen die „Normierer“ oder – wenn man Norm im weiteren Sinne interpretiert, gegen die im Osten Deutschlands etablierte sowjetische Variante des planwirtschaftlichen und

---

73 Vgl. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Erster Tätigkeitsbericht 152/53, (Auszug), Bonn 1954, S. 7, 10

74 Brandt, Willy, Arbeiter und Nation, Berlin 1955, S. 41-42

75 Charakteristisch war der auf einer Protestversammlung der „Halloren“ Süßwarenwerke von den Versammelten mit großer Mehrheit verabschiedete Forderungskatalog, in dem der Punkt enthalten war: „Gerechte Gewerkschaftspolitik, keine einseitige, d. h. die Gewerkschaft soll kein Anhängsel der Partei sein.“ (Klein III, S. 10)

politischen Systems. Allerdings hat schon Bust-Bartels auf eines hingewiesen: Es handelte sich um eine Interessenartikulation, die „den allgemeinen sozialistischen Rahmen des Systems nicht sprengte“.<sup>76</sup> Wolfgang Leonhard hat diese im Vorfeld des 30. Jahrestages des 17. Juni erarbeitete Feststellung aufgenommen und erweitert, indem er anlässlich des 50. Jahrestages des Arbeiteraufstandes in der DDR, von einer Gewerkschaftszeitung interviewt, erklärte, dass der 17. Juni „auf eine weitgehend freie, demokratische Staatsstruktur auf sozialistischer Grundlage zielte.“<sup>77</sup>

---

76 Bust-Bartels 1980, S. 26

77 Ver.di publik Juni /2003, S. 17

**Andreas Malycha**

## **Die Intellektuellen und der 17. Juni 1953**

Walter Ulbricht setzte nach dem 17. Juni 1953 die Legende in die Welt, die Intelligenz hätte voll und ganz hinter der Regierung gestanden. Auch spätere Analysen in Ost und West bedienten diese Version. Erleichtert worden ist diese Legendenbildung, weil der Blick zu sehr auf den Tag des 17. Juni und nicht auf die Gesamtsituation einer länger andauernden Gesellschafts- und Systemkrise gerichtet wurde. Die These, wonach die Intellektuellen bei den Ereignissen im Juni 1953 vollkommen abseits standen, ist im Lichte der nun zugänglichen Quellen nicht mehr zu halten. Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler und Hochschullehrer riefen freilich nicht öffentlich zur Teilnahme an den Streiks auf, doch auf Kunst, Wissenschaft und Kultur konnten die sozialen Konfliktstoffe und der Protest nicht ohne Auswirkungen bleiben.<sup>1</sup> Im Folgenden sollen die Situation der Intellektuellen im Vorfeld des 17. Juni, ihr Verhalten während der Juni-Ereignisse und die Debatten danach über die Politik der SED-Führung näher betrachtet werden.

### **1 Intelligenzpolitik seit Anfang der fünfziger Jahre**

Hinter dem systembedingten Begriff „Intelligenzpolitik“ stand das Bestreben der SED-Machtelite zur gesamtgesellschaftlichen Einbindung von Kunst, Kultur und Wissenschaft. Die bewusste politische Steuerung dieser Bereiche, die Einflussnahme auf personell bedeutsame Positionen im Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsbetrieb der DDR wurde im Selbstverständnis der SED als

---

1 Vgl. hierzu: *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Volkserhebung ohne „Geistesarbeiter?“ Die Intelligenz in der DDR, in: *Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle* (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1996, S. 129-169; *Werner Mittenzwei*, *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000*, Leipzig 2001, S. 111-163; *Siegfried Prokop*, *Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation*, Schkeuditz 2003

Instrument zur Umsetzung gesamtgesellschaftlicher Ziele gesehen. Innerhalb dieser Bemühungen verfolgte die SED-Führung allerdings keineswegs einen geradlinigen Kurs. Ihre Politik gegenüber den Intellektuellen war von Schwankungen, wiederholten Kurskorrekturen und periodisch einsetzenden ideologischen Offensiven gekennzeichnet. Seit Anfang der fünfziger Jahre proklamierte das SED-Politbüro erstmals eine solche ideologische Offensive, in deren Ergebnis sie eine neue, eine sozialistische Intelligenz etablieren wollte.<sup>2</sup>

Den Auftakt für diese Offensive bildete eine ganze Reihe von zentralen Veranstaltungen des Zentralkomitees der SED. Im März 1951 proklamierte das Zentralkomitee den „*Kampf gegen den Formalismus in der Kunst*“. In Anlehnung an die damals in der Sowjetunion geführte Kunstdiskussion glaubte die SED-Führung mit der Bekämpfung moderner westlicher Kunstformen, die Bevölkerung für Kunst und Literatur gewinnen zu können. Mit der Zurückweisung der Moderne versuchte das Politbüro, die Künstler zu disziplinieren. Auch in der Kunst und Literatur sollte der Führungsanspruch der Partei gelten. Die Tagung im März 1951 wandte sich auch gegen die Tradition der revolutionären deutschen Kulturbewegung vor 1933, die irreführend unter „Proletkult“ zusammengefasst wurde.<sup>3</sup> Das richtete sich speziell gegen die Auffassung und die Tradition des Theaters, wie es von Brecht in Berlin praktiziert wurde. Die neu gegründete Deutsche Akademie der Künste hatte sich von Anfang an gegen die von Kulturpolitikern der SED erhobenen Vorwürfe des Formalismus zu erwehren.

Zum Formalismus rechnete die SED Kunstrichtungen und Kunstwerke, die angeblich die Form verabsolutieren und den Inhalt vernachlässigen. Der Formalismus-Vorwurf wurde in zweierlei Hinsicht verwandt: gegen Kunstströmungen im Westen und gegen Werke und Auffassungen von Künstlern im eigenen Land. Formalismus in kapitalistischen Ländern zeuge demnach vom Verfall der bürgerlichen Kunst. Der dekadente bürgerliche Künstler, so wurde behauptet, zeige die Inhaltsleere der kapitalistischen Gesellschaft, ohne ihre Ursachen kenntlich zu machen. Selbst bei einer im Einzelfall durchaus gelungenen Formgestaltung verschleierte er durch fehlenden Realismus die Wirklichkeit. Auf die DDR angewandt, beinhaltete der Formalis-

---

2 Vgl. *Andreas Malycha*, „Alle Wege führen zum dialektischen Materialismus.“ Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952, in: *Deutschland Archiv*, Heft 3, 2001, S. 410-426

3 Vgl. *Mittenzwei*, *Die Intellektuellen*, S. 102ff

mus-Vorwurf Kritik an Kunstauffassungen, die auf Übernahmen westlicher Stilelemente basierten und so den Kriterien des „sozialistischen Realismus“ nicht genügen würden. In der Geschichte der Kulturpolitik der DDR ist in den frühen fünfziger Jahren der Formalismus offiziell als Gegenbegriff zu dem des „sozialistischen Realismus“ verwandt worden, was erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit und Öffentlichkeitswirksamkeit von Künstlern und Schriftstellern hatte. Die mit der ZK-Entschließung vom März 1951 vollzogene Verdammung von vermeintlichen formalistischen Strömungen in allen Künsten gehörte zweifelsohne mit zu dem entscheidenden Faktor, der zu Unmut, Unzufriedenheit und Protesten von Intellektuellen im Vorfeld des 17. Juni zu zählen ist.

Darüber hinaus erhöhte die politische Führung den ideologischen Druck auf den gesamten Kultur- und Wissenschaftsbereich. Der Prozess gegen den tschechischen Parteiführer Rudolf Slansky hatte gravierende negative Folgen für jüdische Intellektuelle in der DDR. Der Theaterkongress im Januar 1953 erhob das sowjetische Theater offiziell zum Vorbild. Die Volksbühnenorganisation wurde liquidiert. Kurzum: Das politische Umfeld schnürte den Intellektuellen regelrecht die Luft zum Atmen ab.

Parallel dazu änderte sich der Stellenwert von Wissenschaften und Hochschulen in der SED-Politik. Sie sollten jetzt einen weitaus stärkeren Beitrag zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung leisten. In diesem Kontext wandelte sich auch das Verhältnis zu Wissenschaftlern und Hochschullehrern.<sup>4</sup> So erklärte Fred Oelßner – in der Parteiführung für Wissenschaft und Hochschulen verantwortlich – im Juni 1951 auf einer theoretischen Konferenz: *„Der dialektische Materialismus, der von Marx und Engels begründet, von Lenin und Stalin weiterentwickelt wurde, ist die erste und einzige wissenschaftlich begründete Weltanschauung ... Darum kann wirkliche Wissenschaft nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gedeihen. Je gründlicher die Wissenschaftler dies verstehen, um so besser werden sie die Wissenschaft vorwärts bringen.“*<sup>5</sup> Das richtete sich insbesondere gegen die bürgerlichen Intellektuellen mit nichtmarxistischen Lehrmeinungen an den Hochschulen, die im Rahmen der bislang betriebenen Intelligenzpolitik mit ihren Fachkenntnissen in den gesellschaftlichen Aufbau integriert werden

---

4 Vgl. *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 2003, S. 170ff

5 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), Nachlass Fred Oelßner, NY 4215/42

sollten.<sup>6</sup> Unter Aufkündigung bisher geltender bündnispolitischer Arrangements sollte das gesellschaftskritische und alternative Potential der bürgerlichen Hochschullehrer jetzt nicht nur begrenzt und beschränkt, sondern weitgehend ausgeschaltet werden. Zum Kriterium für die Beurteilung der Intellektuellen hatte die SED zwar schon von Anfang an vorrangig die politische Gesinnung gemacht, nun forderte sie aber nicht nur politische Loyalität, sondern ein positives politisches Bekenntnis. Mit der gleichzeitig inszenierten Kampagne gegen den „bürgerlichen Objektivismus und Kosmopolitismus“ an den Universitäten verstärkten sich die Bemühungen, weltanschauliche Fragen zur Grundlage der Berufungspolitik in geisteswissenschaftlichen Disziplinen zu machen.<sup>7</sup>

Nach der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 wurde von den Geistes- und Sozialwissenschaften offen „Parteilichkeit“ im Dienste des Aufbaus des Sozialismus verlangt. Auch auf die Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Fakultäten erhöhte sich der politische Druck.<sup>8</sup> Die forcierte sozialistische Umgestaltung wurde mit einer ideologischen Offensive begleitet, die weiten Teilen der Gesellschaft den Kampf ansagte. Die SED-Führung benötigte die Atmosphäre des Klassenkampfes sowohl als Triebkraft wie auch als Legitimation ihrer Politik. Die Repressivmaßnahmen richteten sich gegen alle Schichten der Bevölkerung und deren politischen Exponenten, die nach dem Schema des Marxismus-Leninismus nicht der Arbeiterklasse angehörten. An den Universitäten bekam die alte Professorenschaft die Folgen der sich seit Anfang der fünfziger Jahre radikalisierenden Intelligenzpolitik und hochschulpolitischer Wandlungen zu spüren.<sup>9</sup> So riefen beispielsweise Vertreter der ZK-Abteilung Wissenschaft und Hochschulen Ende Januar 1953 während einer Zusammenkunft der SED-Parteiorganisation der Pädagogischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum ideologischen Kampf gegen alle „Ausflüsse der bürgerlichen Pseudowissenschaft“ auf.<sup>10</sup>

---

6 Vgl. Hans-Uwe Feige, Der Umgang mit nonkonformen Lehrmeinungen von Hochschullehrern. Ein Aspekt der Hochschulpolitik der SED (1949-1961), in Deutschland Archiv, Heft 6, 1996, S. 907ff

7 Vgl. ders., Die SED und der „bürgerliche Objektivismus“ 1949/50, in: Deutschland Archiv, Heft 10, 1995, S. 1074ff

8 Vgl. Andreas Malycha, Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR von 1945-1961, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 30-31, 20. Juli 2001, S. 14-21

9 Vgl. Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999, S. 52ff

10 Vgl. SAPMO BArch, DY 30/IV 2/904/81

Die dort kolportierte Auffassung, eine nicht auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus stehende Arbeit sei unwissenschaftlich, entsprach den zentralen politischen Orientierungen und beherrschte das Verhältnis der Partei- und Verwaltungsbürokratie gegenüber allen Produzenten von Kultur, Bildung, Kunst, Literatur und Wissenschaft.

Im Kontext der Politisierung jener Gesellschaftsbereiche, die das Ideologiemonopol der SED potentiell in Frage stellen konnten, nahmen die Formen weltanschaulicher Indoktrinationen neue Dimensionen an. Hierzu gehörte die Verpflichtung nicht nur für Studenten aller Fakultäten, sondern auch für Lehrkräfte an den Universitäten und Hochschulen, an Schulungen oder Zirkeln der marxistisch-leninistischen Theorie teilzunehmen. Zugleich wurde der allgemein praktizierte Spionageverdacht auch auf den Kultur- und Wissenschaftsbetrieb ausgedehnt. Im Mai 1953 hieß es im „Neuen Deutschland“: *„Gleichzeitig wird selbstverständlich ein entschiedener und unerbittlicher Kampf gegen diejenigen Vertreter der Intelligenz geführt, die unter Mißachtung ihrer gesellschaftlichen Pflichten in verbrecherischer Absicht Verbindungen mit westlichen imperialistischen Agenten aufnehmen und versuchen, in der Deutschen Demokratischen Republik Spionage, Sabotage und Diversion zu betreiben.“*<sup>11</sup> Als Folge dieser auch stets ideologisch motivierten politischen Kampagnen häuften sich die Verhaftungen von Studenten und Lehrkräften.<sup>12</sup>

An den Universitäten und Hochschulen der DDR kam es infolge politischer Indoktrinationen und finanzpolitischer Einschränkungen (Rücknahme von Sozialleistungen, veränderte Reisekostenabrechnung, Stellenreduzierungen, Lohn- und Gehaltskürzungen, Wegfall von Steuererleichterungen) zum Anwachsen der Abwanderung.<sup>13</sup> Nach einer Statistik des Staatssekretariats für Hochschulwesen verließen im ersten Halbjahr 1953 152 Hochschullehrer die sechs Universitäten und die Technische Hochschule Dresden, davon 15 Professoren, 28 Dozenten und 109 Assistenten.<sup>14</sup>

---

11 Die Bedeutung der Intelligenz beim Aufbau des Sozialismus, in: *Neues Deutschland*, 24. Mai 1953

12 Vgl. *Marianne Müller/Egon Erwin Müller*, „... stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, (1954), Reprint Berlin 1994; *Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller*, Anpassung, Widerstand und Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961, Köln 1994

13 Vgl. *Anke Huschner*, Der 17. Juni 1953 an Universitäten und Hochschulen der DDR, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 5/1991, S. 685

14 Vgl. Bundesarchiv, Bestand DDR: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, DR 3/211

Schon im Verlauf des Jahres 1951 kam es zu ersten Unmutsbekundungen über die rigide Politik gegenüber den Intellektuellen und Wissenschaftlern. So beklagte der Direktor des Instituts für Landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Jena, Prof. Henkelmann, im September 1951 in einem Schreiben an Ministerpräsident Otto Grotewohl den Fortgang „unserer besten Wissenschaftler von der Universität Jena“, was er auf die verschiedenen Formen politischer Gängelung sowie zahlreiche bürokratische Hürden für das Betreiben echter wissenschaftlicher Forschungsarbeit an den Universitäten zurückführte. Die zuständige Hochschulbehörde, das 1951 neu gebildete Staatssekretariat für Hochschulwesen, betrachtete er geradezu als Hemmschuh der Wissenschaft: *„Hier sei auf die unhaltbaren Zustände in dieser Behörde überhaupt hingewiesen, in der junge Nichtfachkräfte mit Aufgaben betraut sind, die sie niemals erfüllen können. Das aber führt zu einer Holzhammerpolitik, die jede Wissenschaft erschlägt.“*<sup>15</sup> Henkelmann schilderte auch seine persönliche finanzielle und materielle Situation, die seiner Meinung nach in krassem Widerspruch zu den amtlichen Verlautbarungen zur finanziellen Besserstellung der wissenschaftlichen Intelligenz stünde. Auf vielfältige Weise, so sein abschließendes Urteil, sei ein Klima des Misstrauens entstanden, die viele Gelehrte dazu veranlasse, auf gepackten Koffern zu sitzen. *„Ich schreibe diesen Bericht nicht, um Hilfe oder Unterstützung zu erbitten, sondern lediglich um darzutun, warum in letzter Zeit (seit 1948) nicht weniger als 41 Professoren, Dozenten und leitende Angestellte der Universität Jena die DDR verlassen haben ... Auch bei mir ist das Maß des Erträglichen voll und ein vielleicht nur geringfügiger Anlaß kann auch meine Kündigung und das Verlassen der DDR nach sich ziehen.“*

Die alte Hochschullehrergeneration stand generell den offiziellen politischen Ankündigungen der SED-Führung kritisch und misstrauisch gegenüber. Sie hegte den begründeten Verdacht, dass sie unter bündnispolitischen Aspekten nur so lange geduldet würde, bis eine von der Parteiführung gewünschte „neue Intelligenz“ an ihre Stelle treten werde. Der Gewerkschaftsvorsitzende der Bergakademie Freiberg, Prof. Lange, artikuliert derartige Befürchtungen gegenüber einem Vertreter des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft: *„Unsere Professoren haben im allgemeinen ein gewisses Gefühl der Unsicherheit und des Geduldetseins. Aus gelegentlichen Bemerkungen von Genossen, teils in kleineren, teils in höheren Funktionen, entnehmen sie, daß sie von uns als Menschen mit bürgerlichen Auffassungen bezeichnet*

---

15 SAPMO BArch, Nachlass Otto Grotewohl, NY 4090/559

*werden, die nicht innerlich zu uns gehören, sondern die wir nur vorübergehend gezwungen sind, zu dulden, weil eine wissenschaftliche Intelligenz, die aus Arbeiterkreisen stammt, in noch nicht genügendem Maße vorhanden ist. Die betrachten sich als auf die Zeit angestellt und rechnen damit, früher oder später ausgebootet zu werden, wenn wir sie nicht mehr brauchen.*<sup>16</sup>

Der gewiss nicht falsche Eindruck des nur „Geduldetseins“ resultierte auch aus der traditionellen Intellektuellenfeindlichkeit des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung, die unter den Funktionären der SED – insbesondere unter jenen, die nach 1945 auf der mittleren Ebene erstmals politische Verantwortung trugen – ihre Fortsetzung fand.

## **2 „Intelligenzpolitik“ in der Sackgasse: Das Wachsen von Unmut, Unruhe und Protest**

Nach der 2. Parteikonferenz häuften sich die kritischen Stimmen. In verschiedenen Diskussionsforen kam der Unmut über die Politik der SED gegenüber den Intellektuellen zur Sprache. Situationsanalysen des „Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz“, die Debatte auf der zentralen Intelligenzkonferenz im Mai 1953 oder auch die Diskussionen im Präsidialrat des Kulturbundes belegen, dass die Verärgerung über die Intelligenzpolitik der SED weite Teile der Intellektuellen erfasst hatte. Der Präsident des Kulturbundes, Johannes R. Becher, sah den Kern dieser Missstimmungen im geistigen Leben der DDR in dem Fakt begründet, dass keine offene geistige Auseinandersetzung stattfindet.<sup>17</sup>

Willkürliche administrative Entscheidungen des zentralen Regierungsapparates sorgten wiederholt für Verärgerungen unter Intellektuellen. Im Juli 1952 brachte der Präsident der Kammer der Technik, Heinrich Franck, auf einer Präsidialratstagung des Kulturbundes die Sorgen und Nöte von Ingenieuren und Technikern zur Sprache. Dazu gehöre, so meinte er, das Auftreten und die unziemliche Behandlung durch subalterne Instanzen der Verwaltungen. Diese herabwürdigende Behandlung käme selbst in den höchsten Instanzen der Regierung und Partei zur Anwendung.<sup>18</sup> Tatsächlich verbarg sich hinter dem Verhalten von Verwaltungsinstanzen die tief verankerte Intellektuellen-

---

16 Aktenvermerk des Verwaltungsdirektors der Bergakademie Freiberg über ein Gespräch vom 25. Juni 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

17 Vgl. *Prokop*, Intellektuellen im Krisenjahr 1953, S. 48ff

18 Vgl. ebenda, S. 23ff

feindlichkeit innerhalb der SED, die in krassem Gegensatz zu den öffentlichen Proklamationen der SED-Führung stand.

Zu den Ursachen für die Unzufriedenheit der Intellektuellen hieß es in einer Analyse des Kulturbund-Präsidentsrates: *„Sie haben das Gefühl, verfolgt zu werden. Bei Verhaftung werden oft die Angehörigen nicht verständigt, weshalb und wohin. Vielfach arbeitet unser Verwaltungsapparat bürokratisch, ohne Verständnis für die Lage der Intelligenz und für ihre Bedürfnisse. Teilweise ist noch Intelligenzfeindlichkeit im Staats- und Parteiapparat.“*<sup>19</sup> Der Schriftsteller Arnold Zweig hielt am 13. Januar 1953 im Petitions-Ausschuss der Volkskammer eine leidenschaftliche Rede gegen die rigiden Methoden der Strafjustiz in der DDR, die 25 Jahre Zuchthaus mit Leichtigkeit verhängte.<sup>20</sup> Weil Zweig sich mehrfach sehr ungehalten über die willkürlichen Verhaftungen geäußert hatte, war er nach Auffassung seines westlichen Freundeskreises in akute Gefahr geraten.

Unter Schriftstellern und Künstlern fehlte es im Vorfeld des 17. Juni nicht an Bemühungen, Partei und Regierung auf die unerträglich gewordene Lage aufmerksam zu machen. Im Januar 1953 sah sich die Akademie der Künste genötigt, die Beschwerden ihrer Mitglieder zusammenzufassen und auszuwerten. Als immer wiederkehrender Kritikpunkt wurde – wie auch schon unter Hochschulangehörigen – die bürokratische Behandlung durch die staatlichen Organe, insbesondere durch die staatliche Kunstkommission genannt. Komponisten, Maler und Bildhauer empörten sich über die Verständnislosigkeit der Kunstkommission gegenüber ihrer Kunst. In dem Papier der Akademie der Künste war von einer Grundstimmung die Rede, in der die jetzigen Verhältnisse als eine Diktatur der Funktionäre über die Künstler angesehen würden.<sup>21</sup> SED-Kulturfunktionäre und Mitarbeiter staatlicher Behörden wurden als eine Schicht angesehen, die sich berufen fühlte, darüber zu entscheiden, ob Kunst richtig oder falsch sei. Vor dem Hintergrund dieser Grundstimmung konnte die Verärgerung und Verbitterung eines großen Teils der Intellektuellen durchaus in einen offenen Konflikt umschlagen.

Als direkte Folge des Anwachsens von Beschwerden verschiedener Intellektueller an Otto Grotewohl, der von ihnen offensichtlich in Fragen der

---

19 Untersuchungen über die Lage der Intelligenz durch die Bezirkssekretariate des Kulturbundes, Zusammenfassung durch die Bundesleitung des Kulturbundes, in: SAPMO BArch, DY 27/500

20 *Prokop*, Intellektuellen im Krisenjahr 1953, S. 35f

21 Vgl. *Mittenzwei*, Die Intellektuellen, S. 116

Wissenschaft, Kunst und Kultur noch immer als eine Art Vertrauensperson angesehen wurde, trug der Parteiapparat Stimmungsberichte zusammen und fertigte interne Analysen an. In einer Analyse des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom Frühjahr 1953 hieß es über die Gründe für die als „Republikflucht“ bezeichnete Abwanderung nach Westdeutschland: *„Frage der Rechtssicherheit im weitesten Sinne des Wortes. Angefangen bei der Einhaltung von Verträgen und Versprechungen, z. B. über den Aufbau von Instituten bis zu Fragen der Verhaftung und der Benachrichtigung von Verwandten Verhafteter.“*<sup>22</sup> Außerdem sorgten die Exmatrikulationen von Studenten, insbesondere von Angehörigen der Jungen Gemeinde, wegen „Disziplinlosigkeit“ und „Wirtschaftsverbrechen“ für Unruhe an den Universitäten. Öffentlich diskutierte Strukturreformen, vor allem die geplante Neugründung von Pädagogischen Hochschulen, hinterließen den Eindruck, Schließungen von bestimmten Fakultäten stünden unmittelbar bevor. Schließlich war der im Kontext von speziellen Fördermaßnahmen zur materiellen Privilegierung der Wissenschaftler versprochene Bau von Eigenheimen für Intellektuelle ins Stocken geraten bzw. die Versorgung mit Baumaterialien abgebrochen worden.<sup>23</sup> *„Viele Professoren erklären deshalb heute, wir beschränken uns nur noch auf unsere Berufstätigkeit im engsten Sinne. Für alles andere lehnen wir die Verantwortung ab. Verbittert sehen sie dieser Entwicklung zu.“*<sup>24</sup>

Vor dem Hintergrund dieser besorgniserregenden Stimmungsbilder kam es zu ersten Reaktionen der SED-Führung. Am 9. Juni 1953 lud Kurt Hager, Leiter der ZK-Abteilung Wissenschaft und Hochschulen, etwa siebzig ausgewählte Wissenschaftler zu einer als offen deklarierten Aussprache, auf der die Sorgen und Nöte der Intellektuellen zur Sprache kommen sollten. Tatsächlich wurden zahlreiche Klagen über die Unzulänglichkeiten der staatlichen Wissenschafts- Hochschul- und Kulturpolitik vorgetragen. Über die gravierendsten Probleme der Wissenschaftler wurde notiert: „Wir wünschen als Partner behandelt zu werden, d. h. die Regierung (das Staatssekretariat für Hochschulwesen, das Ministerium für Volksbildung, das Ministerium für Gesundheitswesen) sollte Gesetze und Verordnungen und ihre Durchführung

---

22 Bundesarchiv, DR 3/3950

23 Von dem im April 1949 gebildeten „Förderungsausschuß für die deutsche Intelligenz“ wurden im Zeitraum von 1951 bis 1953 zinslose Darlehen bzw. Beihilfen für den Bau von Einfamilienhäusern für Angehörige der „Intelligenz“ in Höhe von über 6 Millionen Mark bereitgestellt

24 Schreiben der Parteileitung der Universität Halle an die Abteilung Wissenschaft und Hochschulen des ZK der SED vom 19. Juni 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

mit uns beraten und nicht einfach administrativ dekretieren ... Von fast allen Wissenschaftlern wurde eine großzügige Behandlung des Interzonenpaßwesens gefordert, wobei besonders auf die heranwachsenden Wissenschaftler hingewiesen wurde. Sehr umfangreich waren die Klagen über die Behinderung der Belieferung mit wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und dem Ausland und ebenso die schlechte und bürokratische Behandlung der Materiallieferung (chemische und physikalische Apparate, Reagenzien und Chemikalien). Von den Medizinern wurde besonders noch geklagt, daß die Verstärkung des Lehrkörpers durch den Nachwuchs infolge Nichtgenehmigung von Pflichtassistenten gefährdet sei.<sup>25</sup>

Die in dieser Aussprache deutlich werdende Ohnmacht, den Anordnungen der staatlichen Bürokratie hilflos ausgeliefert zu sein, war sicherlich nicht nur an den Universitäten und Hochschulen weit verbreitet. Nun konnte selbst für die politischen Entscheidungsträger nicht mehr übersehen werden, dass die in sich widersprüchliche Politik gegenüber Künstlern, Schriftstellern, Hochschullehrern und Wissenschaftlern nicht zu den gewünschten Effekten geführt hatte. Doch weitreichende Konsequenzen blieben aus. Kurt Hager schlug angesichts seiner aus dieser Beratung gewonnen Eindrücke lediglich Korrekturen in der Arbeit des Staatssekretariats für Hochschulwesen vor. Das Politbüro wandte sich in dem am 9. Juni 1953 verkündeten „Neuen Kurs“ unverbindlich gegen die Vernachlässigung der Interessen der Intelligenz, kritisierte Einschränkungen der Reisetätigkeit von Wissenschaftlern in die Bundesrepublik sowie einen bürokratischen Arbeitsstil von staatlichen Institutionen bei Anträgen auf Ausstellung von Interzonenpässen.<sup>26</sup> Es wurden lediglich Erleichterungen bei der Ausstellung von Interzonenpässen in Aussicht gestellt. Die bislang geltenden Leitlinien der „Intelligenzpolitik“ blieben auch nach der Proklamation des „Neuen Kurses“ unangetastet.

### **3 Die Reaktion unter den Intellektuellen auf den 17. Juni 1953**

Insgesamt hatte sich am Vorabend des 17. Juni auf vielfältige Weise unter Künstlern, Schriftstellern, Wissenschaftlern, Hochschullehrern und Ärzten ein erhebliches Maß an Frustrationen, Enttäuschungen und Unzufriedenheit über die herrschende Politik der SED gegenüber den Intellektuellen ange-

---

25 SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

26 Vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band IV, Berlin 1954, S. 428-431

staut.<sup>27</sup> Dies dokumentierten auch die SED-internen Analysen und Stimmungsberichte. Doch bei aller Unzufriedenheit unter den Intellektuellen war es nicht die Hochschullehrerschaft, die zum öffentlichen Protest neigte. Im Gegensatz zu den Bauern, städtischen Mittelschichten, den Intellektuellen und den Kirchen wurden die Belastungen der Industriearbeiter in den Zustandsanalysen des Parteiapparates weitgehend ausgeklammert. Aber gerade in den Industriebetrieben brodelte es, denn die Norm- und Lohnfrage hatte sich zu einem sozialen und politischen Konfliktstoff zwischen der Arbeiterschaft und der SED-Führung entwickelt.<sup>28</sup> Generell zeichnete sich die Lohnpolitik als jener Bereich aus, der jederzeit geeignet war, hochsensible Reaktionen der betroffenen Arbeiter auszulösen. Der kleinste Anlass reichte aus, um die Unzufriedenheit über die SED-Politik in offenen Widerstand umschlagen zu lassen.

Die Anhäufung sozialer Konfliktstoffe, die fehlende Legitimität der SED in der Bevölkerung sowie auch die unübersehbare Ratlosigkeit der Führung, einen Ausweg aus der gesellschaftlichen Krise zu finden, mündeten in einen Volksaufstand.<sup>29</sup> Am 17. Juni 1953 geriet das Herrschaftssystem der SED das erste Mal an den Rand des Zusammenbruchs. Die SED-Führung sah letztlich keinen anderen Ausweg, als sich ganz auf das Eingreifen sowjetischen Militärs zu verlassen, um ihre Herrschaft zu sichern.

Aufgrund der geschilderten Stimmungslage kann es nicht überraschen, dass sich die Intellektuellen während der Junitage keineswegs loyal gegenüber SED-Führung und Regierung verhielten.<sup>30</sup> Allerdings ist das Spektrum ihres Auftretens sehr breit. Bei der Beurteilung ihres Verhaltens ist vor allem ihre

---

27 Vgl. *Andreas Malycha*, Im Spannungsfeld zwischen Loyalität und Renitenz. Der 17. Juni 1953 und die Wissenschaftler, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 1, 2002, S. 1-22

28 Vgl. *Peter Hübner*, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995; *Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter*, „Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt!“ Die Arbeiterschaft während der Krise 1952/53, in: Der Tag X – 17. Juni 1953, S. 31-74

29 Zur neueren Literatur vgl. u. a. *Ilko-Sascha Kowalczyk*, 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003; *Rolf Steininger*, 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003; *Ulrich Mählert* (Hrsg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand und seine Vorgeschichte, Bonn 2003; *Hubertus Knabe*, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003; *Torsten Diedrich*, Waffen gegen das Volk. Der Aufstand vom 17. Juni 1953, München 2003; *Hans Bentzien*, Was geschah am 17. Juni? Vorgeschichte – Verlauf – Hintergründe, Berlin 2003; *Thomas Flemming*, Kein Tag der deutschen Einheit. 17. Juni 1953, Berlin 2003

30 Vgl. *Prokop*, Intellektuelle im Krisenjahr 1953, S. 78ff

soziale Differenziertheit, das sie umgebende Milieu, ihre Erfahrung bzw. ihre biografische Verankerung in Rechnung zu stellen. Hochschullehrer riefen zwar nicht direkt zur Teilnahme an den Streiks auf, doch auf die Universitäten konnten die sozialen Konfliktstoffe und der Protest nicht ohne Auswirkungen bleiben. Die materielle Privilegierung sowie die in Aussicht gestellten gut dotierten Einzelverträge für Wissenschaftler und Fachkräfte stellten zwar eine im Vergleich zur Arbeiterschaft einzigartige soziale Begünstigung dar. Diese führte jedoch nicht zwangsläufig zu politischer Bindung und Loyalität. Auch die Rücknahme bestimmter Restriktionen im Rahmen des „Neues Kurses“ konnte die Unzufriedenheit über die seit 1951 eingeleiteten Hochschulreform nicht wesentlich mildern.

Die Hochschullehrerschaft reagierte auf die Geschehnisse des 17. Juni äußerst unterschiedlich.<sup>31</sup> An allen Universitäten und Hochschulen fehlte es in der Tat nicht an politischen Loyalitätserklärungen. Auf der andern Seite sind Beispiele widerständigen Verhaltens aufgrund der uneingeschränkt zugänglichen Quellen inzwischen gut dokumentiert.<sup>32</sup> Viele verhielten sich abwartend und demonstrierten eine Art von Neutralität des Wissenschaftlers, die dem tradierten Berufsethos entsprach. Auf der anderen Seite ist eine Beteiligung an den Demonstrationen nachweisbar, in einigen Fällen fielen die Vorlesungen mit klar erkennbaren Motiven aus. In einem Informationsbericht über die Universität Leipzig hieß es: *„Trotzdem kam es weder zu einer Arbeitsniederlegung der Arbeiter und Angestellten noch zu einer Parteinarbeit der dort tätigen Wissenschaftler, auch nicht an den von den Brennpunkten weiter entfernten Instituten und Fakultäten. Daraus kann jedoch nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Wissenschaftler, die ein wesentliches Verdienst an der Fortführung der Arbeit hatten, vollkommen hinter der Regierung stehen.“*<sup>33</sup> Es gäbe unter allen Wissenschaftlern Unverständnis über das Verhalten der Regierung. *„Die faschistischen Provokationen, die Plünderungen usw. werden von der überwiegenden Mehrheit verurteilt, die Demonstrationen jedoch als berechtigt angesehen.“* Weiter wurde berichtet, dass sich die Professoren öffentlich zurückhalten, doch unter vor-

---

31 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Von der Volkserhebung zum Mauerbau. Reaktionen von Hochschulangehörigen auf die Ereignisse in der DDR in den Jahren 1953, 1956 und 1961, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 30-31, 20. Juli 2001, S. 22-30

32 Vgl. ders., Geist im Dienste der Macht, S. 448ff

33 Informationsbericht über die Leipziger Universität für die ZK-Abteilung Wissenschaften vom Juli 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

gehaltener Hand den Rücktritt der Regierung fordern würden. Besondere Sympathie für die Proteste wurde an der Leipziger Universitätsklinik beobachtet. Dort hätten verschiedene Oberärzte für einen Streik agitiert und eine Mitarbeiterversammlung für den 18. Juni einberufen. Auf dieser Versammlung habe ein Oberarzt eine Resolution der Gewerkschaft vorgetragen, in der die Durchführung freier Wahlen gefordert wurde. Ferner hieß es in dem Bericht: *„Unter den Assistenzärzten wird besonders die Frage der Regierungsbildung diskutiert, wobei sich die Diskussionen besonders gegen den Genossen Ulbricht richten.“*

Die Teilnahme von Intellektuellen an den Protesten, Streiks und Demonstrationen des 17. Juni spielte eine größere Rolle, als lange Zeit angenommen worden ist.<sup>34</sup> In Görlitz gehörten dem zwanzigköpfigen Streikkomitee auch ein Architekt, ein Arzt und ein Rechtsanwalt an.<sup>35</sup> Ingenieure und Techniker waren in vielen Streikleitungen entsprechend ihrem Anteil an der Belegschaft durchaus repräsentativ vertreten.<sup>36</sup> Innerhalb der Universitäten und Hochschulen entwickelten sich die Universitätskliniken zu Zentren der Protestbewegung. An der Universität in Halle nahmen vorwiegend Studenten der Landwirtschaftlichen Fakultät sowie Pflegepersonal aus den Kliniken an den Demonstrationen teil.<sup>37</sup> Angehörige der Veterinärmedizinischen Fakultäten gehörten ebenso zu den Aktivisten der Proteste. Ein Veterinärmediziner der Universität Leipzig forderte die Demonstranten sogar dazu auf, das Redaktionsgebäude der örtlichen SED-Zeitung „Leipziger Volkszeitung“ zu stürmen.<sup>38</sup> All diese Protestaktionen führten nach dem 17. Juni zu Verhaftungen und Entlassungen.

In den Industriebetrieben beschäftigte Physiker, Chemiker, Ingenieure, Konstrukteure und Techniker beteiligten sich weitaus häufiger an den Streiks und Demonstrationen, da sie sich dort unmittelbar im Zentrum der Proteste befanden. In mehreren Betrieben, so in der VEB Chemiefabrik Radebeul, in der Farbenfabrik Wolfen und im Funkwerk Berlin-Köpenick, gehörten sie zu den Initiatoren von Streiks. In den Industriebetrieben Sachsen-Anhalts waren Mitarbeiter der dortigen Abteilungen Forschung und Entwicklung maßgeb-

---

34 Vgl. Prokop, Intellektuellen im Krisenjahr 1953, S. 87

35 Vgl. Manfred Hagen, DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992, S. 159

36 Vgl. Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999, S. 600

37 Vgl. den Bericht über Halle vom 20. Juni 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

38 Vgl. Kowalczyk, Volkserhebung ohne „Geistesarbeiter“?, in: Der Tag X, S. 155

lich in den örtlichen, betrieblichen und zentralen Streikleitungen vertreten. Über die Streiks in den Buna-Werken wurde berichtet, „*daß die Intelligenz des Werkes Buna überwiegend die Losungen der Arbeiter unterstützte*“.<sup>39</sup> Gewiss gab es auch unter den Technikern und Ingenieuren eine große Gruppe, die sich wie ein großer Teil der Intellektuellen abwartend verhielt und sich jeglicher politischer Erklärungen enthielt. In den internen Analysen zählte der Parteiapparat Angehörige der „technischen Intelligenz“ zu den Multiplikatoren regierungsfeindlicher Parolen und Initiatoren örtlicher Protestaktionen. Das war aber gerade jener Teil der Intellektuellen, der mit seinem Wissen den technischen Fortschritt auf den Weg bringen und unter den Bedingungen politischer Loyalität den gesellschaftlichen Aufbau voranbringen sollte. Damit war zumindest ein Teil der gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der SED und auch ihr bündnispolitisches Konzept partiell gescheitert.

Viele Hochschulangehörige mit SED-Parteibuch waren ratlos, die meisten folgten letztlich der Logik der Parteidisziplin, die eine Beteiligung an Aktionen gegen die eigene Parteiführung nicht zuließ. Die SED-Bezirksleitung Leipzig meldete telefonisch am 20. Juni, dass die Genossen an fast allen Instituten und Fakultäten den Schutz der Objekte übernommen hätten. „*Nur in wenigen Fällen zeigte sich Verwirrung und mangelnde Verbindung zur Partei.*“<sup>40</sup> Weiter informierte die Bezirksleitung über sechs Assistenten der Veterinärmedizinischen Fakultät der Leipziger Universität, die in diesen Tagen aus der SED ausgetreten seien. Als Begründung gaben sie an, dass es ihnen „*nicht länger möglich ist, den wechselnden und sich widersprechenden Beschlüssen der Partei Folge zu leisten*“. Zudem, so gaben sie als weiteren Grund an, habe die starre Parteidisziplin und die diktatorische Überheblichkeit der Parteileitungen es in der Vergangenheit nicht erlaubt, auch nur ein vernünftiges Wort der Kritik vorzubringen. Für die Fachschaft Chemie der Leipziger Universität lagen der Bezirksleitung zwei Parteiaustritte vor, zu deren Begründung die Meinung vertreten worden wäre, „*daß man nicht auf Arbeiter schießen darf*“.

Die bürgerlichen Professoren, so wurde weiter mitgeteilt, seien ausnahmslos an ihrem Arbeitsplatz erschienen und „geben weder für uns noch für die Provokateure Sympathieerklärungen“ ab. Ein Professor der Juristischen Fakultät

---

39 Zitiert in: *ders.*, Volkserhebung ohne „Geistesarbeiter“?, in: Der Tag X, S. 159

40 ZK-Abteilung Wissenschaften und Hochschulen: Telefonische Mitteilung der Bezirksleitung Leipzig am 20. Juni 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

hielt die Demonstrationen für gerechtfertigt, wandte sich aber gegen sinnlose Zerstörungen. Zusammenfassend hieß es: „Der Betrieb wurde an der ganzen Universität ohne Unterbrechung fortgeführt. Die Arbeiter, Angestellten, Wissenschaftler und Studenten distanzieren sich eindeutig von den Zerstörungen und Ausschreitungen. Auch diejenigen, die am Anfang schadenfroh triumphierten, wie z. B. der eine Teil der Schwestern und Ärzte am Klinikum der medizinischen Fakultät. Von ihnen wurden auch in den Kliniken Bilder von den Wänden gerissen. Auftretende Diskussionen beschäftigten sich vor allem mit den Fehlern in den begangenen Maßnahmen und ihre Überwindung. Dabei wurde die Meinung vertreten, dass einige Minister zurücktreten müssen, und freie Wahlen notwendig sind.“<sup>41</sup> Im Parteiapparat war man nach einer Bewertung der Ereignisse zu der Erkenntnis gelangt, dass bei einem Teil der Professoren und Dozenten die „Staatsverbundenheit“ und „Einsatzbereitschaft für die DDR“ nur mangelhaft entwickelt sei.<sup>42</sup>

In nahezu allen Analysen über die Vorgänge an den Universitäten und Hochschulen fehlten Hinweise auf Arbeitsniederlegungen. Insgesamt kam es demnach nicht zur Einstellung des Lehrbetriebes und zu größeren Streikaktionen. Auch in Rostock hatten die Angehörigen des Lehrkörpers der Universität ihre Arbeit aufgenommen, doch meldeten sich hier wie anderswo vereinzelt Professoren zu Wort. Ein Hochschulprofessor wurde mit den Worten zitiert: „Nach seiner Meinung müßte es jetzt zu einer Regierungsumbildung kommen und eine so Art sozialdemokratische Regierung geschaffen werden. In dieser Richtung tendieren eine Reihe von Professoren, wenn sie dieses auch nicht offen aussprechen.“<sup>43</sup> Zwischen dem 17. und 19. Juni telegrafierte alle Rektoren der Universitäten und Hochschulen an Ministerpräsident Grotewohl, dass es keine Arbeitsunterbrechungen gegeben habe und die Regierung das Vertrauen der Hochschullehrer besitze. Hierbei spielte wohl das Bemühen der Rektoren, die Universität aus dem Geschehen herauszuhalten, eine nicht unbedeutende Rolle. Über die Ereignisse an der Universität Jena notierte der stellvertretende Staatssekretär Hans Goßens am 20. Juni: „Der Rektor griff während des Putsches an allen gefährlichen Stellen (ABF-Lehrgebäude und Mensa) selbst ein und erreichte durch Vermittlungs- und Beschwichtigungsversuche die Verhinderung größerer Zerstörungen. Den

---

41 Ebenda

42 Vgl. die Analyse „über die Tage vom 16.-22. Juni 1953“, in: SAPMO BArch, IV 2/202/15

43 Schreiben der Parteileitung der Universität Rostock an die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED vom 22. Juni 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

Schlüssel des Mensa-Funks nahm er an sich mit der Darlegung zu den Demonstranten, daß der Funk weder der einen noch der anderen Seite zur Verfügung zu stehen habe ... Die Vernichtung der Akten verhinderte der Rektor mit der Argumentation, daß für jeden späteren Geschichtsforscher, egal ob einen sowjetischen oder englischen, ja die Akten da sein müssten.“<sup>44</sup> Die Ansicht des Rektors der Universität Jena, Josef Hämel, über den Charakter der Ereignisse kann als repräsentativ für die Meinung vieler Hochschulprofessoren angesehen werden. Danach habe es sich bei den Vorgängen am 17. Juni um Äußerungen des Unmuts und der Unzufriedenheit der Masse der Bevölkerung gehandelt, wobei es bedauerlicherweise zu Ausschreitungen und sinnlosen Zerstörungen gekommen sei.

Assistenten und Dozenten sympathisierten zum Teil offen mit den politischen Forderungen der Demonstranten und Streikenden. Das zeigten die im Sommer 1953 an den Universitäten und Hochschulen geführten Debatten. Während einer Parteileitungssitzung an der Universität Greifswald Ende Juni wurde beispielsweise die Meinung vertreten, dass der Protest der Massen vollauf gerechtfertigt gewesen sei. *„Es wurde höchste Zeit, daß die Arbeiter sich mal meldeten, sonst wäre das Leben in der DDR noch unerträglicher geworden, und noch mehr Menschen wären nach Westdeutschland geflüchtet.“*<sup>45</sup> Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Regierung nach diesem Desaster überhaupt noch weiter regieren könne. *„Das Vertrauen zur Regierung wird erst wieder bestehen, wenn mit der Erfüllung der geplanten Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards eine grundlegende Änderung in der gesamten Behandlung der Menschen in unserer Deutschen Demokratischen Republik eintritt und die bislang bestehende Rechtsunsicherheit aufhört.“* Auf der anderen Seite agierte jedoch auch eine kleine Gruppe von überzeugten Hochschullehrern, die an der offiziell verkündeten Version von einer Inszenierung westdeutscher Putschisten und ihrer ostdeutschen Agenten glaubte und die versuchte, die Demonstrierenden und Streikenden von der Richtigkeit der Politik der SED zu überzeugen.

In den damaligen Lageeinschätzungen und Situationsanalysen der örtlichen SED-Leitungen wurde übereinstimmend festgestellt, dass sich Ärzte und Mediziner weitaus offener hinter die Demonstrierenden stellten als Angehö-

---

44 Vgl. Bundesarchiv, DR 3/1259

45 Informativischer Bericht über die Auswertung der Regierungsbeschlüsse mit sämtlichen Dozenten, Studenten, Arbeitern und Angestellten vom 29. Juni 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

rige der naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Fakultäten. Für eine fachspezifische Differenzierung im Verhalten von Universitätsangehörigen ist die Analyse über die Leipziger Universität repräsentativ: *„An der Wirtschaftswissenschaftlichen, an der Juristischen, der Pädagogischen Fakultät und z. T. an der Philosophischen Fakultät stehen Professoren, Dozenten und Assistenten in ihrer übergroßen Mehrheit zur Partei und Regierung ... Ein kleiner Teil der Wissenschaftler an diesen Fakultäten und ein großer Teil der Wissenschaftler der Medizinischen, Naturwissenschaftlichen Fakultäten, besonders Assistenten, hält eine Änderung der Regierung für unumgänglich oder fordert sie. Von den meisten wird die Forderung nach schneller Erfüllung der gegebenen Versprechungen erhoben.“*<sup>46</sup>

Ein derart differenziertes Verhalten ist natürlich auch als Folge der seit 1945 betriebenen Hochschulpolitik der SED zu erklären. Insbesondere seit Ende der vierziger Jahre waren die Gesellschaftswissenschaften – im Verständnis der SED als Disziplinen mit „Herrschaftswissen“ deklariert – bevorzugtes Objekt politischer Durchdringung und Instrumentalisierung. Speziell bei den Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern hatten die weitreichendsten Prozesse der Verdrängung „bürgerlicher“ Professoren stattgefunden. Hier waren die Forderungen nach Anpassung an die herrschenden gesellschaftspolitischen Grundsätze am nachhaltigsten und hier wurde ein gewünschter Generationswechsel am intensivsten befördert. In der Philosophie waren anfangs noch renommierte nichtmarxistische Gelehrte wieder aktiviert worden, was zunächst ein Ausdruck des Wiederauflebens bildungsbürgerlicher Gelehrtenideale zu sein schien. Doch auch hier hatte seit 1947 eine weltanschauliche Überprüfung speziell der Lehrstuhlinhaber eingesetzt, die zur Vertreibung nichtmarxistischer Philosophen führte. Sogenannte bürgerliche Naturwissenschaftler und Mediziner rechnete die SED-Führung hingegen zu den ausgewählten Adressaten kommunistischer Bündnispolitik, die es als unentbehrliche Fachkräfte in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen galt. Die SED war auf deren Leistungen in Forschung, Beratung, Lehre und anderen Anwendungen angewiesen, die auch außerhalb ihrer weltanschaulichen Positionen liegen konnten.<sup>47</sup>

---

46 Informationsbericht über die Leipziger Universität für die Abteilung Wissenschaften vom Juli 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

47 Vgl. *Andreas Malycha*, „Produktivkraft Wissenschaft“ – Eine dokumentierte Geschichte des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR 1945-1990, in: *Clemens Burrichter/Gerald Diesener*, Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, Bd. 1, Leipzig 2002, S. 39-105

Vor dem Hintergrund dieser Differenzierungen erscheint es auch sehr problematisch, von den Intellektuellen und ihrem Verhalten im Juni/Juli 1953 zu sprechen. Auch die mehr in der Öffentlichkeit stehenden Gelehrten, Schriftsteller und Künstler verhielten sich durchaus unterschiedlich. So hatte der bekannte Philosoph Ernst Bloch, Direktor des Instituts für Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, unter dem Eindruck der Massenproteste des 17. Juni der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen eine Stellungnahme übersandt, in der an die SED appellierte, endlich mit der Schönfärberei aufzuhören und zu untersuchen, warum das Volk so unzufrieden sei. Er schrieb: „Offensichtlich hat der Vormarsch zum Aufbau des Sozialismus ein zu rasches und mit den Massen nicht genügend verbundenes Tempo eingeschlagen. Er verlangt Opfer, ohne daß jedoch das Bewusstsein derer, die sie dazubringen haben, überall genügend im sozialistischen Sinne herangebildet worden wäre. Wozu eben noch die überflüssigen Opfer kamen, die nicht durch den Aufbau des Sozialismus, sondern durch Schlamperei, Bürokratie und sturen Schematismus hervorgerufen ... Insgesamt müsste der Sozialismus mehr als bisher zum Herzen der Menschen sprechen, müsste lebhafter als bisher in ihre Phantasie greifen und noch viel gründlicher in ihren arbeitenden, arbeitenwollenden Verstand.“<sup>48</sup>

Die meisten der mit den Demonstranten sympathisierenden Intellektuellen glaubten freilich zu dieser Zeit noch an einen „humanistischen“ Sozialismus, der sich in der DDR durch politische Reformen verwirklichen ließe. Das erklärt auch die Besorgnisse von Intellektuellen, die keineswegs als blindgläubige Parteigänger des herrschenden Regimes abgestempelt werden konnten. Bertolt Brecht sah in den Aktionen der Demonstranten am 17. Juni auch rapide Wandlungen vor sich gehen, die seiner Ansicht nach den braunen Ungeist wieder aktivierten. Er habe mit ansehen müssen, so schrieb er an den Verleger Peter Suhrkamp, wie auf der Straße die „Internationale“ der Arbeiter erfolglos gegen das „Deutschlandlied“ des „Bürgersteigs“ ankämpfte.<sup>49</sup> Für ihn befand sich Berlin in jenen Tagen in einem geistigen Zustand, der dem der Nazizeit ähnelte. So befremdlich wie diese Einschätzung Brechts nach Jahrzehnten auch wirkt, so ist doch nachvollziehbar, in welchem Maße ehemalige Emigranten wie Brecht die Rückkehr zu den Zuständen der Nazi-diktatur fürchteten. Sie empfanden die „ganze Nazibande“ als geistig durch-

---

48 SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

49 Vgl. *Werner Mittenzwei*, Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welt-rätseln, Bd. 2, Berlin 1988, S. 507

aus noch vital. Gewiss saßen ehemalige NSDAP-Größen nicht mehr an den Schalthebeln der Macht, doch eine Auseinandersetzung mit ihrer Ideologie war auch im Osten Deutschlands ausgeblieben. So trieb Brecht die Sorge um, eine spontane und unkontrollierte Protestbewegung und die Durchführung freier Wahlen könnten die Nazis in dieser oder jener Form wieder an die Macht spülen.<sup>50</sup>

Brecht sandte Briefe an Ulbricht und Grotewohl, die als Ergebnisadressen aufgefasst wurden. Wohl brachte er seine Verbundenheit mit der Regierung zum Ausdruck, verlangte aber, dass es über das Tempo des sozialistischen Aufbaus eine Volksaussprache geben müsse. Brecht, der den 17. Juni auf der Straße miterlebte, lehnte vor allem den raschen Wechsel der Losungen der Demonstranten ab.<sup>51</sup> In seinem Schreiben an den Verleger Suhrkamp hieß es: „Ich habe drei Jahrzehnte lang in meinen Schriften die Sache der Arbeiter zu vertreten versucht. Aber ich habe in der Nacht des 16. und am Vormittag des 17. Juni die erschütternden Demonstrationen der Arbeiter übergehen sehen in etwas sehr anderes als den Versuch, für sich die Freiheit zu erlangen.“<sup>52</sup> Die Losungen der Demonstranten hielt er für verworren und kraftlos, eingeschleust durch den Westen. Gleichwohl hinderte ihn diese Ansicht nicht daran, die Kulturpolitik der SED in den Wochen nach dem 17. Juni einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen.

In vergleichbarer Weise agierte der Schriftsteller Stefan Heym, der – abgestoßen durch die amerikanische Politik des Kalten Krieges und die Bespitzelung Andersdenkender in den USA – 1952 in die DDR gekommen war. Heym übernahm zwar die offizielle Sprachregelung von der „Agententätigkeit der Westmächte“, doch zugleich rechnete er dem Ulbricht-Regime vor, wo es überall seinen eigenen Anspruch verfehlte. Für ihn ergaben sich aus den neuen gesellschaftspolitischen Verhältnissen systemimmanente Konflikte, die am 17. Juni auf drastische Weise zum Vorschein kamen. Als Heym am 17. Juni durch Berlins Straßen läuft, kann er allerdings gegenüber den demonstrierenden Arbeitern keine Freude empfinden. In den Tagen danach versucht er in mehreren Zeitungsartikeln, den Aufstand zu erklären. Er schreibt von Demonstranten, „die blinden Auges in die Falle liefen, die ihnen

---

50 Vgl. *Manfred Jäger*, Kultur und Politik in der DDR. Ein historischer Abriss, Köln 1982, S. 67-73

51 Vgl. *Mittenzwei*, Die Intellektuellen, S. 114

52 *Bertolt Brecht*, Briefe 1913-1956, Berlin/Weimar 1983, S. 657

von Seiten der Faschisten und ihrer Hintermänner gestellt wurde“.<sup>53</sup> In seinen für die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ im Juli 1953 verfassten „offenen Worten“ hieß es: „In der heroischen und oft schmerzlichen Geschichte der Arbeiterklasse gibt es Fälle, wo mehr oder weniger beträchtliche Teile dieser Klasse sich benahmen, als seien sie mit Blindheit geschlagen. Dreimal, seit ich erwachsen bin und zu denken gelernt habe, war ich Zeuge solcher Fälle. Das erstemal war 1933; denn, machen wir uns nichts vor, es gab damals zahlreiche Arbeiter und auch Arbeitslose, die auf die Demagogie Hitlers hereinfließen und ihm nachliefen ... Das zweitemal war in Amerika, im Winter 1949/50, während des großen Streiks der Bergarbeiter. Das drittemal war am 17. Juni 1953.“<sup>54</sup>

Solche Worte gefielen dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund. Die offizielle DDR-Gewerkschaft ließ Heyms Artikel in einer Broschüre nachdrucken, um sie ihrem Verbandsorgan in einer Auflage von 300 000 Stück „Tribüne“ beizulegen. Doch die Broschüre ist in dieser Form nie erschienen. Die bereits gedruckten 300 000 Exemplare des Heftes wurden wegen eines kritischen Absatzes wieder eingestampft, in dem Heym den kurz zuvor gestorbenen Stalin zitiert hatte. Das las sich so: *„Es ist klar, daß es Mängel gibt, die man ohne Angst vor Kritik aufdecken und dann beseitigen muss. Die Frage ist doch die: Entweder wir, die ganze Partei, erlauben den parteilosen Bauern und Arbeitern, uns zu kritisieren, oder sie werden uns durch Aufstände kritisieren.“* Diese Worte wollte die DDR-Gewerkschaft ihren Arbeitern nicht zumuten. Sie ließ Heyms Broschüre neu drucken, ohne den Absatz mit dem Stalin-Zitat.

Heym sah in seinem später geschriebenen Buch „5 Tag im Juni“ ebenso wie Brecht westliche Drahtzieher am Wirken. Den streikenden Arbeitern gehörte das Mitleid Heyms, nicht aber seine Sympathie. Diese galt in seiner Darstellung einer kleinen Gruppe aufrechter, idealistischer, sozialistischer Genossen und Gewerkschafter, die vergeblich versuchten, den Streik zu verhindern und sich für Reformen einzusetzen. Dass Arbeiter gegen eine vermeintliche Arbeiterregierung streikten, konnte Heym lange nicht verstehen. Die SED-Führung wollte allerdings jede noch so vorsichtige Infragestellung der offiziellen Lesart der Ereignisse abblocken. Das Buch konnte erst zwanzig Jahre später, 1974 nach einer gründlichen Umarbeitung in München erscheinen.

---

53 Stefan Heym, Offene Worte: So liegen die Dinge, Sonderbeilage zur Gewerkschaftszeitung „Tribüne“, Nr. 172, 29. Juli 1953

54 Ebenda

Die wohl bekannteste Stellungnahme zu den Ereignissen des 17. Juni gab der Schriftsteller Kurt Barthel, Sekretär des DDR-Schriftstellerverbandes, am 20. Juni ab, als er den Arbeitern in seinem Zeitungsbeitrag „*Wie ich mich schäme!*“ zurief, dass sie nun „*sehr gut mauern und künftig sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird*“.<sup>55</sup> In direkter Erwiderung auf die aggressiven Vorwürfe Barthels an die streikenden und demonstrierenden Bauarbeiter verfasste Brecht das Gedicht „Die Lösung“, in denen er ironisierend das Recht der Arbeiter verteidigte, die Regierung zu kritisieren.

„Nach dem Aufstand des 17. Juni/ Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes/ In der Stalinallee Flugblätter verteilen/ Auf denen zu lesen war, daß das Volk Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe/ Und es nur durch verdoppelte Arbeit Zurückerobern könne. Wäre es da/ Nicht doch einfacher, die Regierung/ Löste das Volk auf und/ Wählte ein anderes.“<sup>56</sup>

Die Masse der Schriftsteller und Künstler stellte sich wohl nicht auf die Seite der Protestierenden, obgleich sie einen Teil der Forderungen als berechtigt ansahen. In diesem Punkt müssen die Erfahrungen der Machtübernahme der Nazis in Deutschland und die schmerzlich erlebte Emigrationszeit berücksichtigt werden, die zu einer permanenten Furcht vor ähnlichen Entwicklungen führte. So kam es, dass offene Worte prominenter Intellektueller zugunsten der Aufständischen nicht zu hören waren. Indes beförderte das Erleben des 17. Juni unter Künstlern und Schriftstellern die Diskussion über das Versagen der staatlichen Kulturpolitik.

Die Frage, ob die Intellektuellen loyal zur Regierung standen, lässt sich nicht mit einem definitiven Urteil beantworten. Tatsächlich traten sie am 17. Juni öffentlich wenig in Erscheinung. Es war nicht ihr Tag. Viele verhielten sich abwartend und passiv. Dennoch waren sie Bestandteil der breiten Protestbewegung. Ihre Kritik an der bisherigen Regierungspolitik und ihren Protest artikulierten sie im Vorfeld und vor allem in der Zeit nach dem 17. Juni. Etliche, darunter auch Rektoren und Prorektoren der Universitäten, waren der Meinung, bei dem Umfang der von Partei und Regierung selbst zugegebenen Fehler könne man nur mit einer grundlegenden Regierungsumbildung weiterkommen. Eine Regierung, die Fehler mache, müsse zurücktreten.

---

55 Neues Deutschland, 20. Juni 1953, S. 3

56 Bertolt Brecht, Gedichte, Bd. 7, Berlin/Weimar 1969, S. 9

Sicherlich gab es Fälle, wo die geäußerte Kritik an der erlebten gesellschaftlichen Praxis die Ablehnung des politischen Systems als Ganzes mit einschloss.

Sicherlich befand sich die Mehrheit der Intellektuellen in ihrem Selbstverständnis im Allgemeinen nicht in einem unlösbaren Widerspruch zur politischen Ordnung. Das entsprach auch der traditionellen Mentalität, bei der sowohl Loyalität, offene Ablehnung, kritische Haltung und Anpassungsbereitschaft gleichermaßen zu finden sind. Die Anpassungsbereitschaft von Intellektuellen in der DDR resultierte indessen nicht allein aus der insbesondere unter Hochschullehrern tradierten Einstellung, man sollte sich jeglicher politischer Exponierung enthalten und dem Staat seine Loyalität bekunden. Sie war in größerem Maße das Ergebnis der begründeten Furcht vor Repressalien, Restriktionen, persönlichen oder beruflichen Nachteilen, die sich aus einem politischen Engagement ergeben konnten.

#### **4 Anhaltende Debatten und die Folgen für die Intelligenzpolitik**

Der 17. Juni beförderte die schon zuvor sporadisch aufkommenden Debatten über die Kultur- und Hochschulpolitik der SED. Über die unmittelbaren Reaktionen an den Universitäten und Hochschulen geben verschiedene Berichte des Staatssekretariats für Hochschulwesen bzw. Mitteilungen über Gespräche mit Rektoren und Professoren während dieser dramatischen Juni-tage Auskunft. Im Kreis der Ordinarien kam häufig die in den vergangenen Jahren praktizierte Demontage der Hochschulautonomie zur Sprache. So thematisierte der seit 1952 amtierende Rektor der Berliner Universität, Walter Neye, die gängige Berufungspraxis der staatlichen Hochschulbehörde, bei der die Professorenschaft zumeist übergangen werde.<sup>57</sup> Ferner sei nach Meinung des Rektors das mit der Hochschulreform 1951 eingeführte Zehn-Monate-Studium gleichfalls über die Köpfe des Lehrkörpers hinweg durchgesetzt worden. Ebenso fanden in den Fakultäten unmittelbar nach dem 17. Juni offene Debatten über jene Teile der Wissenschafts- und Hochschulpolitik statt, die im Rahmen der seit 1951 vorangetriebenen Hochschulreform für erhebliches Unverständnis bei den Hochschullehrern gesorgt hatten.<sup>58</sup>

---

57 Vgl. Bundesarchiv, DR 3/147

58 Vgl. *Hans-Joachim Meyer*, Hochschulpolitik in der DDR, in: *Deutschland Archiv*, Heft 9/1993, S. 1116-1120

Auch in Senatssitzungen gab es Diskussionen, die zu Stellungnahmen führten, die an das Staatssekretariat für Hochschulwesen adressiert waren. Eine solche Stellungnahme wurde beispielsweise am 2. Juli 1953 im Senat der Universität Leipzig verabschiedet, in der jene Punkte aufgelistet wurden, die die verschiedenen Fakultäten als Hemmnis für die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus von Forschung und Lehre betrachteten. Die Medizinische Fakultät kritisierte die vom Ministerium für Gesundheitswesen veranstalteten Fachtagungen, die keinen wissenschaftlichen, sondern eher propagandistischen Charakter tragen würden. *„Die führenden Fachwissenschaftler der Medizinischen Fakultät sind über das Verfahren des Gesundheitsministeriums bei der Vorbereitung und Durchführung wissenschaftlicher Tagungen verärgert und bitten, daß das Staatssekretariat diese Tagungen organisiert und den Schwerpunkt auf ein hohes wissenschaftlichen Niveau legen soll.“*<sup>59</sup> Darüber hinaus wurden wiederum jene Probleme thematisiert, die auch schon zuvor in den Stimmungsberichten immer wieder aufgetaucht waren: eine ungerechtfertigte Verzögerung von Druckgenehmigungen, die unzureichende Belieferung mit fachwissenschaftlicher Literatur, die administrativ verordnete Unbeweglichkeit im Finanzgebaren der Universität, die übermäßige Verwaltungsarbeit der Institutsleitungen, die unzureichende Ausstattung mit wissenschaftlich-technischen Geräten sowie die mangelhafte Versorgung mit den in den naturwissenschaftlichen Fakultäten benötigten Versuchsstoffen. Im Hinblick auf das Verhältnis zum Staatssekretariat für Hochschulwesen war für den Senat die Rolle der Universität als ausschließlicher Empfänger staatlicher Weisungen schwer zu ertragen: *„Der Senat begrüßt den diesmal von dem Herrn Staatssekretär eingeschlagenen Weg, erst die Fakultäten zu hören und dann neue Verordnungen zu schaffen und erwartet, daß seine Vorschläge auch gebührend Berücksichtigung finden.“*

Bemerkenswert an dieser Stellungnahme war aber noch ein anderer Punkt: Vor dem Hintergrund der staatlichen Versuche, weltanschauliche Kriterien für die Forschung und Lehre an den Universitäten durchzusetzen, erklärte der Senat: *„Die Fakultäten begrüßen den Grundsatz, daß jeder Wissenschaftler unabhängig von seiner Weltanschauung ungehindert wissenschaftlich arbeiten kann. Faschisten oder kriegshetzerische Erscheinungen hat es im Lehrbetrieb der Karl-Marx-Universität nicht gegeben.“*<sup>60</sup> Damit hatte der Senat vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen mit den Versuchen

---

59 SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

60 Ebenda, DY 30/IV 2/9.04/426

der politischen Führung zur Einschränkung der Hochschulautonomie Freiräume für Forschung und Lehre an den Universitäten und Hochschulen eingefordert.

In einer ähnlichen inhaltlichen Ausrichtung waren die Forderungen der Mitarbeiter der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) gehalten. Auch hier gab es nach dem 17. Juni Unterredungen, bei denen Vertreter der ZK-Abteilung Wissenschaft „Wünsche der Wissenschaftler“ festhielten. An erster Stelle eines solchen am 15. Juli zusammengestellten „Wunschkatalogs“ stand: „Hinzuziehung der Akademie bei Beratungen über Beschlußfassung von Gesetzen und Verordnungen, die die Lehre und Forschung innerhalb oder außerhalb der Akademie sowie allgemeine Fragen der Akademie betreffen.“<sup>61</sup> Es folgten die auch an den Universitäten und Hochschulen erhobenen Forderungen: verbesserte Belieferung mit wissenschaftlich-technischen Geräten und wissenschaftlicher Literatur, beschleunigte Ausgabe von Interzonenpässen, bessere Möglichkeiten zur Teilnahme an wissenschaftlichen Fachtagungen im Ausland, Verbesserung des Ferientdienstes. Die weitgehende Übereinstimmung der an den Universitäten und an der Akademie vorgetragenen Ansprüche bestätigte die SED-Führung in ihrer Ansicht, die eingeschlagene Politik der materiellen Privilegierung der Wissenschaftler jetzt noch zu verstärken.

Es war vor allem die Debatte im Präsidialrat des Kulturbundes am 3. Juli 1953, der ersten nach dem „Neuen Kurs“ und dem 17. Juni, auf der die Systemdefekte der DDR-Gesellschaft zur Sprache kamen. So beklagte der Mediziner Theodor Brugsch, dass die Berliner Humboldt-Universität eine russische Universität geworden sei, und der Präsident der Kammer der Technik, Heinrich Franck, verglich die Methoden der Staatssicherheit mit Gestapo-Methoden.<sup>62</sup> Der Chemiker Günther Rienäcker sah den entscheidenden Fehler im Bruch der Verfassung, der Pädagoge Heinrich Deiters und der Romanist Victor Klemperer im Versagen der parlamentarischen Institutionen, vorrangig der Volkskammer. Arnold Zweig sprach erneut die Bedrohung der Rechtssicherheit an. Der Historiker Ernst Niekisch wies auf die tiefe Kluft zwischen den führenden gesellschaftlichen Kräften und dem Volk hin, die spätestens am 17. Juni offenbar geworden sei. Immer wieder war zu hören, es habe mangelndes Vertrauen von unten wie von oben gegeben, keine

---

61 Ebenda

62 Vgl. *Magdalena Heider/Kerstin Thöns* (Hrsg.), *SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle*, Köln 1990, S. 19ff

Offenheit im Verhältnis von Regierung, SED und Volk sowie unzureichende Informationen durch Presse und Rundfunk.<sup>63</sup>

Seine gesellschaftspolitischen Vorschläge fasste der Kulturbund in vierzehn Punkten – ähnlich verfuhr die Akademie der Künste mit ihren zehn Punkten – zusammen. Zu dessen Forderungen gehörten u. a. die Freiheit der Meinungen in allen wissenschaftlichen und künstlerischen Diskussionen, die Freiheit von Forschung und Lehre, die Umgestaltung der Medien, eine größere Selbstständigkeit der Institute, die Entlastung von Verwaltungsarbeit und größere Rechtssicherheit.<sup>64</sup> Die im Umfeld des Kulturbundes und der Akademie der Künste Anfang Juli 1953 ausgebrochene Debatte wurde jedoch von der Parteispitze bewusst als Ventilfunktion instrumentalisiert. Immerhin begrüßte Ulbricht ausdrücklich während einer Plenumsitzung des Zentralkomitees am 24. Juli 1953 den vom Präsidialrat des Kulturbundes einige Wochen zuvor verabschiedeten 14-Punkte-Katalog. Es folgte jedoch keine praktischen Konsequenzen und keine Änderung der kultur- und hochschulpolitischen Prämissen. Die Reformvorschläge der Intellektuellen wurden abgeblockt. „Neuer Kurs“ war nur noch in „alten Schläuchen“ möglich, bemerkte Ernst Bloch. Victor Klemperer schrieb in sein Tagebuch: „*Die geheime Tyrannei, der geheime Sumpf, der älteste Kurs unter dem Deckmantel des neuen. Quo vadis?*“<sup>65</sup> Die Politik der SED-Führung nach dem 17. Juni vollzog sich ungeachtet aller kritischen Debatten unter Intellektuellen als Festigung der autoritären Herrschaft des Politbüros.

Doch standen die Intellektuellen nach dem 17. Juni nicht gänzlich mit leeren Händen da. Die verhasste Kunstkommission wurde aufgelöst. Im Januar 1954 entstand ein Kulturministerium unter Johannes R. Becher, das in der Behandlung von Schriftstellern und Künstlern deren Mentalitäten bedachte.

Auch die zentralen Leitungsinstanzen des FDGB meldeten sich nunmehr zu Wort. Vom 15. bis 17. Mai 1953 hatte eine Gründungskonferenz der Gewerkschaft Wissenschaft stattgefunden. Damit waren die Gewerkschaftsorganisationen der Akademie der Wissenschaften, der Universitäten und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen des Hoch- und Fachschulwesens der DDR in einer Gewerkschaft zusammengefasst worden. Der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, der Chemiker Prof. Günther Rienäcker, verfasste im

---

63 Vgl. *Prokop*, Intellektuelle im Krisenjahr 1953, S. 101ff

64 Vgl. ebenda, S. 122f

65 *Victor Klemperer*, So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1950-1959, Berlin 1999, S. 410

Juli 1953 einen Bericht „über Vorschläge, Kritiken und konkrete Forderungen der Wissenschaftler, Angestellten und Arbeiter an der Humboldt-Universität Berlin“, der noch einmal die Stimmung der Hochschullehrer an einem repräsentativen Beispiel illustrierte.<sup>66</sup> Rienäcker schilderte die an den Universitäten herrschende Ansicht, dass das Fachstudium aufgrund des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, der politischen Schulung und des politischen Lebens generell zu kurz komme. Die Universitäten in der DDR hätten eher den Charakter von Fachschulen. Eine Folge davon sei der überall spürbare Rückstand gegenüber dem westdeutschen Forschungsstand. Es müssten die richtigen Proportionen zwischen gesellschaftswissenschaftlichem Grundstudium, gesellschaftlicher Betätigung und Fachstudium hergestellt werden. Ferner beschrieb Rienäcker am Beispiel der Berliner Charité die fehlerhafte Personalpolitik, die ausschließlich von der Personalabteilung betrieben werde und den Institutsdirektoren kein Mitspracherecht einräume. „Neueinstellungen von Fachpersonal (wissenschaftliche Assistenten, medizinisch-technische Assistenten usw.) werden den Abteilungärzten und Institutsdirektoren von der Personalabteilung nach parteipolitischen Gesichtspunkten zugewiesen. Die fachliche Überprüfung wird dabei nicht berücksichtigt. Bei Ablehnung von Vorschlägen von seiten der Wissenschaftler gibt es keine offene Begründung, sondern nur allgemein politische Bemerkungen.“<sup>67</sup> Rienäckers Fazit lautete: „Die Intelligenz fühlt sich unehrlich behandelt und nicht ernst genommen.“

Am 4. August 1953 rief das Zentralkomitee in einer Erklärung zur offenen Abrechnung mit den Akteuren des 17. Juni auf. „Zerschlagt die faschistischen Untergrundorganisationen in den Betrieben und Arbeitsstellen. Entfernt die Provokateure aus den Betrieben.“<sup>68</sup> Damit leitete die SED-Führung, nachdem unmittelbar nach dem 17. Juni Streikende und Demonstrierende verhaftet worden waren, eine erneute Verhaftungswelle ein, die bis Ende 1953 anhielt. Von den Verhaftungen waren auch die Universitäten und Hochschulen betroffen, insbesondere Angehörige der Medizinischen, Veterinärmedizinischen, Landwirtschaftlichen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten. Unter der Studentenschaft gab es erneut politisch motivierte Exmatrikulationen. In verschiedenen Betrieben wurden Techniker und Ingenieure verhaftet, weil sie sich an die Spitze der Streikenden gestellt

---

66 Vgl. SAPMO BArch, DY 30/IV 2/9.04/426

67 Ebenda

68 Dokumente der SED, Bd. IV, S. 479

hatten. An allen Universitäten und Hochschulen kam es zu Entlassungen aus dem Hochschuldienst, beruflichen Herabstufungen, Parteiausschlüssen und Parteistrafen. Dies entsprach der Ankündigung von Hager, das Verhalten jedes Einzelnen während der Junitage zu prüfen sowie „Feindschaft zur Republik“ und „feiges Kapitulantentum“ zu bestrafen. Die zuständigen Staatsorgane, so erklärte er, würden hart durchgreifen: „Wer das Schwert gegen unseren Arbeiter- und Bauernstaat hebt, wird auch durch das Schwert umkommen.“<sup>69</sup>

In der Politik der SED gegenüber den Intellektuellen wurde als direkte Folge des 17. Juni für einige Jahre der forcierte Radikalisierungskurs gestoppt. Vor allem sollten Parteifunktionäre die Klassenkampfrhetorik abmildern, da diese den Kern der Bündnispolitik zu untergraben drohte. Schon während einer Aussprache mit Intellektuellen und Künstlern im Mai 1953 hatte Ulbricht die bündnispolitische Prämisse bekräftigt, dass man diejenigen, die zur loyalen Zusammenarbeit bereit seien, nicht aus dem Lande treiben werde. Er rief zur „aktiven Mitarbeit“ und zum Bleiben in der DDR auf.<sup>70</sup> Parallel dazu startete die SED eine Pressekampagne, um die tief verankerte Intellektuellenfeindlichkeit in den eigenen Reihen abzubauen.<sup>71</sup> Im Rahmen der aktiv betriebenen Politik der Schadensbegrenzung sollte die Botschaft vermittelt werden, dass die rüden politischen Attacken gegen nicht anpassungsbereite Intellektuelle eingestellt würden.

Selbst Staatssekretär Gerhard Harig schlug selbstkritische Töne an. Auf einer Rektorenkonferenz am 1. Juli 1953 kündigte er an, die Relegation von Studenten auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde rückgängig und das Studium künftig nicht von der sozialen Herkunft abhängig zu machen. Jeder, der befähigt und entsprechend vorgebildet sei, könne sich zum Studium an einer Universität oder Hochschule bewerben. „*Die soziale Herkunft oder die religiöse Überzeugung der Studierenden dürfen dabei kein Hindernisgrund sein.*“<sup>72</sup> Die Ankündigung schien insbesondere den Ärzten und der „alten Intelligenz“ entgegenzukommen, deren Kindern der Zugang zur

---

69 Protokoll der Hochschulkonferenz vom 31. Oktober/1. November 1953, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/904/8

70 Vgl. die „Konferenz mit Angehörigen der Intelligenz“ am 27. Mai 1953, in: SAPMO BArch, NY 4182/424

71 Vgl. die Artikel: Die Bedeutung der Intelligenz beim Aufbau des Sozialismus, in: Neues Deutschland, 24. Mai 1953 sowie Mehr Achtung den Angehörigen der Intelligenz, in: ebenda vom 23. Mai 1953

72 Zitiert in: *Huschner*, Der 17. Juni 1953, S. 687

Universität auf Grund ihrer „bürgerlichen Herkunft“ erschwert bzw. gänzlich verwehrt worden war. Ferner wurden Erleichterungen im Reiseverkehr mit Westdeutschland und die unkomplizierte Teilnahme an internationalen Tagungen in Aussicht gestellt.

An den seit Anfang der fünfziger Jahre geltenden Grundsätzen der Kultur- und Hochschulpolitik wurden hingegen keine Abstriche gemacht. Zwar forderte eine ZK-Entschießung vom 26. Juli dazu auf, den Intellektuellen größere Toleranz entgegenzubringen. *„Es ist falsch, auf Wissenschaftler, Künstler oder Ingenieure einen Zwang zur Anerkennung des Marxismus-Leninismus auszuüben. Durch Zwang können keine überzeugten Anhänger gewonnen werden.“*<sup>73</sup> Auch wurde in der Folgezeit zeitweilig die Praxis ausgesetzt, auf eine hundertprozentige Beteiligung der Hochschullehrer an den Kursen des Marxismus-Leninismus zu drängen. Für eine gewisse Zeit herrschte an den Universitäten dann tatsächlich ein vergleichsweise liberales Klima, das den Hochschulangehörigen im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften, aber auch in Teilen der Geisteswissenschaften größere Freiräume in Forschung und Lehre bot. An der politischen Zielsetzung, der Schaffung einer „neuen Intelligenz“, die sich in den Dienst von Partei und Regierung stellt, änderte sich jedoch nichts.

---

73 Dokumente der SED, Bd. IV, S. 475

**Dirk Lange**

## **Der „17. Juni 1953“ als Gegenstand der historisch-politischen Bildung. Lernchancen einer demokratischen Geschichtskultur**

Zum 50jährigen Jubiläum hat die Erinnerung an den „17. Juni 1953“ eine unerwartete Renaissance erfahren. In der bundesrepublikanischen Gedenkkultur diente das Datum jahrzehntelang als Symbol für das Streben der (Ost-)Deutschen nach nationaler Einheit. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schien das Datum seine „Pflicht“ erfüllt zu haben. Als Bezugspunkt nationalen Gedenkens diente nun nicht mehr der ‚Volksaufstand für die deutsche Einheit‘, sondern der Staatsakt zur deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990.

Der „17. Juni 1953“ wird von vielen Lehrkräften der historisch-politischen Bildung gemieden, da er noch immer mit den Interpretationsschablonen der Systemkonfrontation in Verbindung gebracht wird. Das Datum steht weiterhin in der Deutungspolarität zwischen dem „faschistischen Putsch“ und dem „Volksaufstand für die deutsche Einheit“. So konnten die Lernchancen für eine demokratische Geschichtskultur, welche die Auseinandersetzung mit dem Datum birgt, bislang weder in West- noch in Ostdeutschland zur Geltung gebracht werden.

Beide Deutungsmuster hatten sich schon lange vor 1989 verbraucht und waren nur noch auf der Ebene staatlichen Gedenkens angesiedelt. Im kollektiven Gedächtnis standen die Erinnerungsrituale längst unter Ideologieverdacht und wurden nicht tradiert.

In der historisch-politischen Bildung führte diese Diskrepanz zu einer Abwendung der Lehrenden vom Lehrplangegenstand „17. Juni 1953“. In der Endphase der DDR verwahrten sich Lehrende damit gegen den Versuch, die DDR-Gesellschaft als konfliktfrei darzustellen. Die These von der fortdauernden faschistischen Putschgefahr diente letztlich auch der Legitimation des

allumfassenden „Überwachungssystems“. In der Bundesrepublik mieden Lehrer das Thema, da es zu eng mit der Infragestellung der Existenz zweier deutscher Staaten verknüpft schien.

Diese beiden Schablonen zur Einordnung des „17. Juni 1953“ waren so übermächtig, dass sie alternativen Deutungen keinen Platz ließen. Nun hat die Wiederkehr des Datums das Interesse an den historischen Ereignissen und seinen Deutungshorizonten erneuert. Die Vielfältigkeit, mit der die Thematik in Fachpublikationen und -tagungen, Sondersendungen und –beilagen aufgegriffen und behandelt wurde, hat gezeigt, dass die Sinnstiftungspotenziale des „17. Juni 1953“ nicht erschöpft sind. Nach der konjunkturbedingten Aufmerksamkeit, die das Datum zum 50ten Jahrestag erfahren hat, stellt sich die Frage, wie der „17. Juni 1953“ als Quelle demokratischen Erinnerns im ‚kollektiven Gedächtnis‘ der Deutschen verankert werden kann. Dabei kommt der historisch-politischen Bildung als Instanz und Mittlerin von Geschichtskultur eine zentrale Funktion zu. Es ist jedoch auffällig, dass sich die Aufmerksamkeit, die das historische Ereignisse in Wissenschaft und Öffentlichkeit fand, nicht in gleichem Maße in der historisch-politischen Bildung widerspiegelt hat.<sup>1</sup>

Warum soll der „17. Juni 1953“ überhaupt weiterhin im historisch-politischen Unterricht behandelt werden. Die einfachste Antwort lautet, weil das Datum an ein historisches Ereignis erinnert und der Geschichtsunterricht zu vermitteln hat, was in der Vergangenheit vorgefallen ist. Demnach soll der historische Unterricht vermitteln, „wie es eigentlich gewesen“ (Ranke).

Eine derartige didaktische Begründung ist ausdrücklich zu verneinen. Sie reicht für die historisch-politische Didaktik nicht aus. Eine solche Begründung würde die Geschichte zurück auf die „staubige Straße der Chronologie“ (Koselleck) führen, der sie in den vergangenen 25 Jahren durch die Ansätze eines problemorientierten<sup>2</sup> historisch-politischen Lernens entkommen ist.

Ein moderner historisch-politischer Unterricht hat keine Chronistenpflicht zu erfüllen, sondern die Aufgabe, Lernende zu einem problemorientierten Denken anzuregen. Das „Geschichtsbewusstsein“ ist dabei zu einer zentralen

---

1 Eine Ausnahme stellt hier zweifelsohne die Sonderausschreibung „Der 17. Juni 1953“ beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten dar; Zur Dokumentation von Ergebnissen des Schreibwettbewerbs vgl. Körber-Stiftung (Hrsg.), Der 17. Juni 1953: Anstöße zum Umgang mit einem deutschen Datum, Hamburg 2003.

2 Vgl. Bodo v. Borries, Problemorientierter Geschichtsunterricht. Schulbuchkritik und Schulbuchrevision, dargestellt am Beispiel der Römischen Republik, Stuttgart 1980.

didaktischen Kategorie geworden, die es ermöglicht, vergangene Erfahrungen, Entwicklungen und Ereignisse auf aktuelle Probleme zu beziehen. Im Geschichtsbewusstsein baut das Individuum Vorstellungen über Geschichte auf. Das durch Lernen erzeugte Geschichtsbewusstsein ist kein Behälter, in dem Wissensinhalte über die Geschichte angehäuft werden, sondern eine Denkstruktur – eine kognitive Landkarte –, die der Vergangenheit Sinn verleiht. Die subjektiven Theorien, die im Geschichtsbewusstsein produziert werden, bringen die drei Zeitdimensionen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einen Sinnzusammenhang.

Diese Kompetenz, historische Bezüge so zu verzeitlichen, dass sie für gegenwärtige und zukünftige politische Fragestellungen Orientierung und Perspektive liefern, wird lernend erworben. Es ist eine zentrale Aufgabe des historisch-politischen Unterrichts, entsprechende Sinnbildungskompetenzen zu vermitteln.<sup>3</sup>

Welches sind nun die historisch-politischen Sinnbildungskompetenzen, die durch die Auseinandersetzung mit dem „17. Juni 1953“ erworben werden können?

Im Folgenden soll am Beispiel von ausgewählten Schulbüchern aufgezeigt werden, welche historischen Deutungsmuster bei der Deutung der Geschehnisse um den deutschen Erinnerungstag erlernt werden können? Es lassen sich drei Sinnbildungsformen unterscheiden, in denen der „17. Juni 1953“ vergegenwärtigt wird. Das historische Datum dient entweder

1. als Repräsentation grundlegender Einsichten,
2. als Vorgeschichte der Gegenwart oder
3. als Analogie einer aktuellen Problemstellung.
4. Neben diesen Verzeitlichungsformen hat der „17. Juni 1953“ eine weitere Lernfunktion für den historisch-politischen Unterricht, die bislang zu wenig berücksichtigt wird. Am gesellschaftlichen Umgang mit dem Datum lässt sich erlernen, wie Politik mit der Erinnerung betrieben wird.

---

3 Vgl. Jörn Rüsen, *Historisches Lernen. Grundlagen und Paradigmen*, Köln u.a. 1994.

## 1 Der „17. Juni 1953“ als Repräsentation grundlegender Einsichten

Im ersten Fall interessieren weniger die singulären Ereignisse, die den „17. Juni 1953“ in der historischen Epoche charakterisieren. Vielmehr wird das Datum erinnert, um am Einzelfall grundlegende und zeitübergreifende Einsichten aufzuzeigen.

In dieser zirkulären Variante historisch-politischen Lernens geht es also nicht ausschließlich um die Erhebung des „17. Juni 1953“ als solche. Die Ereignisse werden genutzt, um aus ihnen eine allgemeine Lehre zu entwickeln oder zu begründen. Der „17. Juni 1953“ wird dabei vergegenwärtigt, um ihn als Repräsentanten eines wiederkehrenden Grundphänomens menschlicher Existenz zu erinnern. Welche grundlegenden Einsichten können durch die Beschäftigung mit dem Datum gewonnen werden?

In einem „Lehr- und Arbeitsbuch zur Politischen Bildung“<sup>4</sup> werden die Hintergründe des „17. Juni 1953“ zunächst kurz beschrieben: „Versorgungsschwierigkeiten und der politische Druck führten zum Aufstand der Arbeiter, als die SED die Arbeitsnormen erhöhte, was einer Lohnkürzung gleichkam. Die Unruhen unter den Berliner Bauarbeitern griffen schnell auf andere Städte über, sie wurden aber sofort mit Hilfe sowjetischer Truppen unterdrückt.“<sup>5</sup> Daran anschließend wird aus den Geschehnissen die Erkenntnis gewonnen, „daß auch in einem totalitär geführten Staat die Interessensgegensätze von Führung und Bevölkerung nicht überspannt werden dürfen“<sup>6</sup>. Dieser Sinnzusammenhang wird dadurch unterstrichen, dass die Fluchtbewegung in die BRD als eine Folge der Unzufriedenheit in der Bevölkerung thematisiert wird. Durch die Beschäftigung mit dem „17. Juni 1953“ versuchen die Autoren sichtbar zu machen, dass politische Unterdrückung und Ungerechtigkeit mit der menschlichen Existenz unvereinbar sind.

Dieses Lernpotenzial wird auch in einem Lehr- und Materialbuch zum „Totalitarismus des 20. Jahrhunderts“<sup>7</sup> sichtbar. Hier wird der „17. Juni 1953“ in engem Zusammenhang mit dem Umstand thematisiert, dass

---

4 Martin Greiffenhagen/Manfred Hättich (Hrsg.), Sozialkunde. Lehr- und Arbeitsbuch zur Politischen Bildung für die Sekundarstufe I (7.-10. Schuljahr), Stuttgart 1972.

5 Ebd., S. 170.

6 Ebd.

7 Zwischen Diktatur und Freiheit. Der Totalitarismus des 20. Jahrhunderts in Dokumenten, Quellen und Zeitberichten, hrsg. v. der Forschungsgruppe: Deutschlandproblem in Schulbüchern, Stuttgart 1967.

„Tausende von Zonenbewohnern flüchteten“<sup>8</sup>. Die Ereignisse werden als „Volksaufstand in der SBZ“<sup>9</sup> betitelt. Die Schüler erfahren: „Im Juni 1953 spitzte sich die Lage zu. Als am 16. Juni in Ostberlin in der Stalin-Alle – wie sie damals noch hieß – Bauarbeiter ihre Arbeit niederlegten, um gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen zu protestieren, schlossen sich ihnen Tausende an. Es ging jetzt nicht mehr um Arbeitsnormen. Sprechchöre riefen nach Freiheit, Einheit und freien Wahlen. Ostberliner Jungen erkletterten das Brandenburger Tor, um die rote Fahne herunterzuholen.“<sup>10</sup> Eingerahmt von Zeitzeugenberichten eines Reporters und eines Sammlungsteilnehmers, dem Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten und einem Regionalbericht aus Leipzig kommt der Autor zu der abschließenden Bewertung, dass „der Aufstand [...] nach dem Kriege der erste eines Volkes gegen seine kommunistischen Unterdrücker [war]. Er erreichte sein Ziel nicht, hatte jedoch die Welt aufgerüttelt und gezeigt, wo Freiheit und Recht mit Füßen getreten werden. Dafür starben 19 Menschen, 126 wurden verletzt und 1 241 zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt“<sup>11</sup>. Den Opfern des Aufstandes wird hier ein nachträglicher Sinn verliehen, da sie für übergeordnete Ideale gestorben seien beziehungsweise gelitten hätten.

Auch das Schulbuch „Zeiten und Menschen“<sup>12</sup> interpretiert die Geschehnisse des „17. Juni 1953“ als eine antidiktatorische Erhebung. Die Autoren fassen zusammen: „Als 1953 die Versorgungslage besonders schlecht war, die SED-Funktionäre aber trotzdem eine „Normenerhöhung“ befahlen, d. h. höhere Arbeitsleistung bei gleicher Bezahlung, begann unter Ostberliner Bauarbeitern ein Proteststreik, aus dem sich am 17.6.1953 im Sowjetsektor von Berlin und in Mitteldeutschland ein Volksaufstand entwickelte“<sup>13</sup>. Indem die Bevölkerung „versuchte, die Büros der SED und des Staatssicherheitsdienstes zu stürmen“ und ihr „stellenweise [...] die Befreiung politischer Gefangener [gelang]“<sup>14</sup>, sei es im wesentlichen um die Abwehr un gerechtfertigter Ansprüche des Regimes gegangen. „Die Bevölkerung demonstrierte für die Befreiung vom diktatorischen Druck“<sup>15</sup>. Auch hier wird

---

8 Ebd., S. 122.

9 Ebd.

10 Ebd.

11 Ebd., S. 124.

12 Zeiten und Menschen. Geschichtliches Unterrichtswerk, hrsg. v. H. Tenbrock, K. Kluxen u. H. E. Stier, Stuttgart 1966.

13 Ebd., S. 236.

14 Ebd.

15 Ebd.

der ‚Aufstand in Mitteldeutschland‘ so dargestellt, dass er in erster Linie als Beispiel für die Grundeinsicht dient, dass der Mangel an demokratischen Freiheitsrechten in Diktaturen auf Dauer nicht legitimierbar ist. Der Aufstand gegen den „diktatorischen Druck“ erscheint somit zwangsläufig.

Eine ähnliche Deutung wird auch in der „Reise in die Vergangenheit“<sup>16</sup> aus dem Jahr 1969 sichtbar. Zunächst werden verschiedene Ereignisse des ‚Aufstands in der Sowjetzone‘ geschildert: „Am folgenden Tag, dem 17. Juni 1953, kam es zu Massenkundgebungen am Haus der Ministerien in der Leipziger Straße, auf dem Potsdamer Platz und Unter den Linden. Schließlich waren über 50 000 Berliner auf dem großen freien Platz des Lustgartens versammelt. Inzwischen hatte die Regierung die Hilfe der Besatzungsmacht angerufen. Kommunistische Propagandasäulen, aufgestellte Transparente, Zonengrenzschilder und Baracken der Volkspolizei waren angezündet und zerstört worden. Vom Brandenburger Tor hatte ein junger Arbeiter die rote Fahne heruntergeholt. Sie war im Nu in hundert Stücke zerrissen. Am Potsdamer Platz war das große „Haus Vaterland“ in Flammen aufgegangen. Nun rasselten sowjetrussische Panzer heran. Sie suchten die aufgebrachte Menge zu zerteilen und in Seitenstraßen abzudrängen. Mit Steinen, Holzstücken und Eisenträgern gingen die Berliner gegen sie los.“<sup>17</sup>

Den eigentlichen Sinn der Ereignisse sieht der Autor aber darin, dass sie die Illegitimität von diktatorischer Unterdrückung aufzeigen. Durch die Geschehnisse am 17. Juni 1953 – so wird resümiert – „[wurde] aller Welt [...] offenbar, daß die Herrschaft der SED-Regierung eine Zwangsherrschaft war, die sich nur auf die Panzer und Gewehre der Besatzungsmacht stützte“<sup>18</sup>. Das Bewusstsein dafür möchte der Schulbuchautor stärken, wenn er die Schülerinnen und Schüler mit ‚erhobenem Zeigefinger‘ darauf hinweist, dass der „17. Juni als Tag der deutschen Einheit [...] kein Tag für lustige Vergnügungen und Autofahrten, sondern ein sehr ernster Tag der Besinnung [ist]“<sup>19</sup>.

Auch heute noch kann der „17. Juni 1953“ in der historisch-politischen Bildung sinnvoll als Repräsentant für grundlegende Einsichten eingesetzt werden. Er sollte dann im Kontext einer Menschenrechtserziehung stehen, die

---

16 Hans Ebeling, Die Reise in die Vergangenheit. Ein geschichtliches Arbeitsbuch, Bd. IV: Unser Zeitalter der Revolutionen und Weltkriege, Braunschweig 1969.

17 Ebd., S. 268.

18 Ebd., S. 268f.

19 Ebd., S. 269.

am historischen Beispiel deutlich machen will, dass das menschliche Zusammenleben durch Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit organisiert sein sollte. Eine historisch-politische Didaktik der Freiheit bzw. eine Freiheits-erziehung macht am 17. Juni kenntlich, dass die Freiheit des Individuums ein unveräußerliches Recht darstellt, dass sich letztlich auch nicht durch autori-täre Regime unterdrücken lässt.

## 2 Der 17. Juni als Vorgeschichte der Gegenwart

Die zweite Form historisch-politischen Lernens deutet den 17. Juni 1953 hinsichtlich der Frage, inwiefern die Entstehung der Gegenwart verständlich gemacht werden kann. Dabei entsteht der Erkenntnisgewinn dadurch, dass die historischen Geschehnisse linear mit gegenwärtigen Verhältnissen verknüpft werden. So wird der „17. Juni 1953“ als Vorgeschichte, als Teil der Entstehungsgeschichte der „Berliner Republik“ interpretiert.

Schon zwei Jahre später, im Jahre 1955, wurden die Ereignisse in einem geschichtlichen Unterrichtswerk<sup>20</sup> in einen linearen Sinnzusammenhang mit einer erwünschten Wiedervereinigung Deutschlands gestellt. Die Autoren schreiben:

„Vornehmstes Ziel der deutschen Außenpolitik ist deshalb die „Wiedervereinigung der deutschen Einheit in Freiheit“. Wie sehr das auch der Wunsch der Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges ist, zeigten eindrucksvoll die Unruhen in Ostberlin und anderen Städten vom „17. Juni 1953“. Bisher sind jedoch alle Versuche zur Wiedervereinigung an der starren Haltung Moskaus gescheitert.“<sup>21</sup> Die Beschäftigung mit dem 17. Juni wird hier in einen Sinnzusammenhang mit den damaligen (1955) Gegenwartsinteressen bezüglich der „deutschen Frage“ gestellt. Die Zeitgeschichte wird so gedeutet, also sei sie ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

Nach den Ereignissen von 1989 hat diesen Form der Sinnbildung im Zusammenhang mit dem „17. Juni 1953“ an Bedeutung gewonnen. In dem

---

20 Geschichte der neuesten Zeit. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, bearb. v. Hermann Pinnow u. Fritz Textor, Stuttgart 1955.

21 Ebd., S. 190.

aktuellen Geschichtsbuch „Geschichte und Geschehen“<sup>22</sup> aus dem Jahr 1997 wird das Datum folgendermaßen erwähnt:

„So kam es vor der friedlichen Revolution 1989 nur einmal in der Geschichte der DDR, im Juni 1953, zu einem Aufstand. Vorwiegend Arbeiter empörten sich zunächst gegen eine Heraufsetzung der Arbeitsnormen und über die schlechte Versorgung mit Konsumgütern. Sie richteten dann aber ihren Zorn auch auf die Missstände der SED-Herrschaft und die allgemeine politische Unfreiheit. In 250 Orten legten 300 000 bis 500 000 Beschäftigte die Arbeit nieder und demonstrierten auf den Straßen. Nur das bewaffnete Eingreifen der Besatzungsmacht rettete das Ulbricht-Regime.“<sup>23</sup> Der „17. Juni 1953“ wird hier eng mit der 89er Revolution verknüpft. Die Aufstand erscheint so als eine unterdrückte Revolution, die erst Ende der 80er Jahre vollendet wurde. Diese genetische Verknüpfung unterschiedlicher Zeiten ist schon in der Seitenüberschrift „Deutschland seit 1945: zerstört – besiegt – geteilt – und wieder vereint“<sup>24</sup> angelegt. Der „17. Juni 1953“ erscheint so als Element der Entstehungsgeschichte der heutigen demokratischen Staatsform des vereinigten Deutschland.

Die deutsche Geschichte verfügt nicht über den Reichtum an demokratischen Traditionen wie andere Nationen. Um so wichtiger ist es, sich der demokratischen Bewegungen, Erhebungen und Ereignisse zu erinnern, in denen sich die Prinzipien und Werte unseres heutigen Zusammenlebens entwickelt haben.

Der 17. Juni kann fraglos als eine demokratische Erhebung interpretiert werden. Er stellt dabei nicht nur eine Vorgeschichte der 89er Ereignisse und der deutschen Vereinigung dar. Vielmehr können die Ereignisse in eine längere Zeitreihe demokratischer deutscher Traditionen gestellt werden. Gemeinsam mit den Revolutionen von 1848 und 1918/1919, dem Widerstand gegen den NS, der 1968-Bewegung und den Umwälzungen von 1989 steht der „17. Juni 1953“ in einem Entwicklungsverlauf, der unsere heutige demokratische Kultur begründet. Diese Beziehungshaltigkeit wird auch zukünftig ein notwendiges Sinnstiftungspotenzial der historisch-politischen Bildung darstellen.

---

22 Geschichte und Geschehen A4. Geschichtliches Unterrichtswerk für die Sekundarstufe I, Stuttgart 1997.

23 Ebd., S. 204f.

24 Ebd., S. 204.

### 3 Der 17. Juni als Analogie einer aktuellen Problemstellung

In einer dritten Form historisch-politischen Lernens kann der 17. Juni als historische Analogie für eine übergeordnete Problemstellung genutzt werden. In dieser Form der Sinnbildung werden Erfahrungen der Vergangenheit punktuell erinnert, um die Auseinandersetzung mit aktuellen Fragestellungen zu bereichern.

Das Politikbuch „Einer und alle“<sup>25</sup> beschreitet diesen Weg der historischen Sinnbildung zum „17. Juni 1953“ in einem Kapitel zum „Marxismus-Leninismus in der Praxis“. Zentraler Gegenstand ist hier die Auseinandersetzung mit dem Theorie-Praxis-Verhältnis des Marxismus-Leninismus und nicht die historischen Ereignisse des Erinnerungsdatums. In dem Schulbuch werden zunächst theoretische Fragmente des Marxismus-Leninismus geschildert. Diesen werden anschließend die tatsächlichen politischen Zustände in realsozialistischen Staaten gegenübergestellt, um den Ideologiegehalt der Hintergrundtheorie aufzuzeigen: „Welche wirtschaftlichen oder politischen Ideen (Lehren) gut oder weniger gut, besser oder schlechter sind, entscheidet sich nicht am „grünen Tisch“, sondern im täglichen Leben der Menschen.“<sup>26</sup> In diesem Zusammenhang wird auch der „17. Juni 1953“ zur Betrachtung herangezogen. So erfährt der Leser: „Viele versprechen sich vom Sozialismus und Kommunismus die Heilung aller Übel dieser Welt. Wie wirkt Sozialismus jedoch dort, wo er nicht Theorie, sondern Praxis ist? Am 17. Juni 1953 hatten sich Arbeiter in der DDR gegen die SED-Herrschaft aufgelehnt. Sie verlangten bessere Arbeitsbedingungen und freie Wahlen. Unter den Schüssen und den Ketten von Sowjetpanzern brach dieser Freiheitskampf zusammen.“<sup>27</sup>

Der „17. Juni 1953“ wird hier nicht in einen chronologischen Zusammenhang gestellt. Vielmehr werden die Ereignisse punktuell aus der Vergangenheit herausgegriffen, um eine allgemeine Problemstellung zu bearbeiten. Somit interessieren nicht die Einzelheiten der Erhebung, nicht die Details ihres Verlaufs, sondern der Einsatz von Macht und Gewalt, der zu ihrem Ende führte.

Durch die punktuelle historische Sinnbildung wird das historische Ereignis erinnert, um den Umgang mit Andersdenkenden in realsozialistischen Staa-

---

25 Einer und alle. Staat – Gesellschaft – Arbeit – Wirtschaft, Stuttgart 1971.

26 Ebd., S. 171.

27 Ebd.

ten zu charakterisieren. Aus dem Vergleich mit ähnlichen Ereignissen wie dem Budapester Aufstand 1956, dem Prager Frühling 1968 oder der Solidarnosz-Bewegung Anfang der 80er Jahre in Polen können Erkenntnisse über die Strukturen politischer Unterdrückung in Diktaturen gewonnen werden.

Bei allen drei Formen der Sinnbildung wird am Beispiel des 17. Juni gelernt, wie Vergangenheitserfahrungen genutzt werden können, um gegenwärtige Problembewältigungen zu verbessern. Der 17. Juni wird erinnert, um Orientierung für die Gegenwart und Perspektive für die Zukunft zu entwickeln.

#### **4 Der „17. Juni 1953“ als Beispiel für Politik mit der Erinnerung**

Gerade bei der Erinnerung an den 17. Juni muss aber eine weitere Form historisch-politischen Lernens reflektiert werden. Dabei geht es nicht mehr darum, wie Vergangenheitsdeutungen Politik orientieren und perspektivieren, sondern um die Frage, wie durch Politik Vergangenheitsdeutungen beeinflusst werden.

In der historisch-politischen Bildung scheint diese Lernform noch zu wenig berücksichtigt zu werden. Ein Blick in die Schulbücher zeigt, dass die „Politik mit der Erinnerung“ didaktisch nicht hinreichend reflektiert wurde.

In dem Schulbuch „Geschichte von Morgen“<sup>28</sup> aus den 80er Jahren wird die politische Instrumentalisierung des „17. Juni 1953“ jedoch zum Unterrichtsgegenstand gemacht. Hierzu werden Textausschnitte aus Schulbüchern der DDR und der Sowjetunion dokumentiert. In dem Absatz aus dem DDR-Geschichtsbuch ist zu lesen: „Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin aus massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in Berlin und einigen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten. In Berlin und einigen anderen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminellen. [...] Doch der junge sozialistische Staat bestand unter Führung der Partei die Belastungsprobe ... Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach

---

28 Hans Heumann (Hrsg.), Geschichte für Morgen. Arbeitsbuch für den Geschichtsunterricht an niedersächsischen Realschulen (10. Schuljahr), Berlin 1987.

der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen. Der Versuch, die DDR und den Sozialismus auf deutschem Boden gewaltsam zu beseitigen, war gescheitert.“<sup>29</sup> Eine ähnliche Interpretation bietet das sowjetische Schulbuch an: „Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erregt den Haß der reaktionären Kreise in Westdeutschland. Am 17. Juni 1953 versuchten bewaffnete Banden den demokratischen Sektor von Berlin und andere Städte zu erobern und die DDR an Westdeutschland anzugliedern. Aber die Bevölkerung und Regierung der Republik gebot dem konterrevolutionären Abenteuer energisch Einhalt.“<sup>30</sup>

Die beiden Textausschnitte werden in „Geschichte für Morgen“ mit dem Ziel abgedruckt, dass die Lernenden die politische und ideologische Intention der Geschichtsdeutung erkennen. Der „17. Juni 1953“ stellt hier einen Unterrichtsgegenstand dar, an dem gelernt werden kann, wie mit Erinnerung Politik betrieben wird.

Aber nicht nur in Diktaturen, auch in demokratischen Gesellschaften unterliegen die Deutungen der Vergangenheit nicht ausschließlich rationalen oder wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Kontroverse Geschichtsinterpretationen sind genauso interessegeleitet wie andere gesellschaftliche Konflikte. In ihnen werden politische Positionen sichtbar. Es stellt eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung dar, Lernende zu befähigen, diese Politik mit der Erinnerung zu durchschauen und sich an ihr als „mündige Bürger“ zu beteiligen.

Hierfür stellt das Gedenkdatum „17. Juni 1953“ ein enormes Lernpotenzial zur Verfügung. An der Untersuchung der Frage, wie die Geschehnisse als Revolution, Aufstand, Erhebung eines Volkes oder von Arbeitern interpretiert wurden, lässt sich erlernen, dass die Erinnerung an Geschichte der politischen Einflussnahme unterliegt. Hierzu lohnt es sich, die Methoden des forschenden Lernens zu verwenden. Aus den Erzählungen von Zeitzeugen und den Dokumenten von Archiven lassen sich an vielfältigen regionalen Beispielen die politischen Interessen rekonstruieren, die hinter den jeweiligen Deutungen des „17. Juni 1953“ standen. Dabei wäre die politische Interessengebundenheit der Interpretation vom „Volksaufstand für die deutsche

---

29 Zit. n. ebd., S. 146.

30 Zit. n. ebd.

Einheit“ im Westen als auch der Deutung vom „faschistischen Putschversuch“ im Osten zu analysieren.

Damit demokratische Bürger nicht den politisch induzierten Geschichtsdeutungen ausgeliefert sind, müssen sie erkennen können, wie diese entstehen. Schüler und Schülerinnen müssen lernen, dass die Politik mit der Erinnerung Gegenwartsinteressen unterliegt. Sie benötigen die historisch-politische Kompetenz, diese Interessen zu identifizieren und gegebenenfalls ihre eigenen Vorstellungen einzubringen. Ein zentrales Lernziel der Beschäftigung mit dem „17. Juni 1953“ in der historisch-politischen Bildung sollte deshalb lauten: Befähigung zur Partizipation an Geschichtspolitik.

Sven Rößler

## Der 17. Juni 1953. Literaturbericht und Problemaufriss

„[E]s [wird] Zeit, diese ungestümste aller deutschen Revolutionen in den historischen Erinnerungsschatz aufzunehmen.“<sup>1</sup>

In der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« – deren „gründliche[s], systematische[s] Studium“ auf Beschluss des Politbüros des ZK der SED „als Hauptform der marxistisch-leninistischen Qualifizierung und der klassenmäßigen Erziehung der Parteimitglieder“<sup>2</sup> gilt – findet sich, mit einem eigenen Abschnitt in seiner Faktizität gewürdigt, die – bis 1989 und vereinzelt darüber hinaus vertretene – staatsoffizielle Darstellung des ansonsten eher »kommunikativ-latent« in der DDR »vergangenheitsbewältigten« »17. Juni 1953«. Aus der Wirklichkeitsferne formaler Logik vulgär-marxistischer Axiome der Selbstdeutung stringent deduziert, speist sich eine tatsächlich grotesk anmutende Dialektik von gegen die »sozialistische Revolution« gerichteten »konterrevolutionärem«, resp. staatlichem »Antifaschismus« und »faschistischem Putsch«.<sup>3</sup> Zugleich hält EDGAR WOLFRUM für die geschichtspolitischen Tendenzen westlich der Elbe fest, dass dort „das konkrete Ereignis [...] in der DDR massiv überlagert worden [ist] von Grundorientierungen der alten Bundesrepublik“ und spricht von einer „Bundesrepublikanisierung“ des historischen Gedächtnisses.“<sup>4</sup>

---

1 KNABE, Hubertus. 17. Juni 1953. Ein *deutscher Aufstand*. München 2003, S. 24

2 AUTORENKOLLEKTIV: ULBRICHT, Walter (Vorsitzender); u. a.. *Geschichte* der deutschen Arbeiterbewegung. Kapitel XIII. Periode von 1949 bis 1955. Herausgegeben vom INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED. Berlin 1969, S. 5

3 Vgl.: Das Scheitern des konterrevolutionären Putschversuches gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht am 17. Juni 1953, in: AUTORENKOLLEKTIV: ULBRICHT; u. a.. *Geschichte* 1969, S. 224-248

4 WOLFRUM, Edgar. *Geschichtspolitik* und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-89), in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 24/1998, S. 411

Unter den mittlerweile in diesem Sinne erschwerten Bedingungen einer gemeinsamen und – einmal unterstellt: – ausdifferenzierteren politischen Öffentlichkeit konkurrieren heute eine Vielzahl von Veröffentlichungen um die Aneignung des »17. Juni 1953« der politischen »Mobilisierungsressource«<sup>5</sup> Geschichte – »Geschichte als Waffe«<sup>6</sup>. So lässt sich bspw. auch MANFRED HAGEN 1992 nicht nehmen, seine „Gliederung nach Erscheinungen“ und „[j]ene Phänomene [...] [die] das Rückgrat der Kapiteleinteilung [bilden][...]“ durch die Bestimmung der „historische[n] Bedeutung der Erhebung“, sogar – laut Kapitelüberschrift – ihres „Wesen[s]“<sup>7</sup>, zu beschließen.

Anliegen dieses Beitrages ist es, neben und anhand der Vorstellung ausgewählter aktueller Literatur einen kurzen Aufriss des Forschungsstandes zu leisten. Hierbei soll es vor allem darum gehen, an einzelnen AutorInnen *diachronisch* und *exemplarisch* – was, angesichts der Fülle des publizierten Materials, anders im beabsichtigten Umfang gar nicht möglich ist – *allgemeine* Tendenzen *einiger* Aspekte und zentrale Konfliktlinien der Forschung zum »17. Juni« aufzuzeigen. Dass die pointierte Bemächtigung *einzelner* Werke zu einem solchen Zweck mitunter diesen nicht gerecht wird, sei als Problem benannt, kann aber vor einem Erkenntnisinteresse »zweiter Ordnung« gerechtfertigt werden. »Aktuell« beschränkt sich auf das Erscheinungsjahr 2003, diese Titel sollen in einem zweiten Schritt *synchronisch* nach evtl. neuen Perspektiven und zentralen Thesen befragt werden.

### Neuere Forschung – Vorgeschichte: Ursachen und Anlässe

„Die Vorgeschichte des 17. Juni 1953 beginnt bereits im Juli 1952, als auf der zweiten Parteikonferenz der SED [...] Walter Ulbricht den Aufbau des Sozialismus [verkündet].“<sup>8</sup> ARNULF BARINGS früh zum langjährigen Standardwerk gewordene Darstellung des »17. Juni 1953« (in diesem Beitrag in der ergänzten Neuauflage von 1983 verwendet) deutet einleitend die nachfolgend verstärkt in den Vordergrund der Forschung rückende Prämisse vom hinreichenden Konnex zu den fundamentalen Entwicklungen auf politisch nationaler und internationaler Ebene der frühen Nachkriegszeit an, wenn-

---

5 Ibid., S. 382

6 DERS. Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen 2002<sup>2</sup>

7 HAGEN, Manfred. DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992, S. 8f [Hervorhebungen: S.R.]

8 BARING, Arnulf. Der 17. Juni 1953. Stuttgart 1983, S. 19

gleich mit dem – gegen die in der Bundesrepublik unmittelbar und darüber hinaus u. a. von Seiten der Regierung vertretene These gerichteten – Ergebnis, „*daß der 17. Juni kein Aufstand des gesamten Volkes [ist]*.“<sup>9</sup> Dass die Ereignisse nicht isoliert betrachtet werden können, darin folgen ARMIN MITTER und STEFAN WOLLE 1993<sup>10</sup>, sie gehen jedoch, wie MITTER andernorts ausführt<sup>11</sup>, mit dem Begriff von der »gescheiterten Revolution« über die rein phänotypische Betrachtung hinaus. „*Der offene Widerstand [9.-21. Juni 1953, S.R.] [...] wird dabei als Teil eines Prozesses verstanden, dessen Charakter insgesamt nur durch die Analyse des gesamten Zeitraumes [II. Parteikonferenz (1952) IV. Parteitag der SED (1954), S.R.] bewertet werden kann.*“<sup>12</sup> Trotz der seinerzeit gleichsam den Westen, wie auch den Osten überraschenden, vermeintlich sich am Konflikt um die Arbeitsnormen entzündenden und namensgebenden Eruption, haben jener (Widerstand) und dieser (Prozess) einen längeren Vor- und Ablauf und eine tiefgreifendere Wirkung, die in den 1990er Jahren eine jeweilige Revision der Annahmen zur Partizipation einzelner Gruppen der *gesamten* Bevölkerung notwendig macht. Der Rückgriff auf die Entwicklungen seit 1945 geschieht dabei entweder, um im Verweis auf den Antikommunismus einer- und die sowjetische Hegemonie andererseits, tendenziell im Nachweis der eingeschränkten Handlungsspielräume die politische Verantwortlichkeit der (späteren) SED zu relativieren und einen ökonomischen Determinismus, der in gewisser Weise der These vom »verschärften Klassenkampf« folgt, zu behaupten – oder um die »*elementare Grundtatsache*« aufzuzeigen, dass die DDR „*ein Kunstprodukt des Kalten Krieges ohne innere Legitimation*“<sup>13</sup> und „*[...] der Beschluß zum »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« [...] nur die logische Folge der kommunistischen Politik seit 1945*“<sup>14</sup> war. In der Kopplung an den

---

9 Ibid., S. 69

10 MITTER, Armin; WOLLE, Stefan. *Untergang auf Raten*. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993

11 Vgl.: MITTER, Armin. Der »Tag X« und die »innere Staatsgründung« der DDR, in: KOWALCZUK, Ilko-Sascha; DERS.; WOLLE, Stefan. Der Tag X – 17. Juni 1953. Die »*Innere Staatsgründung*« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin 1996<sup>2</sup>, S. 9 -30

12 Ibid. S. 17

13 MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 162, dagegen: DIEDRICH, Torsten. Der 17. Juni 1953 in der DDR. *Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*. Berlin 1991, S. 12: „*Für die DDR zeitigte die politische und ökonomische Boykottpolitik der BRD [...] bald ernsthafte Folgen*“, S. 33: „*Um die Löcher im Staatshaushalt zu stopfen, erhöhte die SED- und Staatsführung die Steuern und Abgaben.*“

14 KOWALCZUK, Ilko-Sascha. »*Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!*«. Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: DERS.; MITTER; WOLLE »*Innere Staatsgründung*« 1996<sup>2</sup>, S. 192

Systemkonflikt eröffnet sich ein Raum, in dem *en miniature* bis heute auch »alte Schlachten« weiter ausgetragen werden können – insofern bestätigt sich auf eigentümlich-nachhaltige Weise die Einschätzung der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, „*Die Verkündigung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR [sei] ein Ereignis von überragender historischer und nationaler Bedeutung.*“<sup>15</sup>

In Bezug auf die internationale Dimension wird in der Literatur auch auf die Bedeutung der durch den Tod Stalins am 5. März 1953 evozierten Erschütterungen im Einflussbereich der UdSSR für die Betrachtung des »17. Juni« und auf die machtpolitischen Konflikte in der KPdSU mit ihren Konsequenzen für die sowjetische Deutschlandpolitik hingewiesen. Dabei stellen sich u. a. Fragen nach den Beziehungen zwischen Berija und Semjonow, sowie zur systemimmanenten Ulbricht-Opposition innerhalb des Politbüros um Herrstadt und Zaisser.<sup>16</sup> Es sei vorweg noch bemerkt: „*die Chiffre ‚17. Juni‘ [verdeckt], dass der Aufstand keineswegs auf wenige Tage beschränkt [ist]*“<sup>17</sup> – sowohl ereignis-, wie wirkungsgeschichtlich, wenngleich die Abgrenzungen unterschiedlich vorgenommen werden.

„*Die Verschärfung des Klassenkampfes und die Bündnispolitik der SED in den ersten Monaten nach der Gründung der DDR*“<sup>18</sup> hat zur Folge, dass – so WALTER ULBRICHT auf der II. Parteikonferenz – „*[d]ie demokratische und wirtschaftliche Entwicklung, sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrzahl der Werktätigen [...] jetzt so weit entwickelt [sind], daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist.*“<sup>19</sup>

Zu den Realitäten dieses Übergangs vom »Minimalprogramm« zum »Maximalprogramm« der SED<sup>20</sup>, gehören u. a. die Transformation der Rudimente föderaler Struktur in den politischen Grenzen der alten Länder in 14 Bezirke analog zu den wirtschaftlichen Schwerpunkten und nach den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus«. „*Seit den fünfziger Jahren [treibt] die SED-*

---

15 AUTORENKOLLEKTIV: ULBRICHT; u. a. *Geschichte* 1969, S. 173

16 Vgl.: IHME-TUCHEL, Beate. *Die DDR*. Darmstadt 2002, S. 27 ff

17 *Ibid.*, S. 22

18 AUTORENKOLLEKTIV: ULBRICHT; u. a. *Geschichte* 1969, S. 22

19 ULBRICHT, Walter. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Bd. IV. 1950-1954. Berlin 1958, S. 407, zit. in: AUTORENKOLLEKTIV: ULBRICHT; u. a. *Geschichte* 1969, S. 172

20 Vgl.: AUTORENKOLLEKTIV: ULBRICHT; u. a. *Geschichte* 1969, S. 174

*Führung den Ausbau des Überwachungs- und Unterdrückungsapparats voran*<sup>21</sup> – sowohl durch ein sich verschärfendes Grenzregime, als auch im Inneren – in Gesellschaft und Partei. Gegenüber »unabhängigen« gesellschaftlichen Akteuren, sowie in den Bereichen von Kunst und Kultur, verschafft sich und intensiviert der totale Führungsanspruch der Partei der »Arbeiter-und-Bauern-Macht« Einfluss und Repressionen. Kirchliche Gruppen wie die »Junge Gemeinde« sind betroffen, die Mittelsschichten werden durch eine rigide Steuer- und Abgabepolitik bekämpft<sup>22</sup>, diese Bevölkerungsteile bei der Vergabe von Lebensmittelkarten und von der Kranken- und Sozialversicherung ausgeschlossen<sup>23</sup>. Das konzentrierte Engagement in der Etablierung bzw. Rekonstruktion der Schwer- und Grundstoffindustrien – angelehnt an das sowjetische Entwicklungsmodell – führt zu beachtlichen Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung mit (existenziellen) Konsumgütern. Diese bestehenden ökonomischen Probleme verstärken die Beschlüsse durch die Konflikte und Ertragsrückgänge in Zuge der politisch-ideologisch begründeten Kollektivierung der Landwirtschaft und die »außer(fünfjahres)planmäßige« Belastung der „*Schaffung der bewaffneten Streitkräfte der [DDR] zur Verteidigung der Heimat gegen die äußeren Feinde, zum Kampf gegen den Imperialismus.*“<sup>24</sup>

Diese Maßnahmen sind begleitet von einer kontinuierlichen »Abwanderung«, Flucht und Vertreibung. Anfangs noch als ambivalentes Ventil zur Pazifizierung und sozialen Homogenisierung wahrgenommen – verlassen doch die vermeintlich ohnehin »absterbenden« Trägerschichten »der Reaktion« das Land – wirkt sich die Fluchtbewegung vor allem in der Landwirtschaft nun in unzureichender Bewirtschaftung zunehmend brachliegender Flächen aus. Auch im industriellen Sektor „[müssen] die Produktivkräfte rasch entwickelt und die Arbeitsproduktivität bedeutend gesteigert werden.“<sup>25</sup> In der Praxis bedeutet dies, dass die »Werk tätigen« zunächst zu »freiwilliger« Mehrarbeit in Form von Aktivistenwettbewerben o. ä., resp.

---

21 IHME-TUCHEL DDR 2002, S. 24

22 Vgl.: BUCHHEIM, Christoph. *Wirtschaftliche Hintergründe* des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 38/1990, S. 417 f (429)

23 Vgl.: WILKE, Manfred; VOIGT, Tobias. „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953, in: HEGEDÜS, András B.; WILKE, Manfred (Hg.). *Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956.* Berlin 2000, S. 31

24 AUTORENKOLLEKTIV: ULBRICHT; u. a. *Geschichte* 1969, S. 178

25 AUTORENKOLLEKTIV: ULBRICHT; u. a. *Geschichte* 1969, S. 175

grafizierter Normübererfüllung und zu Vorschlägen einer Rationalisierung der Produktionsprozesse (»Neuererbewegung«) angehalten werden. Bei allen Widrigkeiten der Erwerbssituation, die dem Versprechen einer Humanisierung der Arbeit realiter diametral entgegen stehen, liegt in der monetären Entsprechung des Engagements individueller Anreiz. Die forcierte Implementierung sog. »technisch begründeter Arbeitsnormen (TAN)«<sup>26</sup> nun hat die Erhöhung der Bemessungssätze des Leistungslohns und dadurch – auch angesichts von Produktionsausfällen bei (häufigen) Versorgungsengpässen – Nettoeinkommensverluste von 20 % bis 40 %<sup>27</sup> zur Folge. Einen vorläufigen Höhepunkt dabei stellt die Anordnung des Ministerrates einer allgemeinen, mindestens zehnpromzentigen Normerhöhung vom 28. Mai 1953 dar. Die Umsetzung soll bis zum 30. Juni, dem 60. Geburtstag Ulbrichts erfolgen, dessen allemal bestehende Negativpopularität sich weiter verstärkt.

Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine von der politischen Elite der SED offensichtlich nicht wahrgenommene krisenhafte Destabilisierung der *gesamten* Gesellschaft. Es „[häufen] *sich seit dem Spätherbst 1952 Streiks in den Betrieben. Zugleich [steigen] die Flüchtlingszahlen 1953 steil an [...]* [ , es ist] *das Jahr mit den höchsten Flüchtlingszahlen.*“<sup>28</sup> Erst auf eindringlichen Druck der Sowjetunion kündigt das »Neue Deutschland« vom 11. Juni – völlig unvermittelt – einen »Neuen Kurs« der SED an. Das Politbüro »schlägt« in seinem auf der Sitzung am 9. Juni beschlossenen Kommuniqué der Regierung der DDR vor „*dass eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung [...] verbessern.*“<sup>29</sup> Die – in einschlägig-euphemistischer Diktion – ausgeführten »Korrekturen« (tatsächlich wären sie eine Kehrtwende) dieses »Vorschlags« betreffen entscheidende Elemente des »planmäßigen Aufbaus des Sozialismus«, insbesondere die Diskriminierung der privaten Landwirtschaft und des Mittelstandes werden zeitweise ausgesetzt, zur benachteiligungsfreien Rückkehr Geflüchteter aufgerufen, sogar Entschädigungen und Förderungs-Kredite in Aussicht gestellt. Auch die (politischen) Verfahren und Verurteilungen u. a. gegen Angehörige der kriminalisierten »Jungen Gemeinde« und

---

26 Zur Frage der Arbeitsnormen vgl. den Beitrag Jörg Roesslers in diesem Band

27 Vgl.: FRICKE, Karl Wilhelm. Zur Geschichte und historischen *Deutung* des Aufstands vom 17. Juni 1953, in: ROTH, Heidi. Der 17. Juni 1953 in *Sachsen*. Köln; Weimar; Böhlau 1999, S. 27

28 IHME-TUCHEL *DDR* 2002, S. 24

29 Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953, in: Neues Deutschland, 8. Jg., Nr. 134 vom 11. 06.1953

sog. »Wirtschaftskriminelle« sollen »überprüft« werden (dies sollte später ein entscheidender Anlass für Versammlungen vor Haftanstalten sein) – gerade aber die an die Adresse der eigenen Klientel, der Arbeiterklasse in »historisch führender Rolle«, gerichtete Normerhöhung der »Arbeiter-und-Bauern-Macht« bleibt davon unberührt. Das Legitimationsdefizit, dass eben jene, die in der Vergangenheit unbedingt den »alten Kurs« vertreten und durchgesetzt haben, nun derart abrupt nicht ernsthaft, nichttaktisch an einem »Neuen« interessiert sein konnten, verhindert dessen beabsichtigte Wirkung – die Wende wird als Ausdruck und Eingeständnis von Schwäche bewertet, die Erfahrung der Bevölkerung lehrt zudem, dass die vermeintlich entschärfte Situation prekär bleiben wird.

Am 14. Juni berichtet das »Neue Deutschland« im Artikel »Es wird Zeit, den Holzhammer beiseite zu legen« über Arbeitsniederlegungen u. a. auf der Baustelle schlechthin – der von den Herrschenden selbst zu ihrem Symbol und Prüfstein erhöhten »Stalinallee« – im Zusammenhang mit der Normfrage und mahnt offensichtliche Mängel bei der Vermittlung ihrer Notwendigkeit auf dem Wege der rein administrativen Einführung an. Ohne die Erhöhung der Bemessungssätze selbst anzugreifen, wohl aber ihre Form, artikuliert er doch auch offen – und stärkt somit ihre Position –, exemplarisch für *sämtliche*, die Einwände der *dort* (eher als privilegiert angesehenen) werktätig Beschäftigten.<sup>30</sup> Dagegen weist ein Artikel des Gewerkschaftsorgans »Tribüne« noch am 16. Juni – mit dem Eingeständnis von abzuändernden »Unzulänglichkeiten« der Implementierung – darauf hin, dass „[d]ie *Beschlüsse über die Erhöhung der Normen* [...] *in vollem Umfang richtig* [sind]“.<sup>31</sup> Die Rücknahme der Normerhöhung unter dem unmittelbaren Eindruck der empörten Masse streikender Bauarbeiter am gleichen Tag in Berlin, kann in ihrer offenkundigen und Hilflosigkeit dokumentierenden Reaktivität die Ereignisse nicht mehr befriedend beeinflussen ...

---

30 Vgl.: GRÜN, Siegfried; STERN, Käthe. Es wird Zeit den Holzhammer beiseite zu legen, in: Neues Deutschland. Heft N. A. vom 14. 06. 1953, zit. in: BARING 17. Juni 1953 1983, S. 170-174, dort: S. 174, S. 162-169

31 LEHMANN, Otto. Zu einigen schädlichen Erscheinungen bei der Erhöhung der Arbeitsnormen, in: Tribüne vom 16. 06. 1953, zit. in: BARING 17. Juni 1953 1983, S. 170-174, dort: S. 174 [Hervorhebung: S.R.]

## Neuere Forschung – Verlauf, Umfang, Inhalt – Folgen und Nachwirkungen

Die ereignisgeschichtlichen Erträge zu unmittelbarem Verlauf, Umfang und Inhalten der Entwicklungen um den 9.-15./16./17. Juni 1953 und darüber hinaus konnten durch Zugänglichkeit der Archive nach 1989 weiter ergänzt und differenziert werden. Noch 1983 heißt es bei BARING, dass „[d]ie Ereignisse des 16. Juni auf Ostberlin und weitestgehend auf die Bauarbeiter beschränkt [bleiben]“ und auch am 17. Juni in über 250 Orten „[i]n seinen wesentlichen Abschnitten [...] die Industriearbeiter [– zwischen 300-372 000 –] den Aufstand getragen [haben].“<sup>32</sup> Dagegen geht die neuere Forschung von Aktivitäten in mindestens 300 bis zu 563 Orten<sup>33</sup> aus, in denen *nachweislich* und eingeschränkt auf den 17.06. oder den Zeitraum bis zum 21./23.06 – so bspw. DIEDRICH, dessen Arbeit zuerst die militärpolitischen Aspekte ausführlicher berücksichtigt – „*Streiks, Demonstrationen, bzw. größere Unruhen und Vorfälle zu verzeichnen [sind].*“ Seine „*Liste enthält nicht die Orte (insbesondere Dörfer), in welchen es nur zu geringfügigen Aktionen Einzelner oder kleiner Personengruppen [kommt], bzw. in denen sich die Unzufriedenheit durch Ablieferungsverweigerungen und LPG-Austritte [dokumentiert].*“<sup>34</sup> Selbst auf der vermeintlich objektiven Faktenebene verbleiben die Angaben in wertenden Vorannahmen über die »*Geringfügigkeit*« von „*Aktionen Einzelner*“ – unter den Bedingungen eines zumindest »*Nicht-Rechtsstaates*« „[i]n einem Land mit überwiegend autoritärer Tradition“<sup>35</sup> und in Situation seiner bis dahin herausragendsten Infragestellung. „*Es zeigt sich [...], daß der »17. Juni 1953« [...] das ganze Land, und zwar in weitaus stärkerem Maße als bisher angenommen, erfaßt [hat]. Noch umfangreicher würde die Liste werden, wenn man alle Orte berücksichtigte, in denen es vor dem 17. Juni und nach dem 21. Juni zu Unruhen gekommen [ist].*“<sup>36</sup>

32 BARING *17. Juni 1953* 1983, S. 67, 69; Streikbeteiligung vgl. *ibd.*, S. 68

33 Vgl.: DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 132, 289-293: 17.-23. Juni – 373 (400, S.103) „*Unruheorte*“; HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 200: „*rund 300 [...] Orte, von denen Streiks und Unruhen gemeldet [werden] [...]*“; MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 105: 17. Juni – über 350 Orte; KOWALCZUK, Ilko-Sascha; MITTER, Armin. *Orte des Widerstandes*, in: DIES.; WOLLE, »*Innere Staatsgründung*« 1996<sup>2</sup>, S. 335: 560 (+27) »*Orte des Widerstandes*«; FRICKE *Deutung*, in: ROTH *Sachsen* 1999, S.44: mindestens 563 Orte [Verweis auf KOWALCZUK; MITTER (1996)]; WILKE; VOIGT *zweite Staatsgründung*, in: HEGEDÜS; WILKE (Hg.) *DDR. Ungarische Revolution* 2000, S. 74: „*nahezu*“ 400 Orte

34 DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 289 (Anhang 5) [Hervorhebung: S.R.]

35 MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 118

36 KOWALCZUK; MITTER *Orte*, in: DIES.; WOLLE »*Innere Staatsgründung*«, S. 335

Wo überblickend die Anzahl der Beteiligten angegeben wird, ist von mindestens 500 000 die Rede. Diedrich nennt (für den 17. Juni) ca. 500 000 Streikende und 418 000 Demonstrierende<sup>37</sup>, HAGEN führt Schätzungen „bis zu einer Million ‚Teilnehmer‘“ an – doch er relativiert: „Nicht die Bezifferung der Mengen, sondern [...] die Wucht ihres Auftretens [sind] wesentlich.“<sup>38</sup> Neben den rein quantitativen Korrekturen, die der historiographischen Seriosität geschuldet sind, ermöglicht vor allem die zeitliche Entgrenzung des »17. Juni«, bis zu einer »Zweiten Welle« vornehmlich der Streikbewegung im Juli 1953<sup>39</sup>, mittlerweile eine angemessenere Beurteilung auch seiner politischen Bedeutung. Der – in seinen Zielen umstrittene und in seiner Tatsächlichkeit relativierte – politische Inhalt ergibt sich nicht zuletzt aus den Parolen und Forderungskatalogen der (Betriebs-) Versammlungen und Demonstrationen. Die Beantwortung einer der maßgeblichen Fragen, ob sich nun „[d]ie Bedeutung der Versammlungen [...] darin [erschöpft] die [...] allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung in aller Welt sichtbar zu machen“<sup>40</sup> oder ob „[d]ie Forderung nach freien Wahlen [...] nichts anderes [bedeutet,] als die Abschaffung des Sozialismus in der DDR“<sup>41</sup>, macht es notwendig, die wechselseitige Abhängigkeit in der Genese der Ereignisse und ihrer Losungen zu berücksichtigen. Kommt »[d]as Signal aus Ostberlin« und „[beseitigt] eine Hemmschwelle für den öffentlichen Protest“<sup>42</sup>? Hat vornehmlich der RIAS – als »Stimme der freien Welt« – „[...] nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Entwicklung der Arbeitererhebung“ und multiplizierend „zur Solidarisierung animiert“? Geben seine Kommentare – wie DIEDRICH weiter auf den Spuren BARINGS ausführt –, „der Demonstration vom 16. Juni in Berlin einen politischen Anstrich“<sup>43</sup>? Oder ist „der Streik und der nachfolgende Aufmarsch der Berliner Bauarbeiter [...] keineswegs der alleinige Zündfunke“? Kommt es „schon vorher [...] zu mehr oder weniger ernstern Protesten, zum Teil bereits mit politischem Einschlag“<sup>44</sup>? – „Wenn man überhaupt von einer westlichen Einfluss-

---

37 Vgl.: DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 133

38 HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 200

39 Vgl.: MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 128ff, eine Übersicht der »Proteste, Unruhen, Streiks und Streikversuche nach dem 18. Juni 1953« findet sich bei: HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 195

40 BARING *17. Juni 1953* 1983, S. 67, 69; Streikbeteiligung vgl. ibd., S. 92

41 MITTER. »Tag X«, in: KOWALCZUK; DERS.; WOLLE »Innere Staatsgründung« 1996<sup>2</sup>, S. 23

42 DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 55

43 Ibid., S. 68 [Hervorhebung: S.R.]

44 HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 36

nahme sprechen kann, dann [ist] es lediglich die sehr vorsichtige Wieder-  
gabe der Geschehnisse in Berlin im westlichen Rundfunk [...]. Doch nicht  
die Nachrichten [sind] der Auslöser, sondern die Aktionen, über die  
berichtet [wird]. [...] Sonst hätte der Protest nicht [...] in vielen Städten und  
Dörfern eingesetzt, unabhängig von dem, was an diesem Tag in Berlin  
[geschieht].<sup>45</sup> Hierin wird auch einem idealtypischen Phasenmodell von  
rein ökonomisch-sozialen zu politischen Forderungen, das sich zudem  
umstandslos auf die Gesamtheit der Ereignisse in der DDR übertragen ließe,  
widersprochen.<sup>46</sup>

Einhellig dagegen wird die sukzessive Verhängung des Ausnahmezustandes  
in 13 der 14 Bezirks- und in 51 Kreisstädten angeführt, sodass zwischen dem  
17. und 18. Juni 167 der 217 Stadt- und Landkreise der DDR betroffen  
sind.<sup>47</sup> KARL WILHELM FRICKE ergänzt, dass Berlin und Leipzig am längsten  
vom sowjetischen Kriegsrecht betroffen sind und es dort erst am 11. Juli zur  
Aufhebung kommt.<sup>48</sup> Die Angaben über Opfer variieren. BARING nennt  
1983 21 Todesopfer des »umsichtigen« sowjetischen Militäreinsatzes und  
1 300 Verhaftungen, die 6 Todesurteile und 4 lebenslängliche Zuchthausstra-  
fen zur Folge haben.<sup>49</sup> Die Zäsur von 1989 ermöglicht Einsicht in offizielle  
Archive und erlaubt es, ein klareres Bild zu zeichnen. Nach DIEDRICH  
(1991), der sich auf das Zentralarchiv des Ministeriums des Inneren der  
DDR stützt, werden insgesamt 6 171 Verhaftungen bis zum 30. des Monats  
mit Bezug zum »17. Juni« aktenkundig. Von 5 296 Inhaftierten sind 3.456 (=  
65,2 %) Arbeiter(Innen?).<sup>50</sup> *„Die Zahl aller durch DDR-Gerichte ausgespro-  
chene Verurteilungen ist bislang nicht bekannt [vgl. dazu Anm. 58]. Drei-  
mal [wird] gegen Teilnehmer der Unruhen die Todesstrafe verhängt, dar-  
unter gegen die ehemalige SS-Kommandeuse E[rna] Dorn.“*<sup>51</sup> Ihm folgt HAGEN<sup>52</sup> (1992), verweist aber auch auf MITTER der,

---

45 KOWALCZUK, Ilko-Sascha; MITTER, Armin. »Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden,  
aber sie sind nicht besiegt!« Die *Arbeiterschaft* während der Krise 1952/53, in: DIES.;  
WOLLE »Innere Staatsgründung« 1996<sup>2</sup>, S. 58f

46 Vgl. u. a.: HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 199

47 Vgl.: DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 133

48 Vgl.: FRICKE *Deutung*, in: ROTH *Sachsen* 1999, S. 57; Vgl.: KOWALCZUK, Ilko-Sascha.  
17.6.1953: *Volksaufstand* in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003,  
S. 244: Aufzählung ergänzt um Halle

49 Vgl.: BARING *17. Juni 1953* 1983, S. 67, 69; Streikbeteiligung vgl. *ibd.*, S. 96, 116

50 Vgl.: DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 300f

51 *Ibid.*, S. 183 [Hervorhebung: S.R.]. DIEDRICH erliegt hier prompt der Propaganda-Termi-  
nologie der SED (dagegen: „ehemalige KZ-Aufseherin“, S. 123 ), die wiederum – trotz  
ideologischem Antagonismus – das »Wörterbuch des Unmenschen« semantisch beerbt.

nach Auswertung der »Akten des Ministeriums für Staatssicherheit«<sup>53</sup> (1991), von Zahlen zwischen 8-10 000 Inhaftierungen (bis zum 1. Juli) ausgeht, die er 1993 mit WOLLE auf 13 000, für den Zeitraum bis zum 1. August, nach oben korrigiert.<sup>54</sup> Mind. 50 bzw. 51 Todesopfer können sicher belegt werden, davon sollen 33 Personen den Folgen einer Schussverletzung erlegen sein, mind. 20-24 sterben infolge der sowjetischen Intervention, mind. 27 Tote sind das Ergebnis des Einsatzes der (kasernierten) Volkspolizei.<sup>55</sup> Es werden „18 Todesurteile sowjetischer Militärtribunale [...] zwischen dem 17. und dem 22. Juni vollstreckt [...]. Zwar ist die Zahl der Verurteilten nicht zu recherchieren [...] aber daß Hunderte von ihnen in die Zwangsarbeitslager von Workuta verbracht [werden], steht außer Zweifel. [...] Den fatalen Schlusspunkt der ‚justitiellen Bewältigung‘ des Juni-Aufstands [setzt] das oberste Gericht am 24. Mai 1955 mit einem Geheimprozeß [gegen Max Fechner, Justizminister 1949-53, S.R.]“<sup>56</sup>. Einem Bericht Hilde Benjamins und Ernst Melsheimer vom 5. März 1954 über »die Aburteilung der Provokateure des Putsches vom 17.6.1953« entnimmt FRICKE für den Zeitpunkt Ende Januar 1954: „Von den 1 526 Angeklagten, die verurteilt wurden, erhielten 2 Angeklagte die Todesstrafe, 3 Angeklagte lebenslänglich Zuchthaus, 13 Angeklagte Strafen von 10-15 Jahren, 99 Angeklagte Strafen von 5-10 Jahren, 824 Angeklagte Strafen von 1-5 Jahren und 546 Angeklagte Strafen von bis zu 1 Jahr“ – zusammen mit 123 noch anhängigen Verfahren ergibt sich für ihn so eine Gesamtzahl von ungefähr 1 600 Verurteilungen.<sup>57</sup> Eine bis zur Möglichkeit eingehenderer Prüfung ehem. sowjetischer Archive ungeklärte Frage ist, inwiefern es zu Verurteilungen von

---

Ähnlich nicht-problematisierend: HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 171 (s. a. bspw.: *Ibid.*, S. 92: »Mob-Elemente«). Bemerkenswert ist »die Kommandeuse« durch den literarisch-propagandistische Popularisierungsversuch der These vom faschistischen Putsch in der gleichnamigen Novelle Stephan Hermlins; vgl. u. a.: SCHULLER, Wolfgang. Stundeweise Befreiung. 17. Juni 1953 in Bitterfeld und in Halle: Hermlins „Kommandeuse“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 136/2002 vom 15.06.2002, S. 11. Zur Uneindeutigkeit im Fall Erna Dorn vgl. u. a.: FRICKE *Deutung*, in: ROTH *Sachsen* 1999, S. 64f

52 Vgl.: HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 177, Anm. S. 235

53 Vgl.: MITTER, Armin. Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Heft 5/1991, S. 31-41, hier: S. 34

54 Vgl.: MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 126

55 Vgl.: FRICKE *Deutung*, in: ROTH *Sachsen* 1999, S. 59; MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 105; DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 168, (Anhang 6, S. 293)

56 FRICKE *Deutung*, in: ROTH *Sachsen* 1999, S. 62f, 70; HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 175 geht von 19 Todesurteilen bis zum 22.06.1953 aus

57 Vgl.: FRICKE *Deutung*, in: ROTH *Sachsen* 1999, S. 67; Zitat: *Ibid.*

Angehörigen der Roten Armee nach Verweigerung eines Vorgehens gegen die Demonstrierenden gekommen ist, bzw. zu solch einem Verhalten überhaupt.<sup>58</sup> Die referierten Erträge der Forschung legen nahe, dass den Quellen, sofern sie »Verwaltungsakte« betreffen, ein höherer Grad an Wahrhaftigkeit zugesprochen wird, als den diversen »Lageberichten«, in denen „*die Partieführung bestimmte Reaktionen* »[wünscht]« *und die untergeordneten Organe eigentlich nur für deren tatsächliches Eintreten zu sorgen [haben]*“<sup>59</sup> – Die »Banalität des Bösen«<sup>60</sup> wirft ihre Schatten in Eichmann'scher Verlässlichkeit der Bürokratie auch auf die »Arbeiter-und-Bauern-Macht«.

Die Deutung des »17. Juni« als »konterrevolutionärer Putsch« war und ist obszön, indem sie bei aller Evidenz von eigener Verantwortlich- und Schuldigkeit der Machtelite der DDR schweigt und die eigene Bevölkerung entmündigt, der ihr Handeln „*schon am Abend des 16. Juni*“<sup>61</sup> als das von »Agenten« der Reaktion vorgeführt wird. Den empirisch-plausiblen Nachweis dieser These bleiben ihre politischen VertreterInnen, samt deren »demütigen Mägde« »Wissenschaft« und »Justiz«, bei allem Bemühen bis zum Ende der DDR schuldig.<sup>62</sup>

Ulbricht, der an seiner vormals willfährigen und strikten Politik unter den geänderten Bedingungen auf Seiten der Garanten seiner Macht nach dem Tode Stalins festhält und im Vorfeld des »17. Juni« bis in das Politbüro und darüber hinaus in Frage gestellt ist, gelingt es, mit der Gewalt sowjetischen Eingreifens in der Situation der Bedrohung und nachfolgend im Machtkonflikt zwischen Berija und Chruschtschow, seine Position erneut zu konsolidieren. Es ist die doppelte Ironie – des durch Opportunismus zum zwischenzeitlichen Hindernis gewordenen Parteiführers und stellvertretenden Ministerpräsidenten, der aus den auch gegen ihn in Funktion und als Person gerichteten Ereignisse gestärkt hervorgeht – die dem »17. Juni 1953« einen

---

58 Vgl.: Dagegen u. a.: FRICKE *Deutung*, in: ROTH *Sachsen* 1999, S. 60; MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 105: mind. 40 sowjetische Soldaten; HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 120: 18 Rotarmisten des 73. Schützenregiments

59 MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 64

60 Vgl.: ARENDT, Hannah. *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*. München 2000<sup>10</sup>; vgl. vertiefend: ARENDT, Hannah. *Über den Zusammenhang von Denken und Moral*, in: LUDZ, Ursula (Hg.); DIES., *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen zum politischen Denken I*. München 2000<sup>7</sup>, S.128-155

61 HAGEN *Volkserhebung im Stalinismus* 1992, S. 84; Vgl.: MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 105

62 Vgl.: MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 112ff, 153

tragischen Charakter verleihen.<sup>63</sup> Einige Autoren sprechen von einer »inneren«, resp. »zweiten Staatsgründung« als eine der Konsequenzen.<sup>64</sup> Sukzessive kommt es in der Nachfolge des »17. Juni« zur Demontage des »Neuen Kurses« in der DDR. Die eilig verfüzten Befriedigungsmaßnahmen auf dem Konsumsektor und die Rücknahme der Normerhöhung kollidieren beständig mit der volkswirtschaftlichen Impotenz<sup>65</sup>, die Kollektivierung der Landwirtschaft wird erneut forciert, es kommt zum Ausbau des Überwachungs-, Polizei- und Disziplinierungsapparates und zur »Abrechnung mit der Partebasis«.<sup>66</sup> Ohnehin, »[d]ie grundsätzlichen Herrschaftsverhältnisse [blieben] während des gesamten Zeitraumes unverändert.«<sup>67</sup> Aber »[d]ie Aktionen Mitte Juni hatten, trotz des massiven Terrors der Sowjetarmee, trotz Verhaftungen und anderer Mittel zur Disziplinierung, das Selbstbewusstsein der Bevölkerung deutlich gesteigert.«<sup>68</sup>

### »Arbeiter-« oder »Volksaufstand«?

In den konkurrierenden Begriffen, auf die der »17. Juni« gebracht wird, verdichten sich idealiter die aus der Analyse entwickelten leitenden Thesen – mitunter entsteht auch der Eindruck einer Umkehrung des Verfahrens: »[linientreue] DDR-Historiker [bemühen] sich [nach 1990, S. R.] umgehend [...] die Baringsche These [...] die sie bis dahin als böse Verleumdung strikt abgelehnt hatten, zu bestätigen.«<sup>69</sup> Die Genese des Paradigmas vom »Arbeiteraufstand« zur dominierenden Position in der (alten) Bundesrepublik seit der Arbeit von BARING, dient in der schillernden geschichtspolitischen Dimension u. a. den Entspannungsinteressen der späteren »neuen Ostpolitik«. Zugleich aber ist der Aspekt eines Klassenaufstandes gegen die eigene

---

63 Im Zusammenhang mit der Forderung nach Wiedervereinigung, gilt für die Bundesrepublik, in der die CDU – und die Politik der Westintegration – mit 45,2 % erfolgreich aus der »noch unter dem Eindruck der Juni-Ereignisse [stehenden]« Bundestagswahl hervorgeht, ähnliches; vgl.: WOLFRUM. *Geschichtspolitik*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 24/1998, S. 411; Zitat: *Ibid.* (vgl.: Anm. 4)

64 Vgl.: WILKE; VOIGT *zweite Staatsgründung*, in: HEGEDÜS; WILKE (Hg.) *DDR. Ungarische Revolution 2000*; KOWALCZUK; MITTER; WOLLE »Innere Staatsgründung« 1996<sup>2</sup>

65 Vgl.: BUCHHEIM *Wirtschaftliche Hintergründe*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 38/1990, S. 433

66 Vgl.: KOWALCZUK *Wir werden siegen*, in: DERS.; MITTER; WOLLE »Innere Staatsgründung« 1996<sup>2</sup>, S. 219

67 MITTER. »Tag X«, in: KOWALCZUK; DERS.; WOLLE »Innere Staatsgründung« 1996<sup>2</sup>, S. 17

68 MITTER; WOLLE *Untergang* 1993, S. 120

69 MITTER. »Tag X«, in: KOWALCZUK; DERS.; WOLLE »Innere Staatsgründung« 1996<sup>2</sup>, S. 12

»Avantgarde« (nicht nur) sozialdemokratischen Distinktions- und Integrationsbestrebungen förderlich.<sup>70</sup> In erkenntnistheoretischer Perspektive offenbart sich der interpretatorische Spielraum vermeintlicher »Fakten« – ist die »Tatsache« von einem 65,2%igen Anteil »ArbeiterInnen«, wohlgermerkt in einem »Arbeiter-und-Bauern-Staat«, an den Geschehnissen hinreichendes Argument oder folgt die Reduktion der politisch handelnden Subjekte auf ihre Funktionalisierung im Produktionsprozess nicht implizit der Delegitimierungsstrategie der SED? Sinnfällig wird eine solcher Ebene bei DIEDRICH: „*Insgesamt läßt sich feststellen, daß [...] die Industriearbeiterschaft [...] die Erhebung [trägt] [...]. Zu den Demonstrationen [gesellen] sich dann [...] Hausfrauen und Jugendliche [...]*“. Zur entpolitizierenden Begründung führt er weiter aus, „[reicht] *der lange Arm ideologischer Beeinflussung [...] nicht in dem Maße bis an den Küchenherd, um auch der Masse der Hausfrauen ein »sozialistisches« Bewußtsein einzupflanzen. Die relativ großen Möglichkeiten freier Zeiteinteilung [prädestiniert] sie geradezu zur spontanen Teilnahme [...]. Zu dem Fakt des größeren verfügbaren Zeitfonds [gesellt] sich bei den Jugendlichen vor allem das Abenteuerum*“<sup>71</sup>. Er kommt wohlgermerkt zu einem solchen Ergebnis, obwohl seine Arbeit eine »*Bauerenerhebung*« mit „*eigenen Formen des Protests*“ benennt.<sup>72</sup> Dass die isolierte Betrachtung beider »*Erhebungen*« zu einem Votum für eine der »Arbeiter« am 17. Juni führt, ist von daher zwar nachvollziehbar, aber methodisch fragwürdig.

Entscheidend zur Beurteilung *des »17. Juni«* könnten die anteilig zunehmenden Regionalstudien werden. Sie leisten im Abrücken vom Brennpunkt Berlin – mit seiner eingestanden Spezifik – und den industriellen Zentren, hin zur Betrachtung der ländlichen Gebiete<sup>73</sup> eine Differenzierung der sozialen Trägerschichten im Maßstab der gesamten DDR und weisen stärker, sowohl zeitlich als auch inhaltlich, eine relative Unabhängigkeit des Widerstandes – im Sinne einer Erweiterung – dort von den rein ökonomischen Konflikten um die Normfrage und im Organisationsgrad<sup>74</sup> nach (bspw. im Charakter der

---

70 Vgl. WOLFRUM. *Geschichtspolitik*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 24/1998, S. 390 ff

71 DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 148 f

72 Vgl.: *Ibid.*, S. 136, Zitat: *Ibid.*

73 Vgl: MITTER, Armin. »Am 17.6.1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken die Bauern.« *Die Bauern und der Sozialismus*, in: KOWALCZUK; DERS.; WOLLE »*Innere Staatsgründung*«, S. 75-128

74 Bspw. umfangreich: ROTH *Sachsen* 1999

Häftlingsbefreiungen, »Grüne Front« und bäuerliche »Freudenfeste« nach dem 9. Juni, LPG-Austritte und -Auflösungen). Die landesweit gleichlautenden politischen Forderungen nach Wiedervereinigung und freien Wahlen gewinnen insofern an Gewicht. Fast schon einen Allgemeinplatz der Literatur für die Beteiligung von Intellektuellen und des Lehrkörpers stellt die Wahl einer Stadtverwaltung in Görlitz durch die Aufständigen dar.<sup>75</sup>

### Neueste Forschung: 2003

In welchem Zusammenhang stehen nun die Neuerscheinungen von 2003 mit dem bereits Ausgeführten? Wie und worin ergänzen sie es – oder stellen es in Frage? Zunächst soll hierzu auf die Untersuchung von KARL WILHELM FRICKE und ROGER ENGELMANN<sup>76</sup> näher eingegangen werden. „*Alles in allem genommen erbrachte die Ausbeute aus den nach dem Ende der SED-Diktatur geöffneten Archiven für die Forschung wenig grundsätzlich Neues, [...] Präzisierung und Vervollständigung [...] im Detail – das allerdings war und ist zu konstatieren.*“ Nach diesem Resümee der Forschungslage nehmen die Autoren folgerichtig eine auf »*Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat*« sich konzentrierende Darstellung und Analyse vor, zumal die Kontroverse über einen »Volkserhebung« oder »Arbeiteraufstand« angesichts »*historischer Tatsachen*« »*akademisch*« anmutet.<sup>77</sup> Sie arbeiten am Beispiel des »*Dilemmas der Stasi*« den Konflikt des prekären Primats der totalen ideologischen Erkenntnis an der Schnittstelle zur empirische(re)n Wirklichkeit heraus: „*Einerseits lagen ihr keinerlei Beweise dafür vor, dass der Aufstand [...] planmäßig inszeniert worden war. Andererseits durften ihre Ermittlungs- und Untersuchungsorgane nicht den Vorgaben der Partei zuwider arbeiten, im Gegenteil, sie sollten gleichsam das Unbeweisbare beweisen.*“<sup>78</sup> „*Das Eingreifen der Besatzungsmacht [...] bedeutete [...] für die SED eine herbe Niederlage*“<sup>79</sup> – als Konsequenz der offenkundigen Defizite im Vorfeld des »17. Juni« setzt der systematische Ausbau der vormalis „*nahezu ausschließlic[h] [...] Geheimpolizei*“ zu einem »*Inlandsnachrichtendienst*« ein.<sup>80</sup> Von 1954-1956 werden auf Bezirksebene (dezentrale)

75 Vgl.: DIEDRICH *Bewaffnete Gewalt* 1991, S. 128 ff, 156

76 FRICKE, Karl Wilhelm; ENGELMANN, Roger. Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1955 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003

77 Vgl.: *Ibid.*, S. 12, Zitat: *Ibid.*

78 *Ibid.*, S. 157

79 *Ibid.*, S. 177

80 Vgl.: *Ibid.*, S. 179, Zitat: *Ibid.*

Strukturen für den Ausnahmezustand geschaffen und auch die Bereitschaftspolizei und die sog. »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« „verdanken [...] ihre Existenz dem Juni-Aufstand.“<sup>81</sup> Der »17. Juni« ist, nach Einschätzung der Autoren, und wie allgemein in der Literatur der Machtelite überhaupt bescheinigt, auch für das »MfS« ein nachhaltiges »Trauma«. „Mielkes Staatsicherheitsdienst wollte nie mehr überrascht werden, deshalb setzte sie sich das Ziel, alles zu wissen und überall »vorbeugend« einzugreifen, wo sich eine Gefährdung des SED-Staates andeutete. Doch dieses Ziel war trotz der uferlosen Ausweitung des eigenen Apparates unerreichbar.“<sup>82</sup> Anhängig sind auf ca. 90 Seiten einschlägige Quellen dokumentiert.

Gegen eine derart *spezifizierte* liefert HUBERTUS KNABE eine umfangreiche *Gesamtdarstellung* des »17. Juni«<sup>83</sup>. Wenngleich mit einem narrativen Ansatz, integriert er doch die neueren Forschungserträge, namentlich zur »Bauernrevolte«, die nicht nur in einem eigenen Kapitel, sondern durchgängig selbstverständlicher Bestandteil seiner Ausführungen ist. Für ihn ist „[d]er Aufstand vom 17. Juni [...] nicht nur ein kurzzeitiger sozialer Protest, sondern die erste Massenerhebung gegen ein totalitäres Regime in der Geschichte.“<sup>84</sup> Auch wenn das legitime Interesse angemessener Wertschätzung im exklusiven Superlativ letzterer Gefahr läuft Gewalt anzutun, entscheidet die These bereits einleitend mit dem Mut zur Prägnanz die Diskussionen um den Charakter des »17. Juni«. KNABE führt Schätzungen von mittlerweile 1 bis 1,5 Millionen „an den Aktionen Beteiligte[r]“ an, „[i]n jedem Fall war die Beteiligung an den Protesten im Juni 1953 größer als beim Sturz von SED-Chef Honecker im Oktober 1989.“<sup>85</sup>

Gegen die BARINGSche These schreibt er, war „[i]n Wirklichkeit [...] die soziale Basis der Erhebung so breit und vielfältig, dass man zu Recht von einem Volksaufstand sprechen kann.“<sup>86</sup> Und „[m]it seinen Forderungen nach Freiheit und Demokratie gehört der Aufstand [...] in die Reihe der großen revolutionären Erhebungen in Deutschland: Die Märzrevolution von 1848, die Novemberrevolution von 1918 und der Sturz des SED-Regimes im Jahr 1989.“<sup>87</sup>

---

81 Vgl.: Ibid. 183f, Zitat: 184

82 Ibid., S. 238

83 KNABE *deutscher Aufstand* 2003

84 Ibid., S. 11

85 Ibid., S. 84

86 Ibid., S. 159

87 Ibid., S. 7

Mit dem einen investigativen Anspruch unterstreichenden Titel »Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit« möchte VOLKER KOOP eine von ihm konstatierte »Lücke« umfassender Gesamtdarstellungen schließen – die *„bisherigen Darstellungen [seien] in vielem zu revidieren.“*<sup>88</sup> In einem Stakato kurzer, prägnant überschriebener Abschnitte (*»Widerstand in den Kinohallen«*<sup>89</sup>; *»Unbeteiligte Rentnerin erschossen«*<sup>90</sup>) und mit einem übersichtlich gehaltenen Anmerkungsapparat (ergänzt um Statistiken und Dokumente), zeigt er zunächst den *»Weg zum 17. Juni«*<sup>91</sup> auf, um nachfolgend – von Lageberichten eingeleitet – die Ereignisse in den einzelnen Bezirken durchzudeklinieren. Eine *»Chronologie der Ost-Berliner Ereignisse«*<sup>92</sup> schließt mit einer detaillierten Aufstellung des entstandenen Sachschadens (rund 500 000 Mark). Ausführlich werden die Gerüchte um wegen Desertion hingerichteter Sowjetsoldaten behandelt und problematisiert.<sup>93</sup> Trotz der von *„entfesselten Massen“* getragenen *„Ausschreitungen, die mit einem Freiheitskampf nichts mehr zu tun hatten“*<sup>94</sup> handele es sich beim »17. Juni« um einen »Volksaufstand«, der von den *„Menschen der DDR [...] im November 1989“* vollendet wurde. *„Dieses Mal blieben die sowjetischen Truppen in ihren Kasernen, womit die Voraussetzung für einen glücklichen Abschluss des 17. Juni 1953 gegeben war.“*<sup>95</sup> Seine Arbeit beschließt Koop mit einer einmütig-nivellierenden Auflistung der »Opfer« beider Seiten.<sup>96</sup>

Im Vorwort von MARIANNE BIRTHLER vor allem mit dem Anliegen des Agendasettings im Hinblick auf den Schulunterricht apostrophiert, sticht die Publikation von ILKO-SASCHA KOWALCZUK<sup>97</sup> bereits durch ein ungewöhnliches Format, einem (bild-)material- und abwechslungsreichen, »didaktisch-methodischem« Layout und dem Mitschnitt einer Belegschaftsversammlung auf einer beigefügten Audio-CD aus der Vielzahl (wissenschaftlicher) Neuerscheinungen hervor. Inhaltlich konnte die Liste der vormaligen *»Orte des Widerstandes«* von 560 im Jahr 1996 auf nunmehr über 700 *»Orte des*

---

88 Vgl.: KOOP, Volker. Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit. Berlin 2003, S. 7; Zitat: S. 20

89 Ibid., S. 130

90 Ibid., S. 229

91 Ibid., S. 13

92 Ibid., S. 160ff

93 Vgl.: Ibid., S. 189ff

94 Ibid., S. 338

95 Ibid., S. 343

96 Vgl.: Ibid., S. 343ff

97 KOWALCZUK *Volksaufstand* 2003

*Volksaufstandes*« erweitert werden<sup>98</sup>. Die Gesamtzahl der – sowohl von DDR-Dienststellen, als auch durch die Besatzungsmacht (mit einem Anteil von 1-2 000) Festgenommenen – wird mit etwa 13-15 000 bis Mitte 1955 angegeben<sup>99</sup>, dabei erfolgen »nur« 1 800 Verurteilungen durch die Organe der DDR, 500-750 durch sowjetische Tribunale.<sup>100</sup> Zu den 18 standrechtlichen Erschießungen wird mehrfach angemerkt, dass diese zur Abschreckung angeordnet waren – indifferent also gegenüber jenen, an denen sie vollzogen wurden.<sup>101</sup> So hatten die Görlitzer »Rädelsführer« *»Glück im Unglück«* – ihre Verurteilungen zum Tode wurden nicht vollstreckt, da *„das aus Moskau vorgegebene Soll von 18 Erschießungen bereits erfüllt war“*<sup>102</sup>. Bereits bei der – weit ausholenden aber jeweils kurz gehaltenen – grundsätzlichen Bestimmung der Ursachen – generelle und wesenhafte Probleme der DDR – wird die Repression als gegen »objektive Feinde« gerichtet und Ausfluss *»permanenter Mobilisierung«* und *»permanenter Revolution«* über die reine Ereignisgeschichte hinaus kontextualisiert.<sup>103</sup> Die Gliederung der einzelnen Ereignisdarstellungen erfolgt zunächst nach den zehn damaligen Großstädten, anschließend nach den Regionen, die – bezeichnenderweise – entgegen der üblichen Orientierung an der damaligen Bezirksstruktur, in die heutigen Bundesländer untergliedert sind. Entgegen der 1996 noch zusammen mit MITTER vertretenen These einer Revolution, die *„für einen großen Teil der Bevölkerung mit der Verkündung des Ausnahmezustandes durchaus noch nicht zu Ende schien“*<sup>104</sup> schreibt KOWALCZUK 2003 *„Insofern deutete sich bereits am Nachmittag in Ost-Berlin an, was dem Aufstand in der gesamten DDR drohte: Er brach zusammen, weil die sowjetische Armee ihn niederschlug und weil es der Bewegung an Konzepten und Ideen fehlte, die Staatsgeschäfte zu übernehmen.“*<sup>105</sup> Abschließend heißt es dagegen: *„1953 erhoben sich 1953 über eine Millionen Menschen gegen das Regime, forderten dessen Beseitigung, erstürmten in vielen Orten die Institutionen der Macht, bildeten in Ansätzen neue heraus [...] Sie wollten*

---

98 Vgl.: KOWALCZUK, Ilko-Sascha; MITTER, Armin. Orte des Volksaufstandes, in: KOWALCZUK *Volksaufstand* 2003, S. 284ff

99 Vgl.: KOWALCZUK *Volksaufstand* 2003, S. 244

100 Vgl.: Ibid., S. 246, 250

101 Vgl.: Ibid., S. 129, 243, 245

102 Ibid., S. 243

103 Vgl.: Ibid., S. 59

104 KOWALCZUK; MITTER, *Arbeiterschaft*, in: DIES.; WOLLE *»Innere Staatsgründung«* 1996<sup>2</sup>, S. 61

105 KOWALCZUK *Volksaufstand* 2003, S. 130f

*keine Reformen, sondern eine Revolution, den Sturz des Systems. [...] Das Vermächtnis der gescheiterten Revolution für die deutsche Einheit 1953 war 1989/90 unverhofft eingelöst worden.*<sup>106</sup>

Diametral zu KOOP begründet HANS-PETER LÖHN seine Darstellungen des »Volksaufstand[es] am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale«<sup>107</sup> gerade mit „sehr große[n] Lücken [...] [b]ei der Erforschung des Geschehens [...] auf regionaler Ebene“<sup>108</sup>. Neben der naheliegenden Behandlung der propagandistischen Verwertung der Befreiung der sog. »SS-Kommandeuse« Erna Dorn aus der Untersuchungshaftanstalt als vermeintliche Anführerin im Zusammenhang mit der Häftlingsbefreiung<sup>109</sup>, kommt LÖHN für die Ereignisse in Halle zu dem Ergebnis<sup>110</sup>, dass diese dort tatsächlich den Charakter eines (längerfristigen) »Aufstandes« – im qualitativ-höheren Gegensatz zur »Arbeiterrevolte«, bzw. »Arbeiter-« oder »Volkserhebung« – besäße. Der »Arbeiteraufstand« entwickelte sich „immer mehr zu einem Volksaufstand, der von einem Großteil der Bevölkerung getragen wurde“, was auch die Zusammensetzung des (und die Tatsache eines) »Zentralen Streikkomitees« belege. Außerdem würde die „These, dass die Kerngebiete des Aufstandes in den »alten« Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung lagen, [...] durch das Beispiel der Stadt Halle nachhaltig bestätigt.“<sup>111</sup>

Herausgegeben von ULRICH MÄHLERT und als Gesamtereignis von ihm in der Vielzahl der Aspekte und Dimensionen einleitend skizziert, beleuchtet der Sammelband »Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit«<sup>112</sup> exemplarisch zunächst den »Aufstand in den Regionen«. Neben Rostock, Jena, Leipzig und Potsdam, finden sich dort auch Beiträge zu den vielzitierten Ereignissen in Görlitz, dem Bezirk Halle und Berlin (am Beispiel der Stalinallee). Bemerkenswert ist bei letzterem, dass sein Autor, STEFAN WOLLE, hier mittlerweile „wenigstens in den Ursprüngen Züge einer Arbeiterbewegung“ identifiziert. „Der lange Zeit verwendete Begriff des Arbeiteraufstandes [sei] insofern gegenüber dem seit 1989 stärker

---

106 Ibid., S. 271 [Hervorhebungen: S.R.]

107 LÖHN, Hans-Peter. Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille!. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale. Bremen 2003

108 Ibid., S. 9

109 Ibid., S. 96ff

110 Vgl.: Ibid., S. 202ff

111 Ibid., S. 204

112 MÄHLERT, Ulrich (Hg.). Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für *Einheit, Recht und Freiheit*. Bonn 2003

verwendeten Begriff des Volksaufstandes keineswegs als Abwertung zu verstehen.“<sup>113</sup> Offenbar ist es allgemeine Tendenz, die Konflikte der 1990er Jahre um die Deutungsangebote »des 17. Juni« zu entschärfen. MÄHLERT kommt trotzdem (und zuvor) – gegen die häufige Relativierung im Verweis auf die Spontaneität – zu dem Schluss: „*Der 17. Juni 1953 war eine genuine Volkserhebung, ohne politische Führer, ohne ein ausformuliertes Programm oder Konzept, einzig und allein aus dem Impetus heraus, der in jenen Tagen auf Transparenten zu lesen war oder skandiert wurde: »Wir wollen freie Menschen sein!«*“<sup>114</sup> Der zweite Abschnitt »*Menschen machen Geschichte*« gibt den Ereignissen ein Gesicht. Die konkrete biographische Entfaltung bleibt aber eingebettet in die Erhellung *allgemein* relevanter historischer Bereiche und Fragestellungen – so in den »*Fallstudien zum sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ/DDR*« von FRIEDHELM BOLL<sup>115</sup> –, die z. T. zeitlich weit ausholen, um bspw. Traditionsbestände nachvollziehbar zu entwickeln. Ein wissenschaftliches Erkenntnisinteresse wird hier also nicht zugunsten populärerer historischer »Sinnlichkeit« aufgegeben. Ein Beitrag zur »*Verarbeitung des 17. Juni 1953 in der DDR und der Bundesrepublik*« von BERND FAULENBACH<sup>116</sup> im Kontext von »*Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik*« komplettiert die durchgängig illustrierte Publikation.

## **FAZIT: Erträge und bleibende Anfragen**

„*Die »harten Fakten« dieses Aufstandes sind rasch berichtet: Rund eine Millionen Menschen beteiligten sich zwischen dem 16. und 21. Juni in mehr als 700 Städten und Gemeinden der DDR an Streiks, Demonstrationen oder Kundgebungen. In über 1 000 Betrieben und Genossenschaften ruhte die Arbeit. Rund 160 öffentliche Gebäude wurden gestürmt, zum Teil verwüstet. [...] Vor 22 Gefängnissen versammelten sich Demonstranten mit dem Ziel, die politischen Häftlinge zu befreien. Aus zwölf Haftanstalten kamen ca. 1400 Häftlinge frei.*“<sup>117</sup> Durchgängig gelten die im Umfang unterschiedlich

---

113 WOLLE, Stefan. Berlin: Die Stalinallee – Vom Symbol des sozialistischen Aufbaus zum Zentrum des Arbeiterprotests, in: MÄHLERT *Einheit, Recht und Freiheit* 2003, S. 52

114 MÄHLERT, Ullrich. Einleitung: Dimensionen eines Aufstandes, in: DERS. *Einheit, Recht und Freiheit* 2003, S. 30

115 Vgl.: BOLL, Friedhelm. Fallstudien zum sozialdemokratischen Widerstand in der SBZ/DDR, in: MÄHLERT *Einheit, Recht und Freiheit* 2003, S. 174-198

116 FAULENBACH, Bernd. Verarbeitung des 17. Juni 1953 in der DDR und der Bundesrepublik, in: MÄHLERT *Einheit, Recht und Freiheit* 2003, S. 252-272

117 *Ibid.*, S. 8 [Im Verweis auf KOWALCZUK *Volksaufstand* 2003]

zugeordneten Ereignisse um den Juni 1953 als *das* Trauma der SED, dessen Konsequenzen bis zu ihrem Ende einen prägenden Charakter im Verhältnis von Herrschenden und Beherrschten in der DDR besitzen. Grundsätzlich erfuhr die Forschung zum »17. Juni« nach 1989 eine Möglichkeit zur Mehrung und Differenzierung des Wissens und – entgegen dem Verschwinden aus der institutionellen Erinnerung – eine akademische Renaissance. Wenn davon ausgegangen werden darf, dass die Deutungsangebote – wenngleich mit konjunkturellen Verlagerungen, durch »äußere« Faktoren begünstigt – zwischen »Arbeiter-« und »Volkserhebung«, resp. »-aufstand« oder »Revolution« bereits unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehens zur Verfügung standen und die Konflikte um sie eine Kontinuität besitzen – wobei die Literatur zum 50. Jahrestag, mit der Tendenz zur Nivellierung und Relativierung, eher zur Annahme einer (im Begriff und Einzelnen zu differenzierenden) prinzipiellen »Volksbewegung« neigt – ist eine grundlegende (politische) Neubestimmung aber nicht nötig geworden. Insgesamt scheint der Diskurs mittlerweile eine ambivalente »Nüchternheit« entwickelt zu haben, die in der »friedlichen Koexistenz« der Bewertungen das gemeinsame Anliegen einer nachhaltigen Bewahrung in der kollektiven Erinnerung stärker betont. So fehlt es selten am Hinweis, dass der »17. Juni« „[a]ls eine der wenigen demokratischen Massenbewegungen und Traditionen [...] Besten der deutschen Geschichte [gehört]“<sup>118</sup> und seine »Abwicklung« zugunsten des »statischen« »3. Oktober« der Tatsache geschuldet ist, „[d]ass sich die ordnungsorientierten Deutschen schwer tun, ein positives Verhältnis zu ihren Revolutionen zu entwickeln“<sup>119</sup>. Aber nicht nur „[d]as wirft ein durchaus bezeichnendes Licht auf das herrschende Demokratieverständnis. [...] [es] fehlt [in Gesellschaft und (Hoch-) Schulen, S.R.] einfach das notwendige elementare Interesse sowie das Engagement, die DDR-Geschichte als Teil der gesamtdeutschen Geschichte aufzufassen. Erhebliche Unkenntnis bezüglich der DDR-Geschichte ist eine Folge dieser Zustände.“<sup>120</sup> Insofern ist diese akademische »Nüchternheit« auch als Reaktion auf – sieht man von obligatorischer Gedenkmünze und -Briefmarke ab – gesellschaftliche »Gleichgültigkeit« zu bewerten, in der eine leidenschaftliche Diskussion und akademische Lebendigkeit nicht gedeihen kann. Die beinahe Unzahl an vorliegender Literatur, Fernsehspielen, gehaltenen, resp. geplanten Tagungen zum »17. Juni« usw. usf. – eine umfangreiche Übersicht findet sich im auch als

---

118 BIRTHLER, Marianne, in: KOWALCZUK *Volksaufstand* 2003, S. 11

119 KNABE *deutscher Aufstand* 2003, S. 22

120 KOWALCZUK *Volksaufstand* 2003, S. 20f

CD-ROM dort zu beziehenden Internetangebot »<http://www.17Juni53.de>«<sup>121</sup> u. a. der Bundeszentrale für politische Bildung – darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die »DDR-Show« und andere einschlägige (televisionäre) Unterhaltungsformate der »Kulturindustrie« offensichtlich hinsichtlich ihrer Eindimensionalität die SED beerbt haben und mit ihr das Verständnis einer betäubend-banalen Modelliermasse aus dem »Steinbruch« der Geschichte teilen. Ob hierin zumindest vernachlässigte Interessen an Alltagsgeschichte gefördert und der »Eigenwert« »ostzo(o)naler« Lebenswelt betont oder der politisch-soziale Kontext endgültig individualisiert und in seiner Bedeutung inhaltsleer wird, ist an dieser Stelle nicht zu entscheiden.<sup>122</sup> Als ein weiterhin bestehendes Problem der Quellenlage wird in der Literatur die – aus erkenntnisgeleiteter Perspektive – rigide Datenschutz-Praxis im Umgang mit den Akten des Staatssicherheitsdienstes benannt. Auch der Umstand, dass nur die geheimdienstlichen Bestände des einen, verschwundenen Teilstaates zur Verfügung stehen und die Motive und Interessen der ehemaligen Besatzungsmacht nicht hinreichend einsehbar sind, lässt den »17. Juni 1953« auch weiterhin lohnender Gegenstand von politischer Kontroverse und historiographischem Wissensdurst sein.

---

121 Die verwechselbare Adresse »[www.17Juni1953.de](http://www.17Juni1953.de)« hingegen beheimatet die Internetpräsenz des ehemaligen »Komitee 17. Juni«, nun »Vereinigung 17. Juni 1953 e. V.«

122 Ein Aspekt der so bis zur Beliebigkeit entwickelten »Entspannung« ist allerdings, dass es im Wissenschaftsbetrieb nun anscheinend möglich wird, über den – vom »Westen« unterstützten – (militanten) antikommunistischen Widerstand zu schreiben, *ohne* die obligatorische Antizipation eines Vorwurfs die These vom »konterrevolutionären Putsch« stützen zu wollen, resp. *ohne* der diffamierenden Entpolitisierung des Handelns von BürgerInnen des westlichen Teilstaates als »Mob-Elemente« und »Abenteurertum«.

*Helmut Freiwald*

## **Epilog: „Dett gloobt Ihr?!“**

### **Erinnerung an einen Arbeiter auf Berlins Friedrichstraße am 16. Juni 1953 gegen 6.00 Uhr abends**

Das Außergewöhnliche war ungefähr vor einer halben Stunde zwischen zwei S-Bahn-Zügen geschehen. Sollte jetzt etwa in Ostberlin und in der DDR die Arbeiterklasse das Sagen haben und nicht mehr die SED, die vermeintlich diese Klasse führende Partei? Einige ironische Augenblicke lang empfand ich so die dramatische Szene, die sich mir vorhin an der Nordseite des Bahnhofs Friedrichstraße rein zufällig geboten und alles mir in Ostberlin politisch Gewohnte in knapp 15 Minuten auf den Kopf gestellt hatte.<sup>1</sup>

Indessen saß ich in einer S-Bahn Richtung Pankow-Heinersdorf. Von dort sollte es mit der Straßenbahn zu einem Besuch von Verwandten am Abend in Buchholz weitergehen.<sup>2</sup> Seit dem Frühjahr 1952 an der Freien Universität Berlin in Dahlem immatrikuliert, war ich nach einer Vorlesung spätnachmittags mit der S-Bahn in Lichtenfelde gestartet. Wie schon oftmals nutzte ich auch an diesem Abend das trotz der politischen und währungsmäßigen Teilung der deutschen Hauptstadt, das Berlins der „Vier Mächte“, gut funktionierende Verkehrssystem von U- und S-Bahnen. Es erlaubte mir, verhältnismäßig ungehindert jeden Bekannten im Ostteil der Stadt aufzusuchen. In den Zügen und auf Bahnhöfen innerhalb Ostberlins gab es mitunter polizeiliche Kontrollen. Als von Göttingen nach Berlin gewechselter „West-Student“ (mit entsprechendem amtlichen Ausweis) brauchte ich sie nicht zu fürchten, – ganz im Gegensatz zu zahlreichen aus Ostberlin oder der DDR stammenden-

---

1 Von dem, was sich am 16. Juni, einem Dienstag, diesseits des Brandenburger Tores bereits Stunden zuvor abgespielt hatte, ahnte ich nicht das geringste. Im Verlauf des bisherigen Tages hatte ich Rundfunknachrichten, etwa die des RIAS, nicht hören können.

2 „Buchholz“ oder „Französisch Buchholz“ liegt (1953 und 2003) im nördlichen Teil des Berliner Bezirks Pankow. Es ist der Name des Dorfs von hugenottischen Einwanderern in das Kurfürstentum Brandenburg. Nach einer Rückbenennung trägt es gegenwärtig (2003) wieder den alten Dorfnamen Französisch Buchholz.

den Kommilitonen, die es trotz vieler Hindernisse geschafft hatten, an der Universität des Westens zu studieren. Verglichen mit meinem Stubengenossen in Dahlem, der aus Dresden kam, musste ich mich doppelt privilegiert fühlen.

Während ich dem S-Bahnhof Heinersdorf entgegenfuhr, versuchte ich erst einmal, mit meiner Erregung über das Unerhörte des Erlebnisses fertig zu werden. Es mögen zwanzig bis dreißig Blauhemden, nicht weniger, gewesen sein, FDJler, vielleicht Studenten der Humboldt-Universität.<sup>3</sup> Keiner schien jünger als 19 oder 20 Jahre. Die Kaderreservisten der Partei, vermutlich gut geschult. Sie kennen die Linie der Partei und wissen, warum sie diese so und nicht anders vertreten müssen. Gegen einen Mann! Doch können sie nach der Überraschung des „Neuen Kurses“, seit knappen fünf Tagen, ganz sicher sein, was die neue Linie der Partei nun wirklich ist? Gegen einen Mann waren sie ihrer Zahl nach übermächtig. Trotzdem wagte jener es, öffentlich sichtbar und hörbar seinen Widerstand auszudrücken. Mutig musste er schon sein, vielleicht war er auch zornig. Und nun ist der Mann in Gefahr!

Den Verwandten in Buchholz würde ich das soeben Erlebte schildern. Längst wussten sie, dass ich meine Zwischenaufenthalte auf dem Bahnhof Friedrichstraße dazu nutzte, in einem Zeitungskiosk zu stöbern oder im Aktualitätenkino die DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge“ zu sehen. Selbstlob und Ausflüchte der Partei waren vielfältig, manchmal konnten sie sogar politisch interessant sein. Meine Verwandten fühlten sich von ihnen nur angewidert. Bei neuen Entdeckungen, zu denen ich ihre Meinung zu hören wünschte, suchte ich mich daher kurz zu fassen. Heute jedoch würde ich meinen Buchholzern erzählen müssen, dass alles anders als sonst gewesen sei. Denn als ich auf den Kiosk zusteuern wollte, lenkte etwa 50 oder 60 Meter vor mir im Hin und Her des Straßenverkehrs ein gänzlich unerwarteter Aufzug marschierender Personen wie in einer Theateraufführung meine ganze Aufmerksamkeit auf sich. Es konnten Demonstranten sein. Und natürlich, wie hier üblich, von der Partei organisiert. Vergessen waren Zeitungskiosk und Aktualitätenkino!

---

3 Die Humboldt-Universität liegt, von der Friedrichstraße in ihrem mittleren Teil her gesehen, gleichsam um die Ecke. Meine Vermutung, es könne sich um eine FDJler-Gruppe von dort gehandelt haben, beruhte auf meiner Beobachtung der Teilnehmer, die mir im besten Studentenalter zu stehen schienen. Die Marschkolonne hätte durchaus in Ostberlin auch einen anderen Ausgangspunkt haben können. Naheliegend war das Hauptquartier der FDJ Unter den Linden, ebenfalls „um die Ecke“ und vom Bahnhof Friedrichstraße nur wenige hundert Meter entfernt.

Ich glaubte auf eine Bühne zu blicken. Woher kam, an einer dünnen Stange befestigt, der Wimpel mit dem FDJ-Emblem? Zunächst sah ich, dass er hoch und nieder wippte. Dann erkannte ich, dass er sich über den Häuptionern von Marschierenden bewegte: Zuerst das Feldzeichen, sodann die Truppe. Für wenige Momente mutete mich der Aufzug ganz sonderbar an: Obwohl mit Blauhemden uniformiert und sichtlich um Gleichschritt bemüht, erinnerte er an das Bild einer wimpelbewehrten Wandervogelgruppe aus fernen jugendbewegten Tagen. Wirklich nur wenige Momente! Die ungefähr zwölf bis fünfzehn Meter lange Kolonne schritt aus der Bahnunterführung, die rechts vor mir lag, heraus und suchte in Tuchfühlung und Konkurrenz mit dem Autoverkehr nach links hin in den nördlichen Lauf der Friedrichstraße zu gelangen. Da es auf der Straße offenbar eng wurde, halfen sich einige Mitmarschierer, indem sie auf den Fußweg nebenan auswichen. Die Truppe schien eilig vorankommen zu wollen. Doch eben wippte das Fahnenzeichen der FDJ noch auf und ab, dann stand es plötzlich still. Irgendwie waren die Vorderleute der Kolonne aus dem Tritt geraten, und dann ging es nicht mehr weiter. Auf diese Weise aber rückten die FDJler in die Mitte meiner Bühne.

Indessen hatte bereits, von mir zufällig noch nicht bemerkt, ein zweiter Akteur den Ort des Geschehens betreten. Ich war langsam auf die Straße gegangen, damit meiner Beobachtung ja nichts entgehen würde, und blickte nach rechts zur Bahnunterführung, von wo ich Volkspolizei erwartete. Zu solchen, von der Partei gewünschten Demonstranten gehörte sie einfach hinzu, und sogleich würde sie dem eilenden FDJ-Fähnlein den Weg bahnen. Doch sie blieb aus.<sup>4</sup> Und so schaute ich zum linken Rand meiner Bühne des Geschehens, dorthin wo die FDJler nicht vorankamen. Und nun glaubte ich meinen Augen wirklich nicht trauen zu können. Vor der ersten Rotte mit der Wimpelstange stand ein Mann, der durch helle Kleidung und Mütze sowie eine lebhaftige Gestik sich von seiner Umgebung deutlich abhob, zumal von

---

4 Das Ausbleiben der Volkspolizei hat m. E. die von mir beobachtete Konstellation sehr begünstigt. Betrachtet man in zwei wichtigen Neuerscheinungen zum 17. Juni 1953 die Situation der Volkspolizei am Tage vorher, am 16. Juni, seit Beginn des Bauarbeiterzuges von der Stalinallee bis zum Haus der Ministerien, besonders aber auch in den folgenden Stunden ab etwa 15.00 Uhr, so wirkt ihr Agieren unkoordiniert und defensiv: Hubertus Knabe, 17. Juni 1953, Ein deutscher Aufstand, München 2003, S. 108 ff. und S. 115 ff. – Volker Koop, Der 17. Juni 1953, Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003, S. 145 f. – Natürlich musste die Volkspolizei nicht annehmen, dass eine verhältnismäßig kleine Kolonne der FDJ in der Friedrichstraße Geleitschutz benötigen würde, nachdem hier etwa 3 Stunden davor, um circa 15.00 und danach (s. o.), ein Zug von Bauarbeitern auf dem Rückweg zur Stalinallee demonstriert hatte.

den Fußgängern hinter sich. Stand er vielleicht auf der Bordsteinkante und ragte dadurch etwas heraus? Der Mann redete offenbar auf die Gruppe vor ihm ein. Vermutlich hatte er und nicht die Straßenge die Marschierenden aus dem Tritt gebracht und dann gestoppt.

Die *Dramatis personae* waren also schon aufeinander geprallt, bevor ich bemerkte, dass es einen zweiten Akteur überhaupt gab. Warum jedoch hatte sich das gerade hier und jetzt so ergeben? Einige spekulative Gedanken schossen mir durch den Kopf: Der Hellgekleidete mochte aus der entgegengesetzten Richtung der Friedrichstraße gekommen sein, von dort, wo diese die Spree mit einer Brücke überwindet, und hatte wie andere Passanten vielleicht den Bahnhof zum Ziel.<sup>5</sup> In diesem Teil der Friedrichstraße war das „naheliegend“. Als Ursache der nun entstandenen Konfrontation, wie ich sie wahrnahm, schien mir am wahrscheinlichsten zu sein, dass er sich von der ihm entgegenkommenden FDJ-Kolonie politisch herausgefordert gefühlt, seinerseits die Marschierenden durch provozierende Worte zur Rede gestellt und ihnen somit Halt geboten hatte. Wer auch immer an diesem Ort jahrelang die Alleinherrschaft der SED (mit Vollmacht der Sowjets) und ihres Nachfolgeanhängsels als Anmaßung gegen den Anspruch, im eigentlichen und wahrhaftigen Sinn demokratisch zu regieren, verurteilte, wer insbesondere vor wenigen Tagen die Ankündigungen des „Neuen Kurses“ der SED als Eingeständnis des Scheiterns ihrer überspannten und gewalttätigen Politik empfand, der, so sagte ich mir, könnte so handeln. Freilich, zuzutrauen war das nur einem Menschen mit Selbstbewusstsein und Mut.

Indes befriedigten sich meine spekulativen Assoziationen nicht. Ohnehin konnte ich sie augenblicklich nicht überprüfen, und es musste damit sein Bewenden haben. Meine Entfernung zur Szene betrug noch etwas mehr als 20 Meter. Bei anhaltendem Autoverkehr erschien es mir fast unmöglich, mich über die Straße bis zur FDJ-Kolonie vorzuarbeiten. Das Vorwärtskommen, ohne dabei den Überblick zu verlieren, wurde mir überdies von Fußgängern in beide Richtungen erschwert, vor allem von solchen, die in zunehmender Zahl stehen blieben, um neugierig oder überrascht die Szene zu

---

5 Hier soll nicht rekonstruiert werden, warum der sich später als „Mann vom Bau“ bzw. als Maurer entpuppende „Hellgekleidete“ diesen Weg (allein und nicht in einer Gruppe von Kollegen) genommen hat; er könnte Zeuge des Auftriebs zur Partei-Aktiv-Tagung am Friedrichstadtpalast geworden sein, zu der das FDJ-Fähnlein unterwegs zu sein schien (vgl. in Anm. 10). Nach einem äußerst anstrengenden Tag (vgl. in Anm. 9) lag vermutlich der Weg nach Hause (mit U- oder S-Bahn ab Bahnhof Friedrichstraße?) noch vor ihm.

betrachten.<sup>6</sup> Allerdings schien von ihnen keiner Neigung zu verspüren, in die Handlung einzugreifen. Zum Glück! Dennoch befürchtete ich, je länger die Situation anhielt, umso mehr, obwohl es nur noch um wenige Minuten gehen mochte, dass aus ihrer Menge ein dritter Akteur die Bühne betreten könnte: Ein Greifkommando der Staatssicherheit. Dieses würde das Drama zum raschen tragischen Abschluss bringen! Recht sonderbar empfand ich es schon, dass gegen alle Erfahrung bisher nicht ein einziger Volkspolizist aufgetaucht war.

Wieviele Minuten noch? Mit einiger Sturheit und Hilfe meiner Ellenbogen schaffte ich es durch die Fußgängerpuls bis zur Bordsteinkante. Ich riss die Augen auf: Die Szene stand noch. Wie gut! Am liebsten wäre ich weitergestürmt, hätten sich nur passierbare Lücken zwischen den teilweise schnell fahrenden Autos und Lastwagen gezeigt. Beide Fahrrichtungen musste ich möglichst genau beachten. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite tat sich leider ein weiteres Hindernis auf: Soweit die aufgehaltenen FDJ-Marschierer den Fußweg vom Bordstein an freigelassen hatten, war er indessen voll besetzt mit schaulustigen Passanten. Was sollte ich tun? Bei günstiger Gelegenheit käme es auf den Versuch an: Vielleicht schaffte ich es, mich zwischen die FDJler in die Kolonne zu drängen. Zwar würde ich den Blauhemden sofort auffallen, aber ich traute mir zu, mich in dem zu erwartenden Geschubse ein bis zwei Minuten zu behaupten.

Die Szene stand wirklich, sie „stand“ im buchstäblichen Sinne. Ich hatte sie nun unmittelbar vor mir! Doch auch nur scheinbar: Der Abstand zur Bühne des Geschehens über die Straße hinweg machte immerhin etwa sechs bis sieben Meter aus. Das aus relativer Nähe sich mir bietende Bild erklärte von selbst, warum die Szene bisher Bestand gehabt hatte und nicht längst aufgelöst war: Die Konfrontation der *Dramatis personae* schien unverändert, aber der erste Akteur hörte auf das, was der zweite ihm sagte. Vorläufig wenigstens! Die hinteren Marschrotten waren nach vorn aufgeschlossen, und die ursprüngliche Kolonne bildete jetzt eine kompakte Gruppe. Sie hätte mit

---

6 Nach dem Marsch demonstrierender Bauarbeiter und anderer Beteiligter am Nachmittag des 16. Juni durch die nördliche Friedrichstraße Richtung Oranienburger Tor dürfte zumindest für einen Teil der in der Berliner Friedrichstadt wohnenden Fußgänger die von einem einzelnen Bauarbeiter gestoppte FDJler-Kolonne nur ein weiteres ungewöhnliches Ereignis gewesen sein, freilich eines, das Neuigkeitswert besaß. H. Knabe (vgl. in Anm. 4) ist auf der vorderen Buchdeckelinnenseite ein Kartenausschnitt der Innenstadt von Berlin zu danken, der eine Übersicht des Verlaufs der Demonstrationswege der Bauarbeiter am 16. Juni 1953 enthält.

eigener Schubkraft einen Störenfried ohne große Mühe (und insoweit auch ohne polizeiliche Hilfe) von ihrem Weg drängen können. Doch gerade das war unterblieben. Anscheinend hatte der andere Akteur, der redende, ihr, der FDJler-Gruppe, so Bedeutungsvolles zu sagen, dass sie innehielt, ihm aufmerksam zuhörte und sich von ihm beeindruckt ließ. Es schien fast so, als achtete sie kaum mehr auf die Gefährdung durch die in nächster Straßennachbarschaft vorbeirollenden Kraftfahrzeuge. Offenbar konnte man ihn aus nächster Nähe verstehen. Auf diese Straßenseite gelangten durch die aufsteigende Lärmwand nur Wortfetzen. Ich vermutete, dass ihm ideologisch gefestigte FDJler widersprachen. Aber auch davon war nichts Klares zu vernehmen.<sup>7</sup> Wie konnte ich nur auf die andere Seite kommen?

Es blieben wohl nur noch zwei oder drei Minuten, die ich den Hellgekleideten betrachten konnte, die im Mittelpunkt der Bühne stehende und die Dramatik der Szene herstellende Person. An diesem Mann trat jetzt einzelnes, was zuvor undeutlich gewesen war, markanter hervor. Vor allem fielen die energischen Züge in einem tief braun grundierten Gesicht auf. Die Gestalt des Mannes erschien mir untersetzt, breitschulterig und von etwa mittlerer Größe. Dennoch ragte der mit einer länglichen hellen Schirmmütze bedeckte Kopf etwas über die unmittelbare Nachbarschaft hinaus. Daher nahm ich an, der Mann stünde nicht auf dem Boden der Straße, sondern auf einem merklich höheren Bordstein, von dem aus er besser und eindringlicher zu den ihn umgebenden Personen sprechen konnte. Wenn er während des Redens bei Armbewegungen die Hände erhob, sah ich, dass auch sie eine kräftige braune Farbe hatten. Die Jacke seines Anzugs konnte ich gut erkennen, auch die obere Partie der Hose. Beides war aus hellem, fast weißen Drillich gefertigt, wie auf dem Bau die Arbeitsleute ihn tragen, eher die Maurer als die traditionell dunklen Cord oder Manchester bevorzugenden Zimmermänner. (In diesem Urteil fühlte ich mich ganz sicher: Vor zwei Jahren hatte ich zwischen den Semestern bei Maurerarbeiten gehandlangert.) Auch die Mütze passte dazu. Doch was trieb den Arbeiter vom Bau, wahrscheinlich einen Maurer, zur frühabendlichen Stunde in seinen Arbeitssachen auf die Straße? Wer nach Feierabend von der Baustelle heimkehrt, zieht sich zuvor die Klei-

---

7 Vor dem Hintergrund der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED 1952 zum Aufbau des Sozialismus hatten es auch ideologisch gefestigte Jungendfreunde nicht leicht, den Neuen Kurs der SED vom 9. Juni 1953 zu begründen und zu verteidigen. Ein Blauhemd der FDJ besagte nicht, dass darunter ein „gefestigtes“ Mitglied steckte. Daher sprach einiges für die Möglichkeit, dass der Bauarbeiter nicht nur Gegner, sondern auch heimliche Sympathisanten vor sich hatte.

dung wieder an, in der er morgens zur Arbeit gekommen ist. Ein Handwerker wie er lässt die Arbeitsklamotten des Tages ebenso wie sein Werkzeug in einem Behälter oder Schrank in der Kollegenbude am Bau oder in der Waschkaue zurück. So und nicht anders kannte ich das.

Was sich auf zehn bis fünfzehn Metern Friedrichstraße und den dazugehörigen Fußwegen spontan und unorganisiert abspielte, imponierte, wie mir jetzt aus der Nähe schien, auf eine ehrliche Art – so oder so – allen Beteiligten, deren Wege sich zufällig hier kreuzten. Nur dank diesem Bauarbeiter, der die Gefahr für seine persönliche Freiheit in Kauf nahm, konnte das so geschehen. Von seiner Rede und Gestik gingen Selbstbewusstsein und auch einiger Trotz aus. Fing er von Kontrahenten, wie an Kopfbewegungen der Beteiligten sichtbar wurde, Widerworte ein, reagierte er rasch und anscheinend auch schlagfertig. Im Umgang mit Kollegen mochte das zu seiner täglichen Arbeit gehören. Der Mann schien mir darin geübt, sagen zu müssen, wo es langgeht, aber auch hinzuhören, was ihm, nicht immer fachkundig, geantwortet wird. Er hatte irgendwie den Zuschnitt eines Poliers, wie er mir mehr als einmal begegnet war. Auf einer „Baustelle des Sozialismus“ könnte er einer der Brigadiere sein. Im Konflikt mit den FDJlern wirkte dieser Mann vom Bau geradezu souverän, in seiner selbstsicheren Art aber ohne jeden Anflug von Überheblichkeit.

Auf einmal bewegten sich in der FDJ-Gruppe einige Personen etwas zur linken Seite hin, ohne dass sich die Kolonne wieder formiert hätte. Auch die Wimpelstange geriet in leichte Bewegung. Erinnernte sich die ruhende Marschkohorte an einen dringenden Termin oder fühlte sie sich vom Manne aus der Arbeiterklasse über die Maßen belehrt? Die Gruppe stand nun nicht mehr kompakt beisammen, sondern etwas aufgelockert. Da sie auf die Mittelpunktsperson blickte und unserer Straßenseite immer noch den Rücken zuwandte, erkannte ich meine Chance. Zwischen den vorbeifahrenden Autos entdeckte ich tatsächlich eine Lücke und erreichte mit wenigen großen Schritten eine freie Stelle inmitten einiger Blauhemden. Sie nahmen von mir keine Notiz, so sehr schienen sie vom Anblick, den Worten und wohl auch dem Mut dieses Arbeiters fasziniert zu sein. Das wunderte mich doch sehr. Gerade setzte eine weibliche Stimme aus der Gruppe, wenn auch recht zögerlich, wie zu einem Einwand an: „Die Sowjetunion gibt uns jetzt die Aktiengesellschaften zurück, die sie als Reparationen erhalten hat“. Und eilfertig schloss sogleich eine männliche Stimme den Satz an: „Ja, das tut sie!“ Prompt schallte es zurück: „Dett gloobt Ihr?!“ Das klang halb wie eine

Frage, halb wie ein Vorwurf.<sup>8</sup> Doch eine Antwort erfolgte nicht. Merkwürdig rasch formierte sich die Gruppe zum Weitermarsch und schritt etwas eilend voran.

Die Szene löste sich auf. Während die Fußgängerpuls auf beiden Straßenseiten auseinanderstrebten, versuchte ich, in der Nähe unseres Mannes vom Bau zu bleiben. Dieser war auf dem Gehweg einige Schritte zurückgetreten und stehen geblieben, so als wollte er etwas zur Ruhe kommen. Kopf und Brust hatte er gesenkt, rührte sich nicht vom Fleck und atmete schwer. Wie nach einem harten Arbeitstag! Ich stand ebenfalls auf dem Fußweg etwas seitwärts, so dass ich ihn gut beobachten, er mich aber nicht sehen konnte. Sein Alter mochte um die Fünfzig sein. Auf Jacke und Hose erkannte ich die Flecken von Mörtelspritzern wie nun mal auf den Arbeitssachen von Mauern. Der Erschöpfte schien zu überlegen, wohin er sich wenden sollte. Ich hätte ihn am liebsten angesprochen und befragt, doch verbot ich mir den Gedanken sofort. An diesem Ort regierte allemal Misstrauen gegenüber jedem Unbekannten und nach jenem Ereignis vorhin erst recht. Hoffentlich hatte es unter den Passanten keine Spitzel gegeben, und hoffentlich gab es auch jetzt keinen „Mitarbeiter der Organe“, der den Mann vom Bau observieren würde. Bevor ich mich entschloss, in den Bahnhof zurückzukehren, wandte sich „mein Mann vom Bau“, wie er mir trotz aller Anonymität und Distanz jetzt vorkam, seitwärts zur Bahnunterführung. Ich sah ihm nach, wie er langsam und recht müden Schrittes davonging, und erst jetzt, als sich seine Hosenbeine etwas hochzogen, bemerkte ich, dass er keine Schuhe trug, sondern feste und nach hinten offene Lederschlappen, worin die nackten Füße steckten. Unzweifelhaft, schloss ich, dürfte es so gewesen sein, dass er irgendwann am Tage während der Arbeit auf dem Bau diesen unvermittelt

---

8 Auch wer im Frühjahr 1953 in Berlin den Eindruck hatte, die Sowjetunion werde wegen deutlicher ökonomischer Schwächen der DDR dieser gegenüber im Bereich der Reparationsforderungen moderater agieren, musste bei der Rückgabe sogenannter Sowjetischer Aktiengesellschaften (SAGs) an die DDR nicht an das Ende der Ausbeutung durch die Besatzungsmacht glauben. Im Herbst 1953, also achteinhalb Jahre nach Kriegsende, waren noch 33 der 213 SAGs in sowjetischem Besitz, darunter volkswirtschaftlich so bedeutende wie Leuna und Buna, Agfa Wolfen und das Stahlwerk in Thale (die Uran fördernde SAG Wismut blieb es bis 1990); vgl. Knabe (in Anm. 4, S. 30 f.) und Koop (in Anm. 4, S. 28 f.). Anscheinend richtete sich der Vorwurf des Bauarbeiters an diesem Beispiel aber viel allgemeiner gegen die von ihm unterstellte Grundhaltung linientreuer FDJler, nämlich gegen ihre im wesentlichen unkritische oder opportunistische Gefolgsleutementalität, welche die Propaganda der Partei hinnahm, unterstützte und beschönigte.

verlassen hatte.<sup>9</sup> Aber warum nur? Noch einmal gab mir der Mann ein Rätsel auf.

Von der FDJler-Kolonne konnte ich nichts mehr sehen. Obwohl die Zeit für den Besuch in Buchholz davonlief, wäre ich dem Wimpel, einer Neugierde nachgebend, ein Stück Weges mit einigem Abstand nur zu gern gefolgt. Jenseits der Spreebrücke hätte ich herausfinden wollen, ob das Feldzeichen mit- samt seiner Kolonne in dem auf der rechten Straßenseite befindlichen Friedrichstadtpalast verschwinden würde. Schon beim ersten Auftauchen der Marschierer hatte ich mich an eine große Kundgebung erinnert, die vor Monaten dort von der Regierung der DDR gemeinsam mit einer nordkoreanischen Delegation veranstaltet worden war. In sie hatte ich durch zufällige Hinweise Einlass gefunden. Angeblich öffentlich, war sie mit Mitgliedern der SED und deren Gefolgsleuten dicht gefüllt gewesen. Obwohl die Veranstalter mit Otto Grotewohl, dem Ministerpräsidenten, und Otto Nuschke, einem seiner Stellvertreter, sowie offiziellen Nordkoreanern einen seriösen politischen Eindruck erwecken wollten, blieben in meinem Gedächtnis Bilder eines wüsten antiamerikanischen Hexenkessels haften. Wieder einmal hatte ich, dieses Mal aus dröhnenden Lautsprechern, das Lied von der Partei, die immer Recht hat, anhören müssen. Heute könnte, so vermutete ich, im großen Friedrichstadtpalast die Partei wieder Besucherbedarf haben und auch ihre Nachwuchskader aufbieten wollen. Wenn das so sein sollte, würde die Kolonne mit dem Wimpel tatsächlich Grund zur Eile gehabt haben.<sup>10</sup>

Die Absicht, spätabends von Buchholz nach Dahlem zurückzukehren, war mir durchaus gegenwärtig geblieben. Mein morgiger Studientag, noch dazu

---

9 Von den Baustellen, auf denen am 16. Juni die Arbeit niedergelegt worden war, kann dieser Arbeiter mit seinen Kollegen bereits zwischen 09.00 und 10.00 Uhr zum Haus der Ministerien aufgebrochen sein, d. h. von zu Hause schon einige Stunden früher am Morgen. Im Anschluss an die Demonstration in der Leipziger Straße, so vermerkt die Literatur, weitere Märsche und Protestaktionen. Bis 6.00 abends in der Friedrichstraße war dieser Mann möglicherweise 11 bis 12 Stunden unterwegs gewesen. Vgl. auch H. Knabe (in Anm. 4, S. 108 ff. und S. 111 ff.).

10 Im Friedrichstadtpalast fand am Abend des 16. Juni eine schon in der Vorwoche anberaumte sogenannte Parteiaktiv-Tagung statt, auf der Otto Grotewohl und Walter Ulbricht Reden zur Rechtfertigung des neuen Kurses der SED hielten. Beide Reden sind in der Edition von Manfred Hagen und Joachim Wendorf, Film-, Foto- und Tonquellen zum 17. Juni 1953 in Berlin, Göttingen 1992 beim Institut für den Wissenschaftlichen Film, dokumentiert worden; vgl. dort S. 138 ff.

mit Examensvorbereitungen, würde früh beginnen.<sup>11</sup> Auf einen Abstecher zum Friedrichstadtpalast, um mich von meiner Vermutung zu überzeugen, hatte ich, die Uhr vor Augen, dann doch verzichtet.

Am S-Bahnhof Heinersdorf wechselte ich auf die Straßenbahn nach Buchholz. Immer noch war ich erregt. Dennoch würde ich den Verwandten das Geschehene so genau wie möglich schildern, wie ein Augenzeuge es zu tun verpflichtet ist, was also am Bahnhof Friedrichstraße ganz anders als sonst gewesen war. In der Mundart Berlins hätte ich die wichtigste politische Einsicht unseres totalitären Zeitalters zu hören bekommen. So präzise und fordernd wie besser nicht anders möglich: „Dett gloobt Ihr?!“ Ich sollte sie sowohl mit Frage- als auch mit Ausrufungszeichen zitieren! Vergessen dürfte ich sie nicht und auch nicht den kämpferischen und schlagfertigen Mann, der sie in Ostberlin öffentlich auszusprechen gewagt hatte: Ein Bauarbeiter auf der Friedrichstraße am 16. Juni 1953 gegen 6.00 Uhr abends.<sup>12</sup>

---

11 Meine Annahme, es werde am nächsten Tag für mich ein normaler Studentenalltag beginnen, war freilich ein Irrtum. Eine Redeweise zum 17. Juni 1953 ist indessen fast zum Geflügelten Wort aufgestiegen: Der 17. Juni begann am 16. Juni. Das galt auch für mich.

12 Meine Eindrücke von dem enormen Umfang und der Dichte der Demonstrationen gegen das SED-Regime am 17. Juni in Ostberlin, in denen einzelne Personen nur selten hervortraten, verglich ich später mit meinem Erlebnis dieses Tages, des 16. Juni. Hier hatte öffentlich und in Kenntnis der Gefahr, auf sich gestellt und ohne Rückhalt in der Menge ein einzelner Tapferer mit seiner ganzen Person den Widerstand gewagt. Ich muss es be-  
dauern, dass für mich dieser Arbeiter in Berlin namenlos geblieben ist.

## **Autorenverzeichnis**

### *Helmut Freiwald*

Prof. em. Dr. für Politikwissenschaft an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

### *Dirk Lange*

Prof. Dr., Juniorprofessor für Politikdidaktik und politische Bildung am Institut für Politikwissenschaft der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Veröffentlichungen u. a.: Politische Alltagsgeschichte. Grundlagen eines interdisziplinären Forschungskonzepts im Spannungsfeld von Politik- und Geschichtswissenschaft, Universitätsverlag Leipzig, Leipzig 2003; Migrationsgeschichte lernen. Zur Einführung in ein Problemfeld der historisch-politischen Didaktik (Basisartikel), in: Praxis Geschichte, Jg. 16, H. 4/2003

### *Andreas Malycha*

Dr., Historiker, Berlin. Mitarbeiter an der FU Berlin u. am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam

Veröffentlichungen u. a.: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953, Paderborn 2000; Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946-1949, Berlin 1996

### *Jörg Roesler*

Prof. Dr., Historiker, Berlin. Lehrtätigkeit nach 1990 u. a. an Universitäten in Kanada, Universität der Künste Berlin

Veröffentlichungen u. a.: Geschichte der ostdeutschen Wirtschaft im Umbruch 1970-2000, Bonn 2003; Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963-1970, Berlin 1990; Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden u. Ergebnisse d. Wirtschaftsplanung in d. zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während d. Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978

*Sven Rößler*

Student der Politikwissenschaft an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg; Veröffentlichungen: Politik und Liebe. Zu Ralf Kirstens Film „Beschreibung eines Sommers“, in: K. Finke (Hrsg.): Politik und Mythos. Kader, Arbeiter und Aktivisten im DEFA-Film, Oldenburg 2002

*Karl-Ludwig Sommer*

Dr., apl. Prof. für Neuere Geschichte an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

Veröffentlichungen u. a.: Humanitäre Auslandshilfe als Brücke zur atlantischen Partnerschaft, Bremen 1999; Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie, Bonn 2000

*Hermann Weber*

Prof. Dr., Dr. h.c., em. Ordinarius für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, dort 1981-1997 Leiter des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte.

Veröffentlichungen (kleine Auswahl): Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik (1969); Geschichte der DDR (1985, zuletzt 1999); »Weiße Flecken« in der Geschichte – die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitation (1989); Hermann Weber (In Zusammenarbeit mit Gerda Weber): Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ bis 1949, 2002; Herausgeber des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung. Weber ist u. a. Mitglied der Deutsch-Russischen Historikerkommission

*Stefan Wolle*

Dr., Historiker, Berlin. Mitarbeiter an der FU Berlin; Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur; Historikerkommission beim SPD-Vorstand.

Veröffentlichungen u. a.: Untergang auf Raten (mit A. Mitter), München 1993; Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998; Roter Stern über Deutschland (mit I.-S. Kowalczyk), Berlin 2001

*Klaus Finke*

M. A., Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Arbeitsstelle „DEFA-Filme als Quellen zur Politik und Kultur der DDR“ am Institut für Politikwissenschaft der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

Veröffentlichungen u. a.: DEFA-Film als „nationales Kulturerbe?“, in: ders. (Hrsg.): DEFA-Film als nationales Kulturerbe, Berlin 2001; Figuren der Ganzheit. Heroismus im totalitären Mythos und seine Nachbildungen im DEFA-Film, in: ders.(Hrsg.): Politik und Mythos. Kader, Arbeiter und Aktivistinnen im DEFA-Film, Oldenburg 2002



Bisher sind in der Reihe  
**Oldenburger Beiträge zur  
DDR- und DEFA-Forschung**

folgende Bände erschienen:

---

---

**Band 1 – Gebhard Moldenhauer / Volker Steinkopff (Hrsg.)**

Einblicke in die Lebenswirklichkeit der DDR durch dokumentare Filme der DEFA. – 2001. – 160 S. – ISBN 3-8142-0784-X. – € 12,80

**Band 2 – Klaus Finke (Hrsg.)**

Politik und Mythos. Partei und Kader, Arbeit und Aktivisten im DEFA-Film. – 2002. – 337 S. – ISBN 3-8142-0821-8. – € 15,50

